



Landtag von Baden-Württemberg

28. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 20. Juni 2002 • Haus des Landtags

Beginn: 9:33 Uhr

Schluss: 17:38 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	1651	2. Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Sozialministeriums – Qualifizierungspotenzial älterer Arbeitnehmer – Drucksache 13/494	1675
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Gustav-Adolf Haas	1651	Abg. Hofer FDP/DVP	1675
Begrüßung des Oberbürgermeisters der Hauptstadt der Republik Madagaskar, Herrn Guy Rakotomaharo Rajemison, und seiner Begleitung	1697	Abg. Schuhmacher CDU	1678
1. a) Aktuelle Debatte – Konsequenzen aus dem Nitrofen-Skandal für den Verbraucherschutz in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion GRÜNE		Abg. Rudolf Hausmann SPD	1679
b) Antrag der Fraktion GRÜNE – Zustimmung des Landes Baden-Württemberg zu dem im Bundesrat vorliegenden Entwurf eines Verbraucherinformationsgesetzes – Drucksache 13/1086		Abg. Dr. Witzel GRÜNE	1682
– dringlich gemäß § 57 Gescho	1651	Staatssekretärin Johanna Lichy	1684
Abg. Walter GRÜNE	1651, 1662	Abg. Dr. Noll FDP/DVP	1687
Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU	1653	Abg. Ruth Weckenmann SPD	1688
Abg. Teßmer SPD	1655, 1669	Beschluss	1690
Abg. Drautz FDP/DVP	1658, 1670	3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes (LPartAusfG) – Drucksache 13/809	
Minister Stächele	1659, 1672	Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 13/1066	1697
Abg. Kiefl CDU	1665	Abg. Pauli CDU	1697
Abg. Walter GRÜNE (zur Geschäftsordnung)	1674	Abg. Bebbler SPD	1698
Beschluss	1674	Abg. Dr. Glück FDP/DVP	1700
		Abg. Brigitte Lösch GRÜNE	1701
		Minister Dr. Schäuble	1701
		Beschluss	1702

4. Fragestunde – Drucksache 13/1002	
4.1 Mündliche Anfrage des Abg. Norbert Zeller SPD – Wiedereröffnung des Schlosses Heiligenberg mit Blumengarten für die Öffentlichkeit	1691
Abg. Zeller SPD	1691
Staatssekretär Dr. Mehrländer	1691, 1692
Abg. Inge Utzt SPD	1691
Abg. Bebbler SPD	1692
4.2 Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – Neues Vermessungsgesetz für Baden-Württemberg	1692
Abg. Gustav-Adolf Haas SPD	1692
Staatssekretär Dr. Mehrländer	1692
4.3 Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – Interregio Höllental Nr. 2216 und 2217	1693
Abg. Gustav-Adolf Haas SPD	1693
Staatssekretär Mappus	1693
4.4 Mündliche Anfrage des Abg. Gerd Teßmer SPD – Einsatz von Biodiesel in Polizeifahrzeugen	1693
Abg. Teßmer SPD	1693, 1694
Staatssekretär Rech	1693, 1695, 1696, 1697
Abg. Blenke CDU	1696
Abg. Dr. Caroli SPD	1696
Abg. Dr. Carmina Brenner CDU	1696
Abg. Zeller SPD	1696
Abg. Schmid SPD	1697
Abg. Boris Palmer GRÜNE	1697
5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland – Drucksache 13/951	
Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 13/1067	1702
Beschluss	1702
6. a) Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Arbeitsmarktpolitik in Baden-Württemberg – Drucksache 13/248	
b) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Sozialministeriums – Reform der Arbeitsmarktpolitik zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft – Drucksache 13/327	
c) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Sozialministeriums – Falsche Vermittlungsstatistik in der Arbeitsverwaltung – Drucksache 13/728	1703
Abg. Rudolf Hausmann SPD	1703
Abg. Wieser CDU	1704
Abg. Dr. Noll FDP/DVP	1708
Abg. Brigitte Lösch GRÜNE	1711
Staatssekretärin Johanna Lichy	1712
Abg. Ruth Weckenmann SPD	1715
Abg. Hofer FDP/DVP	1719
Abg. Dr. Witzel GRÜNE	1721
Beschluss	1722
7. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit – Drucksache 13/339	1723
Abg. Rosa Grünstein SPD	1723
Abg. Blenke CDU	1725
Abg. Dr. Glück FDP/DVP	1726
Abg. Oelmayer GRÜNE	1728
Minister Dr. Schäuble	1730
Beschluss	1731
8. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 13/998, 13/999, 13/1000	1731
Beschluss	1731
9. Beschlussempfehlungen und Berichte der Ausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 13/997	1731
Beschluss	1731
Nächste Sitzung	1731

Protokoll

über die 28. Sitzung vom 20. Juni 2002

Beginn: 9:33 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, ich eröffne die 28. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie. Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen.

Urlaub für heute habe ich Frau Abg. Kipfer, Frau Abg. Vosschulte, Herrn Abg. Kretschmann, Herrn Abg. Sakelariou und Herrn Abg. Drexler erteilt.

Krank gemeldet ist Herr Abg. Nagel.

Dienstlich verhindert ist heute Vormittag Herr Ministerpräsident Teufel und heute Nachmittag Herr Minister Müller. Für den ganzen Tag sind die Herren Minister Dr. Repnik, Köberle und Dr. Döring dienstlich verhindert.

Meine Damen und Herren, heute hat unser Kollege Gustav-Adolf Haas Geburtstag.

(Beifall im ganzen Haus)

Lieber Herr Kollege Haas, im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen sehr herzlich und wünsche Ihnen alles Gute.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

a) Aktuelle Debatte – Konsequenzen aus dem Nitrofen-Skandal für den Verbraucherschutz in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion GRÜNE

b) Antrag der Fraktion GRÜNE – Zustimmung des Landes Baden-Württemberg zu dem im Bundesrat vorliegenden Entwurf eines Verbraucherinformationsgesetzes – Drucksache 13/1086

– dringlich gemäß § 57 Abs. 3 GeschO

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Walter.

Abg. Walter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nitrofen ist ein Symbol der alten Agrarpolitik, Nitrofen ist ein Symbol einer verfehlten Agrarpolitik. Nitrofen steht für eine Agrarpolitik, die weder Rücksicht auf Menschen noch auf die Umwelt nahm.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Es ist jetzt sozusagen die Ironie des Schicksals, dass dieser Stoff im Zusammenhang mit Biobetrieben noch einmal in die Schlagzeilen kam. Trotzdem lautet das erste Fazit: Die

Antwort auf diesen Skandal heißt nicht weniger, sondern mehr Bio.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, es gibt keine Alternative – das hat dieser Skandal gezeigt – zur Ökologisierung der Landwirtschaft.

Die Entdeckung dieses Skandals macht noch etwas anderes deutlich: Biolebensmittel sind besonders sicher, sie werden besonders kontrolliert; denn nur im Biobereich wurde dieses Mittel entdeckt, weil nur dort überhaupt noch auf dieses Mittel hin geprüft wurde. Das heißt doch: Wir müssen, nachdem bekannt wurde, dass diese Lagerhalle in Malchin seit 1999 auch für konventionelle Futtermittel genutzt wurde, befürchten, dass konventionelle Lebensmittel mit einer Nitrofen-Belastung in den Handel gelangten, ohne dass auf dieses Mittel hin kontrolliert wurde. Das zeigt: Biolebensmittel sind einfach sicherer.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Es ist auch klar, meine Damen und Herren – –

(Zurufe von der CDU)

– Es freut mich ganz besonders, dass die Zwischenrufe von denjenigen kommen, die über Jahrzehnte hinweg den Karren in den Sand gefahren haben. Das ist genau das Richtige.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Hauk: Der größte Schwachsinn, den ich je gehört habe!)

– Lieber Kollege Hauk, auch Sie als Teilzeitabgeordneter müssen erkennen: Das ist kein Bioskandal, sondern ein Futtermittelskandal. Daran kommen Sie nicht vorbei.

(Abg. Hauk CDU: Ist ja in Ordnung!)

Das Futtermittel – das wissen wir, Herr Hauk; das war schon bei BSE so – ist die Schwachstelle. Um diese Schwachstelle müssen wir uns kümmern. Das heißt, wir müssen bei Futtermitteln ansetzen.

Es ist doch ein schlechter Witz, meine Damen und Herren, dass wir im Futtermittelbereich bis vor kurzem keine Ausbildungsregeln und keine Sachkundeforderungen für die Kontrolleure hatten. Das wurde jetzt von Frau Künast geändert. Erst vor einem Jahr, meine Damen und Herren – da

(Walter)

musste erst ein Verbraucherschutzministerium in Berlin installiert werden –, gab es einen nationalen Futtermittelkontrollplan.

Es gab in der Vergangenheit riesige Versäumnisse – jetzt müssen Sie, Herr Kollege Hauk, gut zuhören –: Beispielsweise haben CDU und FDP in den Achtzigerjahren die offene Deklaration für Futtermittel abgeschafft.

(Abg. Teßmer SPD: Ja!)

So sieht bei Ihnen der Verbraucherschutz aus. Genau so sieht bei Ihnen die Agrarpolitik aus. Deshalb ist eine Agrarwende erforderlich.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, natürlich hat dieser Skandal keine größere Rolle in Baden-Württemberg gespielt – Gott sei Dank. Dennoch können wir auch hier nicht zur Tagesordnung übergehen. Vielmehr müssen wir uns natürlich Fragen stellen: Wie geht es weiter?

Erstens: Brauchen wir noch mehr Kontrollen? Haben wir dazu genügend Personal? Wurde in der Vergangenheit vielleicht zu viel Personal entlassen? Was müssen wir tun, um all diese Schwachstellen auszumerzen?

Zweitens: Was können wir tun – das ist ein ganz wichtiger Punkt –, um eine stärkere regionale Verfügbarkeit von Futtermitteln zu erreichen? Ich bin der Meinung, man braucht eine Bestandsaufnahme: Was geht da überhaupt noch, was wird da nur noch auf nationaler oder auf internationaler Ebene verschoben?

Wir könnten beispielsweise in den PLENUM-Gebieten, die wir in Baden-Württemberg ja haben, einmal Versuche starten: Wie können wir es ermöglichen, dass wir zukünftig wieder mehr regionale Kreisläufe haben? Wie können wir dafür sorgen – das schafft nämlich Sicherheit sowohl bei den Bauern als auch bei den Verbrauchern –, dass die Futtermittel aus der Region kommen?

(Abg. Kiefl CDU: Das verhindert Künst!)

Was können wir zum Beispiel tun, damit wir über einheimische Eiweißträger als Ersatz für Soja- oder auch für Tiermehl verfügen? Das, meine Damen und Herren, ist eine der wichtigsten Aufgaben, die wir jetzt in Baden-Württemberg haben. Ich hoffe, wir schreiten da Seite an Seite mit Herrn Stächele.

Kommen wir zu einer weiteren Aufgabe. In der zweiten Runde nachher geht es ja auch noch um das Verbraucherinformationsgesetz. Aber es geht im Bundestag auch noch um andere Dinge, beispielsweise um die von mir schon angesprochene Futtermittelkontrollverordnung. Ich kann Sie nur bitten, Herr Minister: Da müssen Sie zustimmen. Setzen Sie die in Baden-Württemberg möglichst schnell um, und sorgen Sie dafür, dass die Leute, die mit Futtermitteln zu tun haben, eine qualifizierte Ausbildung bekommen.

Ein weiterer Schritt war die von der EU verlangte Registrierung der Futtermittelbetriebe. Wenn ich richtig informiert bin, Herr Minister, ist die Frist Ende April ausgelaufen.

Deswegen meine Frage an Sie: Ist das in Baden-Württemberg alles umgesetzt? Was ist der Stand der Dinge?

Dann, Herr Minister, noch ein Wunsch an Sie: Es gibt jetzt Bemühungen seitens der Kollegin aus Berlin, dass die Futtermittelindustrie hier rasch Abhilfe schafft. Ich bitte Sie: Unterstützen Sie sie auf Landesebene bei diesen Bemühungen, damit den betroffenen Landwirten überall geholfen werden kann.

Aber, meine Damen und Herren, dieser Skandal hatte auch eine gute Seite. Das wollen wir nicht verhehlen.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Welcher? Nitrofen oder Nitrofuran?)

– Ich rede heute Morgen von Nitrofen, Herr Kollege. Über Nitrofuran redet Ihr Kollege Heinrich in den „Stuttgarter Nachrichten“ dummes Zeug, das nicht der Wahrheit entspricht. Das kann ich Ihnen alles belegen. Ich weiß nicht, wie man zu solchen Aussagen gegenüber den „Stuttgarter Nachrichten“ kommen kann, wenn man halbwegs seriös ist oder halbwegs eine Ahnung von diesem Thema haben will.

(Abg. Dr. Birk CDU: Ein rot-schwarzer Walter!)

Herr Drautz, wir wissen ja: FDP und Seriosität, das ist wie Tag und Nacht, das wird nie zusammenkommen.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP – Unruhe)

Aber kommen wir zurück zum Thema. Die gute Seite dieses Nitrofen-Skandals ist: Er steht für einen neuen Umgang mit Lebensmittelskandalen. Zum ersten Mal wurde vom verantwortlichen Ministerium nicht versucht, die Dinge zu verharmlosen oder zu vertuschen. Vielmehr stand von Anfang an lückenlose Aufklärung im Vordergrund. Das ist ein neues Merkmal dieser Regierung, das ist ein neues Merkmal dieser Politik.

(Beifall bei den Grünen – Lachen bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Döpfer CDU)

Transparenz in der Agrarpolitik war für Sie, Kollege Döpfer, ein Fremdwort. Sie haben vielleicht einmal etwas von Glasnost in der Sowjetunion gehört, aber Transparenz in der Agrarpolitik war für Sie ein Fremdwort.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP – Abg. Kübler CDU: Keine Märchenstunde, bitte! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Der Drautz versteht mehr vom Glas Most als von Glasnost! – Heiterkeit – Lebhaftige Unruhe)

Anders als bei BSE, meine Damen und Herren, und anders als beim Umgang mit dem HQZ-Skandal am Bodensee wurde hier ganz klar offen dargelegt, worum es geht, und wurde Aufklärung betrieben.

Es wurde auch – und das haben Sie von einer grünen Ministerin vielleicht nicht erwartet – keine Rücksicht darauf genommen, dass ein Bioverband schlechte Informationspolitik betrieben hat. Auch das wurde öffentlich genannt. Ich glaube, davon können Sie sich wirklich eine Scheibe abschneiden.

(Walter)

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Hauk
CDU)

Die Interessen der Verbraucher haben bei dieser Ministerin oberste Priorität. Das war seither anders. Das ist der wesentliche Fortschritt ihrer Politik.

(Zurufe von der CDU)

Die Menschen haben auch weiterhin Vertrauen in Biolebensmittel, weil ihnen klar wurde: Hier wird aufgeklärt, hier werden Gegenmaßnahmen ergriffen, und die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher werden ernst genommen. Das ist das Neue an dieser Politik.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Kübler CDU: Können wir jetzt zum Thema kommen?)

– Ich kann Ihnen nur sagen, Kollege Kübler: Geradezu unverschämt und dreist sind dann die Rücktrittsforderungen der Opposition in Berlin.

(Lachen bei der CDU – Abg. Scheuermann CDU:
Das haben wir von Ihnen gelernt! Das haben wir
von Ihnen gelernt!)

– Jetzt ganz ruhig bleiben, Herr Scheuermann! – Der Vorwurf der Opposition lautete ja: Frau Künast, Sie müssen zurücktreten, weil Sie nicht schnell genug die Strukturen abgeschafft haben, die wir geschaffen haben.

Ich kann Ihnen nur sagen, meine Damen und Herren: Das ist dreist, aber wohl im Wahlkampf von Stoiber, Westerwelle und „Möllerchen“

(Abg. Drautz FDP/DVP: „Walter klein“!)

nicht anders zu erwarten.

(Abg. Kübler CDU: Jetzt wird es schwach! Jetzt
wird es schwach, echt!)

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund ist es völlig unverständlich und völlig neben der Sache,

(Abg. Kübler CDU: Jetzt wird es schwach!)

wenn es weiterhin Kritik an der Agrarwende gibt. Dieser Skandal, Kollege Kübler, hat gezeigt, dass die Agrarwende sein muss, dass es dazu keine Alternative gibt.

(Abg. Hauk CDU: Eine Wende muss sein! Die
muss im September sein!)

– Ja, Kollege Hauk. Lesen Sie doch weiter, statt Zwischenrufe zu machen.

(Lachen bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen nur sagen: Nur wer bereit ist, für Transparenz zu sorgen, der ist ein verlässlicher Partner der Verbraucher, aber letztendlich auch der Bauern. Ich kann Ihnen nur noch einmal sagen: Hätte man versucht, diesen Skandal zu verharmlosen und zu vertuschen,

(Abg. Hauk CDU: So war es doch! – Abg. Alfred
Haas CDU: So war es doch! – Unruhe)

und er wäre dann aufgefliegen, wäre jegliche Glaubwürdigkeit der Biolandwirtschaft verloren gegangen. Deswegen, meine Damen und Herren, stellen Sie endlich die Kritik an der Agrarwende ein! Es gibt dazu keine Alternative.

(Zurufe von der CDU – Unruhe)

– Wie heißt es? Getroffene Hunde bellen.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von
der CDU)

Ich kann nur sagen, meine Damen und Herren: Wir kommen noch zum Verbraucherinformationsgesetz, und auch da sehen Sie nicht gut aus. Aber das heben wir uns für die zweite Runde auf.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, das Wort erteile ich Frau Abg. Gurr-Hirsch.

(Zuruf von der FDP/DVP: Jetzt aber! – Abg. Teßmer SPD: Nitrofen-Wunder!)

Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen! Nach einem Jahr Parlamentspraxis habe ich eines gelernt: Eine Aktuelle Debatte beantragt man immer dann, wenn man entweder das politische Versagen eines Mitbewerbers in den Raum stellen oder den eigenen Erfolg darstellen möchte. Da ich bei den Grünen beides nicht unterstellen kann, kann ich die beantragte Aktuelle Debatte nicht nachvollziehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Zuruf von der SPD: So ein Blödsinn!)

Bei der Vorbereitung auf dieses Thema glaubte ich aber, dass es hier um eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Thema Verbraucherschutz gehen müsste. Anders kann es eigentlich gar nicht sein, denn es ist ein sehr wichtiges Ziel. Das wissen wir alle.

(Abg. Walter GRÜNE: Ihr macht aber nichts dafür!)

Aber nach Ihrem Auftritt, Kollege Walter, kann ich auch das nicht mehr voraussetzen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/
DVP)

Nach diesem Nitrofen-Skandal geht es noch mehr darum, die Rahmenbedingungen für einen nachhaltigen Verbraucherschutz zu schaffen. Der Schaden ist groß. Erneut ist das Vertrauen der Verbraucher in gesunde Lebensmittel erschüttert. Erneut ist es die Landwirtschaft, die wieder – von Ihnen ganz besonders – kollektiv an den Pranger gestellt wird.

(Abg. Walter GRÜNE: Das ist doch gar nicht wahr! Belegen Sie das doch mal! Wo denn?)

– Sie haben die Ökobetriebe als die einzig guten herausgestellt.

(Abg. Drautz FDP/DVP: So ist es!)

(Friedlinde Gurr-Hirsch)

Das heißt im Umkehrschluss, dass Sie die konventionelle Landwirtschaft verunglimpfen wollen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Drautz FDP/DVP – Abg. Walter GRÜNE: Quatsch! – Abg. Kübler CDU: Frau Kollegin, sehr gut!)

Erneut sind es die landwirtschaftlichen Betriebe, die durch diesen Skandal wieder in wirtschaftliche Not geraten sind.

(Abg. Drautz FDP/DVP: So ist es!)

Schließlich – auch das müssen wir feststellen – sind wir knapp an einem Handelsembargo vorbeigeschrammt. Nur weil sich die Quelle des Skandals auf eine Lagerhalle in Malchin beschränken lässt und weil es gelungen ist, den Beamten im Bundesverbraucherministerium – so nenne ich das jetzt schon –

(Zuruf von den Grünen: Es heißt ja auch so!)

darzustellen, dass ausreichende Maßnahmen getroffen sind und die Vermarktung verseuchter Futtermittel gestoppt werden kann, sind wir an diesem EU-Exportverbot vorbeigekommen.

(Abg. Walter GRÜNE: Wer ist die Chefin dieser Beamten?)

Schlimm ist es, dass die anfangs vermeintliche Konzentration des Nitrofen-Skandals auf Biobetriebe eigentlich die gesamte Biobranche in Verruf brachte. Bedenklich stimmt es auch, wenn ich sehe, mit welcher Mentalität Sie hier auftreten, Herr Walter: die Mentalität der idealisierenden Gutmenschen,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Birk CDU: Endlich sagt es mal einer! – Abg. Kübler CDU: Zuhören, Herr Kollege Walter! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

für die es unvorstellbar war, dass es auch in der Biobranche Raum für unkorrektes, laxes und kriminelles Verhalten gibt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Brigitte Lösch und Dr. Salomon GRÜNE)

Wenn man sich die einzelnen Vorkommnisse der letzten Monate in Erinnerung ruft, Herr Walter, dann muss man sogar feststellen – –

(Abg. Walter GRÜNE unterhält sich mit Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

– Herr Walter, ich kann warten, bis Sie die Unterhaltung mit Ihrer Parteifreundin beendet haben.

(Abg. Walter GRÜNE: Das war ein Zwischenruf, der auf Sie gemünzt war! – Gegenruf des Abg. Drautz FDP/DVP: Dann aber laut und nicht verdeckt!)

Umso unverständlicher ist es, dass beispielsweise die so genannte Grünstempel-Ökoprüfstelle am 4. April 2002 ihre Kenntnisse über die Verunreinigung des Hallenbodens gar nicht weitergegeben hat und nicht darauf hingewiesen hat.

(Abg. Alfred Haas CDU: Skandal! – Abg. Dr. Birk CDU: Der Rücktritt der Frau Künast ist fällig! Da ist jeder Tag zu viel!)

Ebenso muss man sich wundern, dass von der Bundesforschungsanstalt für Fleisch in Kulmbach, die der Ministerin direkt unterstellt ist, keine Informationen in ihr Haus gedrungen sind.

Dieser Schock des Nitrofen-Skandals – so schlimm er auch ist – hat, wie Sie vorhin selbst gesagt haben, auch etwas Gutes, nämlich dass man die mit den weichen Biosiegeln versehenen Produkte zukünftig vielleicht etwas genauer ins Visier nimmt, kritischer unter die Lupe nimmt.

Die ehrlich wirtschaftenden Ökobetriebe unterwerfen sich strengen Produktionsvorgaben. Sie werden es begrüßen, wenn man dieses weiche Biosiegel etwas kritischer betrachtet. Werden doch die mühsam aufgebauten Existenzen in dieser Branche – man hatte ja einige Vorleistungen zu erbringen – durch die sich bereits breit machenden Bioketten, die auf diesem weichen Biosiegel ihr Feld suchen, in größte Existenzgefahr gebracht.

Die größte Gefahr geht allerdings, denke ich, von der Agrarindustrie aus, von den Konzernen, die sowohl auf konventionelle als auch auf ökologische Weise produzieren. Dann kann man wirklich nicht immer garantieren, dass die unterschiedliche Fütterung in jedem Fall streng getrennt ist. Frau Ministerin Künast sollte wirklich einmal darüber nachdenken, ob sie mit ihrer Propagierung von „Billigbio“, nämlich des Biosiegels, ihr futuristisches Ziel

(Abg. Walter GRÜNE: So ein Quatsch!)

von 20 % Anteil der Bioproduktion an der Gesamtproduktion weiter betreiben will,

(Abg. Dr. Birk CDU: Illusionär! – Abg. Walter GRÜNE: Das ist doch absoluter Quatsch!)

ob dies eine solide ökologische Politik ist.

(Abg. Dr. Birk CDU: Schaumschlägerei!)

Zu einer soliden ökologischen Politik gehört, wie Sie selber gesagt haben, auch das Handeln nach dem Grundsatz „Vertrauen ist gut, aber Kontrolle ist besser“. Das müssen wir alle gemeinsam beherzigen. Das möchte ich hier im Sinne einer sachlichen Diskussion sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Was heißt „sachlich“?)

Wir können – das müssen wir uns vor Augen halten, und das hat auch Herr Teßmer im Ausschuss schon häufiger thematisiert – noch so viele Gesetze machen;

(Abg. Teßmer SPD: Von Ihnen wollen wir nicht gelobt werden!)

im Zweifel erhöhen Sie nur die Bürokratie, die unsere Landwirte draußen belastet.

(Friedlinde Gurr-Hirsch)

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das passt aber nicht zu „Kontrolle ist besser“! – Abg. Kübler CDU: Herr Palmer, nicht so vorlaut!)

– Sie müssen ein Gesetz so machen, dass es auch anwendbar ist.

Beklagenswert ist die Tatsache, dass es einer Reihe von Krisen und Skandalen bedurfte, um die Notwendigkeit – das sage ich jetzt als Erkenntnis – eines lückenlosen Kontrollsystems zu erkennen. So kommen die von Frau Künast schon lange vorgesehenen Gespräche mit der Futtermittelindustrie, die das Thema Kontrolle zum Inhalt haben sollen, reichlich spät.

(Abg. Alfred Haas CDU: Bei der Frau kommt alles zu spät! – Abg. Walter GRÜNE: Wann hat denn Herr Borchert die Gespräche geführt? – Gegenruf des Abg. Kübler CDU: Bitte nicht unterbrechen! – Heiterkeit bei den Grünen)

Bereits die Krise um BSE ging von den Futtermittelbetrieben aus. Die Krise des mit Antibiotika verseuchten Fischmehls ging ebenfalls von der Futtermittelindustrie aus. Nitrofen ist nun erneut ein Thema der Futtermittelindustrie. Ich denke, es wird Zeit, sich dieser Branche anzunehmen.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP – Abg. Pfister und Abg. Drautz FDP/DVP: Nicht unterbrechen!)

– Danke sehr, Herr Theurer. – Ich denke, das gilt umso mehr, wenn man, wie Herr Walter das heute auch wieder thematisiert hat, sich als Krisenmanagerin im Lebensmittelbereich so vollmundig dargestellt hat.

(Abg. Hauk CDU: Versagen auf der ganzen Linie!)

So hat Frau Künast auch im Falle Nitrofen noch ihre Hausaufgaben zu machen. Von wegen „lückenlose Aufklärung“! Es gibt bis heute noch keine Informationen von den Betrieben, die in Malchin ihr Getreide abgeliefert haben. Wir wissen nicht, ob dort Probenziehungen tatsächlich stattgefunden haben.

(Abg. Walter GRÜNE: Lesen Sie eigentlich keine Zeitung?)

Ich will nun nicht weiter der Versuchung erliegen, nur Schuld zuzuweisen. Es darf kein Pardon mit krimineller Ignoranz geben, die ja den Nitrofen-Skandal verursacht hat. Das Fehlverhalten Einzelner aus der Futtermittelwirtschaft droht das Image der Agrarwirtschaft und der Bauern zu zerstören. Die gesperrten Betriebe sind völlig unverschuldet in diese äußerst schwierige Situation geraten. Sie wurden durch die Sperrung regelrecht an den Pranger gestellt und gebrandmarkt. Ihren mühsam aufgebauten Verbindungen zu den Marktpartnern in der Weiterverarbeitung und im Lebensmitteleinzelhandel droht jetzt die Zerstörung.

Wenig hilfreich war es hier, dass der Schweriner Landwirtschaftsminister Dr. Backhaus nur aus – ich möchte sagen – Medieninteresse

(Abg. Alfred Haas CDU: Mediengeilheit!)

die Betriebe gesperrt hat. Die Betriebe mussten die Sperrung aus den Medien erfahren.

(Abg. Teßmer SPD: So ein Quatsch!)

Es gilt daher, als ersten Schritt die Untersuchungskapazitäten von Bund und Land weiter auszunutzen und die Kontrolle zu verschärfen. Es darf da keine weiteren Verzögerungen geben.

Was gilt es zu tun, um die Lebensmittelsicherheit in Zukunft zu gewährleisten?

(Zurufe von der CDU: Künast ablösen!)

Ein erster und richtiger Schritt ist, dass es nun eine offizielle Meldepflicht für die Lebensmittelhersteller geben muss,

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

damit sie die Störungen im Lebensmittelbereich nicht durch Rückrufaktionen vertuschen können.

Außerdem muss es für uns ein Ziel sein, die Rückverfolgbarkeit der Lebensmittel innerhalb der Produktionskette sicherzustellen. Dazu sollten die Wirtschaft, die ja ein teilweise sehr intensives Eigenkontrollsystem hat, und der Staat miteinander synergetisch zusammenarbeiten. Wir wollen, dass für die Bevölkerung mehr Transparenz besteht, was Lebensmittel angeht. Wir wollen, dass sie mehr Sicherheit und noch mehr Informationen hat.

Der Entwurf des Verbraucherinformationsgesetzes, der nun als Schnellschuss vorliegt, hat noch viele Mängel und taugt dazu nicht. Wir wollen ein Verbraucherinformationsgesetz – das steht außer Frage –, aber nicht in der Form des Entwurfs, den Frau Künast im Vermittlungsausschuss präsentiert hat. Es muss sich seinen Namen verdienen, und es muss europäisch ausgerichtet sein. Das ist völlig klar. Wenn man den neuen Skandal mit Thailand im Auge hat, muss sich unser Verbraucherschutz zukünftig sogar weltweit im Rahmen der WTO bewegen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Teßmer.

Abg. Teßmer SPD: Herr Präsident, Herr Minister, Herr Staatsrat, meine Damen und Herren! Ich bin froh, dass der Herr Staatsrat da ist; denn ich glaube, der Minister hat in puncto Gesundheit noch nie so viel Beratungsbedarf wie im Augenblick gehabt. Herr Beyreuther, munitionieren sie ihn einmal.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

– Herr Hauk, gehen Sie lieber in Ihren Wald, und sorgen dafür, dass das Holz wieder teurer wird.

(Lachen bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der CDU)

Sie haben allen Grund, anzufangen.

(Teßmer)

Ich möchte jetzt – –

(Zurufe von der CDU)

– Anscheinend wollen Sie gar nichts hören.

(Abg. Hauk CDU: Wo bleibt die Sachlichkeit?)

Liebe Frau Kollegin, ich darf Ihnen ein ganz klein bisschen widersprechen. Wir wollten heute eigentlich über $C_{12}H_7Cl_2NO_3$, zu Deutsch „Nitrofen“, reden.

(Abg. Blenke CDU: Oh!)

– Wir bereiten uns eben vor.

(Abg. Blenke CDU: Sehr gut!)

Ich hatte ein wenig das Gefühl, Sie haben die griechische Mythologie benutzt. Da hat man nämlich den Überbringer der schlechten Nachricht gesteinigt, nicht den Verursacher. Damit sollten wir jetzt aber langsam einmal anfangen; denn das ist nämlich der Sinn einer Debatte.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Herr Kollege Walter hat versucht, dies sehr deutlich zu machen. Es geht doch nicht um eine Krise der Landwirtschaft, ob ökologisch oder konventionell – beides müssen wir schützen –, sondern es geht um eine Krise der Gesellschaft. Es lohnt sich, Gifte so lange zu verdünnen, bis ein Grenzwert unterschritten wird, damit man sie entsorgen oder verkaufen kann. Es ging doch nicht um Nitrofen im Staub. Sie müssen sich überlegen, was es heißt, wenn der Wert von 0,01 Milligramm pro Kilogramm überschritten worden ist. Es muss sich also um Tonnen von Nitrofen gehandelt haben, die dort hineingelangt sind. Jetzt heißt es, dass nichts mehr erzeugt wird. Dabei weiß jeder, der sich ein bisschen informiert

(Zuruf von der CDU)

– ich auch nicht –, dass in Hessen jetzt noch jedes Jahr 550 Tonnen Nitrofen erzeugt werden. Wenn man fragt: „Was macht ihr damit?“, dann heißt es: „Das kommt nicht so in den Kreislauf.“ Als man gefragt hat, was die denn damit machen, hieß es: „Das geht in die anderen Pflanzenschutzmittel.“ Wer sagt uns denn, dass „unterwegs“ nicht auch etwas verschwindet? Jetzt so zu tun, als ob Herr Backhaus oder Mecklenburg-Vorpommern mit seiner uralten Halle daran schuld seien, ist zu einfach.

(Abg. Kiefl CDU: Ein großes Problem! – Abg. Dr. Lasotta CDU: Künast!)

– Frau Künast hat das, was sie konnte, korrekt gemacht.

(Abg. Hauk CDU: Genau! Das, was sie konnte! – Weitere Zurufe von der CDU, u. a. des Abg. Alfred Haas)

– Herr Haas, Sie sind angeblich Gutachter, und angeblich haben Sie von irgendetwas eine Ahnung; ich weiß allerdings nicht, wovon. Sie müssen doch eines klar sagen: Die Kontrolle liegt bei den Ländern. Das ist so, und das wissen wir auch. Wenn die Kontrolle aber nicht funktioniert hat, dann ist etwas falsch gelaufen.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Wo hat sie nicht funktioniert?)

– Ich sage es Ihnen gleich; das war eine wunderbare Vorlage, lieber Herr Kollege Oberbürgermeister.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Abgeordneter!)

Herr Präsident, mit Ihrer Genehmigung darf ich ein Zitat bringen.

(Abg. Hauk CDU: Könnten wir zum Thema kommen?)

– Seien Sie doch einen Moment ruhig! Sie diskutieren schon, bevor sie etwas gehört haben.

(Abg. Hauk CDU: Oberlehrer!)

Ich zitiere:

Neben Nitrofen sind in der am stärksten belasteten Probe auch die Pflanzenschutzmittel DDT und dessen Abbauprodukte Lindan, Methoxychlor, Simazin nachweisbar.

(Abg. Blenke CDU: Soll ich es vorlesen?)

Dieses Ergebnis spricht für eine Vermischung des Ökofuttergetreides mit belastetem Getreide aus konventionellem Anbau. Auch für DDT ist eine Höchstmengenüberschreitung nach Rückstandshöchstmengenverordnung in der am stärksten belasteten Probe festzustellen.

Wo habe ich das her? Aus einem Gutachten zur Verunreinigung.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

– Herr Haas, hören Sie jetzt einmal ein ganz kleines bisschen zu. Wenn es Ihnen dann wieder nicht passt, dann machen Sie einen Zwischenruf.

Das ist ein Gutachten zu dieser Nitrofen-Probe. Das finde ich hervorragend. Aber dieses Gutachten ist nicht von irgendeinem Land oder von irgendeiner Kontrollbehörde in Auftrag gegeben worden, sondern von einer Versicherung, weil diese bezahlen sollte. Da haben wir festgestellt: Nachdem bekannt war, was in dem Gutachten steht, hat keine zuständige Kontrollbehörde in einem Bundesland, kein Hersteller, kein Putenmäster, hat niemand darauf reagiert. Reagiert wurde erst, als es ein Skandal war. Man hätte nämlich schon etwas früher etwas tun können.

Jetzt darf ich Ihnen noch ein kleines zweites Zitat – das ist noch kürzer – vorlesen:

Rückstände von Pflanzenschutzmitteln werden nicht als eine ernsthafte Gefahr angesehen. Produkte, deren Rückstände die gesetzlichen Höchstwerte überschreiten, werden in der Regel nicht beschlagnahmt. Die Verfahren bei Verstößen sind überaus schwerfällig, und es werden nur selten Verwaltungsverfahren eingeleitet. Das Feedback zwischen den einzelnen Kreisen ist unzureichend.

In Bayern – so der Bericht – würden die Warnmeldungen in Bezug auf Pflanzenschutzmittel in den meisten Fällen gar nicht weitergeleitet, da eine geringfügige Überschreitung der Rückstandshöchstmengen nicht als ein Gesund-

(Teßmer)

heitsrisiko angesehen werde. Entsprechend der Einschätzung von Toxikologen betrachte das bayerische Ministerium in der Regel lediglich hundert- bis tausendfache Überschreitungen als gesundheitsgefährdend.

Und so jemand wie der Chef von Bayern will die Bundesrepublik regieren, wenn er nicht einmal seine eigene Kontrolle im Griff hat? Das ist ja gerade so, als wenn man dem Fuchs sagte: Pass auf die Hühner auf.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich muss Ihnen noch sagen: Dieses Zitat kommt nicht von einer Frau Künast, sondern von der EU-Kommission, die das Land Bayern und das Land Sachsen kontrolliert hat. Das heißt, das ist bekannt.

Ich habe dann die Reaktion der Bayerischen Staatsregierung oder gar des Ministerpräsidenten Stoiber gesucht. Es gibt dazu keine Reaktion.

(Abg. Alfred Haas CDU: Fünf Monate dauert das bei Künast!)

– Herr Haas, was haben Sie gesagt? Sagten Sie: „Das stimmt so“, oder was haben Sie gesagt?

(Abg. Alfred Haas CDU: Fünf Monate dauert das bei Künast! Am 23. Januar habe ich ihr einen Brief geschrieben, am 18. Juni hat sie geantwortet! – Zuruf von der SPD)

– Die Reaktion von Herrn Stoiber hat ein Jahr gedauert und ist noch immer nicht da.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wo er Recht hat, hat er Recht! – Beifall der Abg. Ursula Haußmann SPD – Abg. Hillebrand CDU: So ein Blödsinn!)

Und was macht unser Herr Minister? Der Minister war zunächst einmal froh, dass es Baden-Württemberg nicht getroffen hat. Das hat er mit mir gemeinsam. Aber wir haben halt Grenzen und müssen sagen: Das muss überall weg. Herr Minister, ich bitte Sie, nachher in der zweiten Runde dem Vorschlag der Grünen zuzustimmen, damit der Entwurf zum Verbrauchergesetz gebilligt wird. Aber ich bitte Sie auch, ganz klar zu machen – –

(Abg. Hauk CDU: Ja, welches jetzt?)

– Das sage ich doch nachher. Warten Sie doch!

(Abg. Hauk CDU: Es gibt ein Verbraucherschutzgesetz und ein Verbraucherinformationsgesetz!)

– Es ist schön, wenn Sie einmal ein paar Gesetze kennen.

Herr Minister, ich bitte Sie dringend, deutlich zu machen, dass die Landesregierung von Baden-Württemberg nicht zulässt, dass überhaupt etwas hineingemischt wird, was zwar den Grenzwert unterschreitet, aber trotzdem noch giftig ist.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Das Schlimme bei diesen Proben ist nämlich: Die Ergebnisse gelten nicht generell. Treffe ich die eine Ecke, dann

habe ich scheinbar keine Belastung. Treffe ich die andere Ecke, dann habe ich weit mehr als den Grenzwert von 0,01 Milligramm pro Kilogramm. Jetzt muss man noch Glück haben, dass man das Richtige geliefert bekommt.

Ich möchte am Schluss der ersten Runde eines deutlich machen. Da bitte ich einfach, dass wir da mehr Konsens hinbekommen. Es ist eine ganz wichtige Darstellungsweise, dass der Landtag sagen muss: Die Legislative wird jetzt dafür sorgen, dass Gifte in der Nahrungskette – egal, ob biologisch oder konventionell erzeugt – nichts zu suchen haben. Dann müssen wir uns überlegen, ob die Grenzwerte richtig sind. Dann müssen wir uns überlegen, ob – –

(Abg. Alfred Haas CDU: Das müssen wir nicht erst beschließen! Was soll der Quatsch? – Abg. Hauk CDU: Entschuldigung, das ist doch geltendes Recht!)

– Aber es wurde doch nicht kontrolliert, lieber Herr Hauk.

(Zuruf)

– Das ist ja schön.

(Abg. Seimetz CDU: Warum schreit er eigentlich so?)

– Weil er einen sonst überhaupt nicht zu Wort kommen lässt. Er ist das nicht gewöhnt.

(Abg. Seimetz CDU: Wer schreit, hat Unrecht!)

– Deswegen schreien Sie noch lauter als ich. Das ist ja beruhigend.

(Abg. Seimetz CDU: Nein! – Abg. Kübler CDU: Was haben Sie denn jetzt die ganze Zeit gesagt?)

Leute, wir müssen ganz klar und deutlich machen: Die bisher bestehenden Kontrollen haben nicht ausgereicht. Das, was in Berlin angeordnet worden ist, ist erst dann möglich gewesen, als dies in Berlin bekannt wurde. Also reicht auch die Meldepflicht nicht. Es kann nicht sein, dass die einen sagen: „Hundertfach überschritten ist doch nicht schlimm“ und die anderen nicht. Wir wollen, dass wir ganz schnell jede Art von Lebensmittelskandal aus der Diskussion bringen, damit gegenüber dem Verbraucher wieder Vertrauen geschaffen wird, bevor es unseren Landwirten an den Kragen geht.

(Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Dabei ist es egal, welchen Bereich Sie anschauen: Die Landwirte zahlen zurzeit die Zeche, obwohl sie überhaupt nichts dafür können.

Jetzt, Herr Minister, der zweite Teil: Die Kennzeichnung, die Ihre Bundesregierung vor ewigen Zeiten abgeschafft hat, muss wieder her. Es muss doch für den, der etwas kauft, klar sein, dass in dem Produkt das drin ist, was draufsteht. Das scheint nicht der Fall gewesen zu sein. Insofern ist das der Skandal.

Das Letzte ist: Es darf sich nicht lohnen, dass man, wenn man Lebensmittel unter dem Limit panscht, damit Geld verdient und billig entsorgt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drautz.

Abg. Drautz FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lebensmittelfaffären – das muss man hier auch einmal ganz deutlich sagen – haben nichts mit konventioneller Landwirtschaft oder ökologischer Landwirtschaft zu tun.

(Abg. Hillebrand und Abg. Kiefl CDU: Sehr richtig! – Abg. Hauk CDU: Guter Mann!)

Sie haben nichts mit großen oder kleinen Betrieben zu tun. Auch ökologische Betriebe – das hat sich jetzt gezeigt – müssen Futter zukaufen. Aus diesem Grund sind ökologisch wirtschaftende Betriebe ungerechtfertigt in diese Situation gekommen.

Meine Damen und Herren, die Nitrofen-Affäre zeigt aber natürlich auch: Das Leitbild des ökologischen Landbaus lässt sich nicht logisch von der Affäre ableiten. Wenn auch der Kollege Walter meint, dass es immer wichtiger ist, ökologisch zu produzieren: Dies lässt sich von dieser Affäre nicht ableiten. Aber wir unterstützen ja auch im Land den ökologischen Landbau. Das sieht man daran, dass in Baden-Württemberg der höchste Prozentsatz an ökologischem Landbau vorliegt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Dies muss man klar feststellen. Das wurde durch die Politik dieser Landesregierung in Baden-Württemberg ermöglicht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

– Herr Palmer, wenn Sie sich jetzt aufregen: Ich würde Ihnen wünschen, Sie wären in Regierungen, an denen die Grünen mit beteiligt sind, als Missionar aktiv dabei, damit die Grünen den ökologischen Landbau auch in den anderen Bundesländern ein bisschen nach vorn bringen würden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Man muss ganz klar sehen, dass dies so ist.

Meine Damen und Herren, Bundeskanzler Schröder

(Abg. Pfister FDP/DVP: Noch-Bundeskanzler! Der noch amtierende! – Abg. Kübler CDU: Wer ist das?)

– das ist der derzeitige Bundeskanzler – hat auf dem Bauerntag in Cottbus gesagt –

(Abg. Teßmer SPD: Waren Sie dabei?)

– Ich war nicht beim Bauerntag in Cottbus. Aber, Herr Kollege Teßmer, ich glaube, Sie waren auch nicht dabei.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Tatsache ist: Ich zitiere aus seiner Rede. Die Rede ist öffentlich gewesen.

(Abg. Walter GRÜNE: Wo warst du?)

In seiner Rede hat er gesagt, die Landwirtschaft müsse sich dem Markt stellen,

(Abg. Teßmer SPD: Richtig! – Abg. Pfister FDP/DVP: Bis jetzt stimmt es!)

die Wettbewerbsfähigkeit müsse gesteigert werden. Meine Damen und Herren, dies steht in krassem Widerspruch zu Künast und ihrer Agrarwende.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es! – Abg. Teßmer SPD: Ach was! Stimmt doch gar nicht!)

Dies muss man einmal ganz klar sehen. Das sind völlig unterschiedliche Aussagen. Künast spricht vom Ende der Agrarfabriken, vom Ende der Massentierhaltung, von betrieblichen und regionalen Kreisläufen, von dem Ziel, das Leitbild der ökologischen Landwirtschaft mit einem Anteil von bis zu 20 % an der Produktion zu erreichen.

(Abg. Walter GRÜNE: Sehr gut!)

Sie hat das Biosiegel verwässert und hat die Steigerung des Absatzes außer Acht gelassen.

(Abg. Walter GRÜNE: So ein Quark! Red doch nicht!)

Die Folgen waren ein Angebots- und Kostendruck auf unsere baden-württembergische Ökolandwirtschaft

(Abg. Teßmer SPD: Hat das was mit Nitrofen zu tun? Komm zum Thema!)

und eine Verunsicherung der übrigen Landwirtschaft.

Meine Damen und Herren, es ist legitim, wenn Künast ökologischen Landbau unterstützt. Es ist aber verheerend, wenn sie dies auf Kosten der konventionellen Landwirtschaft tut. Ich nenne hier nur die Stichworte Tierschutz, Gesundheit, Umweltschutz. 97 % unserer Landwirte werden dabei verunglimpft.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Teßmer SPD: Das hat doch mit Nitrofen nichts zu tun!)

– Herr Teßmer, immer wenn Sie schreien, weiß ich, dass ich total richtig liege.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Einbindung, meine Damen und Herren, in die EU-Agrarpolitik,

(Abg. Walter GRÜNE: Wer hat denn das geschrieben?)

die internationalen Verträge, die es auf EU-Ebene gibt, haben Schlimmeres durch Künast verhindert. Deshalb versucht Künast jetzt, durch Verschärfungen von Rechtsvorschriften – Naturschutzgesetzgebung, Hennenhaltungsver-

(Drautz)

ordnung, geplante Schweinehaltungsverordnung – richtige Verluste von Marktanteilen für die deutsche Landwirtschaft zu produzieren. Meine Damen und Herren, dadurch entsteht eine Abwanderung der Produktion in Billigländer. Dazu kommt, dass sie den Rückzug aus Forschung und Entwicklung angetreten hat.

Nitrofen zeigt auch: Die Einhaltung der Gesetze muss besser kontrolliert werden. Die Strafen sind meines Erachtens nicht streng genug. Aber unsere Gesetze reichen meines Erachtens aus.

Ich muss aber eines auch noch feststellen: Die aktuellen Vorkommnisse in Hessen zeigen in eklatanter Weise, wie die Bundesverbraucherministerin versagt hat. 6,5 Tonnen nitrofurantelastetes Geflügelfleisch aus Brasilien ist dort in den Handel gekommen.

(Abg. Walter GRÜNE: Das ist ja unglaublich!)

Dies ist der Bundesregierung, Herr Walter, seit Monaten bekannt. Und was macht Künast? Künast führt mit der EU einen Schriftwechsel. Mehr ist nicht geschehen.

(Abg. Walter GRÜNE: Das ist die Lüge vom Heinrich von heute Morgen!)

Die Verbraucher bekommen weiterhin dieses Fleisch; es wird weiter Geflügelfleisch aus Brasilien und Thailand nach Deutschland importiert. Dies muss man klar sehen. Künast hätte einen Importstopp für Geflügelfleisch aus Brasilien und aus Thailand verhängen müssen, um der Volksgesundheit entgegenzukommen! Dies hat sie aber nicht gemacht; sie schreibt nur Briefe. Künasts Politik ist gescheitert.

(Abg. Kübler CDU: Jawohl!)

Wir in Baden-Württemberg dagegen – das muss man einmal ganz klar sehen – haben die Lebensmittelüberwachung neu organisiert. Wir haben die Lebensmittelüberwachung im Land gebündelt; wir haben aus fünf Ministerien einen Schwerpunkt im MLR gebildet und neue Strukturen geschaffen. Unsere Lebensmittelkontrolleure können nicht immer hingestellt werden, als wenn sie nicht das Optimale für das Land leisten würden.

In diesem Zusammenhang möchte ich eines sagen: Es kann aber auch nicht sein – wir haben bei BSE über 60 Neueinstellungen beim Land gehabt –, dass in Zukunft bei jedem Lebensmittelskandal, der kommen wird, wieder zusätzliche Personaleinstellungen vorgenommen werden, sondern es muss auch auf die Selbstverpflichtung der Betriebe und die Eigenkontrolle der Nahrungsmittelhersteller Wert gelegt werden, und wir brauchen meines Erachtens auch mehr Kapazitäten bei privaten Labors. Denn wenn wir zum Beispiel eine Mehrwertsteuererhöhung nur deshalb bekommen würden, weil wir mehr Leute in der Lebensmittelüberwachung hätten, wäre das meines Erachtens nicht gut, weil Lebensmittelchemiker verschiedene Bereiche untersuchen können.

Ich möchte jedem, der hier mitredet, empfehlen, einmal bei den Untersuchungsämtern vorbeizuschauen und sich anzusehen, in welchen Gruppen entsprechende Proben untersucht werden. Je nachdem, in welchem Bereich wir höhe-

ren Untersuchungsbedarf haben, werden dort schwerpunktmäßig auch mehr Proben gezogen, und ich muss sagen: Wenn wir die totale Überwachung beim Staat haben, dann ist es völlig richtig, dass man beim Staat und auch bei den Labors usw. kontrolliert, aber Tatsache ist: Der Staat muss in diesem Bereich bei seiner ureigensten Aufgabe bleiben. Es kann nicht sein, dass wir zusätzlich ein Kontrolleur- und Laborheer aufstellen. Dies würde im Endeffekt auch den Verbraucher massiv mit Steuererhöhungen treffen.

Ich möchte noch eines feststellen. Für einen optimalen Verbraucherschutz brauchen wir gleiche Standards in Europa. Wir müssen innerhalb Europas für gleiche Standards arbeiten, und wir müssen die Außengrenzen noch besser kontrollieren, damit unsere Standards eingehalten werden. Heimische Produkte stehen nämlich im Wettbewerb, zum Beispiel mit Produkten aus Brasilien und Thailand. Diesen Preiskampf muss man klar sehen. Unsere Produkte sind in dieser Hinsicht in Ordnung.

Dem Verbraucherschutz ist am besten gedient, wenn die Staatstätigkeit auf unverzichtbare hoheitliche Aufgaben ausgelegt wird. Ökologische sowie auch konventionelle, landwirtschafts-, umwelt- und gesundheitsverträgliche Produkte müssen konsequent kontrolliert werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Willi Stächele.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Zurufe der Abg. Brigitte Lösch und Walter GRÜNE – Zuruf: Neue Geschäftsordnung!)

– Ich halte mich daran. Ich weiß, was ich dem Parlament schuldig bin.

Ich will gerne, gewissermaßen in der Halbzeit, eine erste Stellungnahme abgeben, weil ich bestrebt bin, dazu beizutragen, dass wir gleichermaßen interessante wie auch muntere Debatten führen können. Erneut geht es um ein sehr wichtiges Thema, nämlich die Lebensmittelsicherheit und das Recht der Verbraucher auf gesunde Nahrungsmittel. Der bisherige Debattenverlauf war auch für mein Ressort nicht unfreundlich.

Lieber Herr Kollege Walter, Sie haben natürlich pflichtgemäß Frau Künast verteidigen müssen. Und sicher hat auch die Fraktionsdisziplin Sie davon abgehalten, ein dickes Lob für Baden-Württemberg und den hiesigen Ressortminister auszusprechen. Ich hätte das Lob nämlich gern an all die Mitarbeiter weitergegeben, die tüchtig und tatkräftig nach der ersten Meldung hier in Baden-Württemberg gehandelt haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ein Lob von Herrn Teßmer an den Staatsrat: Auch das muss im Protokoll dick unterstrichen werden.

(Abg. Teßmer SPD: Das war aber Vorschusslob!)

(Minister Stächele)

Und ich füge an: Das Lob ist berechtigt,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

weil in der Tat das, was uns an wissenschaftlicher Beratung gut tut, von unserem Staatsrat kommt, und wir beherzigen das auch. Deswegen wäre der Gedanke, ihn einmal als „Berlin-Hilfe“ für ein paar Wochen auszuleihen, gar nicht so abwegig.

(Abg. Teßmer SPD: Das war nicht gut!)

Lieber Herr Teßmer, ich will auf einen Punkt eingehen, den Sie angesprochen haben. Da sind wir uns ja einig: In der Tat müssen wir die jetzt noch gültigen Rückstandshöchstmengen betrachten. Es gibt bereits eine Initiative Baden-Württembergs in Form eines Briefes an die Frau Bundesminister, dass uns geholfen werden muss, wenn es darum geht, unterhalb der jetzigen Rückstandshöchstmengen eingreifen zu können. Sie wissen, dass wir im Moment bei Nitrofen eine Rückstandshöchstmenge von 0,01 Milligramm pro Kilogramm haben. Das gilt sowohl für die ökologischen als auch für die konventionellen Produkte. Dass wir mit unseren Messgeräten weit darunter greifen können, steht außer Frage. Es gibt auch den Willen Berlins zu handeln, aber leider nicht im Wege einer Eilverordnung, wie wir uns das vorgestellt hätten, um Verbraucherschutz sofort sicherzustellen,

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

sondern man glaubt, aus Rechtsgründen den Weg der Verordnung wählen zu müssen. Das würde bedeuten, dass wir neun Monate darauf warten müssten, und birgt damit eine Rechtsunsicherheit, die mir Unwohlsein bereitet.

(Abg. Teßmer SPD: Das dürfen Sie aber sofort umsetzen, wenn Sie wollen!)

Gleichzeitig bemühen wir uns, Rechtsklarheit zu schaffen, um tatsächlich auch unterhalb der Rückstandshöchstmenge eingreifen zu können.

Nun ein paar Sätze zu Ihnen, lieber Kollege Walter. Ich würde an Ihrer Stelle nicht immer wieder reflexartig die bisherige, die konventionelle nachhaltige Agrarpolitik irgendwie, auch wenn es an den Haaren herbeigezogen wird, in eine Mitverantwortung ziehen. Das passt einfach nicht zu diesem Thema.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Lieber Herr Kollege Walter, bereits in der ersten Presseerklärung unmittelbar nach den ersten Veröffentlichungen habe ich sofort gesagt, es wäre jetzt falsch, in Häme gegenüber dem ökologischen Landbau zu verfallen. Jetzt wäre es auch völlig falsch, eine Kollektivschuld zuzuweisen. Ich denke, Sachlichkeit ist geboten. Die Erzeuger sind die Leidtragenden; die Erzeuger sind die Gebeutelten.

Es geht darum, jetzt wirklich einmal abschließend die Ursachen aufzuklären: schuldhaftes, möglicherweise kriminelles Verhalten? Ich kann die SPD-Regierungen in den Ländern – vor allem auch die Regierung in Mecklenburg-Vorpommern – nur ermuntern, ohne Ansehen der Person endgültig die Frage zu klären, wie es sein kann, dass nach der Wende zwölf Jahre verstreichen und während dieser

zwölf Jahre dieser unselige Zustand in Malchin immer noch beibehalten wurde. Wo blieben da die Kontrollen? Das ist doch absolut unmöglich.

(Abg. Teßmer SPD: Das waren aber Ihre Leute am Anfang! Das wissen Sie!)

Herr Kollege Teßmer hat ausdrücklich und zu Recht festgestellt: Es ist Ländersache, da für Kontrollen zu sorgen.

(Abg. Teßmer SPD: Damals haben Sie regiert!)

– Jetzt nehmen Sie doch einfach einmal Fakten zur Kenntnis. Ich bin weit von einer Verurteilung entfernt, aber ich will wissen, warum es dazu kommen konnte. Sie haben von mir nicht gehört, dass ich den Kopf von Künast gefordert hätte.

(Abg. Seimetz CDU: Schade! – Minister Dr. Christoph Palmer: Das wäre aber nicht falsch gewesen!

– Abg. Hauk CDU: Das wäre aber trotzdem eine gute Forderung gewesen! – Abg. Teßmer SPD: Das wäre ja noch schöner!)

Ich sage: Leute, das ist ein so diffiziles Geschäft, dass man tatsächlich erst abschließend ermitteln muss, bevor Urteile gefällt werden können. Allerdings hat es mich schon ein bisschen überrascht, wie Frau Künast in ihrer burschikosen Art gleich Schuld verteilt hat. Es gibt halt auch die politische Verantwortung.

(Abg. Kiefl CDU: Sehr gut! So ist es! Für die ein Fremdwort! – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Die größte Panne war ja, dass jetzt im Grunde zum zweiten Mal Informationslöcher entstanden sind. Vor einigen Monaten gab es die Geschichte, bei der es um einen Brief ging, bei dessen Bearbeitung im Ministerium geschludert worden ist, und jetzt gibt es wiederum eine Situation, bei der man sagen muss: Bei all den privaten Beteiligten – keiner kann sich reinwaschen, auch nicht der Ökoverband – und bei all dem, was manche als „Kartell des Schweigens“ bezeichnen, ist auch eine Bundesanstalt dabei. Und da beginnt natürlich ein Stück weit schon das, was man politische Verantwortung nennt. Deswegen würde ich nicht nur Schuldvorwürfe verteilen, sondern auch einmal sagen: „Wir müssen in unserem eigenen Laden für Ordnung sorgen.“ Das ist mein Appell an Renate Künast.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wenn Sie fragen, was die Futtermittelkontrollverordnung mache, die vor einigen Wochen in Kraft getreten ist, antworte ich Ihnen: Sie wird in Baden-Württemberg nicht nur pflichtgemäß, sondern mit großem Engagement umgesetzt. Das ist gar keine Frage.

Eines allerdings passt nicht in die ganzen hehren Worte von der Förderung der Agrarwirtschaft, insbesondere der ökologischen Landwirtschaft, nämlich – gestern habe ich diese Meldung erhalten – dass Frau Künast ausgerechnet bei der Gemeinschaftsaufgabe 120 Millionen € zu streichen gedenkt.

(Abg. Rüeck CDU: Nein! – Abg. Drautz FDP/DVP: Unglaublich!)

(Minister Stächele)

Das trifft uns in Baden-Württemberg mit 10 bis 15 Millionen €. Wer nicht weiß, was die Gemeinschaftsaufgabe bedeutet, was Gemeinschaftsangelegenheiten sind, der muss wissen, dass es genau die Investitionsförderung insbesondere auch im ökologischen Sektor ist, die wir dringend brauchen. Das heißt, das ganze Vollmundige stimmt oftmals nicht mit dem überein, was letztlich die praktische Politik aus Berlin ausmacht. Deswegen mein Appell: Versuchen Sie, das zu verhindern. Aber nach dem September wird eh vieles anders werden.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen gehe ich davon aus, dass wir das im kommenden Haushalt neu richten können.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Ich will Ihnen, weil das hohe Haus einen Anspruch darauf hat, einfach noch einmal einiges zur Chronologie darlegen, aber insbesondere die aktuellen Daten unserer Überprüfungen und Kontrollen nennen.

Tatsache ist, dass alles offensichtlich bis zum August 2001 zurückreicht. Es ist schrecklich, wer alles bereits im Dezember 2001 von Nitrofen-Belastungen wusste. Die erstmalige Information der Behörden, der niedersächsischen Kollegen und der niedersächsischen Behörden, ist tatsächlich erst – das ist das Schlimme daran – am 23. Mai 2002 erfolgt.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Wir haben am Wochenende vom 25. Mai Berichte in den Medien zur Kenntnis genommen und schon vor der offiziellen Unterrichtung nach einer entsprechenden Sitzung bei uns im Haus mit den Tests und den Kontrollen begonnen – zunächst anhand der Meldungen in Richtung Ökoeier, Ökogeflügelfleisch. Das begann bereits am 27. Mai. Wir haben am 2. Juni erstmals Angaben aus Niedersachsen über Vertriebswege von Ökofutterweizen erhalten und haben unsere Kontrollrichtungen entsprechend ausgedehnt. Auch drei Geflügelfleischbetriebe in Baden-Württemberg haben möglicherweise belastetes Geflügelfleisch erhalten. Auch dahin gingen unsere Kontrollansätze.

Das Ergebnis – ich will es kurz machen –: Es gab eine Fülle von Kontrollen und Weiterungen. Wir sind in den Bereich der Futtermittel gegangen, wir haben das Ganze auch auf konventionelle Produkte ausgedehnt, wir sind in den Bereich des Ökogeflügelfleischs gegangen. Kurzum: Erste Ergebnisse sind schließlich, wenn ich es richtig sehe, am 4. Juni gezeitigt worden.

Im Wege der Kontrollen bei Futtermitteln sind bisher insgesamt 149 Proben durchgeführt worden. 65 davon sind abgeschlossen. Bei allen Proben wurde Gott sei Dank Nitrofen-Freiheit nachgewiesen.

Wir haben bei Lebensmitteln insgesamt 206 Proben durchgeführt. Davon sind 151 Proben abgeschlossen. Sie kennen es aus unseren Pressemeldungen: Wir haben in zwei Fällen bei Eiern und in einem Fall bei Geflügelfleischerzeugnissen tatsächlich eine Überschreitung gesetzlich zulässiger Höchstmengen festgestellt. In fünf weiteren Fällen gab es

Spuren, die jedoch unter der Höchstmenge lagen. Alle anderen Untersuchungsergebnisse waren bislang negativ.

Das ist der Stand zum 19. und 20. Juni, und unsere Proben gehen weiter. Irgendwo war einmal davon die Rede, in Baden-Württemberg werde verharmlost und verniedlicht. Deswegen sage ich: Wir können nur veröffentlichen, was wir wissen. Alles andere wäre falsch. Wir sagen, wo wir Proben vornehmen, und wir nennen die Ergebnisse. Wir sind alle miteinander dankbar, wenn wir in Sachen Nitrofen negative Ergebnisse haben. Unsere Verbraucher sind dankbar dafür, und wir sind es auch. Deswegen werden diese strengen Kontrollen bei uns so weitergeführt.

Ich will einen weiteren Punkt ansprechen – da sind wir uns sicher einig –: Natürlich müssen die Rechtslücken, die da noch bestehen, geschlossen werden. Insofern ist der Ansatz der Bundesregierung vom Grundsätzlichen her zu begrüßen. Allerdings sagen wir – dazu werden wir am kommenden Freitag im Bundesrat Initiativen einbringen –: Die Uneinheitlichkeit im Lebensmittel- und im Futtermittelrecht muss beseitigt werden.

Das andere ist: Wir meinen, man müsste schon jetzt daran denken, dass ab 2005 EU-Regelungen gelten. Es wäre ein Unsinn, wenn wir uns in diesem zweijährigen Turnus nicht schon jetzt auf EU-Einheitlichkeit ausrichten würden. Denn wenn irgendwo Einheitlichkeit, Harmonisierung in Europa notwendig ist, dann in der Tat im Bereich der Lebensmittelsicherheit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drautz FDP/DVP: Sehr gut!)

Wir bringen einen dritten Punkt in das laufende Gesetzgebungsverfahren ein, meine Damen und Herren. Die Bundesregierung meint, vorschlagen zu müssen, dass sich jemand im Fall der Selbstanzeige auch bei Vorsatz exkulpieren könne.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Ich glaube, dass man dem nicht folgen sollte, Herr Teßmer. Das ist eine Sachfrage, über die man in Ruhe diskutieren müsste.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Wenn jemand vorsätzlich Verbotenes getan hat, verboteenerweise Mischungen vorgenommen hat, Mittel eingesetzt hat, die dem Verbraucher schaden,

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

dann, denke ich, kann auch die Selbstanzeige nicht zur Strafbefreiung führen. Vielmehr ist es in der Tat so: Wir können die Strafbefreiung bei grob fahrlässigem Handeln und bei Selbstanzeigen zulassen, aber Vorsatz muss bestraft werden – auch als Abschreckungswirkung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Teßmer SPD: Gilt das auch für den DFB-Präsidenten?)

Ich will zum Schluss etwas sagen, was für Sie als Parlamentarier auch ganz wichtig zu wissen ist.

(Minister Stächele)

Die Lebensmittelkontrolle in Baden-Württemberg funktioniert. Ich will ausdrücklich auch in Richtung des Kollegen Innenministers sagen: Gott sei Dank gibt es bei uns den WKD. Ich habe gar nicht geahnt, dass wir das einzige Bundesland sind, das über eine derartige Lebensmittelpolizei verfügt. Der WKD ist effizient, er hat Schlagkraft. Er ist unser Instrument, um sicherzustellen, dass der Verbraucher gesunde Nahrungsmittel erhält. Deswegen ein Kompliment auch einmal an ein anderes Ressort: Der WKD ist unsere Lebensmittelpolizei par excellence.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich will ein Zweites sagen: Ich bin mir sicher – das soll kein Eigenlob sein, sondern einfach nur eine Testierung –, dass sich die Zusammenführung im Lebensmittelbereich – unter Berücksichtigung von Futtermittelüberwachung und Veterinärwesen – bei uns im Haus in einer Abteilung Lebensmittelsicherheit bereits in den ersten Monaten bewährt hat.

(Abg. Kiefl CDU: So muss es sein!)

Das war richtig. Wir reden nicht nur darüber, sondern wir handeln und machen die Organisationsschärfe, Organisationsschlagkraft, die wir brauchen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Jetzt ein Weiteres: Der Kollege Teßmer hat vorgeschlagen, ein Landesamt für Verbraucherschutz einzurichten. Wir brauchen das nicht. Pikanterweise ist anzumerken: Dort, wo einige Holprigkeiten feststellbar waren, nämlich in Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern, hat man solche Ämter.

(Abg. Kiefl CDU: So ist es!)

Das heißt also: Man kann wirklich ehrlich, offen und offensiv über richtige Organisationsstrukturen diskutieren. Wenn es aber irgendwo klappt wie in Baden-Württemberg, dann sollte man dies nicht in Abrede stellen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Walter.

Abg. Walter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es verwundert mich schon, dass nach meiner Rede so getan wird, als hätten wir den alten Gegensatz konventionelle/ökologische Betriebe wieder aufgemacht. Das habe ich mit keinem Wort getan. Ich weiß nicht, ob Sie Ihre Reden vorher schreiben und dann nicht mehr abändern können, oder warum das so ist. Aber mit der Realität hat dies gar nichts zu tun. Darum geht es doch gar nicht, Kollegen. Dieser Skandal zeigt doch: Beide sind betroffen.

Uns geht es darum, zu verhindern, dass zukünftig noch mit bestimmten Stoffen umgegangen wird. Wir wollen erreichen, dass man bestimmte Stoffe eben nicht mehr einsetzt, dass es eine Agrarwende gibt, die ihren Namen verdient, damit wir bei den Verbrauchern wieder mehr Sicherheit und Vertrauen schaffen. Was hat es denn beispielsweise

genutzt, jahrzehntlang Tiermehl zu verfüttern? Es hat zu BSE geführt, und das hat das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher massiv erschüttert. Was war denn damals los? Viele haben anscheinend vergessen, was vor einhalb Jahren in dieser Republik los war. Die Rinderzüchter sind alle eingebrochen; so kann man sagen. Deswegen muss man einfach umdenken. Und das betrifft den konventionellen Bereich mehr.

Kollege Drautz, Sie verweisen auf den Tierschutz. Das ist ein Kriterium, nach dem immer mehr Verbraucherinnen und Verbraucher fragen. Sie tun ja praktisch so, als würden die konventionell wirtschaftenden Betriebe gar keinen Tierschutz praktizieren. Es geht nur darum, dass diejenigen, die ihn praktizieren, vom Staat gefördert werden und diejenigen, die ihn nicht praktizieren, vom Staat nicht mehr gefördert werden. Ich finde, das ist der richtige Weg, und das ist ein Merkmal der Agrarwende.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hauk CDU: Aber dann streichen Sie noch die Mittel dafür!)

– Machen wir doch gar nicht. Bleib doch einmal ganz ruhig!

(Zurufe von der CDU)

Herr Kollege Drautz, Sie sagen, das Leitbild des ökologischen Landbaus taugt nichts, und man stelle die konventionellen Betriebe an den Pranger. Das ist doch gar nicht wahr. 90 % der Agrarförderung geht weiterhin in den konventionellen Bereich. Wo kann man denn dann davon reden, es gehe nur um ökologischen Landbau?

Sie waren doch auch auf der Grünen Woche. Wissen Sie, was Herr Fischler gesagt hat? Sie zitieren ja auch gerne. Er sagte, Deutschland habe einen enormen Nachholbedarf im ökologischen Landbau. Wir sind da in Europa doch gar nicht vorne.

Nehmen Sie einmal in Baden-Württemberg alle Streuobstwiesen weg, die ja zum Teil von Betrieben, die sonst nicht ökologisch arbeiten, angemeldet sind. Dann sieht es mit der Bilanz in Baden-Württemberg auch nicht mehr so gut aus, wie Sie das gerne darstellen.

Deswegen mein Rat, Herr Kollege Drautz: Lassen Sie uns das gemeinsam voranbringen. Wir brauchen mehr Ökologisierung. Sie selbst praktizieren das in Ihrem Weinberg ja auch. Sonst würden die Verbraucher bald Ihren Wein auch nicht mehr kaufen. Das wissen Sie doch selbst.

Sie haben gesagt, Frau Künast informiere nicht richtig. Ich habe das ja schon vorhin in meinem ersten Redebeitrag erwähnt: Herr Heinrich stellt sich hin und sagt: „Sie, Künast, informiert zu spät!“ Am 27. März – das hat mir heute Morgen Staatssekretär Müller am Telefon gesagt – sind die Länder informiert worden – gleichzeitig mit der EU. Sie sind darauf hingewiesen worden, man müsse aufpassen, dass diese Lebensmittel kontrolliert werden. Die EU wurde darauf aufmerksam gemacht, dass diese Lebensmittel nicht mehr in die EU kommen sollen. Das war eine schnelle Reaktion, Herr Drautz – lange bevor sich die Wirtschaft überhaupt an Frau Künast gewandt hat.

(Walter)

(Abg. Drautz FDP/DVP: Aber das Fleisch gibt es heute noch!)

– Herr Kollege Drautz, Sie wissen genau, wie es rechtlich in Europa oft mit dem freien Handel läuft. So einfach ist das nicht. Einerseits stellen Sie sich hin, Herr Drautz, und sagen: „Wir wollen keinen starken Staat. Wir wollen, dass nicht so viel staatlich kontrolliert wird.“ Aber andererseits soll dann doch wieder alles geregelt sein. Da müssen Sie sich einmal entscheiden.

Derselbe Widerspruch tut sich bei Ihnen auf, wenn Sie fordern, die Landwirtschaft zu regionalisieren und regionale Lebensmittel zu fördern. Dann kritisieren Sie Frau Künast, die genau das in Berlin tut. Genau das kritisieren Sie wieder und jubeln dem Kanzler zu, der angeblich gesagt haben soll: Wir brauchen wieder mehr Wettbewerb.

Man muss sich für einen Weg entscheiden, Herr Drautz. Ich glaube, es ist ein Wettbewerbsvorteil für die deutsche Landwirtschaft, wenn ihre Produkte als besonders umweltfreundlich, tiergerecht und umweltgerecht produziert in den Handel gebracht werden können.

Es ist doch klar – das wissen Sie selbst –: Mit unseren Strukturen, speziell hier im Südwesten, können wir doch gar nicht auf dem Weltmarkt konkurrieren. Das geht doch gar nicht; das wissen Sie. Also brauchen wir andere Merkmale. Dazu gibt es in Baden-Württemberg positive Ansätze, zum Beispiel MEKA. Das sollten wir nicht klein reden. Es ist doch gut, wenn jetzt auf Bundesebene gesagt wird: Das, was hier geschieht, müssen wir teilweise auch auf andere Bundesländer übertragen. Ich weiß nicht, was es da zu kritisieren gibt.

(Beifall der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Jetzt will ich noch etwas zur Kollegin von der CDU anmerken. Sie sagen, wir würden hier idealisieren. Gleichzeitig vergießen Sie Krokodilstränen wegen der kleinen Biobetriebe. Was wollen Sie jetzt eigentlich? Ich kann nur sagen: Ich bin nicht so romantisch veranlagt

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Das ist ein Fehler!)

– zumindest in der Politik –,

(Heiterkeit)

dass ich jetzt erwarten würde, wir würden einen Bioanteil von 20 % erreichen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Mit Biosiegel!)

Da halten die Bauern 50 Hühner. Glauben Sie, das funktioniert? Wie wollen wir denn einen Anteil von Biolebensmitteln von 20 % erreichen, wenn wir nicht in die Supermärkte gehen? Das erreichen wir nicht über die Naturkostläden. Also müssen wir einen anderen Weg gehen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Die Standards herunterfahren!)

– Das ist das nächste Stichwort, das ich ansprechen wollte: die Standards. Wir leben in einem vereinten Europa und in

einem Rechtsstaat. Der Ehrenvorsitzende der CDU hält nicht so viel von diesem Rechtsstaat,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Hat der was mit Bio zu tun?)

aber vielleicht ein paar andere Mitglieder dieser Partei. Ich kann Ihnen nur sagen, Frau Kollegin: EU-rechtlich ist nichts anderes möglich, als ein Biosiegel einzuführen – schließlich haben wir freien Warenverkehr –, das sich nach EU-Standards richtet. Das ist der eine Teil.

Der zweite Teil ist, dass sich Frau Künast seit ihrem Amtsantritt massiv in Brüssel dafür einsetzt, dass die Bioanforderungen europaweit angehoben und auf deutsche Standards gebracht werden. Ich denke, das ist der richtige Weg. Unterstützen Sie sie dabei! Das ist besser, als hier Dinge zu fordern, die rechtlich gar nicht machbar sind. Deswegen sind wir hier auf dem richtigen Weg.

Jetzt kommen wir aber zu einem Thema, das uns hier eigentlich ebenfalls beschäftigt, nämlich zum Verbraucherinformationsgesetz. Unter dem Eindruck von BSE hieß es plötzlich: „Verbraucherschutz – das ist das zentrale Thema! Darum müssen wir uns kümmern, und da gibt es keine Abstriche.“ Nur sind diese Schwüre eineinhalb Jahre später scheinbar bei vielen schon wieder vergessen. Das zeigt jetzt beispielsweise die Debatte um das Verbraucherinformationsgesetz.

Auch Sie, Herr Kollege Stächele, haben das immer vehement gefordert – meiner Ansicht nach zu Recht. Gerade nach der Erfahrung mit Birkel in Baden-Württemberg haben wir größtes Interesse daran, dass es zu einer bundesweit einheitlichen Regelung kommt.

Jetzt nenne ich Ihnen zwei wesentliche Punkte, die der Entwurf des Verbraucherinformationsgesetzes beinhaltet:

Erstens: Behörden können bei begründetem Verdacht von sich aus Ross und Reiter beim Namen nennen – das ist das Neue –, ohne dass die Voraussetzungen einer behördlichen Warnung bei Gefahr im Verzug erfüllt sein müssen. Das ist ein wesentlicher Fortschritt gegenüber der bisherigen Rechtslage.

Zweitens: Wenn Sie zustimmen würden, würden die Verbraucher das Recht erhalten, Zugang zu Informationen zu bekommen, die den Behörden bekannt sind. Bisher gelten in diesem Bereich noch immer die Grundsätze des Aktengeheimnisses und der Vertraulichkeit. Die Industrie ist gegen diese Änderung, weil das ein Paradigmenwechsel ist. Wir aber wollen diesen Paradigmenwechsel – Sie offensichtlich nicht.

Ich frage Sie: Was ist an diesen von mir genannten Zielsetzungen falsch? Was kann man dagegen haben? Ich frage Sie: Wo leben Sie eigentlich? Wollen Sie keinen mündigen Bürger? Die Ablehnung dieses Gesetzes im Bundesrat – das zeigt sich an diesen beiden Punkten – ist sachlich nicht begründet.

(Beifall bei den Grünen)

Ich erläutere Ihnen das an dem aktuellen Beispiel Nitrofen, weil das heute Morgen auch unser Thema ist. Es wäre

(Walter)

möglich gewesen, eine differenzierte Nennung sowohl der betroffenen Produkte als auch der Hersteller vorzunehmen. Das wäre der Fortschritt gewesen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Aber der Staatssekretär Müller hat gesagt, dass ein Verbraucherinformationsgesetz den Nitrofen-Skandal nicht verhindert hätte!)

Dann wäre verhindert worden, Frau Kollegin, dass die ganze Branche in Verruf gerät; dann wären tatsächlich nur die Betroffenen genannt worden, und diejenigen, die sauber gearbeitet haben, wären aus dem Schneider gewesen.

(Abg. Kiefl CDU: Wer ist denn das?)

Ich sage nur: Das würde den Firmen, die sauber arbeiten, wieder einen Wettbewerbsvorteil verschaffen. Genau das verhindern Sie.

(Abg. Kiefl CDU: Wir reden ja nur von denen, die sich danebenbenommen haben!)

Ich sage Ihnen, Kollege Kiefl: Der Unterschied zwischen CDU, FDP und Grünen ist ganz einfach. CDU und FDP wollen die schwarzen Schafe vor den Verbrauchern schützen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist eine Unterstellung! – Abg. Drautz FDP/DVP: Eine Unverschämtheit! Eine solche Unverschämtheit!)

Wir Grünen wollen die Verbraucher vor den schwarzen Schafen schützen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Immer Gutmenschen! – Unruhe)

– Da haben Sie mal was gehört.

Was ist das für ein Rechtsverständnis, meine Damen und Herren, wenn der Gesetzgeber den schützt, der gegen das Gesetz verstößt? Das ist doch genau das, was Sie erreichen. Nochmals im Umkehrschluss: Die Gesetzestreuen werden bestraft. Ich kenne keinen anderen Bereich der Rechtsordnung – vielleicht kann mir der Kollege Oelmayer bilateral mal einen nennen –, in dem das der Fall ist.

Deswegen, meine Damen und Herren, kann ich nur an Sie appellieren: Stimmen Sie diesem Gesetz endlich zu. Zeigen Sie, dass Verbraucherschutz für Sie tatsächlich ein wichtiges Anliegen ist. Ich habe den Eindruck, das ist es für Sie nicht, war es wahrscheinlich auch noch nie.

Ich nenne Ihnen noch ein paar Beispiele, wie dieses Gesetz greifen würde. Wir hatten doch nach der BSE-Krise den Fall: Plötzlich gab es nur noch rindfleischfreie Wurst. Tatsächlich war da aber oft doch Rindfleisch drin. Jetzt könnte man nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes sofort die Produzenten nennen. Das wäre doch ein Vorteil. Dann könnten die Verbraucher doch sofort sagen: Die Produkte, die betroffen sind, kaufe ich nicht mehr, sondern dafür andere.

(Zuruf des Abg. Kiefl CDU)

Wir hatten vor einigen Jahren hier eine Diskussion über zu hohe Rückstände von Pestiziden in der Babyahrung. Wenn Verstöße gegen so genannte Vorsorgewerte vorliegen, könnte man jetzt wiederum Ross und Reiter nennen. Ich frage Sie: Was kann man dagegen haben? Das darf doch wohl nicht wahr sein!

Jetzt sagt die CDU, das Gesetz gehe nicht weit genug und müsse noch einmal überarbeitet werden. Ich frage Sie dann aber: Wo waren die Änderungsanträge der CDU im Bundesrat? Nicht einen einzigen haben Sie gestellt. Sie wollten nicht einmal ein Vermittlungsverfahren. Es wurde auch eine europaweite Lösung gefordert, weil man dieses Gesetz letztendlich gar nicht will. Wenn Sie eine europaweite Lösung fordern, muss ich Ihnen sagen: Deutschland, Österreich und Luxemburg sind die einzigen Länder in der EU, die bisher keine solchen Gesetze haben. Wir haben doch hier wieder einen Nachholbedarf, weil da viele Jahrzehnte lang nichts getan wurde. Deswegen ist es doch völlig irrsinnig, zu sagen, man lehne aus diesen Gründen dieses Gesetz ab.

Ich kann Ihnen sagen: Sie wollen kein Verbraucherinformationsgesetz. Sie werden es, falls Sie regieren – was ich nicht befürchte –, auch nach dem 22. September nicht einführen. Sie wollen es einfach nicht.

Was ich nicht verstehe, ist Folgendes: Zunächst hat sich Baden-Württemberg im April bei der Abstimmung noch zurückgehalten. Dann kam die Stallorder aus München: „Wir müssen jetzt Blockadepolitik machen. Mit unserer Mehrheit wird jetzt im Bundesrat alles blockiert, was da kommt.“ Schon ist Baden-Württemberg auf diesen Kurs umgeschwenkt.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist eine Unterstellung!)

Ich sage Ihnen: Auf dem Rücken der Verbraucherinnen und Verbraucher wird hier auf dem Altar der Parteistrategie und -taktik etwas geopfert, was nicht geopfert werden sollte. Ich kann Ihnen nur sagen: So etwas nennt man Fundamentalopposition.

(Abg. Kurz CDU: Das haben wir von euch gelernt!)

Ich kenne das aus dem eigenen Laden. Jetzt gibt es bei den Grünen keine Fundis mehr. Jetzt machen das die CDU und die FDP. Das macht es aber auch nicht besser.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Jetzt sind Sie aber auf der Höhe Ihrer Argumentation!)

Meine Damen und Herren, diese Obstruktionspolitik, die Sie beim Erneuerbare-Energien-Gesetz, bei der Modulation, bei „Regionen Aktiv“ usw. betreiben, führt nicht weiter.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Der Aktionismus auch nicht!)

Die hilft weder den Landwirten, noch hilft sie den Verbraucherinnen und Verbrauchern. Deswegen: Denken Sie endlich um!

(Walter)

Ich möchte Sie an den Bericht von Frau Wedel erinnern. Was wurde damals gesagt? FDP und CDU haben sofort geschrien: „Alles umsetzen! Das ist ja eine Riesenschweinerei. Das müsste doch schon längst gemacht sein.“

(Abg. Kiefl CDU: Warum haben Sie es nicht umgesetzt?)

Die Untersuchung hat sich aber auf die Zeit bezogen, während der CDU und FDP regiert haben. Jetzt wird im Bundesrat beispielsweise auch über das Verbraucherschutzgesetz entschieden.

(Abg. Kiefl CDU: Warum haben Sie es nicht umgesetzt? Wer hätte Sie gehindert, das umzusetzen?)

Herr Kollege Kiefl, jetzt höre ich aus dem Ministerium, dass die Signale auch schon wieder lauten: „Nein, das wollen wir nicht.“ Was soll denn da eingerichtet werden? Ein Bundesamt für Verbraucherschutz beispielsweise, ein Institut für Risikoabschätzung. Meine Damen und Herren, was ist denn dagegen zu sagen? Das ist doch überfällig. Frau von Wedel hat doch völlig Recht. Beispielsweise sollen in diesem Bundesinstitut Wissenschaftler unabhängig Risiken bewerten können. Das ist in der heutigen Zeit doch notwendig, in der von der anderen Seite mit immer subtileren Methoden gearbeitet wird.

Frau Kollegin, es ist skandalös, wie mit den Ergebnissen des Wedel-Berichtes umgegangen wird, wie Sie den Verbraucherschutz an die Wand fahren. Ich sage es noch einmal und prophezeie Ihnen: Mit Ihnen wird es niemals ein Verbraucherinformationsgesetz geben, weil Sie lieber auf der Seite derer stehen, die vertuschen und verschweigen. Das war Ihre Politik in den vergangenen Jahrzehnten.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf von der CDU: Das ist unglaublich! – Gegenruf von der SPD: Das ist aber leider wahr!)

– Ich gebe Ihnen völlig Recht: Das ist unglaublich, aber leider wahr.

(Abg. Hauk CDU: Bringen Sie doch konkrete Belege für diese Aussage!)

– Ich sage nur: Was habt ihr beim Bodenseeobst monatelang gemacht? Wir haben das erst aus der Zeitung erfahren, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der CDU: Was denn?)

– Da wurden Mittel eingesetzt, die nicht zugelassen sind. Trotzdem haben Sie die Bevölkerung nicht informiert.

(Zuruf von der CDU: Sie verwechseln Opfer und Täter!)

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund ist es reine Heuchelei, dass Sie gegen dieses Verbraucherinformationsgesetz sind.

(Abg. Hauk CDU: Die eigenen Kontrollen waren es, die das aufgedeckt haben, nicht irgendjemand sonst! Das waren doch nicht Sie!)

Zum Schluss noch eine schöne Episode, Herr Kollege, die Sie vielleicht auch freuen wird: In Rheinland-Pfalz wird gerade über eine Gemeindereform diskutiert. Die Bauern in Ahrweiler in Rheinland-Pfalz haben den Antrag gestellt, man möge diesen Kreis doch Nordrhein-Westfalen anschließen, weil in Nordrhein-Westfalen eine wesentlich bessere Agrarpolitik als in Rheinland-Pfalz betrieben werde. Meine Damen und Herren, ich will nur noch hinzufügen: In Rheinland-Pfalz ist ein FDP-Mann Agrarminister, in Nordrhein-Westfalen eine Frau der Grünen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe von der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kiefl.

Abg. Kiefl CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich auf die Beiträge eingehe, lieber Kollege Walter und lieber Kollege Teßmer, nur ein kurzes Wort zum Verbraucherinformationsgesetz. Die Ablehnung im Bundesrat ist zu Recht erfolgt,

(Abg. Walter GRÜNE: Aha!)

weil dieses Verbraucherinformationsgesetz eine reine Missgeburt darstellt.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch und Hoffmann CDU)

Ich werde am Schluss meiner Ausführungen einige Punkte nennen; wenn diese im Gesetz gewesen wären, hätte es diese Ablehnung wahrscheinlich – ich sage wahrscheinlich, da ich nicht im Bundesrat bin – nicht gegeben.

(Abg. Walter GRÜNE: Oh! Warum haben Sie denn keine Änderungsanträge gestellt? Das, was Sie hier erzählen, ist doch nicht glaubwürdig!)

– Langsam. Zunächst einmal möchte ich auf Ihre Anmerkungen und Darstellungen eingehen, Herr Kollege Walter. Sie haben gesagt, Nitrofen sei das Symbol für eine falsche Agrarpolitik. Wenn der Nitrofen-Skandal etwas Positives hat – unter dem Strich ist er natürlich schlecht; das ist ganz klar –, dann das, dass er deutlich macht, dass dieser Skandal ein Symbol für eine gescheiterte Verbraucherschutzpolitik und für eine gescheiterte Agrarpolitik ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Rüeck CDU: So ist es!)

Das ist in diesem Zusammenhang das einzige Symbol.

Wir wissen, dass wir um den Verbraucherschutz nicht herumkommen – das will keiner; Verbraucherschutz muss sein –, wir müssen aber die spezifische Verantwortung einer jeden Regierung sehen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ohne die Spritzerei hätte es Nitrofen doch gar nicht gegeben!)

– Moment, ich komme darauf, Herr Palmer. – Stellen wir einmal fest, was bis jetzt ist. Ich gehe auf die Wissenschaftlichkeit ein, die von einigen, unter anderem von Ihnen, Herr Teßmer, angesprochen worden ist. Bis jetzt hat dieser Skandal wieder einmal eine große Aufregung erzeugt, die

(Kiefl)

in keinerlei Verhältnis zu den gesundheitlichen Gefahren steht. Herr Präsident, ich darf die Aussage, die Sie, Herr Teßmer, der Bayerischen Staatskanzlei und Stoiber unterjubelt haben, zitieren,

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

damit wir wissenschaftlich sauber bleiben.

Helmut Greim, der Giftexperte der Europäischen Union, der das Institut für Toxikologie und Umwelthygiene der TU München leitet usw. – ersparen Sie mir jetzt alle Aufzählungen –, hat diese Aussagen gemacht, die aber für uns alle gar nicht neu sind. Ich wiederhole, was ich von diesem Pult aus schon einige Male dargestellt habe:

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Es gibt einen Grenzwert, der festgelegt wird, weil er messbar ist. Bis dorthin können wir das technisch feststellen. Das ist ein technischer Wert. Dann gibt es einen Höchstwert, der hundert- oder tausendfach über dem Grenzwert liegen kann. Ab dieser Grenze wird es dann gesundheitsgefährdend. Dieses muss man immer sagen. Ich habe auch schon von diesem Pult aus einige Male auf diesen Sachverhalt hingewiesen.

(Abg. Teßmer SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Herr Kollege Teßmer, lassen Sie mich diesen Gedanken zu Ende führen. Wir können hinterher alle Fragen diskutieren.

Wir sollten dem Verbraucher immer wieder diese Information geben, welcher Unterschied zwischen Grenzwert und Höchstwert besteht, damit diese wahnsinnige Aufregung, die völlig unbegründet ist, weil sie – ich sage es noch einmal – in keinerlei Verhältnis zur gesundheitlichen Gefahr steht, vermieden werden kann.

Wieder einmal ist natürlich Vertrauen vergiftet. Das ist klar. Wieder einmal ist Glaubwürdigkeit verloren gegangen. Das ist auch klar. Wieder einmal kostet das Ganze die Betriebe und den Staat ein Heidengeld. Wieder einmal wird Image systematisch zerkratzt und zerfetzt – wenn man manche Kommentare liest –, was über den Tag hinaus allen schadet, nicht nur den Ökobetrieben. Ich bedauere die Ökobetriebe, aber das alles schadet wieder der ganzen Landwirtschaft. Und wieder einmal werden tausend Schwüre geleistet, dass wir in Zukunft alles besser machen, und wieder einmal gaukelt man den Bürgern vor, es gäbe eine hundertprozentige Sicherheit, die es niemals geben wird, denn man tut gerade so, als gäbe es keine Lumpen oder Gauner oder auch nur Gedankenlose oder Schlamper oder Kriminelle.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wo liegt nun das Problem?

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Kiefl, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Teßmer?

Abg. Kiefl CDU: Bitte.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Teßmer.

Abg. Teßmer SPD: Herr Kiefl, ich danke Ihnen für diese Ausführungen. Aber habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie sagen, der Grenzwert sei die untere messbare Grenze – was übrigens bei Nitrofen nicht ganz stimmt; das kann man noch feiner messen –, . . .

Abg. Kiefl CDU: In der Zwischenzeit, ja.

Abg. Teßmer SPD: . . . und erst das Hundertfache sei gesundheitsschädlich?

Abg. Kiefl CDU: Oder das Tausendfache.

Abg. Teßmer SPD: Stimmen Sie mir da zu? Es hat geheißt: Dieser Grenzwert ist das, was man gerade noch zumuten kann. Er schade auch der Gesundheit nicht. Er ist übrigens für einen 35-jährigen Mann entwickelt worden und nicht für Kinder. Das muss man auch wissen.

Ich frage Sie jetzt noch einmal ganz direkt: Glauben Sie nicht, dass sich der Verbraucher oder die Verbraucherin darauf verlassen können müssen, dass der Grenzwert eingehalten wird und nicht die hundertfache Erhöhung, die zwar auch noch nicht schaden soll, die aber halt den Grenzwert hundertfach überschreitet? Wenn wir das verniedlichen, wie Sie es eben ein bisschen gemacht haben: Schaden wir damit nicht dem Vertrauen?

Abg. Kiefl CDU: Vielen Dank, Herr Kollege Teßmer. Das ist eine gute Frage.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Jetzt wollen wir aber auch eine gute Antwort! Die sind Sie unschuldig!)

– Langsam, langsam! Das ist eine sehr gute Frage, Frau Kollegin Haußmann. Denn aus diesem Grund hat man Nitrofen ja verboten, und das bereits vor 20 Jahren bzw. in den neuen Bundesländern vor 10 Jahren.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Also, was wollen Sie denn dann?)

Aber jetzt kommt es: Wo liegt denn das Problem bei diesem ganzen Skandal? Problem Nummer 1 ist: Der Apparat hat versagt. Das wissen in der Zwischenzeit alle. Das sagen selbst Ihre Parteifreunde, zum Beispiel Herr Farthmann. Ich formuliere es so: Das Krisenmanagement der Frau Verbraucherministerin Künast

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ist gut!)

hat versagt. Sie hat es ganz einfach verpatzt. Es hat nicht funktioniert. Es hat hinten und vorn nicht funktioniert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Walter GRÜNE: Sag einmal! – Zurufe der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE und Teßmer SPD)

Frau Künast konnte ihrer Verantwortung in diesem Zusammenhang nicht gerecht werden. Das ist das Erste.

(Abg. Teßmer SPD: An welcher Stelle? – Abg. Ursula Haußmann SPD: Sagen Sie doch mal ein konkretes Beispiel! – Abg. Walter GRÜNE: Was hätte sie denn tun sollen?)

(Kiefl)

– Herr Kollege Walter, ich sage es gleich. – Das Zweite, warum das scheitern musste, war: Die Weichenstellung der Agrarpolitik und der Verbraucherschutzpolitik durch Frau Künast ist falsch. Sie ist einfach in der ideologischen Ecke stecken geblieben und kommt daher nicht weiter.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Jetzt, Frau Haußmann, schön der Reihe nach. Jetzt komme ich zum Apparat.

(Abg. Walter GRÜNE: Können Sie da auch einmal ein Beispiel bringen?)

– Ja, ich bringe es jetzt. – Jetzt dazu, wo der Apparat versagt hat.

(Abg. Walter GRÜNE: Der „Apparat“!)

– Ja, gut. Sie ist ja Chefin dieses Apparats. – Wären Informationen beachtet worden, die bekannt waren, dann hätte es den Skandal nicht gegeben. Wären die Informationen geflossen, wären sofortige Meldungen erfolgt, wäre der Datenaustausch auch zwischen den staatlichen Behörden vorgenommen worden, dann hätte es keinen Skandal gegeben.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Und jetzt Folgendes: Es ist nämlich wirklich nur das verpatzte Krisenmanagement der Frau Künast. Denn die Kontrollen, meine Damen und Herren, müssen irgendwie gut funktioniert haben. Stellen wir uns vor: Nitrofen ist seit 20 Jahren verboten, und man findet das. Da muss irgendwo noch ein vernünftiges Programm da sein, denn man hat ja nicht nach diesem Stoff gesucht.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Aber wo liegt jetzt das Problem? Das Problem liegt darin: In dem Moment, als man wusste, es ist Nitrofen da – wie auch immer es da hineingekommen ist, ist ganz egal –, wusste jeder, nachdem es seit 20 Jahren verboten ist: Es handelt sich um einen Gesetzesverstoß, es handelt sich um einen klaren Gesetzesbruch.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Der nicht in Baden-Württemberg war!)

Das ist etwas ganz anderes als beispielsweise das mit dem HQZ, Herr Kollege Walter. Aber die ganzen Informationen sind in den Amtsstuben versickert. Ich habe niemanden gehört, der den Gesetzesverstoß kritisiert oder nach einer entsprechenden Feststellung und Kritik gehandelt hätte. Dies ist das große Problem.

Da kommt wiederum die Chefin ins Spiel, meine Damen und Herren. Die Chefin, Frau Künast, hat nach dem Bericht von Frau von Wedel vom Bundesrechnungshof gesagt – das Zitat habe ich noch sinngemäß im Kopf, selbst wenn ich es nicht ganz genau hinbringe –: Sie habe vom Acker bis auf den Teller alles im Griff – sinngemäß, das kann man aber nachlesen –, und sie werde dafür sorgen, dass bei irgendeiner Gefahr, auch wenn nur der Verdacht einer Gefahr bestehe, die Telefonate oder Faxe sofort sie – die Frau Ministerin – an ihrem Schreibtisch erreichten.

(Abg. Teßmer SPD: Dann muss sie es auch von den Ländern kriegen!)

– Jetzt passen Sie auf, Herr Kollege Teßmer: Das war aber bekannt. Warum hat sie denn nicht mit ihren Erlassen – –

(Abg. Teßmer SPD: Aber Sie sind doch bei den Ländern!)

– Moment, Moment. – Sie hat in ihrem Haus im Januar einen Informationserlass herausgegeben.

(Abg. Teßmer SPD: Bayern hält sich nicht dran!)

– Wer ist denn da schuld?

(Abg. Teßmer SPD: Ich?)

Ist da nicht letztendlich die Chefin schuld? Jedenfalls nicht Sie oder ich. Frau Künast hat ihren Apparat. Wo kommen wir denn hin, wenn der Minister sagt: „Ich habe mein Haus nicht im Griff“? Jetzt sage ich Ihnen mal eines: Wenn der Willi Stächele so etwas gemacht hätte, hättet ihr unisono seinen Rücktritt gefordert.

(Abg. Birzele SPD: Da gibt es doch zig Beispiele, wo die Landesregierung Kenntnisse hat und nicht reagiert! Das ist doch absurd!)

Zu Recht hättet ihr es getan, wenn er es so plump gemacht hätte.

Es ist einer Ministerin unwürdig, so billig die Schuld bei allen anderen zu suchen und nicht einzugestehen, dass ihr Krisenmanagement einfach gescheitert ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP - Abg. Oettinger CDU: Er hat Recht! – Abg. Birzele SPD: Da müsste Müller schon längst abgetreten sein und Mappus noch mit! – Weitere Zurufe, u. a. des Abg. Walter GRÜNE)

Sie hätte sofort handeln können. Herr Walter, Herr Birzele, alle jetzigen Gesetze hätten dafür ausgereicht. Sofort das Produkthaftungsgesetz für Futtermittel zu verändern oder diesen Informationserlass, den es ja gibt, entsprechend umzusetzen, wäre möglich gewesen. Nichts davon ist geschehen.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Meine Damen und Herren, Frau Künast wollte nicht wahrhaben, dass es so etwas auch bei den Ökobetrieben geben kann, wobei das völlig falsch ist, weil es das überall geben kann. Ich unterscheide grundsätzlich nicht zwischen Ökobetrieben und konventioneller Landwirtschaft.

(Abg. Walter GRÜNE: Ein einzelner Ökobauer hat sich etwas zuschulden kommen lassen, ein einziger Ökobauer!)

Aber jetzt zum Zweiten, zur Weichenstellung. Der Apparat hat versagt. Das können wir feststellen.

Übrigens: Es braucht ja wirklich nicht viel Phantasie: Wenn der Babynahrungshersteller Hipp nicht gewesen wäre, dann würden wir wahrscheinlich heute noch irgendwo

(Kiefl)

„herumfroschen“. Aber dies ist seit August letzten Jahres bekannt. Denn die Puten, die der Hipp in seinem Betrieb verarbeitet,

(Abg. Teßmer SPD: Habe ich doch gesagt!)

haben ja die Ernte vom vergangenen Jahr gefressen. Also: Das ist alles bekannt, aber alles ist in den Amtsstuben versiegt.

Aber jetzt wirklich zum Zweiten, zur Weichenstellung. Herr Walter, das ist unser Part, den müssen wir ganz einfach austragen. Da geht es ans Eingemachte. Mit der jetzigen Agrarpolitik lässt Frau Künast die Ökobetriebe ins Messer rennen.

(Abg. Walter GRÜNE: Sag mal! – Lachen des Abg. Walter GRÜNE)

– Jawohl, sie lässt Ökobetriebe unserer Vorstellung ins Messer rennen. Die Märkte sind total überhitzt. Das wissen Sie. Hätten wir den Ökolandbau sich weiterhin entwickeln lassen, wie wir das ja in Baden-Württemberg vernünftig getan haben – natürlich immer entsprechend der Nachfrage und ohne dass betriebliche oder regionale Kreisläufe aufgebrochen worden wären –, dann hätte er sich ganz vernünftig entwickelt. Das war immer der Ökolandbau unserer Vorstellung.

Dieses unorganische Wachstum ist zum einen hervorgerufen durch das Puschen, durch das Erklären, dass Ökobetriebe das Nonplusultra sind, zum anderen aber – und das ist der Kardinalfehler – auch dadurch, dass jetzt mit dem EU-Biosiegel, das Frau Künast eingeführt hat – wir haben mit unserem Demeter und Bioland ja gut gelebt –, allem Tür und Tor geöffnet ist. Damit gibt es keine betrieblich geschlossenen Kreisläufe mehr, nicht einmal mehr regional geschlossene Kreisläufe, sondern mindestens EU-Kreisläufe, wenn nicht gar noch weiter gehende, also weltweite – und da wird es absurd.

Beispiel Teilbetriebsumstellungen, meine Damen und Herren. Das ist doch bekannt.

(Abg. Teßmer SPD: Jetzt gehen wir aber nicht auf die ganze Agrarpolitik ein!)

– Moment. Natürlich war das die Weichenstellung durch Frau Künast.

(Abg. Teßmer SPD: Das hat doch mit Nitrofen nichts zu tun!)

Bei uns gab es keine Teilbetriebsumstellung. Jetzt haben wir Betriebe, die meinetwegen Äpfel in Ökoqualität und die Kirschen nebensächlich, weil es sonst nicht funktioniert, herkömmlich produzieren, aber alles in einem Betrieb. Wir haben Betriebe, die die Fleischproduktion auf Öko umstellen, selbstverständlich aber konventionelles Getreide zu kaufen. Es ist so: Das können sie machen, und sie können das Fleisch dann trotzdem als Ökoprodukt verkaufen. Dieses Öffnen mit dem Biosiegel macht das jetzt möglich.

(Abg. Teßmer SPD: Zur Sache, Schätzchen!)

– Genau das ist die Sache. Wenn die Weichenstellung falsch ist, ist alles Weitere auch falsch.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Moment, Herr Abg. Kiefl.

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Teßmer, nach der heute noch geltenden Regelung kann hier jeder so lange reden, wie er will,

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

und Sie haben sich ja auch schon zu Wort gemeldet. Deshalb sollten Sie jetzt einmal den Redner ausreden lassen. Sie können Ihren Beitrag nachher leisten. Wir kommen hier nicht weiter, und die Leute können nichts verstehen, wenn hier nur hin- und hergeschrien wird.

(Beifall bei der CDU – Abg. Rüeck CDU zu Abg. Teßmer SPD: Sie lassen ja nicht einmal den Präsidenten ausreden!)

Abg. Kiefl CDU: Das Zweite bei dieser Öffnung, die natürlich allem Tür und Tor öffnet, ist folgende Tatsache – das ist uns klar –: Wenn man in die Supermärkte hinein will, dann muss man sich den Regeln von – was weiß denn ich – Rewe, von Aldi oder wem auch immer unterwerfen, in dessen Regale man hineinkommen will, und damit ist wiederum das, was wir ursprünglich unter Ökolandwirtschaft verstanden haben – geschlossene betriebliche Kreisläufe und geschlossene regionale Kreisläufe –, zwangsläufig durchbrochen. Das werfe ich keinem Betrieb vor, sondern das ergibt sich aus der falschen Weichenstellung. Wenn jetzt ein Betrieb bei der Lieferung an den Supermarkt auch nur eine halbe Stunde ausfallen würde – der Abnehmer legt natürlich Wert auf Liefersicherheit, gleich bleibende Qualität und, und, und –, würde er aus den Regalen hinausfliegen. Dieses Risiko geht er nicht ein, und daher kauft er, wenn es eine schlechte Ernte gibt, sofort Futter zu, woher auch immer er entsprechendes Futter bekommt, und das kann er nach dem EU-Gütesiegel jetzt tun. Die Kreisläufe werden durchbrochen.

Warum, meine Damen und Herren, glauben Sie, dass Albrecht Daniel Thaer, der, glaube ich, jetzt 250 Jahre alt wäre, wenn er noch leben würde, einstmals die Wissenschaftlichkeit der Landwirtschaft begründet hat? Genau aus diesen Gründen, um einfach diesen Wechsel von „mal läuft, und mal läuft nicht“ in den Griff zu bekommen. Denn die Natur unterscheidet natürlich nicht, ob ein Ökobauer produziert oder ein anderer Bauer produziert, sondern verlangt allen das Gleiche ab.

Völlig daneben ist auch, wenn man meint, wir kämen, nachdem Frau Künast geöffnet hat, an der industriellen Arbeitsteilung – also einfach an dem System der Industriegesellschaft – vorbei. Wir in Baden-Württemberg waren noch so gestrickt, dass wir gesagt haben: Mit der Weiterentwicklung des Ökolandbaus können wir vieles von den Fakten der Industriegesellschaft umgehen, weil wir die Wertschöpfung und vieles andere wirklich im geschlossenen Kreislauf betreiben können. Dies ist jetzt aus und vorbei!

(Kiefl)

Übrigens, wenn man meint – um Ihnen auch diesen Zahn zu ziehen –, im Ökolandbau ginge es ohne Chemie: Bei diesem EU-Biosiegel sind 95 Pflanzenschutzmittel zugelassen, natürlich pflanzliche, natürlich tierische, aber auch synthetische. Bloß um ein Beispiel zu nennen: Der Schnecken wirst du anders nicht Herr als mit einem synthetischen Mittel, auch im Biolandbau, es sei denn, man sammelt sie ab. Das hat der Bauer in einer kleinen Struktur machen können, aber das kann nicht der machen, der jetzt 1 000 oder 2 000 Hektar nach dem EU-Biosiegel bewirtschaftet. Wir haben ja Betriebe, die 180 000, 200 000 Ökoeier pro Tag abliefern; da darf es keine Sekunde lang irgendwo knistern oder einen Ausfall geben, meine Damen und Herren.

Wenn Frau Künast – und das werfe ich ihr vor; da ist auch viel Psychologie dabei – meint – und das hat sie ein Stück weit hingekriegt –, dem deutschen Volk suggerieren zu müssen, die Landwirtschaft könnte, obwohl alles andere Industriegesellschaft ist, so etwas Ähnliches wie eine romantische Fluchtburg bleiben

(Abg. Walter GRÜNE: Hat sie überhaupt nicht so gesagt!)

– ich weiß, dass sie es so nicht formuliert hat, aber das ist genau dieses psychologische „von hinten durch die Brust ins Auge“; ich rede doch mit vielen Verbrauchern draußen; ich bin doch bei Veranstaltungen draußen; so kommt es bei den Menschen an –,

(Abg. Walter GRÜNE: Ihr erzählt das so, und hinterher fragt ihr, ob es so ist!)

dann ist dies, Herr Walter, genau das Gefährliche, und darum ist die Enttäuschung der Menschen jetzt so riesengroß, weil sie sagen: Jetzt kannst du denen auch nichts mehr glauben, und das stimmt alles gar nicht, was die behaupten. Deshalb sage ich: Sie lässt sie ins Messer laufen.

(Abg. Walter GRÜNE: Das ist doch gar nicht wahr!)

– Sie lässt sie ins Messer laufen; da beißt die Maus keinen Faden ab. – Ich stimme Ihnen zu, wenn Sie sagen: anstatt die Bauern an die Kandare zu nehmen – da ist gläserne Produktion gegeben, weitestgehend, mit Aufschrieben und mit allem drum und dran –, soll sie sich der Futtermittelindustrie zuwenden, soll sie sich der Verarbeitungsindustrie zuwenden. Das ist gar keine Frage. Nur geht es da um 3 000 oder 4 000 Hilfsstoffe – ich weiß nicht, wie viele zugelassen sind –, damit alles frisch bleibt, selbst wenn es fünfmal um den Erdball transportiert wird. Sie kennen all die Dinge zur Genüge. In diesem Punkt stimme ich Ihnen zu.

Eine letzte Bemerkung dazu. Ich bin noch groß geworden in einem geschlossenen Kreislaufsystem, in unserem eigenen Betrieb zu Hause. In einem geschlossene Kreislaufsystem!

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ein Kreislauf ist immer geschlossen!)

Herr Palmer, ich erinnere mich daran, und ich werde die Phase nie vergessen, als man das System dann ein Stück

weit öffnen musste. Die industrielle Entwicklung setzte ein, und der Kreislauf konnte nicht mehr geschlossen gehalten werden. Mein Vater – das darf ich persönlich sagen – hat oft genug formuliert: „Hoffentlich holen wir uns nichts von außen rein!“ Das war damals das Empfinden des alten Bauern, der nur den geschlossenen Kreislauf gekannt hat.

Genau in dieser Situation befinden wir uns heute beim ökologischen Landbau. Das heißt, wir können uns nicht zurückziehen. Das ist kein Angriff auf diese ganze Gesellschaftsordnung, aber wir können uns nicht zurückziehen. Darum müssen wir den Realitäten und den Fakten Rechnung tragen und auf diesen Erkenntnissen ein Krisenmanagement, eine Agrarpolitik und eine Verbraucherschutzpolitik aufbauen. Nur dann kann diese Politik zum Nutzen des Verbrauchers wirksam werden. Mögen die Absichten von Frau Künast noch so hehr und edel sein – ich will ihr gar nichts Böses unterstellen –,

(Zuruf von der SPD: Das will ich hoffen!)

aber in der Form, wie sie es jetzt gemacht hat, ist sie sowohl als Verbraucherschutzministerin als auch als Landwirtschaftsministerin gescheitert.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der SPD, u. a.: Dreißig Minuten und nichts zum Thema!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Teßmer.

(Unruhe)

Sie können jetzt alles richtig stellen.

Abg. Teßmer SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal, Herr Kiefl, herzlichen Dank, dass Sie „Frau“ Künast und „Frau“ Ministerin sagen, und nicht, wie der Kollege Drautz, „die“ Künast.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Wenn das ein kleiner Polizeibeamter bei uns im Land macht, kriegt er einen Ruffel von seinem Chef, weil das als entwürdigend gilt.

(Unruhe)

– Nein, der weiß schon, dass er das so gesagt hat.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Ja, Herr Oberlehrer!)

– Ich dachte, ein bisschen Höflichkeit schadet diesem hohen Haus nicht, Herr Drautz.

Mein erstes Wort geht an Herrn Beyreuther. Herr Beyreuther, ich bitte Sie, dazu Stellung zu nehmen, sonst bleibt das im Raume stehen: Halten Sie es für zulässig, dass ein Messwert, der den festgelegten Grenzwert, im Fall Nitrofen 0,01 Milligramm pro Kilogramm, willkürlich um das Hundertfache und mehr überschreitet, akzeptiert wird, weil damit die Toxikologie erst beginnt, eine amtliche Behörde aber nicht eingreift, sondern dies sogar billigend in Kauf nimmt? Dazu würde ich gerne mal den Wissenschaftler hören.

(Teßmer)

Herr Minister, ich habe es mit Freude gehört, dass Sie den Satz gesagt haben: „Wir können nur veröffentlichen, was wir wissen.“ Recht so. Nur, beim Cycocel (CCC) in den Birnen haben Sie es nicht gemacht. Da haben Sie drei Monate gewartet, und das hat den Landwirten am Bodensee sehr geschadet.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sehr richtig! – Abg. Birzele SPD: Er hätte schon lange zurücktreten müssen, nach den Maßstäben Kiefls!)

– Richtig. – Dann fragen wir natürlich auch: Was haben Sie denn nun umgesteuert? Wir haben heute – und ich glaube, da besteht Konsens – festgestellt, dass die Art der Kontrolle bei den Ländern liegt. Da habe ich von Ihnen bisher nur eine Idee gehört, und die hat die „Stuttgarter Zeitung“ – nicht gerade ein SPD-Organ – vorsichtig als „Schnapsidee“ bezeichnet. Sie wollen zur Verbesserung der Kontrollen die Mehrwertsteuer um 0,5 Prozentpunkte erhöhen. Ich habe gedacht, ich höre nicht recht! Ausgerechnet von dieser Seite, von der man uns immer nachsagt, wir erhöhten die Steuern, kommt auch das noch. Wir machen es schon lange nicht mehr, und jetzt machen Sie es selbst.

Herr Walter hat natürlich Recht, wenn er sagt: Die Konservativen übernehmen inzwischen die Gedanken der Fundamentalisten. Da kann ich schon Angst bekommen.

(Heiterkeit des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Also, Herr Minister, wir müssen das schon ein bisschen anders machen. Wenn Sie aber sagen, Sie brauchten mehr Geld für Kontrollen, dann halte ich dem entgegen: Die scheinen bei uns nicht zu funktionieren. Das darf so nicht im Raum stehen bleiben. Denn eines ist klar: Wir haben in Karlsruhe darüber geredet, und da haben Sie noch gesagt, der WKD, den ich übrigens ebenfalls lobe – der Innenminister ist gerade nicht da, aber das darf er seinen Leuten ruhig weitersagen –, habe nicht die klaren Richtlinien, die er für seine Lebensmittelkontrollen brauche. Dazu haben Sie gesagt, das werde jetzt entwickelt.

(Zuruf: Was?)

– Lesen Sie mal im Protokoll nach. Ich habe Ihnen damals in Karlsruhe gesagt, der Wirtschaftskontrolldienst könne in diesen Bereichen zum Teil nicht genau prüfen, weil es keine klaren Regelungen des Landes gebe. Dann haben Sie gesagt, das werde gerade erarbeitet. Wir können ja gemeinsam einmal das Protokoll durchlesen.

Das Zweite, was wir heute erreichen wollen: Wir wollen erreichen, dass unser Land im Bundesrat für das Verbraucherinformationsgesetz stimmt. Wenn es stimmen würde, dass noch nicht alles so perfekt ist – das will ich aber jetzt einfach einmal im Raum stehen lassen –,

(Abg. Kiefl CDU: Nicht für dieses! Für ein anderes: ja!)

so bräuchte es dennoch wesentlich mehr Gutes – Vertrauenssicherheit für die Landwirte und für die Verbraucher – als Kritikwürdiges. Machen wir uns doch nichts vor: Wenn im September keine Wahlen wären, hätten Sie zugestimmt.

Jetzt noch etwas: Es geht auch nicht, dass aus der rechten Ecke – wobei das Wort „rechts“ jetzt nicht negativ gemeint ist – gemault wird, von Ihnen aber keine konkreten Vorschläge gemacht werden. Wir haben mühsam manches versucht. Was hat denn die offizielle Bundesratsvertretung von Baden-Württemberg zur Ablehnung des Verbraucherinformationsgesetzes an Anträgen eingebracht? Ich kann das nur betonen: nichts! Dann darf man auch nicht kritisieren. Wenn man sagt: „Ich lehne ab“, dann sollte man auch sagen, was man im Einzelnen anders machen wollte.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Jetzt noch zu zwei Bereichen, bei denen wir selbst im Land zu Lösungen beitragen können.

Tatsache ist, dass das Lebensmittel- und Bedarfsgegenstandesgesetz – § 40 a – geändert worden ist. Jetzt haben die Lebensmittelunternehmen die Pflicht, den Behörden Verstöße zu melden. In diesem Entwurf eines Verbraucherinformationsgesetzes steht, dass die Behörden dem Ministerium Meldungen machen müssen. Das ist doch sinnvoll. Nehmen Sie dabei doch zwei, drei Dinge, die Ihnen nicht so passen, in Kauf. Wir können nicht zulassen, dass es Wissen gibt, das nicht nach oben weitergegeben wird, sei es im Land an die Landesregierung, sei es im Bund an die Bundesregierung.

(Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

In dieser Hinsicht haben wir Nachholbedarf. Deswegen werden wir dem Antrag der Fraktion GRÜNE zustimmen.

Ich darf am Schluss nur noch ergänzend sagen: Herr Minister, wir, zumindest der Agrarausschuss, sollten – und das müssen wir, wie ich meine, von Ihnen erwarten dürfen – in kürzestmöglicher Zeit, möglichst bis zur nächsten Ausschusssitzung, aufgelistet bekommen, was Sie in diesem Land bei den Kontrollen leisten, was Sie verbessern und straffen wollen, damit Nitrofen, das von außen kommt, bei uns so kontrolliert werden kann, dass es sofort aus dem Verkehr gezogen wird. Wir können nicht warten, bis bei uns Bio- oder auch konventionell wirtschaftende Landwirte vor die Hunde gehen.

In diesem Sinne: Alles für die Verbraucher und alles für die Landwirte!

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drautz.

Abg. Drautz FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Erstes möchte ich mich bei Herrn Landwirtschaftsminister Stächele dafür bedanken, dass er einmal klargelegt hat, wie gut und effektiv unsere Lebensmittelkontrolle und der Wirtschaftskontrolldienst im Land arbeiten; denn in den Beiträgen seitens der Opposition wird immer wieder der Eindruck erweckt, als ob im Land bei der Lebensmittelkontrolle nicht genügend kontrolliert würde. Dies suggeriert die Diskussion heute. Deshalb finde ich es gut, dass der Minister das ganz klar dargelegt hat.

Herr Walter, nun zu dem, was den Tierschutz angeht. Die FDP/DVP-Fraktion war die Regierungsfraktion, die

(Drautz)

dafür gekämpft hat, dass der Tierschutz in Baden-Württemberg Verfassungsrang bekommen hat.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

– Dafür habe ich gekämpft, Herr Walter.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Ich gehe davon aus – und das ist das Problem für mich –: Sie sagen, Sie hätten nichts gegen die konventionelle Landwirtschaft und sähen die ökologische Landwirtschaft positiv. Das finde ich gut. Nur darf man dann nicht mit den alten Schlagworten und den Begriffen, die diffamierend wirken, kommen, zum Beispiel damit, dass bei der Massentierhaltung der Tierschutz nicht gewährleistet sei. Der ist bei uns gewährleistet.

Es ist auch nicht richtig, dass Sie statt von „Pflanzenschutzmitteln“ ständig von „Pestiziden“ reden. Damit suggerieren Sie automatisch, dass die schlimmen Bauern, die konventionell arbeiteten, Pestizide einsetzten, etwas Giftiges, etwas Furchtbares. Sie sprechen nicht von „Pflanzenschutzmitteln“, und das ist Ideologie.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Lassen Sie mich das als praktizierender Weingärtner sagen, der auch einen Weinberg nach Demeter-Methoden bearbeitet. Ich möchte Ihnen das einmal ganz offen und klar darlegen. Sie in der Opposition diskutieren alle als Theoretiker über die Landwirtschaft.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich komme aus der Landwirtschaft, ich arbeite in der Landwirtschaft. Ich weiß, was dort Sache ist, und führe keine Schattendiskussionen.

Wissen Sie, warum wir in Baden-Württemberg mit unserer integrierten Produktion die meisten Ökolandwirte in ganz Deutschland haben? Weil die integrierte Produktion bei uns in Baden-Württemberg so nahe an die ökologische Produktion herangerückt ist, dass der Unterschied gar nicht mehr groß ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Caroli SPD: Stimmt doch gar nicht!)

Dies muss man eindeutig sehen.

Ich bin froh, dass unsere Labors heute über feine Messmethoden verfügen, damit alles festgestellt werden kann.

Als Nächstes wird nicht nur Bio – aus dem Bauch heraus –, sondern auch die Pilzbelastung von Lebensmitteln eine Rolle spielen. Da werden wir dann sehen, was das gesündere Lebensmittel ist, wenn man dieses Thema einmal nicht mehr nur aus dem Bauch heraus aufbereitet.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wir schaffen auch mit dem Kopf!)

Es ist wichtig, bei den Untersuchungen über die Fakten zu verfügen, Frau Haußmann, damit man auf dieser Grundlage entsprechend entscheiden kann.

Was die Streuobstwiesen angeht: Ich bin glücklich, Herr Walter, dass wir so viele Streuobstwiesen haben.

(Abg. Walter GRÜNE: Ich doch auch!)

– Sie doch auch.

(Abg. Walter GRÜNE: Eben!)

Wir haben in Baden-Württemberg nicht deshalb so viel Öko, weil wir so viele Streuobstwiesen haben. Es gibt in Deutschland ähnliche topographische Gebiete, in denen es eben nicht so viele Streuobstwiesen gibt und wo Sie die Regierung mittragen.

(Abg. Walter GRÜNE: Die Streuobstwiesen in Baden-Württemberg sind auch nicht in den letzten zehn Jahren entstanden! – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

– Herr Palmer, nachdem Ihr Vater ein alter Pomologe ist, ist es doch klar, dass Sie jetzt einen Zwischenruf machen müssen.

(Abg. Walter GRÜNE: Du solltest einmal einen Kurs machen, damit du weißt, wie die Streuobstwiesen entstanden sind!)

Sein Vater kennt sich wenigstens im Obstbau aus. Wenn er die Grünen ein bisschen beraten würde, wäre das gar nicht schlecht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Heiterkeit)

Zum Verbraucherinformationsgesetz: Wir werden das Gesetz ablehnen, und zwar deshalb, weil es viel zu bürokratisch ist. Das habe ich vorhin schon ausgeführt. Sie sagen, ich hätte für einen schwachen Staat plädiert. Das stimmt überhaupt nicht. Ich bin für einen starken Staat, aber nicht für einen aufgeblähten Staat.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Kiefl CDU)

Es ist nämlich die liberale Grundmelodie, dass wir sagen: Wir können auch vieles durch Private regeln, was nicht der Staat regeln muss.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Deshalb kann man nicht sagen: „Derjenige, der sagt, der Staat müsse nicht alles machen, ist gegen Verbraucherschutz.“ Dies ist falsch. In der Humanmedizin, Herr Walter, bei der es um Menschenleben geht, bei der es um unser aller Gesundheit geht, sind private Labors tätig. Warum sollen sie nicht auch in der Lebensmittelüberwachung stärker tätig sein?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Man muss doch einmal klar fragen: Wo ist da die Verhältnismäßigkeit?

Wie gesagt: Das Verbraucherinformationsgesetz ist uns zu bürokratisch. Wir sind ohnehin der Meinung, dass Sie nach

(Drautz)

der Devise handeln: „Tritt ein Problem auf, macht man ein neues Gesetz.“ Dies kann nicht sein. Wenn man die bestehenden Gesetze – das hat der Kollege Kiefl sehr richtig gesagt –

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

richtig anwendet und darauf achtet, dass sie rechtmäßig umgesetzt werden, brauchen wir in diesem Bereich keine neuen Gesetze.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich dem Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Willi Stächele.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe jetzt das Problem: Herr Kollege Kiefl hat meine Redezeit ganz abgearbeitet. Aber das, was er gesagt hat, war gut. Deswegen gebe ich ihm gern so viel Zeit ab.

Einige Punkte müssen noch einmal angesprochen werden.

Herr Teßmer, Sie verwechseln die Geschichte ein bisschen. Die Hygieneverordnung, die wir im Moment umsetzen – europäische Richtlinie –, die Betriebskontrollen

(Abg. Teßmer SPD: Nicht verwechselt!)

darf man nicht mit der laufenden Lebensmittelkontrolle verwechseln. Vor allem darf man nicht den Eindruck erwecken, als sei bisher nichts getan worden.

(Abg. Teßmer SPD: Habe ich auch nicht gemacht!)

Nehmen Sie doch einmal die Zahlen zur Kenntnis: Wir führen pro Jahr 107 000 Betriebskontrollen durch, 70 000 Lebensmittelkontrollen werden durchgeführt. Erwecken Sie also bitte nicht den Eindruck, als ob nicht kontrolliert würde.

(Abg. Drautz FDP/DVP: So ist es! Das ist das Problem!)

Es wird kontrolliert. Deswegen treten Verstöße zutage und können wir die Sünder auch einfangen und bestrafen. In Baden-Württemberg ist eine Kontrollarchitektur aufgebaut worden, die sich sehen lassen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Herr Teßmer, noch einmal zu dem Thema der vermeintlichen Steuerfrage. Entscheidend ist – und jeder, der offenen Auges durch die Landschaft geht, spürt das –: Es geht nicht um eine Steuererhöhung – und jeder, der mich kennt, weiß, dass ich nirgendwo für eine Steuererhöhung eintreten würde –, sondern es geht um die entscheidende Frage – und verfolgen Sie doch einmal das Geplänkel zwischen Berlin und Brüssel –, was uns in der Zukunft Nahrungsmittelproduktion und Landschaftserhaltung wert sein müssen. Die Antwort auf diese Frage müssen wir finden.

Die direkten Ausgleichsleistungen für Landwirte gehen zurück – wenn es nach Berlin geht, am besten bis auf null –; daneben gibt es Kürzungen bei der zweiten Säule. Und wir verlangen – zumindest einige Tagräumer –, dass dann die Erzeuger zum Gotteslohn, zum Almosenpreis Produkte, Nahrungsmittel höchster Qualität erzeugen. Das geht nicht.

(Beifall des Abg. Kiefl CDU)

Schon heute kann der Bauer seine Produkte am Markt nicht zu einem Preis absetzen, der ihm die Existenz sichert. Deswegen braucht man Steuermittel, braucht man staatliche Transfermittel.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmid?

Abg. Schmid SPD: Herr Minister, sind Sie mit mir einig, dass eine Debatte über die Erhöhung der Mehrwertsteuer sicher nicht der richtige Weg ist, das Bewusstsein für die Notwendigkeit des Verbraucherschutzes in der Bevölkerung zu stärken? Vielmehr geht es darum, die Gesamtbelastung der Gesellschaft durch Steuern zurückzuführen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Zeller SPD: Nicht zu erhöhen! – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Dass wir die Gesamtbelastung zurückführen müssen, ist für uns weiß Gott keine Neuigkeit. Das wäre einmal ein gutes Leitthema für diejenigen, die die Staatsquote immer weiter nach oben getrieben haben. Die Staatsquote muss wieder herunter.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Mir geht es darum – ob es manchen passt oder nicht –: Wir müssen Antworten auf die Frage finden, wie es bei uns noch möglich ist, Höfe zu halten, bei uns in Süddeutschland, in der klein strukturierten Landwirtschaft.

(Beifall bei der CDU – Abg. Teßmer SPD: D'accord! Aber nicht mit Steuererhöhung!)

Ich muss Ihnen sagen: Die Töne, die im Moment aus Berlin vernehmbar sind, ermutigen mich nicht im Blick auf unsere klein strukturierte, familiäre bäuerliche Struktur im Südwesten.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Die Mehrwertsteuer würde das erhalten?)

Wir brauchen keine Steuererhöhungen, sondern wir müssen wissen, dass wir Steuergelder brauchen. Wir brauchen Steuergelder, und insbesondere die, die von der ökologischen Landwirtschaft schwärmen, müssen wissen, dass ein Betrieb im ökologischen Landbau bei uns das Doppelte – ca. 60 % – an staatlichen Geldern braucht, um existieren zu können.

(Abg. Käppeler SPD: Die Mehrwertsteuer geht aber an den Bund!)

(Minister Stächele)

Ich komme zum Punkt Nitrofen und zur Nachfrage des Kollegen Teßmer. Ich weiß nicht, wo Sie bei meinen Ausführungen waren. Ich habe Ihnen doch dargestellt, in welcher Fülle und Breite wir aktuell kontrollieren.

(Abg. Kiefl CDU: So ist es!)

Sie können von mir die Zahlen erhalten. Vom ersten Tag an, bevor Berlin wach geworden ist und uns unterrichtet hat, haben wir die Kontrollen begonnen, und wir führen sie weiter durch: 200 oder 150, je nachdem, in welchem Bereich.

(Abg. Teßmer SPD: Das müssen Sie der Öffentlichkeit darlegen, nicht mir! Das wird anscheinend immer noch nicht kapiert! – Zurufe von der CDU)

– Lieber Herr Teßmer, alle, die vorhin da waren, haben gemerkt, dass ich mir Mühe gegeben habe, genau mit Zahlen zu belegen, wie kontrolliert wurde.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Ich hoffe doch nicht, dass es Ihnen Leid tut, dass nicht irgendwo etwas aufgetreten ist. Menschenskinder! Wir kontrollieren, und Gott sei Dank haben wir bisher so gut wie keine Befunde. Das hängt natürlich auch damit zusammen, dass unser ökologischer Landbau in eigenen Kreisläufen existiert.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Deswegen ist zu Recht angesprochen worden, dass Renate Künast mit ihrer unseligen Vermassung im Grunde die größte Gefahr für den ökologischen Landbau in Baden-Württemberg ist.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Die Landesregierung von Baden-Württemberg kann nicht nur stolz bilanzieren, dass wir im Land die höchste Zahl von ökologisch wirtschaftenden Betrieben haben – 6 300, das Dreifache wie Frau Höhn in Nordrhein-Westfalen –, sondern gleichzeitig haben wir in einer Kabinettsvorlage im Herbst schon verabschiedet: Förderung der Vermarktung, Förderung der Investitionen und des Anbaus. Auch bei den Prämien haben wir das Doppelte und Dreifache gegenüber dem konventionellen Landbau.

Also kurzum: Für uns ist die Vermassung durch ein europäisches Biosiegel eine tödliche Gefahr. Deswegen hoffe ich, dass uns Brüssel das genehmigt, was im Grunde eine Existenzfrage für unsere Betriebe bedeuten kann: ein Biosiegel Baden-Württemberg

(Abg. Kiefl CDU: So ist es!)

dort, wo Höfe ausschließlich für Bio produzieren und nicht in die große Vermassung hineinkommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Schauen Sie sich doch den Beispielbetrieb, der immer wieder genannt wird, an. Haben Sie das einmal gesehen? 4 000 Hektar, ein Betrieb mit 30, 40 Leuten. Im Grunde gilt das – ich darf zitieren, Herr Präsident –, was die „Zeit“ dieser Tage geschrieben hat. Die Überschrift in der „Zeit“ lautet: „Die große Bio-Illusion“. Unterüberschrift:

Der Nitrofen-Skandal zeigt: Die meisten Deutschen verkennen die ökologische Landwirtschaft. Sie folgt längst den Gesetzen der industriellen Produktion.

Frau Künast hat dies gefördert.

(Abg. Walter GRÜNE: So ein Quatsch!)

– Das ist kein Quatsch; das sind die Fakten.

Wenn man hier in diesem Haus oder draußen im Land auch nur ein schräges Wort gegen Frau Künast verwendet, kommt sofort: Der schilt nur, der polemisiert. Ich wünschte mir, dass Sie Frau Künast einmal ein bisschen intellektuell kritischer begleiten würden. Das ist ja geradezu eine intellektuelle Sklavenhaltung: Frau Künast gibt irgendeine Äußerung von sich, und Sie klatschen Beifall.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Drautz FDP/DVP)

Wenn sie es wirklich ernst meint mit ihrer kleinen Idylle von der klein strukturierten Landwirtschaft, dann muss sie uns fördern. Dann könnte sie zum Beispiel – aber da weigert sie sich – eine Obergrenze für Ausgleichszahlungen, wie von Brüssel vorgeschlagen, nämlich 300 000 €, festlegen. Mal schauen, ob sie das bei ihrer Klientel in den neuen Ländern durchhält. Da könnte sie zeigen, ob sie es ernst meint, und mit der Begrenzung der Ausgaben einmal anfangen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Teßmer SPD: Das sind aber auch Ihre neuen Länder!)

Vor allen Dingen soll sie dafür Sorge tragen, dass unsere kleinen Betriebe noch ein Stück weit Perspektive haben können, damit sie wirtschaftlich und wettbewerbsfähig bleiben können. Ich muss es immer wieder betonen, weil es manche immer noch nicht kapiert haben: In 20 % der Fälle finden sich keine Hofnachfolger, bei 50 % ist die Hofnachfolge ungewiss. Nun rechnen Sie sich einmal aus: Wenn von diesen 50 % etwa die Hälfte ihren Hof aufgeben muss, dann können Sie über Steuermittel nachdenken, die Sie für die Landschaftserhaltung brauchen. Dann brauchen Sie Millionen, damit Sie unsere wunderbare Kulturlandschaft einigermaßen intakt halten können. Das ist die Wahrheit. Darüber muss gesprochen werden.

Jetzt aber noch ein paar Sätze zum Verbraucherinformationsgesetz. Da werden wieder Legenden gebildet. In Sachen geregelter Verbraucherinformation braucht zuallerletzt Baden-Württemberg Nachhilfeunterricht. Es war das erste Land, das mit einem Gesetz geregelt hat, wie man in der schwierigen Abwägung zwischen Wirtschaftsinteressen und Verbraucherschutz klare Regelungen finden kann, um den Verbraucher umfangreich und rechtzeitig informieren zu können. Wir haben diese Vorlage gern nach Berlin gegeben, aber leider müssen wir feststellen: Was herauskam, ist nichts anderes als ablehnungsbedürftig.

Wir gaben der Bundesregierung im Vermittlungsausschuss eine Chance. Ergebnis: ein unechtes Vermittlungsergebnis, blanke Sturheit.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

(Minister Stächele)

Dann kann man doch nicht hergehen und sagen: „Die sind gegen Verbraucherinformation.“

(Abg. Walter GRÜNE: Nein, nein!)

Wir haben sie; wir haben hier die gesetzliche Grundlage. Schreibt doch mal ab, was es in Baden-Württemberg gibt; dann seid ihr in Berlin schon um einiges weiter. Das ist meine Aufforderung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Zu den Inhalten: Das ganze Verbraucherinformationsgesetz erscheint mir oberflächlich, im Schnelldurchgang noch rechtzeitig vor der Wahl mit heißer Nadel gestrickt. Wie wollen Sie denn diese Fülle von Informationsansprüchen befriedigen? Wie sollen die Behörden das tun? Wie kann man das rechtlich durchhalten, wenn man die Abwägung zwischen wirtschaftlichem Interesse des Produzenten einerseits und Verbraucherinteresse andererseits nicht mehr vornimmt? Warum kein europaweiter Anspruch auf Auskünfte gegen Unternehmen?

Ich will im Einzelnen gar keine Rechtsdarlegung machen. Was aber die allerwenigsten wissen: Der Informationsanspruch des Bürgers geht nach diesem Gesetz ins Leere, wenn ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren oder ein Disziplinarverfahren läuft oder es um eine Ordnungswidrigkeit geht.

Da Sie die Geschichte vom vergangenen Jahr mit dem Obstanbau am Bodensee immer wieder ansprechen: Genau in diesem Fall hätte man nicht informieren dürfen, denn just zu dem Zeitpunkt, als wir hier darüber diskutiert haben, waren WKD-Prüfungen und Ermittlungsverfahren im Gange.

Im Grunde genommen geben Sie mit dem Verbraucherinformationsgesetz, wie es in Berlin jetzt vorgesehen ist, dem Verbraucher nichts anderes als Steine statt Brot. Ich sage: Wenn es der Bundesregierung damit Ernst ist, kann sie nach einer Ablehnung des Entwurfs am Freitag erneut mit einer Bundestagsmehrheit ein Vermittlungsverfahren in Gang bringen. Das nutzt aber nur, wenn sie bereit ist, auf die sachlichen Argumente der Länder einzugehen. Es gibt aber keinen Gehorsam der Länder, der da heißt: „Friss, Vogel, oder stirb!“ Wir sagen nein. Deswegen werden wir den Entwurf am Freitag ablehnen. Entweder kommen Sie zu besserer Einsicht, oder wir machen ab September dieses Jahres mit neuer Mehrheit ein vernünftiges Gesetz im Interesse der Verbraucher.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Tosender Beifall! – Heiterkeit)

– Sie arbeiten im September mit Sicherheit an dieser Gesetzesvorlage nicht mehr mit. Das verspreche ich Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Zum Schluss noch einmal eines: Sorgen wir jetzt gemeinsam dafür, dass die, die hier schuldhaft und kriminell gehandelt haben, bestraft werden. Sorgen wir dafür, dass weder an der konventionellen noch an der ökologischen Land-

bewirtschaftung, an unseren Erzeugern zu Unrecht etwas hängen bleibt. Sorgen wir dafür, dass wieder Vertrauen geschaffen wird. Das können wir am besten tun, indem wir sachlich argumentieren und offensiv bleiben.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Ein guter Minister! Sehr gut!)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aktuelle Debatte ist damit beendet.

(Abg. Walter GRÜNE meldet sich zu Wort.)

Es ist beantragt worden, über den Antrag Drucksache 13/1086 namentlich abzustimmen. Findet dieser Antrag die entsprechende Unterstützung?

(Abg. Walter GRÜNE: Ich habe mich doch zu Wort gemeldet! – Abg. Birzele SPD: Wortmeldung!)

– Zur Geschäftsordnung?

(Abg. Walter GRÜNE: Nein!)

Es ist im Präsidium vereinbart worden, dass je Fraktion zwei Redner sprechen. Herr Walter hat schon zweimal gesprochen, und damit hat er kein Rederecht mehr. Er kann zur Geschäftsordnung sprechen. Er hat vorhin beantragt, dass über den Antrag Drucksache 13/1086 namentlich abgestimmt wird.

(Abg. Walter GRÜNE: Gut, das sage ich dann noch!)

Bitte schön.

Abg. Walter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem der Minister auch jetzt nicht plausibel darlegen konnte, weshalb dieses Gesetz eigentlich abgelehnt wird, beantragen wir eine namentliche Abstimmung, damit man draußen in den Wahlkreisen erzählen kann, wer sich eigentlich für Verbraucherschutz einsetzt und wer nicht.

(Beifall bei den Grünen – Große Unruhe bei der CDU und der FDP/DVP – Minister Dr. Christoph Palmer: Darauf warten wir! – Zuruf von der CDU: Eine sehr billige Begründung! – Abg. Seimetz CDU: Nachtigall, ick hör dir trapsen! – Abg. Drautz FDP/DVP: Endstimmung!)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, beruhigen Sie sich bitte.

(Abg. Herrmann CDU: Reine Schau des Kollegen Walter!)

Herr Kollege Walter, den Antrag auf namentliche Abstimmung hatten Sie schon gestellt, bevor der Minister sprach. Deshalb habe ich das vorhin auch so dargestellt.

(Abg. Walter GRÜNE: Aber nicht hier!)

(Präsident Straub)

Jetzt frage ich, ob dieser Antrag die erforderliche Unterstützung erhält. – Das ist der Fall.

(Unruhe – Zuruf von der CDU: Das ist doch Bundestagswahlkampf!)

Ich bitte doch, Ruhe zu bewahren.

Über den Antrag Drucksache 13/1086 wird namentlich abgestimmt. Wer zustimmt, antwortet mit Ja; wer ablehnt, antwortet mit Nein, und wer sich der Stimme enthält, antwortet mit „Enthaltung“.

Ich darf die Schriftführerin, Frau Schmidt-Kühner, bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen, und zwar mit dem Buchstaben Q.

(Namensaufruf)

Ist noch jemand im Saal, der abzustimmen wünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich die Schriftführer bitten, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis der Abstimmung über den Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/1086, bekannt:

An der Abstimmung haben sich 113 Abgeordnete beteiligt.

Mit Ja haben 47 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein 66 Abgeordnete.

Der Antrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

*

Mit J a haben gestimmt:

Katrin Altpeter, Theresia Bauer, Bayer, Bebber, Birzele, Braun, Carla Bregenzer, Capezzuto, Dr. Caroli, Heike Dederer, Fischer, Gall, Gaßmann, Rosa Grünstein, Gustav-Adolf Haas, Haller, Rita Haller-Haid, Rudolf Hausmann, Ursula Haußmann, Junginger, Käppeler, Kaufmann, Knapp, Brigitte Lösch, Maurer, Moser, Oelmayer, Boris Palmer, Margot Queitsch, Renate Rastätter, Rivoir, Christine Rudolf, Dr. Salomon, Schmid, Regina Schmidt-Kühner, Seltenreich, Staiger, Stichelberger, Teßmer, Inge Utzt, Walter, Ruth Weckenmann, Wichmann, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller.

Mit N e i n haben gestimmt:

Behringer, Heiderose Berroth, Dr. Birk, Blenke, Dr. Carmina Brenner, Elke Brunner, Döpper, Drautz, Beate Fauser, Fleischer, Dr. Glück, Dr. Inge Gräßle, Friedlinde Gurr-Hirsch, Alfred Haas, Hauk, Heinz, Herrmann, Hillebrand, Hofer, Hoffmann, Kiefl, Kleinmann, Klenk, Dr. Klunzinger, Kübler, Kurz, Dr. Lasotta, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, Mack, Mappus, Müller, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oettinger, Dr. Christoph Palmer, Pauli, Pfister, Pfisterer, Rech, Dr. Reinhart, Röhm, Rückert, Rüeck, Dr. Schäuble, Dr. Annette Schavan, Schebesta, Dr. Scheffold, Scheuermann, Schneider, Dr. Schüle, Schuhmacher, Seimetz, Sieber, Stächele, Dr. Steim, Dr. Monika Stolz, Stratthaus, Straub, Theurer, Traub, Dr. Vetter, Wacker, Wieser, Winckler, Zimmermann.

*

Damit ist Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Sozialministeriums – Qualifizierungspotenzial älterer Arbeitnehmer – Drucksache 13/494

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der notwendige Bewusstseinswandel, die ältere Generation in das Erwerbsleben einzubinden, ist nicht nur ein Thema der FDP, sondern gerade in jüngerer Zeit von vielen anderen Seiten aufgegriffen worden. Ich denke, in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sind hier erfreulicherweise viele aufgewacht.

Wenn wir das Thema heute im Wege einer vorgezogenen Initiative als Tagesordnungspunkt 2 behandeln – das soll ja ein hervorgehobener Tagesordnungspunkt sein, obwohl nach der vorangegangenen Debatte bei manchen ein gewisser Erschöpfungszustand eingetreten ist –,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Alle nitrofengeschädigt!)

dann vornehmlich aus zwei Gründen: Zum einen werden wir heute noch Anträge der CDU und der SPD zum Thema Arbeitsmarktpolitik debattieren. So wichtig die dabei gestellten Fragen der steuerlichen und der bürokratischen Belastung, der Rahmenbedingungen, des geteilten Arbeitsmarkts – auf der einen Seite Arbeitslose, auf der anderen Seite Fachkräftemangel –, der Wettbewerbsfähigkeit und der richtigen oder unrichtigen Vermittlungsstatistik der Arbeitsämter sind, möchten wir doch sehr deutlich machen, dass die Frage der Erwerbstätigkeit älterer Arbeitnehmer ein ganz zentrales Thema auch für diesen Arbeitsmarkt ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Das kommt meistens zu kurz. Deshalb wollen wir diesen Punkt voranstellen.

Der zweite Grund liegt darin, dass wir in der FDP/DVP-Fraktion dieses Thema zu einem Schwerpunktthema gemacht haben, das uns die ganze Legislaturperiode begleiten soll und zu dem wir uns auch immer wieder äußern wollen. Denn wir halten es für einen der folgenschwersten Irrtümer der letzten drei Jahrzehnte, dass die ältere Generation trotz vielfach guter Qualifikation in großem Umfang aus dem Arbeitsmarkt gedrängt wurde.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Das hat dazu geführt, meine Damen und Herren, dass heute über 40 % aller Arbeitslosen in Baden-Württemberg über 50 Jahre alt sind und weitere 10 % zwischen 45 und 50 Jahre.

Die Stellungnahme der Landesregierung zu unserem Antrag zeigt, dass die Erwerbstätigkeitsquote älterer Arbeitnehmer in Deutschland – auch in Baden-Württemberg, hier auf etwas höherem Plafonds – ständig sinkt, während ein Vergleich mit unseren europäischen Nachbarn zeigt, dass dort ein ständiges Anwachsen stattfindet. Wenn wir uns

(Hofer)

diese Entwicklung in Deutschland weiter leisten, dann wird das verheerende Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung, auf den Arbeitsmarkt und natürlich auch auf unsere sozialen Sicherungssysteme – dazu wird dann nachher unser Fachmann auf diesem Gebiet, Herr Dr. Noll, Ausführungen machen – haben.

Ich finde es aber – lassen Sie mich das noch sagen – auch ganz unabhängig von Nützlichkeitsüberlegungen geradezu verheerend, wenn so getan wird, als seien Menschen über 50 Jahre weder leistungswillig noch leistungsfähig. Aber wenn wir ihnen gegenüber treten und einem 50-Jährigen sagen: „So, das war es“, wenn wir so mit den Menschen verfahren, dann dürfen wir uns auch nicht wundern, wenn diese dann umgekehrt mit diesem Staat und mit dieser Gesellschaft nicht mehr allzu viel am Hut haben wollen.

Wir möchten, dass Politik und Wirtschaft hier radikal umsteuern und dass der mittleren und der älteren Generation wieder ein gebührender Platz im Wirtschaftsleben eingeräumt wird. Wir wollen, dass die Konsequenzen der alternen Gesellschaft allen Entscheidungsträgern in der Politik, in der Wirtschaft, in der Gesellschaft in umfassender Weise klar gemacht werden. Lassen Sie mich es so sagen: Wir möchten, dass das Thema „Einbindung der älteren Arbeitnehmer in unser Wirtschaftsleben“ ein gleiches Megathema ist wie das Thema Bildung, wie das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“. Das muss ein gleichwertiges Thema sein. Das ist es leider bis heute noch nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Auch im Hinblick auf Zuwanderung, so zentral wichtig das Thema Zuwanderung ist, dürfen wir nicht übersehen, dass bei allen Szenarien, die bei der Zuwanderung angestellt wurden, der Anteil der über 50-Jährigen immer unter Zugrundelegung eines enormen Wachstums unterstellt worden ist.

Noch ein Zweites: Die notwendige Akzeptanz bei der Zuwanderung – diese Akzeptanz ist ja dringend notwendig, weil die Zuwanderung sonst nicht gelingen kann – hängt nicht nur von der Integration derer ab, die wir zu uns kommen lassen wollen, sondern in gleicher Weise und vielleicht sogar noch verstärkt davon, wie wir mit unseren eigenen Humanressourcen, wie wir mit unseren eigenen älteren Mitbürgern, die noch im Erwerbsleben stehen, umgehen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Kleinmann FDP/DVP und Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Wenn wir dieses Problem nicht lösen, dann werden wir mit Sicherheit keine Akzeptanz der Zuwanderung bekommen, übrigens zu Recht nicht.

Es beißt die Maus keinen Faden ab: Die Herausforderungen der Zukunft müssen unsere Unternehmen – das muss ihnen auch klar werden; das ist ihnen hoffentlich klar – zunehmend mit älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bewältigen. Warum denn auch nicht? Nicht nur viele Konzernlenker, Zigtausende erfolgreiche mittelständische

Unternehmer, selbstständige Handwerker, Facharbeiter, Freiberufler und Landwirte fallen in diese Alterskategorie.

(Abg. Wieser CDU: Wir auch!)

Und schauen wir uns im Parlament um: Ich nenne zunächst einmal mich selber, aber auch die meisten der Funktions-träger, ob nun Vorsitzende, neu gewählte oder nicht neu gewählte, ob Minister, ob Präsidenten, wären, wenn wir die Maßstäbe zugrunde legen würden, die die Wirtschaft an Arbeitnehmer stellt, heute schon längst nicht mehr vermittlungsfähig.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Der internationale Vergleich zeigt im Übrigen auch – und das sollte man klarstellen –, dass zwei Thesen, die die Politik in der letzten Zeit geprägt haben, in fataler Weise falsch sind. Falsch ist, dass eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit zu mehr Arbeitslosigkeit führen würde. Wir können feststellen: In den Ländern, in denen die Erwerbstätigkeitsquote der älteren Arbeitnehmer hoch ist, ist gleichzeitig auch die Arbeitslosigkeit vergleichsweise gering.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir müssen auch aufräumen mit dem Märchen, mehr Jobs für Ältere gingen zulasten der Jüngeren. Das ist ebenso falsch wie die Automatik, dass Überstundenabbau automatisch zu mehr Arbeitsplätzen führen würde. Beides ist in dieser Automatik grottenfalsch.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Zu den Auswirkungen auf unser Sozialsystem wird nachher, wie gesagt, Kollege Noll sprechen. Ich möchte nur einen Punkt herausgreifen: Die Stellungnahme zu unserem Antrag zeigt unmissverständlich – und das ist ja eigentlich eine Logik, die man auch als einfach strukturierter Mensch nachvollziehen kann –, dass die höhere Arbeitsquote von älteren Arbeitnehmern natürlich auch höhere Beitragseinnahmen bringt. Nur so besteht dann auch die Möglichkeit, die Sozialausgaben nicht weiter steigen zu lassen.

Da ich ja finde, dass wir bei diesem Thema Gemeinsamkeit brauchen, will ich an dieser Stelle auch nicht so sehr über die Ökosteuer herziehen.

(Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Aber, lieber Herr Witzel von den Grünen, wäre es nicht selbst nach Ihrer Ansicht besser, die Lohnkosten über eine verstärkte Einbindung älterer Arbeitnehmer in das Erwerbsleben zu senken und die Ökosteuer, wenn sie denn schon sein muss – ich bin nicht dieser Meinung, aber wenn sie denn schon sein muss –, zur Bekämpfung der Umweltbelastungen einzusetzen,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Lenkungswirkung!)

statt über den bisherigen Einsatz des Aufkommens aus dieser Steuer, über die Querfinanzierung, das eigentliche Problem unserer Sozialversicherungssysteme weiter zu verschleiern?

(Beifall bei der FDP/DVP)

(Hofer)

Was ist zu tun? Glücklicherweise wird im Moment und auch schon seit einiger Zeit eine Menge getan, und zwar vom Sozialministerium, vom Wirtschaftsministerium und der Arbeitsverwaltung. Ich freue mich übrigens sehr, dass in diesem Bereich vom Wirtschaftsminister und vom Sozialminister auch die Gewerkschaften voll mit eingebunden worden sind und sehr aktiv an diesem Punkt mitarbeiten.

Wir brauchen spezielle Arbeits- und Vermittlungssysteme für ältere Erwerbspersonen – daran arbeitet man –, eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen hin zu Arbeitsbedingungen, die auf ältere Arbeitnehmer etwas zugeschnitten sind, und, meine Damen und Herren, einen Abbau der Frühverrentung.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig!)

Das kann nicht weiter subventioniert werden.

In einem Punkt, muss ich sagen, bin ich etwas kritisch gegenüber dem, was ich von Herrn Merz von der CDU gelesen habe, der gesagt hat, in erster Linie komme es einmal darauf an, die Verrentung auf das 67. Lebensjahr heraufzusetzen. Das kann erst ein zweiter Schritt sein; denn gegenwärtig haben wir ein durchschnittliches Rentenalter von knapp 60 Jahren. Das ist das Problem!

(Beifall bei der FDP/DVP)

Nichts dagegen, das Rentenalter heraufzusetzen, aber zunächst müssen wir mit der Frühverrentung unter 65 Jahren im Durchschnitt, mit der wir niemandem einen Gefallen tun, aufhören.

Wir haben, wie Sie wissen, in der Koalitionsvereinbarung ein Sonderprogramm für die älteren Beschäftigten aufgelegt. Dazu kann man durchaus selbstkritisch sagen: Zur Verwirklichung dieses Vorhabens in der Koalitionsvereinbarung haben wir noch eine Menge zu tun. Das wollen wir auch machen.

Es gibt eine Reihe hervorragender Initiativen, die über den Wirtschaftsminister angestoßen wurden, wobei auch Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds und der Zukunftsoffensive III eingesetzt werden. Ich möchte Sie aber mit Einzelheiten nicht langweilen.

Ich möchte nur mit großer Freude darauf hinweisen, dass auch die Arbeitsverwaltung mit ihrem Programm „50 plus – die können es“ eine hervorragend abgestimmte Arbeit leistet. Immerhin sind 27 000 Stellen für ältere Arbeitnehmer auf diese Art und Weise zusätzlich geschaffen worden.

Ich finde es auch gut, wenn der Wirtschaftsminister und der Sozialminister zusammen mit der Arbeitsverwaltung und auch den Kirchen einen Dialog zu diesem Punkt führen; denn das ist ein gesellschaftliches Problem, welches durchaus auch die Kirchen einbindet.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Beate Fauser
FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Kleinmann FDP/
DVP: Sehr richtig!)

Wir wollen anregen, all diese Aktionen – ich sage es einmal so – zu einem Bündnis zusammenzufassen. Wir haben

ein Bündnis für Arbeit, wir haben ein Bündnis im Bereich der Lehrstellenversorgung. Das hat Kontinuität, das zwingt, sich immer wieder komplex mit dem Thema zu befassen. Ich rege an, ein solches Bündnis auch für die Einbindung der älteren Arbeitnehmer zu schaffen.

Da muss man keine Schuldzuweisungen vornehmen und muss auch nicht blauäugig sein: Viele Betriebe, die Mitarbeiter entlassen haben, haben das aus rationalen und nüchternen Überlegungen getan. Auch bei den Mitarbeitern bestand und besteht durchaus Bereitschaft auszuschneiden, wenn es denn finanziell stimmt. Wer wollte ihnen das verdenken? Die Leistungen aus Sozialplänen spielen eine wichtige Rolle, und auch der Gesetzgeber hat in den letzten Jahren Anreize für die Frühverrentung gesetzt.

Bei aller grundsätzlichen Gemeinsamkeit werden wir hier noch genügend Konfliktstoff haben, den wir sachlich austragen können. Vor allem werden wir kritisch hinterfragen müssen, ob nicht einige in guter Absicht eingeführte Sonderregelungen für die älteren Arbeitnehmer in Gesetzen und in Tarifverträgen, so genannte Senioritätsprivilegien, die Einstellungsbereitschaft der Betriebe für solche Personen begreiflicherweise beeinträchtigen. Damit ich richtig verstanden werde: Mit Abbau von Schutzvorschriften bei älteren Arbeitnehmern muss man sehr sensibel umgehen, und ich predige hier nicht, dass man da einfach einen Schnitt macht.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Wenn sich aber überzogene Schutzvorschriften gegen die eigenen Schutzbefohlenen richten,

(Abg. Wieser CDU: Gegen die betroffene Gruppe!)

dann muss man das kritisch überdenken.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich bin dem Wirtschaftsminister und dem Sozialminister dankbar, dass sie eine Studie in Auftrag gegeben haben, die dies untersucht.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Ich denke, wir werden Mitte oder Ende des Jahres noch einmal darüber diskutieren.

Was wir vor allem brauchen, ist eine gute Öffentlichkeitsarbeit. Mir ist klar, gegen die vorige Debatte über den Nitrofen-Skandal, die so schön aktuell ist, kommen wir nicht an. Aber wir brauchen die Öffentlichkeitsarbeit, und es ist auch wichtig, dass dieses Thema in der Öffentlichkeit behandelt wird. Das berührt die Menschen genauso wie das vorherige Thema, wenn es auch nicht so schlagkräftig ist. Deshalb denke ich, dass wir uns gemeinsam für diese Öffentlichkeitsarbeit einsetzen sollten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Schuhmacher.

Abg. Schuhmacher CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe gedacht, dass der Antragsteller heute die Themen, die er auch im Antrag aufgeführt hat, bespricht. Deswegen möchte ich ein paar andere Punkte anführen, die zu diesem Thema gehören.

Trotz einer großen Wirtschaftsflaute, die wir derzeit haben, fehlen in allen Bereichen Fachkräfte. Deswegen ist es wichtig – Herr Hofer, Sie haben es angeführt –, dass wir auch ältere Arbeitnehmer wieder in diesen Bereich mit einbeziehen.

Nun noch ein paar Sätze zur Frühverrentung, die Sie auch angesprochen haben. Ich möchte nicht in aller Ausführlichkeit darüber reden, weil mein Kollege Franz Wieser heute Mittag zu den Themen Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktpolitik ausführlich Stellung nehmen wird. Der Landesseniorentag und auch unser Landtagspräsident Peter Straub sowie Arbeitgeberpräsident Hundt haben gesagt, dass es ein Fehler war, die Frühverrentung in den Neunzigerjahren einzuführen. Ich sage dies auch, und zwar aus verschiedenen Gründen. Damals hat man gemeint, man müsse Solidarität erreichen, indem Ältere aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden und Jüngere in diesen Arbeitsmarkt eintreten. So ist das natürlich nicht gekommen. Diese Plätze wurden vielmehr weitestgehend durch Rationalisierung oder durch Maschinen ersetzt. Deshalb ist diese Solidaritätszusage von damals nicht aufgegangen.

Aber die Frühverrentung ist seither relativ geräuschlos über die Runden gegangen. Warum? Weil sich die betroffenen Mitbürgerinnen und Mitbürger tatsächlich durch verschiedene Interessen betroffen fühlen. Sie sind enttäuscht über die schnell wechselnden Arbeitsbedingungen, sie resignieren, haben Zukunftsängste und müssen Druck durch Wettbewerb aushalten. Und ich sage sehr eindeutig: Was ist die Folge, wenn wir meinen, dass die Mitbürgerinnen und Mitbürger durch Streikmaßnahmen höhere Löhne bekommen müssen? Die Folge ist, dass man in den Betrieben entweder rationalisieren oder mehr Druck auf die Arbeitnehmer ausüben muss oder dass man ins Ausland geht. Dies ist in der Tat kein guter Weg.

Nun stellen wir heute fest – die Statistik stammt von 1998, denn zu diesem Thema gibt es keine neuere –: Von den über 60-Jährigen sind bei den Männern nur noch 27 % und bei den Frauen nur noch 11 % im Beruf. In der Schweiz dagegen sind es 72 %, in Norwegen 67 % und in Japan 63 %.

Nun möchte ich auf zwei Auswirkungen eingehen. Diese betreffen erstens die gesellschaftspolitische Seite. Deutschland leistet sich eine massive Verschwendung von Humankapital.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Jeder Betrieb, jede Behörde, jede Verwaltung braucht Erfahrung, braucht Kontinuität, braucht Gleichmäßigkeit. Diese gehen verloren, wenn wir ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger wegschicken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Nicht allein die Theorie, sondern die Praxis, die Erfahrung hat unsere Betriebe und unser Land stark und groß gemacht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Und jetzt sage ich auch noch als Sozialpolitiker: In keiner Statistik kommt zum Ausdruck, welche menschlichen Schicksale durch Arbeitslosigkeit ausgelöst werden.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Arbeit, Betätigung und Bestätigung gehören für mich zur Würde des Menschen. Ich möchte dies auch einmal sagen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Zweitens zur finanzpolitischen Seite: Wir können es uns auf Dauer einfach nicht leisten, immer später in den Beruf und immer früher in Rente zu gehen – dies möchte ich auch nur als Schlagwort sagen –, weil unsere ganzen Systeme – Gesundheit, Pflege und Rente – dann nicht mehr finanzierbar sind.

Aber noch etwas – diese Punkte habe ich erst jetzt eingefügt, weil mich die vorausgegangene Debatte wirklich provoziert hat, denn sie ist in Wahlkampf ausgeartet –: Warum sind wir denn heute in dieser misslichen Lage? Gerade heute steht in der Zeitung, „Creditreform“ habe festgestellt, dass es noch nie so viele Pleiten wie in diesem Jahr gegeben habe. Dies sind die Rahmenbedingungen. Ich sage das nicht aus der Theorie heraus, sondern aus Erfahrung, aus der Erfahrung eines Älteren, der im Wirtschaftsleben steht und dies tagtäglich mitmacht. Ich sage, ob Sie das hören wollen oder nicht, noch einmal: Es geht um die Themen Teilzeitregelungen, Scheinselbstständigkeit, 630-DM-Gesetz, Abschreibungsregelungen, Betriebsverfassungsgesetz und die Steuergesetze allgemein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Gall SPD)

– Lieber Mann, Sie sollten sich einmal ein bisschen in der Wirtschaft umhören.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Und deswegen sind die Älteren in der Arbeitslosigkeit! Also, Herr Schuhmacher!)

– Ich weiß, dass Sie das nicht gerne hören. Darum habe ich es jetzt gesagt. Wären diese Töne nicht von Ihnen gekommen, wäre ich auch nicht provoziert worden.

Ich sage Ihnen: Das Wichtigste in der Wirtschaftspolitik ist Vertrauen und Verlässlichkeit.

(Zuruf des Abg. Rudolf Hausmann SPD)

Die Investitionsneigung – vielleicht können Sie es daran sehen – oder die Investitionsrate ist seit zehn Jahren noch nie so gering wie derzeit gewesen.

(Schuhmacher)

Ein Weiteres – ich zitiere jetzt den Vizepräsidenten der Steuergewerkschaft, Herrn Hans Günter Senger, der gesagt hat:

So sei in den Jahren 2000 und 2001 das Einkommensteuergesetz als wichtigstes Steuergesetz 20-mal geändert worden.

Weiter:

Steuergesetze werden immer öfter zu Wegwerfgesetzen, sagte Senger. Bevor die letzte Fassung ordnungsgemäß im Bundesgesetzblatt verkündet wurde, werden die Gesetze schon wieder geändert.

Ich sage dies, weil uns viele, viele Nadelstiche zu diesen Themen geführt haben.

Aber es ist nicht allein die Wirtschaftspolitik, sondern es ist die bürokratisierte Arbeitsmarktpolitik. Dies möchte ich nur durch zwei oder drei Punkte aus den Aussagen des Sachverständigenrats darstellen. Deswegen zitiere ich:

Das ganze Ausmaß der katastrophalen Lage auf dem Arbeitsmarkt wird jedoch erst dann deutlich, wenn auch die verdeckte Arbeitslosigkeit in die Betrachtung einbezogen wird. 1,73 Millionen Personen hatten keine reguläre Beschäftigung und wurden von der Statistik nicht als Arbeitslose erfasst, da sie an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik teilnahmen, Kurzarbeit leisteten oder in den arbeitsmarktbedingten Vorruhestand getreten sind.

Nun stellt sich die Aufgabe für die Tarifpartner. Ich sage dies an beide Adressen: Wir brauchen nicht nur externe Lehrgänge, sondern wir brauchen Qualifizierung und Weiterbildung im Betrieb.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr richtig!)

Es gibt ausgezeichnete Modelle. Ich möchte hier nur das Beispiel Tuttlingen erwähnen. Dort besteht ein ausgezeichnetes Modell. Ferner gibt es das Einstiegsgehalt des Landes und andere Programme, die Herr Hofer bereits angesprochen hat.

(Zurufe der Abg. Capezuto SPD und Dr. Witzel GRÜNE)

Ich möchte auch sagen: Bei der technologischen Entwicklung, die sich immer schneller vollzieht, müssen wir die Mitbürger mitnehmen. Ich weiß, wovon ich rede, weil uns dies tagtäglich betrifft.

Flexibilisierung ist deswegen eines unserer Stichworte. Mehr Flexibilität nutzt auch oder gerade dem Personenkreis, der es auf dem Arbeitsmarkt etwas schwerer hat. Bei diesem Satz möchte ich es bewenden lassen.

Ein Weiteres: Wir müssen uns auch Gedanken über einen Arbeitsmarkt für Seniorenexperten machen. Es gibt eine ganze Reihe von Themen, bei denen wir ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger brauchen, gerade bei der Beratung von Betriebsnachfolgern, bei der Übernahmebegleitung von Unternehmen, aber auch bei Lebensplanungsberatung, Schuldenberatung usw.

(Beifall des Abg. Wieser CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! – Abg. Rudolf Hausmann SPD: Ihr macht bloß nichts, ihr schwätzt bloß! Das ist das Schlimme daran!)

Ein Drittes, Frau Staatssekretärin – das würde mich noch interessieren, wenn der Bericht dann vorliegt –: In der Stellungnahme zu Ziffer 4 Buchst. b des Antrags der FDP/DVP – der Antrag wurde übrigens sehr gut und sehr ausführlich beantwortet – heißt es:

Eine Bestandsaufnahme über die Auswirkung von arbeits- und tarifrechtlichen Senioritätsprinzipien auf die Beschäftigung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer liegt bisher nicht vor.

Diese Studie wurde in Auftrag gegeben. Es würde mich noch interessieren, zu welchen Ergebnissen die Studie geführt hat.

Schlusssatz: Die Voraussetzung für eine gute Sozialpolitik – auch für ältere Arbeitnehmer – ist eine funktionierende Wirtschaftspolitik. Auch deshalb – diesen Satz sage ich heute auch; ich hätte ihn nicht nach dem vorausgegangenen Tagesordnungspunkt gesagt – braucht unser Land dringend einen Wechsel am 22. September.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Das war der beste Satz! – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Ruth Weckenmann: Das hat sich bis 1998 gezeigt!)

Ich möchte Ihnen noch einen Satz sagen.

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

Wir alle wünschen, dass Deutschland so gut regiert wird wie Baden-Württemberg. Die Menschen haben es verdient.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Hausmann.

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Schuhmacher hier am Podium in der Rolle des Provokateurs zu erleben, ist auch eine Seltenheit. Ich habe ihn normalerweise immer als sachlichen Menschen erlebt.

(Abg. Seimetz CDU: Wo er Recht hat, hat er Recht! – Abg. Wieser CDU: Das war sachlich!)

Aber wenn Sie so an der Realität vorbeigehen, wenn Sie, Herr Schuhmacher, ignorieren, dass sich ausgerechnet auch die Erwerbsquote bei 50- bis 65-Jährigen in Baden-Württemberg und in ganz Deutschland nach zehn Jahren zum ersten Mal wieder positiv entwickelt, wenn Sie daran vorbeigehen, dass wir bei 50- bis 65-Jährigen einen Abbau der Arbeitslosigkeit um einen zweistelligen Prozentbereich haben – in Baden-Württemberg und bundesweit –,

(Zurufe von der CDU – Gegenrufe von der SPD)

(Rudolf Hausmann)

und sich dann alte Zustände zurückwünschen, dann sage ich: Gute Nacht. Da haben wir etwas andere Vorstellungen. Ich glaube auch, dass die Leute das merken werden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Wieser CDU: Die haben es gemerkt!)

Meine Damen und Herren, der Antrag der FDP/DVP ist mit „Qualifizierungspotenzial älterer Arbeitnehmer“ überschrieben. Herr Hofer hat rhetorisch fast in meinem Sinn Stellung genommen – ich unterstreiche: rhetorisch. Wenn man hier ins Plenum schaut, stellt man fest: 45-Jährige, 50-Jährige, 55-Jährige. Die 50-Jährigen dürfen Minister werden oder werden Minister, werden Ministerpräsidenten, auf Bundesebene Bundeskanzler. Das ist also kein Malus. Aber wehe dem, der mit 45 oder 48 oder 52 oder 56 im normalen Arbeitsleben arbeitslos wird. Der hat ganz große Schwierigkeiten, den Einstieg wieder zu finden. Das ist der eigentliche Skandal, der sich in unserer Gesellschaft abspielt, bei dem wir anknüpfen und Lösungen finden müssen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Meine Damen und Herren, wenn wir beim Qualifikationspotenzial sind – ich will Ihnen bloß ein Beispiel sagen –, haben wir doch mit Erstaunen – alle übrigens, auch diejenigen, die den Älteren schon ganz viel zugetraut haben – festgestellt: Mensch, in Sachen EDV, wo wir noch vor zehn Jahren gedacht haben: „Oh, die ältere Generation schafft den Einstieg nicht“, haben wir die höchsten Zuwachsraten im Internetsurfen, beim Internetzugang, beim Sich-schlau-Machen machen mit EDV – ausgerechnet bei den Älteren, auch bei denen, die bereits in Rente sind.

(Abg. Wieser CDU: Weil die Zeit haben!)

Das drückt aus, dass die Älteren bei uns ein sehr hohes Qualifikationspotenzial in persona mitbringen, sogar so viel, meine Damen und Herren – Herr Schuhmacher und Herr Hofer, hören Sie zu! –, dass sie auch begreifen,

(Abg. Wieser CDU: Wenn Sie sich jetzt schon so aufspielen, wie sehen Sie dann mit 60 aus?)

dass die Zerschlagung von Kündigungsschutz überhaupt keinen einzigen Arbeitsplatz für ältere Arbeitnehmer bringt, sondern dass da in unserem Land konkrete Maßnahmen passieren müssen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Für uns ist die Frage: Wollen und können wir es uns leisten, dass wir tatsächlich eine sehr niedrige Erwerbsquote bei den 50- bis 65-Jährigen haben? Rhetorisch gibt es dabei wieder große Übereinstimmung.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Gibt es Übereinstimmung, oder gibt es keine?)

Ich sage einmal: Unter dem menschlichen Aspekt ist es ein Unding, dass Leute, die eigentlich ihre Persönlichkeit im Arbeitsleben entwickeln, die stark werden durch ihre Fähigkeiten und ihre Erfahrungsqualifikationen, die morgens schon hören, dass mittags die Maschine kaputtgeht und deswegen eigentlich für einen Unternehmer einen unschätzbaren Wert haben, im Prinzip durch eine Generation,

die frisch und innovativ ausgebildet ist, in unserer Gesellschaft abgelöst werden. Die fröhlichsten Urständ sind in Ihrer Zeit gefeiert worden. Ich will dies ausdrücklich sagen.

(Abg. Fischer SPD: So ist es! Die Großbetriebe haben alle rausgeschmissen!)

In Ihrer Zeit haben wir die Frühverrentung eingeführt, und da haben wir ordentlich Geld in die Hand genommen, um die Leute frühzeitig rauszuschicken. Das war menschlich nicht okay, und das war ökonomisch unsinnig.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Meine Damen und Herren, wenn wir uns das ökonomisch anschauen, komme ich zum Ergebnis: Kein Unternehmen kann es sich leisten, auf ältere Arbeitnehmer zu verzichten – im Prinzip heute schon gar nicht und in Zukunft schon zweimal nicht, weil die demographische Entwicklung dahin gehen wird, dass wir einfach Arbeitskräfte suchen werden. Baden-Württemberg ist da mit Fachkräftemangel bereits heute weit vorn dran. Die Unternehmen werden die Fachkräfte bei den Älteren suchen müssen.

Der Staat wird es nicht aushalten, weil er nicht die Transferleistungen schaffen wird für Leute, die eigentlich arbeitsfähig sind und auf dem Arbeitsmarkt ihre Leistungen einbringen könnten. Auch die Sozialversicherungssysteme können es sich überhaupt nicht leisten, dass diese Politik weiter betrieben wird.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Das ist klar! Ganz Deutschland kann es sich nicht leisten!)

Daher ist bereits ordentlich eingelenkt worden – dazu sage ich gleich etwas – und muss etwas getan werden.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Sie üben sich leider nur in der Rhetorik. Ich sage auch dazu gleich noch etwas. Sie üben sich leider nur in Rhetorik, obwohl ich Ihnen in der Rhetorik zum Teil ja noch zustimme.

Was brauchen wir? Wir brauchen eine Qualifizierungsoffensive, und zwar einmal gedacht als kurzfristige und einmal gedacht als langfristige Qualifizierungsoffensive, als das, was wir als lebenslanges Lernen verstehen.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Wir brauchen kurzfristig Maßnahmen in den Betrieben, dass kurzfristig Weiterbildungen stattfinden, dass wir auch in der aktiven Arbeitsmarktpolitik die Maßnahmen durchführen, die verhindern, dass ältere Arbeitslose überhaupt abstürzen in die Arbeitslosigkeit, also Präventivmaßnahmen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Und wir brauchen auf allen Ebenen endlich den Paradigmenwechsel, also den Wechsel im Kopf, dass das Menschen sind, die wir fordern müssen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Wir brauchen nicht nur Wechsel im Kopf, sondern auch Wechsel der Köpfe!)

(Rudolf Hausmann)

Es kann nicht sein, dass man bei uns durchschnittlich mit 59 in Rente geht, unter 60 Jahren. Wir brauchen Leute, die mit 65 gesund in Rente gehen können, aber auch mit aller Anerkennung, die sie entsprechend verdient haben.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Jetzt will ich Ihnen sagen: Auf der Bundesebene hat sich in Sachen aktiver Arbeitsmarktpolitik jede Menge getan. Sie haben selbst zitiert: „50 plus – die können es“. Das ist natürlich eine Aktion des Bundes, die auf Landesebene umgesetzt wird, aktive Politik der Arbeitsämter, für die wir ja die politischen Rahmenbedingungen geschaffen haben.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Wir! – Abg. Wieser CDU: Was? Die Statistik habt ihr gefälscht! So ist es! – Zurufe von der SPD)

Wir haben inzwischen die Situation – das wissen Sie –, dass wir in Klein- und Mittelbetrieben für über 50-Jährige Qualifizierungsmaßnahmen durchführen, die von der Bundesanstalt für Arbeit bezahlt werden, meine Damen und Herren. Das mögen Sie vielleicht nicht hören, aber so ist es. Wir haben die Situation, dass der Personalersatz für die kleinen Unternehmen teilweise bis zu 100 % übernommen wird, da sie sich das sonst nicht leisten können. Das passiert zurzeit.

Dann haben wir, Herr Hofer, das Thema Jobrotation, bei dem wir Leuten endlich wieder die Chance geben können, von der Arbeitslosigkeit ins Erwerbsleben hineinzuschmecken. Dem Unternehmer geben wir damit die Chance, festzustellen, ob der Mann oder die Frau tatsächlich etwas kann. Damit eröffnen wir den Betroffenen Lebensperspektiven.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Jetzt sage ich Ihnen etwas zum Resümee, denn alle Rhetorik nützt ja nichts, wenn man nicht konkret die Taten anschaut. Das Resümee steht in Ihrer Stellungnahme, aber ich gehe noch etwas weiter zurück. Ende September 1998 begann unsere Regierungsverantwortung in Deutschland.

(Abg. Capezzuto SPD: Gott sei Dank! – Zuruf von der CDU: Leider! – Abg. Reichardt CDU: Das ist ja der Fluch! – Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Eine Beschwörungsformel!)

Bis September 2001 – ich habe einmal diesen Dreijahresabschnitt gegriffen – gab es einen Rückgang der Arbeitslosigkeit bei älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Baden-Württemberg um 27,1 %.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Wieser CDU: In Baden-Württemberg sind die Zahlen in Ordnung!)

Ich sage Ihnen: Die Zahlen, die in Baden-Württemberg so toll sind, waren in der Regierungszeit von Helmut Kohl, als auf Bundesebene die CDU/CSU mit der FDP regierte, anders: Damals gab es im entsprechenden Dreijahresabschnitt ein Anwachsen der Zahl von Erwerbslosen bei älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern um 14,1 % – in einer

Hochkonjunkturphase für Baden-Württemberg und für Deutschland.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wiedervereinigung!)

Die statistische Quelle ist die gleiche, die das Sozialministerium in seiner Stellungnahme verwendet. Diese Zahlen drücken aus, dass Sie sich nur in Rhetorik üben, aber bisher nicht ernsthaft entsprechende Maßnahmen ergriffen haben. Herr Hofer, es drückt außerdem aus, dass Sie in Baden-Württemberg alles an aktiver Arbeitsmarktpolitik abgeholt haben, was bisher ging.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Seimetz CDU: Der Hausmann ist ein Schönredner! – Glocke des Präsidenten)

Eigentlich wäre ich fertig, aber Herr Hofer hätte gerne noch eine Abschlussfrage gestellt. Das darf er nun gern machen.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Hausmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wieser?

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ich heiße Hofer, nicht Wieser! Sie haben die ganze Zeit den Falschen angesprochen! – Lebhaftige Unruhe)

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Die gestatte ich gern.

Abg. Wieser CDU: Herr Präsident, ich nehme gern die Gelegenheit wahr. – Wenn Sie schon die Statistiken zu Legislaturperioden in Baden-Württemberg nennen, dann nennen Sie doch bitte auch die Arbeitslosenstatistik in der großen Koalition und der Koalition von CDU und FDP/DVP und heute. Ich halte von solchen Statistiken nichts, würde die Zahlen aber einfach einmal nennen wollen, zumal auch Sie Mitverantwortung im Land getragen haben.

(Abg. Capezzuto SPD: Das ist eine Rede, keine Frage! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Wieser, Sie hatten das Wort zu einer Zwischenfrage. Möchten Sie noch eine Frage stellen?

(Unruhe)

Abg. Wieser CDU: Wie hoch war die Arbeitslosigkeit während der großen Koalition?

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Herr Wieser als Berufsschuldirektor wird in seinem Leben vielleicht auch noch ein bisschen weiser und versteht dann irgendwann den Unterschied zwischen Frage und Feststellung. Herr Wieser, Sie haben gerade nur eine Feststellung gemacht. Darauf kann ich leider nicht antworten.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Abg. Wieser CDU: Ich habe eine Frage gestellt: Wie hoch war die Arbeitslosigkeit in der großen Koalition? Das ist ja unerhört, Herr Oberlehrer!)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Hausmann, gestatten Sie noch eine Nachfrage des Herrn Abg. Hofer?

(Abg. Wieser CDU: Er hat meine Frage nicht beantwortet, weil er es nicht weiß!)

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Ja.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte, Herr Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Darf ich Sie einfach fragen: Sind Sie mit mir der Ansicht, dass man den Leuten, wenn man zugunsten und im Interesse der älteren Arbeitnehmer versucht, ein Bündnis zu machen, mit Parteipolitik – wie Sie es gerade gemacht haben – keinen Gefallen tut?

(Oh-Rufe von der SPD – Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Herr Wieser, jetzt will ich Ihnen wirklich noch eine ordentliche Antwort geben. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich persönlich finde es unerhört, dass die Vertreter von CDU und CSU

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: FDP/DVP!)

sich hier hinstellen und Stichworte wie Teilzeit, Scheinselbstständigkeit, 630-DM-Gesetz und Kündigungsschutz nennen und behaupten, die entsprechenden Regelungen seien unmöglich und würden den Arbeitsmarkt einschränken.

(Abg. Seimetz CDU: Richtig!)

Gleichzeitig sprechen die Daten eine exakt gegenteilige Sprache: In unserer Zeit gab es einen Abbau der Arbeitslosigkeit um knapp 30 %, und in Ihrer Zeit, als die Gesetze, die den Arbeitsmarkt angeblich behindern, noch nicht bestanden, stieg die Arbeitslosigkeit um knapp 15 % an. Wenn man das in einer solchen Auseinandersetzung nicht sagen darf und sagen muss, was denn dann?

Danke schön.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich meine, das Thema der älteren Arbeitnehmer ist zu wichtig, als dass wir es jetzt in den Wirren des Wahlkampfs zerreiben.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Daher hatte ich eine Rede vorbereitet, die auf Konsens angelegt ist, und ich wollte eigentlich Parteipolitik beiseite lassen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr richtig!)

Aber, Herr Schuhmacher, wenn Sie jetzt ankommen und hier das 630-DM-Gesetz, die Steuerreform und das Betriebsverfassungsgesetz einfach als Steine in die Diskussion werfen und damit Vorwürfe verbinden, dann muss ich das klar zurückweisen. Wir haben heute als Tagesordnungspunkt 6 noch eine Debatte über den Arbeitsmarkt allgemein. Da werde ich zu diesen Punkten detailliert Stellung nehmen. Aber ich möchte auch wie Herr Kollege

Hausmann daran erinnern: Das Problem der Frühverrentung, das Sie hier als Verschleuderung von Humankapital geißelten, ist unter der Regierung der CDU entstanden. Das sollte man dann auch klar sagen

(Abg. Capezzuto SPD: 16 Jahre lang!)

und sich vielleicht auch einmal an die eigene Brust klopfen und sagen: Wir haben da einen Fehler gemacht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Unruhe)

Ich will versuchen, jetzt wieder auf eine sachliche Ebene zu kommen. Die statistischen Zahlen besagen: Das Problem der älteren Arbeitnehmer ist nicht nur ein vorübergehendes, sondern dieses Problem wird sich in den nächsten Jahren noch verschärfen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es! – Abg. Wieser CDU: Das wird eintreten!)

Die schwindende Zahl der Personen, die ins Erwerbsalter kommen, wird dazu führen, dass der Anteil der jüngeren Arbeitnehmer generell abnehmen und der Anteil der älteren Arbeitnehmer – 50 Jahre und älter – zunehmen wird. Derzeit sind diese beiden Gruppen, also unter 30 und über 50, etwa gleich stark am Arbeitsmarkt vertreten. Aber wenn wir 20 Jahre weiter gehen, dann wird der Anteil der Jüngeren von 22 % auf 18 % sinken und der Anteil der Älteren von 23 % auf etwa 35 % ansteigen. Dann werden etwa doppelt so viel Ältere am Arbeitsmarkt sein wie Jüngere, und das erfordert natürlich Konsequenzen. Den älteren Arbeitnehmern kommt deshalb künftig eine wachsende Bedeutung zu. Das besagen schlicht und einfach die Zahlen.

Der Nutzung dieses großen Arbeitskräftepotenzials stehen derzeit Hindernisse entgegen. Das sind zum großen Teil auch Vorurteile. Es sind manchmal Urteile, manchmal aber auch Vorurteile.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Wieser CDU)

Es wird gesagt, ältere Arbeitnehmer seien weniger innovativ, weniger kreativ und weniger belastbar. Viele Betriebe praktizieren daher heute eine jugendzentrierte Personalauslese. Das ist etwas, was man korrigieren muss. Die älteren Arbeitnehmer müssen auch wieder in den Blick kommen. Das ist nämlich nicht nur für die Rentenkassen gut, sondern das ist einfach wichtig, damit die Betriebe ihren Bedarf an Fachkräften decken können.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Herr Hofer, Sie sprachen – noch einmal ein Stichwort zur Bundesebene – jetzt die Ökosteuer an. Die Ökosteuer hat dazu geführt, dass die Rentenbeiträge gesenkt wurden. Wenn Sie jetzt anmahnen, die Ökosteuer solle auch für Öko eingesetzt werden, dann sind Sie da genau auf der Linie des grünen Parteiprogramms. Wir treten auch dafür ein, dass ein Teil der Einnahmen aus der ökologischen Steuerreform in Zukunft für ökologische Projekte, aber der andere Teil zur Senkung der Lohnnebenkosten eingesetzt wird. Ich meine, da müssen wir einen guten Mix hinbekommen.

(Dr. Witzel)

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Durch etwas Falsches wird der Mix nicht besser! – Abg. Hofer FDP/DVP: Mein Vorbehalt!)

Wenn Sie sich im Grundsatz mit der Ökosteuer einverstanden erklären, dann findet das meine Unterstützung.

Ich habe etwas über die Vorurteile gegen die Älteren gesagt. Auf der anderen Seite müssen wir natürlich auch sagen, dass es Stärken der Älteren gibt. Da ich persönlich mich auch schon zu den Jahrgängen „50 plus“ rechnen muss und rechnen darf, will ich hier Studien zitieren, die nachweisen, dass die geistige Leistungsfähigkeit heute bei den Älteren bis ins höhere Alter erhalten bleibt. Sprachgewandtheit und schlussfolgerndes Denken sind heutzutage noch bei 60-Jährigen ebenso groß wie bei 30-Jährigen.

(Beifall der Abg. Hofer FDP/DVP und Wieser CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Ich denke, die vielen Vorurteile gegen die Arbeitnehmer „50 plus“ werden auch dadurch ausgeglichen, dass die älteren Arbeitnehmer ein solides jobspezifisches Wissen haben. Bei der Risikoabwägung, der Urteilsfähigkeit und auch in dem Sinn für das Machbare haben sie deutliche Vorteile gegenüber jüngeren Arbeitnehmern. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass sie ihre Arbeitsplätze behalten und dass dieses große Potenzial genutzt wird.

Jetzt stellt sich natürlich die Frage: Was ist zu tun?

(Abg. Wieser CDU: So ist es!)

Da, Herr Wieser, muss man als Erstes sagen: In erster Linie sind die Betriebe gefordert. Die Betriebe sind die Hauptakteure.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Es ist wichtig, dass da gewisse Vorurteile überwunden werden. Sehr große Bedeutung hat aber auch eine systematische Weiterbildung, damit die Arbeitnehmer im Betrieb dem technologischen Wandel, der sich vollzieht, folgen können. Ich meine, die älteren Arbeitnehmer haben sicher das Potenzial dafür; die Betriebe müssen ihnen aber auch die Möglichkeit geben, sich anzupassen.

Dies reicht aber nicht aus. Ich meine, auch die Gestaltung der Arbeitsplätze ist wichtig. Die Arbeitsplätze müssen so gestaltet sein, dass ein vorzeitiger Verschleiß nicht eintritt, dass die Arbeitskraft bis ins Alter „60 plus“ erhalten bleibt. Man muss dabei nicht nur die Arbeitsergonomie, sondern auch die psychische Belastung am Arbeitsplatz sehen. Sie ist ja zunehmend ein Faktor für eine Frühverrentung. Ich meine, das alles sind Punkte, bei denen die Betriebe als Erste gefordert sind.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Zum Zweiten ist natürlich auch die Bundesanstalt für Arbeit gefordert, ältere Menschen wieder in Arbeit zu bringen. Dazu muss man sagen – darauf hat schon Herr Hausmann hingewiesen –, dass die Bundesregierung bei ihrer

untergeordneten Behörde, der Bundesanstalt für Arbeit, ein wichtiges Programm aufgelegt hat. Es gibt das Programm „50 plus – die können es“. Herr Hofer hat es auch gelobt. Es handelt sich dabei zum Beispiel um Trainingsmaßnahmen in Betrieben oder um betriebliche Einstellungshilfen. Auch ein Eingliederungsvertrag kann geschlossen werden, damit ein Arbeitgeber, der testen will, ob es der Arbeitnehmer denn bringt, den Arbeitnehmer zunächst risikolos einstellen kann. Dies wird vom Arbeitsamt unterstützt. Dies sind sehr wichtige und sehr gute Maßnahmen. Herr Hausmann hat die Zahlen dafür genannt, die belegen, dass diese Maßnahmen auch greifen. Ich meine, das ist ein gutes Bündel von Maßnahmen. Man muss es eventuell der aktuellen Entwicklung anpassen und weiterentwickeln.

Zum Schluss jetzt aber die Frage: Was muss die Politik tun? In der Stellungnahme der Landesregierung zu dem Antrag sind dazu einige Maßnahmen genannt, die ich jetzt nicht vorzulesen brauche. Ich möchte drei ergänzende Punkte nennen, bei denen das Land zusätzlich noch etwas tun kann.

Erstens: Wenn es stimmt, dass die Hauptthemnisse für die Einstellung von älteren Arbeitnehmern Vorurteile einer eher jugendzentrierten Einstellungspolitik sind, dann ist eine Öffentlichkeitsarbeit des Landes vonseiten des Wirtschaftsministeriums sicherlich sehr hilfreich, um älteren Arbeitnehmern zusätzliche Chancen zu eröffnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! Das wollen wir auch!)

Zweitens: Ich sagte, die Gestaltung der Arbeitsbedingungen in den Betrieben ist ein zentraler Punkt, um Änderungen zu erreichen. Das Land könnte dabei die Rolle übernehmen, erfolgreiche Modelle der Beschäftigung Älterer im Sinne einer Publikation von „best practice“ publik zu machen. Es könnte Wettbewerbe organisieren, bei denen Betriebe ihre Erfahrungen darstellen und so die Möglichkeit der Eingliederung älterer Arbeitnehmer breitere Kreise zieht. Ich denke da zum Beispiel an die Möglichkeit, Arbeitsplätze umzustrukturieren oder bestimmte Sonderregelungen für Schichtarbeit einzuführen, die auf die Belange von Älteren Rücksicht nehmen. Dies sind Möglichkeiten für das Land, aktiv zu werden.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Als Letztes ist das Land natürlich auch als Vorbild gefordert. Auch das Land muss seine Einstellungspraxis an diesen Leitlinien orientieren.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Wir haben 50-Jährige gewählt!)

– Herr Hofer, auch die Frage der Frühverrentung muss geklärt werden. Der Landesrechnungshof erarbeitet ja zurzeit ein Gutachten, in dem das Problem der Frühverrentung kritisiert wird. Dies hat möglicherweise auch Folgen für die Qualität der Arbeitsplätze. Speziell wurde von den Lehrern gesprochen, bei denen die Zahl der Frühpensionierungen deutlich steigt. Dort stellt sich natürlich auch die Frage nach dem Arbeitsplatz Schule. Dort ist natürlich auch das Land gefordert.

(Dr. Witzel)

In diesem Sinne sollten wir dieses Problem sachlich angehen; denn wir können es uns nicht leisten, die älteren Arbeitnehmer ins Abseits zu stellen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Staatssekretärin Lichy.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Wir hatten zwei Redner ausgemacht!)

– Die FDP/DVP hat schon gesprochen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wir hatten zwei Redner ausgemacht!)

– Ja, aber Frau Staatssekretärin Lichy erhält jetzt das Wort. Sie wünscht das Wort, und ich halte es auch im Sinne des Debattenablaufs für besser, wenn Sie hinterher auf die Ausführungen der Frau Staatssekretärin eingehen können.

Frau Staatssekretärin Lichy, Sie haben das Wort. Mitglieder der Landesregierung erhalten auf Verlangen stets das Wort.

Staatssekretärin Johanna Lichy: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Debatte gibt so, wie sie zeitweise gelaufen ist, Anlass, dass man das, was eigentlich erst heute Mittag auf der Tagesordnung steht, jetzt debattieren müsste. Denn manche Dinge kann man tatsächlich nicht so im Raum stehen lassen. Ich werde trotzdem nur ein paar wenige Sätze zur Gesamtarbeitsmarktpolitik des Bundes und des Landes sagen, möchte aber dann sachlich auf die Diskussion eingehen, die jetzt unter Punkt 2 aufgerufen ist, nämlich auf das wichtige Thema der Erhaltung der älteren Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt und auch ihrer Qualifizierung.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es! Das war das Thema!)

Herr Abg. Hausmann, Sie haben hier jedoch Polemik hineingebracht. Denn was Abg. Schuhmacher gesagt hat, hat nur den Fakten entsprochen.

(Lachen bei der SPD – Zurufe der Abg. Ruth Weckenmann und Ursula Haußmann SPD)

Wenn Sie jetzt aber den Bundesarbeitsmarkt mit dem Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg verquicken – – Wissen Sie, da gibt es normalerweise einen Satz: Bei so viel Selbstgerechtigkeit redet man andernorts von Pharisäertum.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

– Lassen Sie mich meinen Satz jetzt zu Ende bringen. Ich werde heute Mittag noch ausführlich darauf eingehen. Ich will nur etwas zu dem sagen, was eben nicht stimmt. Das muss gesagt werden. Im Bund gibt es derzeit – im Mai – 3,95 Millionen Arbeitslose. Das ist ein Prozentsatz von 9,6 %. In Baden-Württemberg – ob Sie das nun gern hören oder nicht – haben wir die Bestmarke von 5,2 %.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Wir haben hier die stärksten Gewerkschaften! Deswegen vielleicht! – Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Nein, in Nordrhein-Westfalen ist eine stärkere Gewerkschaft!)

In diesem Zeitraum, in dem die rot-grüne Bundesregierung in Verantwortung steht, ist die Arbeitslosigkeit im Bund um 50 000 zurückgegangen. Das waren gerade 1,3 %.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Zum Thema, bitte!)

In Baden-Württemberg sind es in diesem Zeitraum insgesamt elf Komma ungerade Prozent.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Was?)

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ging in den Zeiten, in denen ein Abbau von Arbeitslosigkeit stattgefunden hat, in Baden-Württemberg um ein Viertel zurück. Heute sagen Sie bei einem faktischen Rückgang von 50 000 Arbeitslosen bundesweit, dass die Zahlen sich in der Zeit dieser Bundesregierung bei den älteren Arbeitslosen eklatant verbessert hätten. Ich habe wohl aufgepasst, als Sie davon gesprochen haben. Warum können Sie das sagen? Weil die 58-Jährigen gar nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik erscheinen, weil sie in Rente sind. Jetzt bin ich bei genau dem Thema, zu dem ich sprechen will.

(Beifall bei der CDU – Abg. Seimetz CDU: Genau so ist es! Das ist die Statistik! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Staatssekretärin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Capezzuto?

Staatssekretärin Johanna Lichy: Ja, von mir aus gern. Aber dann führen wir natürlich die Debatte, die wir heute Mittag führen wollten. Ich wäre jetzt sachlich auf den Punkt eingegangen, der jetzt aufgerufen ist.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das weiß man ja nicht!)

Stellv. Präsident Birzele: Gestatten Sie sie, oder gestatten Sie sie nicht?

Staatssekretärin Johanna Lichy: Er darf gern noch eine Frage dazu stellen.

(Unruhe)

Dann versuche ich, die Debatte wieder auf den Punkt zu bringen. – Bitte, ja.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Capezzuto, Sie erhalten das Wort. Gehen Sie bitte zum Mikrofon.

Abg. Capezzuto SPD: Eigentlich habe ich eine sehr laute Stimme.

(Abg. Seimetz CDU: Einbildung! – Abg. Hofer FDP/DVP: Wir singen ja nicht! – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Frau Staatssekretärin, wenn Sie schon von Pharisäertum reden, dann müsste Ihnen doch bekannt sein, dass die Arbeitslosigkeit bei uns in Baden-Württemberg seit 1998

(Capezzuto)

nach unten gegangen ist. Das haben Sie nur den Maßnahmen des Bundes zu verdanken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Lachen bei der CDU und der FDP/DVP – Lebhaftige Unruhe – Abg. Wieser CDU: Das muss ja einmal gesagt sein! – Abg. Seimetz CDU: Erstens war das keine Frage, zweitens hat er sich angesprochen gefühlt! – Abg. Wieser CDU: Warum ist sie dann in Niedersachsen gestiegen? – Fortgesetzte Unruhe)

Staatssekretärin Johanna Lichy: Ein Satz dazu. Ich gebe Ihnen Antwort.

(Anhaltende Unruhe)

– Bitte, darf ich Antwort geben? – In Baden-Württemberg ist die Arbeitslosigkeit entgegen dem Bundestrend zurückgegangen,

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

weil das Land mit Rahmenbedingungen steuernd in die Arbeitsmarktpolitik eingegriffen hat

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Capezzuto SPD: Die Maßnahmen des Bundes! – Abg. Wieser CDU: Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen! – Unruhe)

und dort, wo eigentlich der Bund verantwortlich ist, durch eigene Strukturmaßnahmen und durch eigene Wirtschaftsstärke hier in unserem Land andere Rahmenbedingungen herrschten. Es ist sogar so: Baden-Württemberg ist in manchen Bereichen für den Bund eingesprungen, wo der Bund sich aus der Verantwortung gezogen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Rudolf Hausmann SPD: Jetzt! Ja, wo denn? – Zuruf der Abg. Ruth Weckenmann SPD – Abg. Alfred Haas CDU: 1 : 0! – Abg. Hofer FDP/DVP: Das ist schon mehr als 1 : 0! Das ist 5 : 0! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Märchenstunde! Tausendundeine Nacht! – Unruhe)

Jetzt komme ich auf den Punkt zurück, über den wir jetzt sprechen. Mir ist dieses Thema viel zu wichtig. Ich hatte gedacht, dass wir heute eine sachliche Debatte darüber führen können.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Dann bleiben Sie doch sachlich!)

Es ist nämlich wirklich ein absoluter Umdenkprozess vonnöten über das, was wir mit unseren qualifizierten älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern machen.

(Abg. Kleinmann und Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es! Genau!)

Ich sage Ihnen ein paar Fakten dazu. Diese sind nämlich überhaupt noch nicht richtig im Bewusstsein, und zwar nicht nur im Bewusstsein der Politik, sondern auch im Bewusstsein der Gesellschaft und der Wirtschaft. Ich nenne Ihnen eine Zahl: Fast 60 % der Betriebe in Deutschland beschäftigen keine Mitarbeiter, die älter als 50 Jahre sind.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Mehr als die Hälfte der Betriebe! Diese Umfrage ist nicht uralte, sondern sie ist die jüngste Umfrage – eine jüngere haben wir nicht – aus dem Jahr 2000 vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

Man ist natürlich auf den ersten Blick über diesen Befund verblüfft. Aber er korrespondiert recht deutlich mit den schwierigen Situationen der älteren Arbeitslosen auf dem Arbeitsmarkt. Da sind die älteren Arbeitslosen auch ein Thema; denn Erwerbslosigkeit und Erwerbsminderung sind längst zu einer häufigen Übergangsform in die Rente geworden. Deswegen sind sie teilweise auch nicht mehr in den Statistiken erschienen.

Ich will jetzt nicht einzelnen Personen und Einzelinstitutionen und der Politik Schuld zuweisen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Genau! Alle miteinander!)

Ich möchte mehrere Ursachen dafür nennen. Zum einen haben natürlich auch die Betriebe die Frühverrentungsaktionen, die man ja gefördert hat, im Konsens aller mitgemacht. Das hat zu diesem Ergebnis beigetragen. Es bestand in früheren Jahren aber in vielen Fällen bei den Mitarbeiterinnen und bei den Mitarbeitern durchaus auch die Bereitschaft, das zu machen. Es war auch lange genug finanziell attraktiv.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Man hat natürlich gleichzeitig gedacht, man stellt dafür Jüngere ein usw. usf. Hinzu kamen die Leistungen der Sozialpläne. Auch der Gesetzgeber selbst hat in früheren Jahren Anreize dafür geschaffen. Dann kam die Erhöhung der Altersgrenze. Jetzt hoffen wir natürlich, dass durch die Erhöhung der Altersgrenze – man hat ja früher auch da bereitwillig nachgegeben – und durch die eingeführten Abschläge beim vorzeitigen Rentenbeginn diese Frühverrentungsaktionen gestoppt werden.

Aber damit allein ist es natürlich nicht getan. Sie haben das sehr deutlich gesagt, Herr Abg. Hofer: Wir brauchen natürlich die Mobilisierung der Beschäftigungsreserven. Wir alle können es uns nicht mehr leisten, dass so viele ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer so früh aus dem Erwerbsleben ausscheiden.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Ich möchte aber noch einmal einen sozialen und menschlichen Aspekt – nicht nur einen finanziellen Aspekt – aufgreifen, der hier auch schon genannt wurde. Es ist nicht mit der Würde des Menschen vereinbar,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Genau!)

dass man, wenn man sonst eigentlich noch im Besitz seiner geistigen und körperlichen Kräfte ist – vielleicht nicht mehr wie ein 25-Jähriger; aber wenn man andere Erfahrungen einbringt –, abgestempelt wird, als ob man zum alten Eisen gehörte.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Man hat lange gelernt und sich lange für seinen Betrieb eingebracht, und dann soll man plötzlich nichts mehr taugen.

(Staatssekretärin Johanna Lichy)

(Abg. Hofer FDP/DVP zu Abg. Wieser CDU: Wir wissen, über was wir sprechen!)

Dieser Tage wurde in der „Landesschau“ über die Aktionen der Seniorinnen und Senioren berichtet. Die sind sich mittlerweile durchaus ihres Potenzials bewusst

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Völlig zu Recht!)

und dessen, welche aktive Seniorinnen und Senioren wir haben und dass wir nicht nur Pflegebedürftige haben. Vor allem brauchen wir sie in anderen Bereichen ständig.

Dazu möchte ich auch noch etwas sagen: Wenn wir alles nur unter finanziellen Aspekten diskutieren, bewirkt dies auch sehr oft den Eindruck auf unsere ältere Generation – sie haben unsere Wirtschaft maßgeblich aufgebaut –, der Generationenvertrag würde ausgehebelt, man holte sie und schickte sie wieder weg, wie man sie gerade brauchte. Das ist ein Aspekt, der nicht stark genug mit in diese Überlegungen einbezogen werden kann.

Dann müssen wir natürlich die aktuelle Situation berücksichtigen: den demographischen Faktor, immer weniger Menschen im aktiven Erwerbsleben, immer späterer Berufseintritt. Das wird ja weiter eklatant zunehmen. Schon im Zeitraum zwischen 2010 und 2015 werden wir allein in dem Bereich der 50- bis unter 60-jährigen Erwerbstätigen nur noch 48,5 % im Vergleich zu derzeit 52,8 % haben. Wir sind uns alle einig, dass es so nicht weitergehen kann.

Da wird auch immer dieses Allheilmittel der Zuwanderungspolitik genannt. Die Integrationsprobleme will ich einmal ganz außer Acht lassen. Alle Experten sagen: Vorrangig notwendig ist die Mobilisierung der heimischen Arbeitskräfte.

Dann möchte ich als Frauenbeauftragte noch einen weiteren wichtigen Aspekt nennen: den Markt der gut ausgebildeten Frauen. Auch da hat man sehr leicht vergessen, dass man – dazu zählen nicht nur die ganz alten Frauen, sondern auch die Generation meines Alters und sogar noch etwas Jüngere – eine Ausbildung hatte. Aber man hat meistens Familie und Probleme mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, mit Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder oder einer Schlechterstellung der Familie. Die Frauen haben sich nur mit Teilzeit, mit geringerer Erwerbstätigkeit zufrieden gegeben oder sind ganz aus dem Arbeitsprozess ausgeschieden und später nicht mehr ihren Ausbildungen und ihren Fähigkeiten entsprechend in den Arbeitsmarkt eingegangen. Es ist höchste Zeit, früh anzusetzen, wie wir es beispielsweise mit der Betreuung für Kinder und einer Besserstellung der Familie versuchen.

Man darf bei dieser Diskussion natürlich auch nicht außer Acht lassen, dass für Frauen wie für alle Fachkräfte gilt, dass wir ältere und erfahrene Fachkräfte unter dem Gesichtspunkt des lebenslangen Lernens auch weiterqualifizieren müssen. Wir haben auch als Landesregierung vielfältige Programme aufgelegt – zusammen mit dem Landtag natürlich. Dies zeigt, dass man auch dies als Handlungsmaxime erkannt hat.

Man hat im Grunde genommen die älteren Arbeitnehmer oft entlassen, aber, wie Kollege Schuhmacher sagt, keine jüngeren Menschen eingestellt, sondern rationalisiert. Daher müssen wir auch jüngere Menschen wieder einstellen, damit auch im Arbeitsprozess dem Generationenvertrag Rechnung getragen wird und wir nicht in eine Entwicklung hineingeraten, die wir nicht mehr stoppen können.

Ich will jetzt gar nicht von den Sozialsystemen reden – das wäre noch einmal ein ganzes Feld; das ist aber auch ein wichtiges Feld –, sondern nur sagen: Gestern stand in der Zeitung – darüber werden wir heute Mittag noch einmal diskutieren –, dass wieder mit steigenden Rentenbeiträgen zu rechnen sei; da war von einer großen Blamage für Riester die Rede. Wir sollten nicht vergessen, was das alles für Auswirkungen auf die Lohnnebenkosten und auf unsere Gesellschaft und Wirtschaft hat, wenn sie hier nicht zusammen mit der Politik umsteuert.

Wir als Politiker können aufzeigen, wohin die Entwicklung führen könnte. Wie es letztlich ausgehen wird und wohin das hier in unserem Land führen wird, mag noch niemand endgültig prognostizieren. Aber es ist höchste Zeit, dass wir gegensteuern. Wir haben ja auch schon Maßnahmen ergriffen. Ich denke, dass diese Maßnahmen, die man in gemeinsamen Aktionen jetzt ergriffen hat, auch Früchte tragen. Auch die Bundesanstalt für Arbeit hat Maßnahmen ergriffen, zum Beispiel das Projekt „50 plus – die können es“, welches schon Erfolge gezeigt hat. Auch die anderen familienentlastenden Maßnahmen und die Qualifizierungsmaßnahmen, in die auch das Land zusätzliche Mittel einbringt, sind, denke ich, richtig.

Ob die Senioritätsprinzipien Einstellungshemmnisse sind? Es gibt durchaus Faktoren, wo man sagen kann: Sie sind sicher gut gemeint – das will ich unterstellen –, aber sie können auch kontraproduktiv sein.

Weil wir das aber solide beurteilen wollen und das erst einmal untersucht haben wollen, bevor wir irgendwelche Behauptungen in den Raum stellen, haben wir eine wissenschaftliche Untersuchung, Herr Abg. Schuhmacher, in Auftrag gegeben. Wir haben noch keine Ergebnisse; erst jetzt finden erste Gespräche im Ministerium statt, aber noch vor der Sommerpause werden wir diese Untersuchung haben. Dann können wir Ihnen auch berichten, welche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt diese Sonderregelungen haben und ob sie kontraproduktiv sind.

Zum Schluss möchte ich sagen: Wir werden heute Mittag sicher noch eine längere Diskussion zum Thema Arbeitsmarkt führen, aber wenn wir die Folgen, die eine schrumpfende und alternde Bevölkerung letztlich auch auf das Wirtschaftswachstum, auf die sozialen Systeme und auf die politische Ordnung hat, nicht aufgreifen und ihnen nicht gegensteuern, wird es gewaltige Veränderungen geben, die wir heute noch nicht abschließend beurteilen können. Es ist höchste Zeit, dass sich die Politik, die Wirtschaft und die Gesellschaft – wie ich es eingangs angesprochen habe – diesen Herausforderungen stellen.

Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Es schwang so der leise Vorwurf mit, die FDP/DVP hätte dieses Thema zur Unzeit gebracht. Ich sage Ihnen, warum dies nicht zur Unzeit ist.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

In dieser Woche fand der Landesseniorentag in Baden-Württemberg statt. Deswegen passt die Debatte. Wer nun sagt: „Wir reden ja heute Mittag noch zum Thema Arbeitsmarkt, und wir dürfen deswegen jetzt nicht gesondert debattieren“, der hat genau die besondere Problematik, die für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land, übrigens nicht nur in Baden-Württemberg, dort aber weniger als in anderen Bundesländern, bestehen, verkannt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von der FDP/DVP: So ist es!)

Daher bin ich dankbar, dass der Kollege Hofer in dieses Thema so eingeführt und umfassend darüber geredet hat, dass unnötige Parteitaktik und Wahlkampfpolemik eigentlich gar nicht zu erwarten gewesen wären. Ich bin sehr froh, dass wenigstens der Kollege Witzel und auch die Staatssekretärin das Ganze wieder ein bisschen auf den Boden der Tatsachen heruntergeholt haben.

(Oh-Rufe von der SPD – Zurufe von der SPD, u. a.: Du lieber Gott!)

Mit Schuldzuweisungen sollten wir alle vorsichtig sein. In der Tat haben die Betriebe, über die jetzt viele schimpfen, die zunächst die älteren Arbeitnehmer hinausbugsiert haben, um sie später teuer als Seniorexperten wieder einzustellen – was natürlich ein Widersinn ist –, auch mit Rückendeckung der Politik gehandelt. Davon können Sie sich aber auch nicht ausnehmen.

(Zuruf von der SPD: 1986 war die Regelung!)

Warum denn? Weil man natürlich das Thema Arbeitslosigkeit damit elegant zahlenmäßig ein Stück weit minimieren konnte, indem man die Leute frühzeitig in Rente geschickt hat. Da sollten wir also alle nicht so tun. Und dazu kommt noch – und das sage ich selbstkritisch dazu, das ist heute noch nicht angesprochen worden –, dass die Politik augenzwinkernd sagt: Ach, das ist doch ein Glück, dass wir so viele rüstige Frührentner haben, die können in unseren Vereinen, im bürgerschaftlichen Engagement und, und, und eingesetzt werden. Das ist in der Tat so. Ich stehe nicht an zu sagen, dass wir wissen, dass gerade beim bürgerschaftlichen Engagement die älteren Menschen überproportional repräsentiert sind. Ich wünschte mir, dass sich die Jungen daran ein bisschen ein Beispiel nähmen. Aber umgekehrt zu sagen: „Wir drängen die Älteren aus dem aktiven Arbeitsmarkt, um sie auf das Ehrenamt zu vertrösten“, so kann es natürlich nicht laufen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Noch eine kleine kritische Anmerkung. Es gibt konkrete Hinweise dafür, dass das Denken, der Arbeitsmarkt sei eine statische Größe, wobei man nur die Umverteilung von Alt

zu Jung machen müsse, die Betriebe geradezu aufgefordert hat, Mitarbeiter zu entlassen. Das haben sie ja nicht nur im allgemeinen industriellen und handwerklichen Bereich gemacht, sondern zum Beispiel auch im Gesundheitswesen. Darüber ist auch noch nicht geredet worden. Wir reden heute schon über einen drohenden Ärztemangel, zum Beispiel im Osten.

(Abg. Capezzuto SPD: Zahnärzte auch!)

Was hat Ihre rot-grüne Bundesregierung gemacht?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wer hat damals die Polikliniken geschlossen? Hören Sie doch auf!)

Arbeitsverbot für freiberufliche Ärzte! Nun weiß ich, dass man Chirurgen mit 70 Jahren nicht mehr ans offene Herz lässt; aber einen 68-jährigen Hausarzt muss man deswegen noch lange nicht in die Zwangsrente schicken. Das also nur als kleine kritische Anmerkung.

Meine nächste Bemerkung betrifft die sozialen Sicherungssysteme. In diesem Antrag – und da muss ich wirklich Respekt zollen – wird sehr ausführlich darauf eingegangen, wie demographieanfällig diese sozialen Sicherungssysteme im Umlageverfahren sind. Damit wird ganz klar: Je weniger und je kürzer die Menschen in diese Systeme einzahlen, auf umso wackeligere finanziellen Füßen stehen sie.

Noch ein Wort zu dem Reizthema. Müssen wir daraus den Schluss ziehen, die Lebensarbeitszeit zu verlängern, wie es Herr Merz vor kurzem getan hat?

(Abg. Capezzuto SPD: Für Zahnärzte!)

– Für Zahnärzte gerne. Wir dürfen es ja gar nicht, Herr Capezzuto, weil Sie es den Freiberuflern verbieten. – Bevor wir über eine Anhebung der Altersgrenze nachdenken, müssen wir erst einmal den vom Kollegen Hofer schon angesprochenen Fakt, dass das durchschnittliche Renteneintrittsalter bei unter 60 Jahren liegt, verändern. Die Probleme liegen nämlich darin, dass wir die Arbeitsplätze für diese Menschen überhaupt vorhalten müssen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Noch ein weiteres Wort dazu. Wir müssen – das ist schon vom Kollegen Witzel gesagt worden – sehr viel flexiblere Lösungen möglich machen. Ich kenne nämlich auch Fälle, in denen für Menschen mit 65 das Fallbeil heruntergeht; Menschen, die eigentlich noch gerne arbeiten möchten, es aber gar nicht dürfen. Das ist übrigens, wie wir wissen, genau im staatlichen Bereich, für den wir zuständig sind.

Dazu auch noch eine Bemerkung zum Landesrechnungshof, den auch Herr Witzel schon angesprochen hat.

(Abg. Capezzuto SPD: Warum wiederholen Sie es dann noch?)

– Weil man noch etwas dazu sagen muss.

Der Fakt, dass bei den Landesbediensteten, den Landesbeamten – insbesondere bei den Lehrern – ein hoher Frühverrentungsprozentsatz zu beobachten ist, muss uns natürlich veranlassen, über die Arbeitsbedingungen der Lehrer nachzudenken.

(Dr. Noll)

Aber noch etwas, worüber wir uns Gedanken machen sollten: Vielleicht ist dieses Alles-oder-nichts dadurch aufzulösen, dass man sagt: Wenn jemand an seinem Arbeitsplatz möglicherweise – nachvollziehbar – nicht mehr die bisherige Arbeitsleistung bringen kann, bedeutet das nicht, dass er dann völlig wertlos ist und nicht mehr eingesetzt werden kann, sondern dass wir über eine flexiblere Gestaltung von Arbeitsplätzen auch in dem uns zugänglichen Hoheitsbereich des Landes nachdenken.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP)

Letzter Punkt: Soziale Sicherungssysteme. Wir wissen alle, dass wir im pflegerischen Bereich, im Gesundheitswesen insgesamt in einen absoluten Notstand hineinlaufen. Ich will keine Panik erzeugen, aber doch darauf hinweisen, dass es ganz klare Signale dafür gibt, dass wir gerade dort einen Notstand zu erwarten haben. In der Stellungnahme des Sozialministeriums und den darin enthaltenen Tabellen fehlt der Punkt der sozialen Dienstleistungen. Schauen Sie sich einmal die Tabellen an. Es geht um IT-Berufe, um die Elektrobranche, das Gaststättengewerbe und, und, und.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Es macht viel Sinn, für alle, die daran beteiligt sind, dieses Thema immer wieder in die Köpfe zu bringen und gute Beispiele herauszustellen, zum Beispiel bei den Betrieben. Im Fernsehen ist breit dargestellt worden, dass das Büro Fahrion, hier in der Region, genau mit dieser Strategie sehr gute Erfahrungen in einem Bereich gemacht hat, in dem es um Technik, Technologien geht. Diese Firma hat wunderbare Erfahrungen mit älteren Arbeitnehmern gemacht. Die setzt geradezu auf sie. Im Land sind vom Wirtschaftsministerium zusammen mit dem Sozialministerium, übrigens auch zusammen mit den Gewerkschaften – das muss ich hier ausdrücklich anerkennend sagen –, runde Tische gebildet worden, auch wenn wir sie nicht so nennen. Dabei hat man wirklich Maßnahmen ergriffen, die auch heute hier schon angedacht worden sind. Herr Kollege Hofer hat ausdrücklich den hier anwesenden Präsidenten des Landesarbeitsamts dafür gelobt, dass er sich massiv in diese Überlegungen einschaltet. Ich lobe ihn und die Arbeitsverwaltung jetzt noch einmal.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Für den drohenden Mangel bei den Pflegeberufen können wir nämlich möglicherweise Potenziale älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Zukunft verstärkt mobilisieren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Dafür gibt es schon Modellversuche. Das Arbeitsamt Rottweil

(Abg. Hofer und Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

arbeitet genau an diesem Punkt. Aber dabei gibt es ein Problem: Die sozialen Einrichtungen würden liebend gerne auf solche Menschen zurückgreifen, aber da gibt es teilweise bürokratische Hemmnisse, zum Beispiel wegen der Teilarbeit oder auch wegen der Pflegequalitätssicherung.

Bestimmte Funktionen dürfen nicht in Teilzeit vergeben werden. Aber es gibt vor allem die Restriktion,

(Zuruf der Abg. Ruth Weckenmann SPD)

dass diese Dienste, auch die ambulanten Dienste, Arbeitsplätze schlicht gar nicht anbieten können, weil ihnen die Finanzierung fehlt. Da sind wir dann bei einer ganz anderen Baustelle. Es geht um die Frage, ob wir – und da sind wir wieder bei den sozialen Sicherungssystemen – als Gesellschaft bereit sind, das notwendige Geld für die Arbeitsplätze in diesen sozialen Dienstleistungsberufen aufzubringen.

Noch einmal zur Arbeitsverwaltung: Wir wissen ganz genau, dass gerade ältere Menschen, die nach der Familienphase einsteigen, sehr viel länger als jüngere Menschen in den Pflegeberufen verbleiben, wenn man sie denn lässt. Jüngere haben manchmal sehr schnell mit dem Burn-out zu kämpfen. Also müssen wir doch ein Stück weit nicht nur auf die IT-Berufe, auf die Maschinenbauberufe abheben, sondern eben auch auf diese Berufe. Ich rufe alle auf, noch einmal darüber nachzudenken, ob es sein muss, dass jemand, der einen bestimmten Beruf, den er einmal gelernt hat, nicht mehr ausüben kann, bis zum Berufsende durchs Arbeitsamt immer noch einen Computerkurs und noch eine Qualifikationsmaßnahme bekommt. Wäre es nicht besser, auch einmal zu sagen: „Mensch, wie wäre es denn, wenn man einmal etwas ganz anderes machte“?

(Abg. Hillebrand CDU: Sehr gut!)

Da sind wir wieder bei dem berühmten Thema Flexibilität. Ich darf Ihnen ein konkretes Beispiel vor Augen führen, das ich kenne: Ein Schulfreund von mir, ein erfolgreicher Mathematiker, ist mit 40 Jahren plötzlich gescheit geworden. Er ist nicht entlassen worden, sondern er hat von sich aus plötzlich gesagt, dass er eigentlich noch etwas machen wolle. Er wollte mit Menschen umgehen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Ist er Zahnarzt geworden?)

Das ist doch ein wunderschönes Motto. Das sollten wir ein Stück weit in die Köpfe hineinbringen. Die heutige Debatte dient ja dazu, alle Beteiligten dafür zu sensibilisieren, dass ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein ungeheures auch soziales Kompetenzpotenzial darstellen, auf das unsere Gesellschaft auch künftig nicht verzichten darf und nicht verzichten kann.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Weckenmann.

Abg. Ruth Weckenmann SPD: Ich wollte meine Rede eigentlich mit der Erkenntnis beginnen, die wir wahrscheinlich gemeinsam teilen, dass ältere Menschen genauso fortbildungsfähig, genauso lernfähig und anpassungsfähig sind wie jüngere Menschen. Nachdem ich aber die Zwischenrufe von Herrn Wieser gehört habe, muss ich, was „lernfähig“ betrifft, noch einmal in mich gehen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Heiterkeit)

(Ruth Weckenmann)

Es ist viel Richtiges und viel Falsches gesagt worden. Natürlich stellen ältere Leute ein Erwerbspersonenpotenzial dar, das wir auf dem Arbeitsmarkt brauchen. Genauso klar ist aber auch, dass Sie, die Sie hier sitzen und 50 Jahre oder älter sind, draußen auf dem Arbeitsmarkt so gut wie keine Chance hätten, wenn Sie jetzt arbeitslos wären.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Übrigens – vielleicht wissen Sie das gar nicht –: In 60 % aller Betriebe in Deutschland und in Baden-Württemberg gibt es keine Beschäftigten mehr, die 50 Jahre oder älter sind. Das, was wir hier verkörpern, ist also alles, nur nicht die bundesrepublikanische Wirklichkeit.

(Abg. Scheuermann CDU: Sind wir vorbildlich!)

Frau Lichy hat gesagt, was die Landesregierung für ältere Arbeitslose unternommen habe. Da sehe ich überhaupt nichts. Es handelt sich um zwei, drei kleinere Projekte im Wirtschaftsministerium. Mir würde es aber schon reichen, wenn Sie einmal zu der Erkenntnis kämen: Es war das Bündnis für Arbeit auf Bundesebene, das festgelegt hat, dass wir einen Paradigmenwechsel brauchen, dass die älteren Arbeitnehmer im Arbeitsleben bleiben müssen und, wenn sie arbeitslos sind, wieder in das Arbeitsleben übernommen werden müssen. Aufgrund dieser Erklärung des Bündnisses für Arbeit auf Bundesebene erfolgte erst der Wechsel bei der Bundesanstalt für Arbeit: „50 plus – die können es“. Das haben wir in Baden-Württemberg im Landesarbeitsamt – ich war dabei – natürlich mit umgesetzt. Aber wenn die Aktion „50 plus“ auf Bundesebene nicht verabredet worden wäre, wäre hier überhaupt nichts passiert – damit uns das klar ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das stimmt doch gar nicht!)

Es wäre gut, Frau Lichy, wenn Sie jetzt auch zuhören würden. Die Arbeitslosigkeit Älterer im Land ist um 25 % zurückgegangen. Das ist toll, das ist super. Aber bundesweit ist sie sogar um 36 % zurückgegangen. Das sollten Sie auch einmal zur Kenntnis nehmen, nachdem wir sonst immer Spitze sind.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Wir können uns gemeinsam streiten, wer in die Statistik aufgenommen werden muss und wer nicht. Aber Tatsache ist, dass diejenigen, die 58 Jahre oder älter sind, zum Teil zwar arbeitslos sind, aber dann nicht mehr in die Vermittlung genommen werden. Sie haben vielleicht vergessen, dass diese Regelung festgelegt wurde. Ich weiß nicht, ob es eine Altersfrage oder eine Wahlkampffrage ist, dass man etwas vergisst.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das war jetzt sehr charmant! Die wird auch noch älter! So jung ist die auch nicht! – Zurufe der Abg. Capezzuto SPD und Dr. Noll FDP/DVP)

Das hat 1986 Ihr Arbeitsminister Blüm festgelegt. Blüm hat festgelegt, dass man arbeitslose Ältere zukünftig anders

berechnet. Also, dann haben wir die Kirche vielleicht einmal wieder ein bisschen im Dorf.

Ältere Arbeitnehmer und Pflege: absolut d'accord, wenn es uns gelingt. Das Rottweiler Modell habe ich mit begleitet. Nur: Es gibt da kein Arbeitsmarkthindernis, dass die da reinkommen. Es war die Bundesregierung, die die Zuschussregelungen so geändert hat, dass für einen Arbeitgeber ein Zuschuss zwischen 50 und 100 % gezahlt wird, wenn er einen Arbeitslosen ab 50 Jahren einstellt. Das war die Bundesregierung. Hier im Land ist nichts passiert.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Im Übrigen kann ich Sie nur fragen, wenn wir im IT-Bereich zu viel ausbilden: Wer sitzt denn in den Verwaltungsausschüssen der Arbeitsämter, wo über das gesamte Geld und über die Weiterqualifizierungsmaßnahmen bestimmt wird? Auf Landesebene ist Frau Lichy auch dabei. Überall sind die öffentliche Hand, die Arbeitgeber und die Gewerkschaften vertreten. Da sind also noch viele, mit denen wir reden können.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Alfred Haas: Arbeitnehmer sind auch noch dabei!)

– Gewerkschaften, ja.

(Abg. Dr. Birk CDU: Sie fehlen auch noch, Frau Weckenmann! – Unruhe)

– Ich bin lange genug im Verwaltungsausschuss gesessen. Ich weiß, wie es da zugeht.

(Abg. Alfred Haas CDU: Sie wissen nicht, wie es zugeht!)

Herr Birk, für manche, die im Verwaltungsausschuss sprechen und hier vielleicht etwas anderes verkünden, wäre es auch einmal besser, bei der Wahrheit zu bleiben.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Alfred Haas CDU: Sie haben doch gerade die Unwahrheit gesagt!)

Die Wahrheit in Baden-Württemberg ist leider, dass wir jetzt hehre Worte zum Schicksal älterer Arbeitsloser oder zum Schicksal älterer Arbeitnehmer verkünden. Wir sind uns sicherlich einig, dass man etwas tun wird. Die Wahrheit ist aber auch, dass dieses Land trotz guter Arbeitslosenquote den wichtigsten Teil absolut vernachlässigt und sich nicht darum kümmert. Da sollten Sie vielleicht einmal zuhören. Wir haben in Baden-Württemberg in der Beschäftigung den höchsten Anteil An- und Ungelernter – 5 % mehr als im Bundesdurchschnitt. Für die Menschen – –

(Abg. Alfred Haas CDU: Das glauben Sie ja selber nicht!)

– Herr Haas, von Ihnen habe ich noch nie geglaubt, dass Sie eine Statistik lesen können. Jetzt haben Sie mir das bewiesen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben 23 % an- und ungelernete Beschäftigte.

(Ruth Weckenmann)

(Abg. Alfred Haas CDU: Wieso sind Sie eigentlich so rotzfrech?)

2010 haben wir aber nur noch 11 % Arbeitsplätze für diese Beschäftigten.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wieso sind Sie eigentlich so rotzfrech? – Lebhaftes Zurufe von der SPD – Abg. Fischer SPD: Es gibt ein Sprichwort: Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus!)

– Herr Haas, ich habe immer gedacht, ich sei viel zu brav für hier. Ich danke für die Anerkennung.

Wir haben den höchsten Anteil an an- und ungelerten Beschäftigten, 23 %. Wir haben in acht Jahren wahrscheinlich nur 11 % Arbeitsplätze für diese Menschen. Wir wissen genau, dass all diejenigen, die jetzt aus dem Arbeitsprozess herausfallen, mit 40 bis 45 Jahren auf dem Arbeitsmarkt als alt gelten.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Wenn Sie als Landesregierung irgendwo etwas machen wollen, dann sollten Sie dafür sorgen, dass die Betroffenen dieser Gruppe qualifiziert werden.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Machen wir doch!)

Und was haben Sie gemacht? Nichts, überhaupt nichts. Sie haben ESF-Mittel, damit könnten Sie eine Riesenkampagne starten.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das kommt heute Mittag!)

– Nein, das kommt jetzt für ältere Arbeitslose. Das sind nämlich die Arbeitslosen, die uns morgen auf der Matte stehen. Sie hätten für die etwas tun können. Sie wissen, dass die EU will, dass ältere Beschäftigte bleiben. Aber dann hätten Sie Komplementärmittel bereitstellen müssen,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

und das haben Sie nicht getan. Lieber verkleckern Sie alles im Land.

(Beifall bei der SPD)

Sie kennen den Arbeitsmarkt, nehmen ihn aber nicht zur Kenntnis. Sie wissen, dass die Menschen in die Arbeitslosigkeit laufen und gegenwärtig keine Chance haben, wieder in eine Arbeit hineinzukommen.

Es gibt noch einen Bereich, in dem Sie auch etwas tun könnten: Ältere bleiben auch dann gerne länger im Arbeitsprozess, wenn sie das Gefühl haben, sie müssten etwas weniger arbeiten, sie könnten reduzieren, sie könnten allmählich andere Gewichtungen entwickeln.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Habe ich doch gerade gesagt! – Gegenruf des Abg. Bebbler SPD: Sie sollen nicht sagen, sondern handeln! – Zuruf des Abg. Rudolf Hausmann SPD)

– Das haben Sie gesagt. Herr Dr. Noll, ich gebe Ihnen da ja Recht. Aber ich frage mich, warum das Land zum Beispiel

den Beamten immer noch die Altersteilzeit verwehrt und sagt: entweder – oder!

(Lebhafte Beifall bei der SPD – Abg. Zeller SPD: So ist es!)

Und der Rechnungshof – für die, die Zeitung lesen – sagt: „Entweder – oder“ heißt für die Beamten: ganz raus! Wenn Sie also etwas dafür tun wollen, dass ältere Menschen länger in Beschäftigung bleiben, hätten Sie wirklich Möglichkeiten.

Ich höre ja Ihren Kanzlerkandidaten und seine Aussagen zum Kündigungsschutz, und ich höre, was Ihr Fraktionsvorsitzender Merz dazu sagt.

Ich sage Ihnen nur: Wenn Sie mit älteren Menschen sprechen,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Wir sprechen mit den Menschen!)

die in Betrieben sind und von Umstrukturierungen und Rationalisierungen bedroht sind, die Angst vor einem Arbeitsplatzverlust haben, müssen Sie feststellen: Sie helfen denen nicht, wenn Sie ihnen klar sagen, sie würden ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld auch noch zur Hälfte verlieren. Arbeiten Sie also nicht mit Drohungen! Abbau von Schutzrechten führt zu keiner Einstellung älterer Arbeitsloser.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Sie haben das probiert, und die Arbeitslosenzahlen sind in Ihrer Ära gewachsen.

(Lebhafte Zurufe von der CDU, u. a. der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch – Abg. Hofer FDP/DVP: Macht da ja kein Tabu draus! Geben Sie Gedankenfreiheit!)

– Es ist nicht Ihr Bereich, Frau Gurr-Hirsch. Daher nehme ich das bei Ihnen gar nicht persönlich.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wenn Sie so reden, werden Sie nicht mehr gewählt!)

Wir sind im September 1998 mit 4,8 Millionen Arbeitslosen eingestiegen, bei einem Jahresdurchschnitt von 4,3 Millionen. Jetzt haben wir 3,9 Millionen. Das sind 500 000 weniger.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Es könnte mehr sein, aber Sie haben es nicht geschafft.

(Lebhafte Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Erledigung. Ich gehe davon aus, dass der Berichts Antrag Drucksache 13/494 durch die Aussprache erledigt ist. – Sie stimmen dem zu.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:00 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:04 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:01 Uhr)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Fragestunde – Drucksache 13/1002

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Norbert Zeller SPD – Wiedereröffnung des Schlosses Heiligenberg mit Blumengarten für die Öffentlichkeit

Herr Abg. Zeller, Sie erhalten das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Wie beurteilt die Landesregierung über die bereits erfolgten Maßnahmen hinaus die Haltung des Hauses Fürstenberg bezüglich der seit 2001 anhaltenden Sperrung des Schlosses Heiligenberg und des dazugehörigen Blumengartens, die erfolgt, obwohl nach den Ausführungen des Wirtschaftsministeriums in der Drucksache 13/54 für Sanierungsmaßnahmen und das Parkpflegegewerk öffentliche Gelder in Höhe von 621 000 DM geflossen sind?
- b) Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, dass das Haus Fürstenberg eine schnelle Wiedereröffnung des Schlosses Heiligenberg und des dazugehörigen Blumengartens für die Öffentlichkeit bewirkt?

Stellv. Präsident Birzele: Herr Staatssekretär Dr. Mehrländer, Sie erhalten das Wort zur Beantwortung dieser Mündlichen Anfrage.

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Herrn Abg. Zeller wie folgt:

Zu Frage a: Die Landesregierung bedauert außerordentlich, dass auch das Schreiben des Hauses Fürstenberg vom 29. April 2002 keine konstruktiven Ansätze erkennen lässt, die zumindest eine begrenzte Zugänglichkeit des Schlosses und des Blumengartens ermöglichen würden. Diese Haltung des Hauses Fürstenberg bringt vor allem für den Tourismus in der ganzen Region erhebliche Nachteile mit sich.

Zu Frage b: Es bestehen keine rechtlichen Möglichkeiten, die Öffnung des Schlosses Heiligenberg und des Blumengartens gegen den Willen des Eigentümers, des Hauses Fürstenberg, durchzusetzen. Das Denkmalschutzgesetz von Baden-Württemberg enthält hierfür keine Rechtsgrundlage.

Bei der Gewährung der Zuschüsse, die weit überwiegend in den Jahren 1984 bis 1987 erfolgten, wurden vom Landesdenkmalamt Baden-Württemberg keine Auflagen oder Bedingungen verfügt, die die Zugänglichkeit des Schlosses und des Schlossgartens betreffen würden. Dafür wurde

auch keine Notwendigkeit gesehen, da Schloss und Blumengarten in der Vergangenheit stets für die Öffentlichkeit zugänglich waren.

Als Konsequenz aus diesem Fall hat der Wirtschaftsminister das Landesdenkmalamt gebeten, in Zukunft noch restriktiver als bisher die Zuschussgewährung unter den Vorbehalt der Zugänglichkeit des jeweiligen Kulturdenkmals für die Öffentlichkeit zu stellen. Dabei verkennen wir nicht, dass die Gewährung eines Zutrittsrechts für die Öffentlichkeit immer für den Eigentümer mit Fragen der Aufsicht und Haftung unter den Gesichtspunkten der Verkehrssicherungspflicht verbunden ist, die gelöst werden müssen.

Auch wenn rechtliche Möglichkeiten nicht bestehen, die Öffnung des Schlosses und des Blumengartens zu erreichen, behält sich der Wirtschaftsminister vor, bei geeigneter Gelegenheit auf diese Angelegenheit zurückzukommen.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Frau Abg. Utzt.

Abg. Inge Utzt SPD: Herr Staatssekretär, kann es sein, dass die Landesregierung sich deshalb so zurückhaltend verhält, weil es Spekulationen über den Verkauf von Kunstwerken des Hauses Fürstenberg gibt? Hängt die Zurückhaltung der Landesregierung mit der Auslagerung von Teilen der Sammlung des Hauses Fürstenberg nach Köln zusammen? Auch hier gibt es ja Spekulationen über den Verkauf.

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Frau Abgeordnete, über Spekulationen möchte ich mich hier nicht äußern. Ich habe hier auf der Grundlage dessen geantwortet, was uns rechtlich vorgegeben ist und woran wir uns auch halten. Wir haben aufgrund dieses Vorgangs jetzt vor, noch restriktiver vorzugehen und noch klarer als bisher auf der Zugänglichkeit zu bestehen. Deswegen gibt es von uns aus offiziell keine Stellungnahme zu diesen Spekulationen. Ich sage aber, dass wir – diese Möglichkeit halten wir uns offen – bei geeigneter Gelegenheit, die ich jetzt hier nicht definieren möchte, darauf zurückkommen. Ich sage noch einmal ganz klar: Diese Auffassung des Hauses Fürstenberg ist ausdrücklich zu bedauern und wird von uns nicht geteilt.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Zeller.

Abg. Zeller SPD: Herr Staatssekretär, wie „häufig“ – so ein Zitat des Wirtschaftsministers – hat der Wirtschaftsminister in welcher Form und mit welchen Ergebnissen Kontakt mit dem Hause Fürstenberg aufgenommen? Nachdem Sie gerade von „geeigneter Gelegenheit“ gesprochen haben, würde mich schon interessieren, ob Sie nicht doch konkreter – wie wollen Sie das möglicherweise machen? – die Zusage der Landesregierung einlösen wollen, dass alles unternommen werde, damit das Schloss und der Blumengarten möglichst rasch wieder für die Öffentlichkeit zugänglich werden. Mir ist das Ganze viel zu vage. Ich würde gern Konkreteres hören.

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Herr Abgeordneter, ich kann verstehen, dass Sie das noch konkreter haben möchten. Der Wirtschaftsminister hat sich in einem Brief an den Fürsten gewandt und hat dabei sehr deutlich gemacht, dass er diese Haltung nicht versteht. Wie gesagt, wir können die

(Staatssekretär Dr. Mehrländer)

Öffnung gegen den Willen des Eigentümers nicht durchsetzen, aber wir wollen die Sache nicht auf sich beruhen lassen. Es gibt sicherlich öffentliche Anlässe, wo man das noch sehr viel deutlicher sagen kann.

(Zuruf von der SPD: Im Parlament sagt man das deutlich!)

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Bebber.

Abg. Bebber SPD: Haben Sie eine Erklärung dafür, weshalb der Brief des Abgeordneten Zeller vom 8. Oktober 2001 bislang vom Fürsten nicht beantwortet ist? Kennen Sie die Hintergründe dafür?

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Dafür kenne ich die Hintergründe nicht.

(Abg. Schmid SPD: Der Abg. Zeller ist nicht von Adel! – Heiterkeit)

– Das will ich nicht kommentieren. Aber ich halte es für mit den Usancen nicht vereinbar, dass man das nicht tut.

(Abg. Bebber SPD: Ich hatte mich versprochen! Ich hatte den Brief des Wirtschaftsministers gemeint!)

– Darauf hat es eine Antwort gegeben, die uns unbefriedigt lässt.

Stellv. Präsident Birzele: Keine weiteren Zusatzfragen.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – Neues Vermessungsgesetz für Baden-Württemberg

Herr Abg. Haas, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Wann wird der Entwurf des neuen Vermessungsgesetzes für Baden-Württemberg, welches schon seit Jahren angekündigt und mit der Landesgruppe der „öffentlich bestellten Vermessungsingenieure“ inhaltlich abzusprechen ist, vorgelegt?
- b) Ist bei dieser Neufassung des Vermessungsgesetzes vorgesehen, dass für die Bestellung zum „öffentlich bestellten Vermessungsingenieur“ die jetzt bestehende Regelung (höherer Dienst und mindestens zwei Jahre mit Katastervermessung in Baden-Württemberg beschäftigt oder gehobener vermessungstechnischer Verwaltungsdienst und eine nachfolgende Beschäftigung mit Katastervermessungen in Baden-Württemberg von mindestens sechs Jahren) geändert wird?

Stellv. Präsident Birzele: Herr Staatssekretär Dr. Mehrländer, Sie erhalten das Wort zur Beantwortung der Anfrage.

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Herrn Abg. Haas wie folgt:

Zu a: Die geplante grundlegende Modernisierung des Vermessungsrechts erfordert eine umfassende und intensive Auseinandersetzung mit allen Facetten des amtlichen Vermessungswesens. Das Wirtschaftsministerium arbeitet an dem Novellierungsentwurf zur Modernisierung des Vermessungsgesetzes, der in Grundzügen vermessungsintern mit den betroffenen Stellen, also Landesbetrieb Vermessung, Bund der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure, Landesgruppe Baden-Württemberg, Kommunen, Ministerien, entsprechend der Bedeutung dieses Gesetzentwurfs breit und damit leider auch zeitaufwendig diskutiert worden ist. So ist mit dem BDVI für den 23. Juli 2002 ein weiteres Gespräch terminiert. Unmittelbar nach diesem Gespräch werden die Ressorts aufgefordert, zum Gesetzentwurf Stellung zu nehmen. Anschließend werden wir den Entwurf dem Ministerrat zur Freigabe für die Anhörung vorlegen. Ziel ist es, dem Landtag den Gesetzentwurf nunmehr so schnell wie möglich vorzulegen.

Antwort zu Frage b: Die in der Anfrage dargestellten Regelungen zum Erfordernis von Beschäftigungszeiten vor der Bestellung zum öffentlich bestellten Vermessungsingenieur (ÖbV) wurde bereits mit dem Gesetz zur Änderung des Vermessungsgesetzes vom 8. November 1999 durch den Landtag wie folgt geändert: Zum ÖbV bestellt werden dürfen Personen, die die Befähigung zum höheren vermessungstechnischen Verwaltungsdienst haben und danach mindestens ein Jahr mit Katastervermessung beschäftigt waren oder die die Befähigung zum gehobenen vermessungstechnischen Verwaltungsdienst haben und danach mindestens drei Jahre mit Katastervermessung beschäftigt waren. Durch den Beschluss des Landtags sind die infrage stehenden Beschäftigungszeiten halbiert worden.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Haas.

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Herr Staatssekretär, beklagt wird der im Grunde genommen verschlossene Einstellungskorridor. Die Leute sagen: Wir haben überhaupt keine Gelegenheit, bei der Landesvermessung Katastervermessungen zu erlernen, und die Landesvermessung lässt in diesem Bereich eine Ausbildung nicht zu.

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Die rechtlichen Möglichkeiten sind geschaffen. Das andere ist natürlich immer ein Problem der vorhandenen Stellen. Ich werde der Sache gerne nachgehen und kann Ihnen dann gerne schriftlich eine Antwort geben.

Stellv. Präsident Birzele: Zweite Zusatzfrage, Herr Abg. Haas. Aber bitte eine Frage.

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Ist eine Öffnung des Korridors grundsätzlich nicht vorgesehen, ja oder nein?

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Im Augenblick nicht.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Was heißt „im Augenblick“?)

Stellv. Präsident Birzele: Keine weiteren Zusatzfragen? – Dann rufe ich die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – Interregio Höllental Nr. 2216 und 2217

Herr Abg. Haas, Sie erhalten das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Sind Informationen aus dem Mitarbeiterkreis der DB Regio zutreffend, dass ab dem Fahrplanwechsel der DB AG vom 15. Dezember 2002 die Interregiolinien 2216 und 2217 Seebrugg–Emden (Höllental) eingestellt werden sollen, oder
- b) ist vorgesehen, den Interregio erst ab Karlsruhe bis Emden bestehen zu lassen und, wenn ja, unter welcher Bezeichnung?

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort zur Beantwortung der Anfrage erhält Herr Staatssekretär Mappus.

Staatssekretär Mappus: Herr Präsident, namens der Landesregierung beantworte ich die Anfrage des Herrn Abg. Haas wie folgt:

Zu a: Beim Interregio 2216/2217 Höllental handelt es sich um ein Zugpaar der ansonsten in Karlsruhe endenden Interregiolinie 23 aus Norddeich. Dieses Zugpaar wird ab dem Fahrplanwechsel 2002 ersatzlos gestrichen. Dies wurde jedoch seitens der DB Reise & Touristik AG bereits im November des letzten Jahres der Landesfahrplankonferenz – Teilnehmer hierbei sind unter anderem der Tourismusverband, der Landkreistag, der Städtetag und Industrie- und Handelskammern – offiziell mitgeteilt. Auch die NVBW hat dies im Rahmen der regionalen Fahrplankonferenz in Freiburg bereits im Frühjahr dieses Jahres der betroffenen Region mitgeteilt.

Zu b: Die Interregiolinie 23 Emden–Karlsruhe wird gleichfalls ersatzlos gestrichen, da laut DB Reise & Touristik AG das Reisendenpotenzial für die Gesamtstrecke nicht vorhanden ist. Hinsichtlich der Verbindung von Karlsruhe nach Köln bzw. Dortmund wird die neue ICE-Linie 43 diese Aufgabe übernehmen, sodass Karlsruhe quantitativ keine Fernverkehrsverbindung verliert.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Haas.

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Wird das Land Baden-Württemberg den Bestellerumfang für den Nahverkehrsbereich Freiburg–Seebrugg hinsichtlich des Umfangs und des Standards übernehmen und im Bestellerumfang in Auftrag geben? Ist also sichergestellt, dass die Linie erhalten bleibt, ja oder nein? Es geht darum, dass der Bestellerumfang kostenmäßig vom Land und nicht von der Region getragen wird.

Staatssekretär Mappus: Zunächst einmal, Herr Kollege, unternehme ich jetzt seit anderthalb Jahren in diesem hohen Hause den Versuch, den Unterschied zwischen Fernverkehr und Nahverkehr zu erklären – offensichtlich mit

wenig Erfolg. Sie haben gerade zwei sich eigentlich widerstreitende Fragen in einer Frage gestellt. Sie haben zum einen gefragt, ob wir die Linie übernehmen.

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Die Linie heißt Karlsruhe–Emden. Die können wir mit Sicherheit nicht übernehmen, weil sie den Fernverkehr betrifft. Wenn Sie allerdings meinen – davon gehe ich aus –, ob man praktisch als Ersatz für die Fernverkehrsleistungen, die die Region betreffen, ab dem Fahrplanwechsel versucht, das regional durch Nahverkehrsleistungen zu kompensieren, dann darf ich Ihnen sagen, dass wir das selbstverständlich machen werden. Wir werden im Bereich der Schwarzwaldbahn und im Bereich der Südbahn bereits im Sommer dieses Jahres die Strecken ausschreiben. Wir werden aber, wie Sie wissen, dieses Konzepts aufgrund der Tatsache, dass die Bestellung für neues Fahrzeugmaterial mindestens zwei Jahre in Anspruch nimmt, erst ab dem Fahrplanwechsel 2004/2005 endgültig umsetzen können, aber bereits ab dem Fahrplanwechsel in diesem Jahr das Minus an Verkehr durch Nahverkehrsbestellungen ausgleichen bzw. überkompensieren, sodass wir die Verkehrsleistungen für die Region nicht nur erhalten, sondern quantitativ und qualitativ sogar verbessern werden.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: So gut ist das Regionalisierungsgesetz des Bundes! – Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Das war es! Danke schön!)

Stellv. Präsident Birzele: Keine weiteren Zusatzfragen.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 4 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Gerd Teßmer SPD – Einsatz von Biodiesel in Polizeifahrzeugen

Herr Abg. Teßmer, Sie erhalten das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

Abg. Teßmer SPD: Ich frage die Landesregierung:

- a) Trifft es zu, dass die derzeit laufenden neuen Polizeifahrzeuge mit dieselbetriebenen Motoren auch für Biodiesel zugelassen sind?
- b) Warum werden diese Polizeifahrzeuge nicht generell mit Biodiesel betankt?

(Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

– Ihr Auto.

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort zur Beantwortung dieser Anfrage erteile ich Herrn Staatssekretär Rech.

Staatssekretär Rech: Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen! Für das Innenministerium darf ich die Anfrage des Kollegen Teßmer wie folgt beantworten:

Zu Frage a will ich zunächst darauf hinweisen, dass rund 80 % des polizeilichen Fuhrparks – das sind etwa 4 400 Fahrzeuge – im Rahmen des Technikzukunftsprogramms von April 2000 bis März 2002 durch Leasingfahrzeuge erneuert wurden. Das ist ganz wichtig für das Verständnis der weiteren Antwort. Es handelt sich dabei um 3 779

(Staatssekretär Rech)

Fahrzeuge der Daimler-Chrysler AG und um 615 Fahrzeuge der Volkswagen AG.

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Die von Daimler-Chrysler geleasteten Fahrzeuge sind nur bedingt biodieseltauglich.

(Abg. Zeller SPD: Was?)

Ich sage Ihnen nachher auch, warum. Derzeit können nur Fahrzeuge der Typen C 220 CDI und E 220 CDI für die Verwendung von Biodiesel ausgerüstet werden. Hierfür müssten die Fahrzeuge mit einem aufpreispflichtigen technischen Umrüstsatz bestellt werden, der einer späteren Betankung mit normalem Dieselmotorkraftstoff entgegensteht. Die von der VW AG geleasteten Fahrzeuge der Marken Audi und Volkswagen sind allgemein für den Betrieb mit Biodiesel ausgelegt.

Zu Frage b: Die Polizei des Landes Baden-Württemberg betreibt aus wirtschaftlichen Gründen nur noch ein sehr ausgedünntes eigenes Tankstellennetz, welches vorrangig als Notfallreserve dient. Hierzu wurden Verträge mit großen Mineralölkonzernen geschlossen. Dadurch wird die derzeitige flächendeckende polizeiliche Einsatzfähigkeit sowohl innerhalb als auch außerhalb des Landes, nämlich bei Unterstützungseinsätzen, gewährleistet. Biodiesel wird derzeit von den Mineralölkonzernen noch nicht flächendeckend angeboten. Entsprechende Versorgungsmöglichkeiten bestehen in der Hauptsache bei privaten Tankstellenbetreibern oder öffentlichen Versorgern, die jedoch nicht an das Tankkartennetz der großen Mineralölkonzerne angeschlossen sind.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Aus Gründen eines professionellen Fuhrparkmanagements erfolgt die Abrechnung mittels dieses Kartensystems. Ein Abrechnungssystem auf Basis von Bargeld oder etwa privaten Zahlungsmitteln ist für die Polizei unwirtschaftlich und nicht durchführbar.

Des Weiteren kann ein Umstieg auf Biodiesel-Kraftstoff, wenn man Fachkreise folgt, immer noch Schäden an der Motorentechnik –

(Abg. Teßmer SPD: Nein!)

verstopfte Kraftstofffilter, defekte Einspritzpumpen, defekte Dichtungen – hervorrufen.

Ein weiterer Nachteil besteht in eventuellen Einbußen bei der Motorleistung.

(Abg. Zeller SPD: Das ist die Antwort von vor zwei Jahren!)

– Nein, nein. Lesen Sie mal nach, Herr Kollege: ADAC-Motorwelt.

(Lachen des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Zuruf von der CDU: Sehr gründlich recherchiert, Herr Staatssekretär! – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Lesen Sie es nach. Ich sage es Ihnen. Wenn Sie daran interessiert sind, die vollständige Antwort zu hören, dann bitte ich noch um ein klein wenig Geduld.

(Abg. Zeller SPD: Aber sie muss richtig sein! – Abg. Teßmer SPD: Die Quelle nennen!)

Ein wesentlicher Grund für die Umstellung der Polizeifahrzeuge auf Dieselmotore war, durch den niedrigen Kraftstoffpreis für Diesel und den niedrigen Verbrauch der Dieselmotoren Kosten einzusparen und dadurch die Wirtschaftlichkeit des Fuhrparks der Polizei zu verbessern. Aber bereits mit der Einführung der Mineralölsteuer durch die Bundesregierung konnten die erwarteten Einspareffekte – dies will ich hier auch sagen – nicht erreicht werden.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Die Wirtschaftlichkeit des polizeilichen Fuhrparks würde durch den Einsatz von Biodiesel aus folgenden Gründen voraussichtlich noch weiter verschlechtert werden: Die Mehrkosten des technischen Umrüstsatzes auf Biodiesel erhöhen die Leasingkosten für die entsprechenden Fahrzeuge, der Kraftstoffverbrauch kann sich beim Einsatz von Biodiesel um bis zu 10 % erhöhen, und die Weitervermarktung durch den Leasinggeber – ein ganz wesentlicher Bestandteil und ein ganz wesentlicher Aspekt unseres Leasingkonzepts insgesamt – würde erschwert, was sich dann natürlich auch in erhöhten Leasingraten niederschlagen müsste.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Da das neue Leasingkonzept der Polizei des Landes gewährleistet, dass im Schnitt alle zwei bis drei Jahre der Fuhrpark komplett ausgetauscht wird und die Fahrzeuge somit immer dem neuesten Stand der Technik entsprechen, ist es denkbar, dass in absehbarer Zukunft eine Umstellung auf Biodiesel erfolgen könnte. Voraussetzung bleiben dabei aber erstens eine entsprechende Motorentechnik, zweitens ein flächendeckendes Tankstellennetz, um die Einsatzfähigkeit der Polizei jederzeit gewährleisten zu können, und drittens der Nachweis der Wirtschaftlichkeit bei einer Verwendung von Biodiesel.

Es ist nach wie vor so – dies will ich ausdrücklich sagen –, dass einige Fahrzeughersteller für bestimmte Modelle die Eigenschaften garantieren. Aber Bosch, der Hauptlieferant von Einspritzpumpen, lehnt eine generelle Freigabe für alle Biokraftstoffe nach wie vor ab. Deswegen sind wir noch nicht so weit, dass wir in Aussicht stellen könnten, auf Biodiesel umzustellen.

Vielen Dank.

Präsident Straub: Zusatzfrage, Herr Abg. Teßmer.

Abg. Teßmer SPD: Herr Staatssekretär, Sie werden sicher die Quelle nennen. Ich fahre selbst einen Biodiesel, und der Energieverzicht wird erst bei über 235 Kilometern pro Stunde wirksam. Da kann ich statt 245 nur 235 Kilometer pro Stunde fahren. Aber sagen Sie mal, wo man das überhaupt fahren kann. Also, die Antwort ist schlichtweg falsch, und deswegen die erste Zwischenfrage:

Stellv. Präsident Birzele: Bitte immer die Frage ohne Erklärungen.

Abg. Teßmer SPD: Bitte?

Stellv. Präsident Birzele: Sie können eine Frage stellen, aber nicht Erklärungen abgeben.

Abg. Teßmer SPD: Herr Präsident, es ist mir wichtig.

Stellv. Präsident Birzele: Dann müssen Sie es in eine Frage einbetten.

Abg. Teßmer SPD: Also, ich wiederhole das jetzt nicht noch einmal. Aber das war der Hintergrund für eine Frage,

(Heiterkeit)

die Folgendes zum Inhalt hat: Herr Staatssekretär, nach dem, was Sie geantwortet haben, muss ich Sie fragen: Warum hat die Landesregierung, wie mir berichtet wurde, beim Leasingauftrag nicht darauf gedrängt, dass Biodiesel zugelassen ist? Denn Audi und VW bieten es automatisch an, und Daimler hätte genügend Fahrzeugtypen gehabt, die den Einsatz von Biodiesel ermöglicht hätten. Es ist aber gar nicht verlangt worden.

Deswegen die Frage: Warum nicht? Ich darf dazu gleich noch sagen –

(Heiterkeit)

Es ist schon eigenartig, wenn man –

(Heiterkeit)

Wie können Sie sich erklären –

(Lebhafte Heiterkeit – Zuruf: Frage!)

Ich frage: Ist es nicht eigenartig, dass man auf die Frage, wie viele Liter Diesel in diesem Land für die Polizei geliefert werden, aus dem Innenministerium die Antwort bekommt: „Das können wir Ihnen jetzt nicht sagen; das dauert zwei Jahre“? Die PD Stuttgart konnte ebenso nichts sagen, nur die nordbadischen PDs haben dazu etwas gesagt. Vor diesem Hintergrund die Frage:

(Heiterkeit)

Warum verzichtet die Landesregierung bei etwa 10 Millionen Liter Diesel auf eine Einsparung von 1 Million € im Jahr? Dann hätte sie gleich die Mineralölsteuer, die sie wohl nicht zahlen will, eingespart.

(Heiterkeit)

Stellv. Präsident Birzele: Wir gehen zugunsten des Herrn Abg. Teßmer davon aus, dass er zwei Zusatzfragen gestellt hat.

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU)

Bitte schön, Herr Rech.

Staatssekretär Rech: Herr Kollege Teßmer, so kompliziert und komplex, wie Ihre Frage ist, so kompliziert und komplex ist auch das Problem.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Aber da wir uns aus dem Untersuchungsausschuss kennen, ohne ich zumindest, was Sie fragen wollen.

(Heiterkeit – Beifall des Abg. Hillebrand CDU – Abg. Teßmer SPD zur CDU: Euch wird das Lachen noch vergehen!)

Deswegen will ich jetzt versuchen, eine einfache Antwort zu geben. Ich bin kein Wissenschaftler und auch kein Motorentechniker,

(Abg. Zeller SPD: Das hat man gemerkt!)

aber Tatsache ist, dass Rapsölfettsäuremethylester

(Abg. Bebbler SPD: Was ist das?)

– üblicherweise als Biodiesel bezeichnet, Herr Kollege Bebbler –,

(Abg. Teßmer SPD: Das habe ich gar nicht gefragt! – Heiterkeit)

nach wie vor die Eigenschaft hat, bestimmte Kunststoffe in Kraftstoffleitungen und Dichtungen anzugreifen.

(Abg. Teßmer SPD: Das wissen Daimler, VW und Audi! Warum haben Sie bei der Ausschreibung nicht gefragt?)

– Ja. Und Bosch weiß das auch, und wir haben –

(Abg. Teßmer SPD: Warum haben Sie bei der Ausschreibung nicht gefragt?)

– Herr Kollege Teßmer, Sie haben nicht zugehört.

(Abg. Teßmer SPD: Doch!)

– Nein, nein. Sie haben nicht zugehört. Ich habe vorhin eigentlich schon die Antwort auf Ihre beiden jetzt gestellten Fragen gegeben.

(Abg. Teßmer SPD: Warum haben Sie es bei der Ausschreibung nicht verlangt?)

– Weil wir es – Stand der Technik – heute noch nicht so einführen können, dass die Einsatzfähigkeit unserer Polizeifahrzeuge jederzeit und vor allem auch über die Landesgrenzen hinaus gewährleistet ist.

(Abg. Teßmer SPD: Audi und VW können das!)

Das Problem ist a) der Stand der Technik und b) das nicht vorhandene Tankstellennetz für Biodiesel.

(Abg. Teßmer SPD: Das kommt ja nie, wenn Sie es nicht brauchen!)

Dies ist halt ein wesentlicher Gesichtspunkt für die Einsatzfähigkeit unserer Fahrzeuge; das müssen Sie zur Kenntnis nehmen. Ich habe – damit Sie sich beruhigen können – vorhin nicht ohne Grund ausgeführt, und ich darf es wiederholen, dass wir alle zwei bis drei Jahre den Fuhrpark komplett austauschen, die Fahrzeuge somit immer auf dem neuesten Stand der Technik sind und es deswegen denkbar ist – ich darf mich zitieren –, dass in absehbarer Zukunft eine Umstellung auf Biodiesel erfolgen könnte. Wenn sich das lohnt, wenn das machbar ist, wenn das die Einsatzfähigkeit unserer Polizeifahrzeuge und unserer Polizeikräfte nicht beeinträchtigt, sondern vielleicht noch för-

(Staatssekretär Rech)

dert, wer hätte dann ein größeres Interesse als wir selbst, darauf umzustellen?

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Jetzt aber!)

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Blenke.

Abg. Blenke CDU: Herr Staatssekretär, erlauben Sie, dass ich kurz von der landwirtschaftspolitischen Bedeutung der Polizeifahrzeuge ablenke.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Kein Kommentar! – Zurufe von der SPD: Frage!)

– Ich frage, ob er es erlaubt. Das ist die Frage 1. – Sie erlauben dies.

Zweitens frage ich Sie, ob Sie meine Einschätzung teilen, dass das zugrunde liegende Konzept, nämlich die Umstellung des nahezu kompletten Fuhrparks auf Leasingfahrzeuge und die Dieselmotorteknik, sich so bewährt hat und inzwischen so vorbildlich ist, dass andere Bundesländer in Deutschland es mittlerweile reihenweise nachmachen?

(Abg. Teßmer SPD: Das ist doch keine Zusatzfrage! – Weitere Zurufe von der SPD)

Staatssekretär Rech: Diese Einschätzung teile ich. Es ist auch richtig, dass unser Leasingkonzept in allen Bundesländern auf allergrößtes Interesse stößt.

Danke.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Halt, Herr Staatssekretär, es gibt noch eine ganze Anzahl von Zusatzfragen.

Herr Dr. Caroli.

(Lachen bei der CDU)

Abg. Dr. Caroli SPD: Herr Staatssekretär, ist Ihnen bekannt, dass entgegen Ihrer archaisch klingenden Antwort

(Heiterkeit bei der SPD)

die Fahrzeuge zumindest des einen Herstellers, nämlich VW/Audi, absolut dem Stand der Technik entsprechen und mit Biodiesel vollkommen problemfrei fahren, und ist Ihnen ebenfalls bekannt, dass die Einführung von Biodiesel für Polizeifahrzeuge ökonomische und zugleich ökologische Vorteile in höchstem Maße bieten würden?

(Beifall bei der SPD)

Staatssekretär Rech: Herr Kollege Caroli, es ist mir bekannt – und ich habe vorhin auch darauf hingewiesen –, dass die von VW geleasteten Fahrzeuge, die Marken Audi und Volkswagen, allgemein für den Betrieb mit Biodiesel ausgelegt sind. Bekannt ist mir aber auch, dass es nach wie vor Probleme gibt, insbesondere bei den Einspritzpumpen und den Zuleitungen.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

– Ganz allgemein hat RME eben den Nachteil, dass herkömmliche Kunststoffe und Dichtungen im Kraftstoffsystem angegriffen werden. Solange dieses Problem für die Polizei nicht zu 100 % gelöst ist, müssen wir dies zur Kenntnis nehmen und uns darauf beschränken, auf Fahrzeuge mit solchen Dieselsystemen zurückzugreifen, die wirklich absolut einwandfrei funktionieren. Aber ich habe ja darauf hingewiesen: Wir erneuern, und auch dies ist ein Vorteil des Leasingkonzepts, alle zwei bis drei Jahre unseren Fuhrpark und können deswegen immer den neuesten Stand der Technik zusagen.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Frau Dr. Brenner.

Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Herr Staatssekretär, ist es denkbar, dass man für die noch zu beschaffenden Polizeifahrzeuge, die mit Biodiesel problemlos fahren könnten, vor allem im Norden unseres Bundeslandes per Dienstweisung anordnen könnte, dass sie an dem ebenfalls noch zu errichtenden Standort einer Veresterungsanlage in Oberrhein betankt werden müssen?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Denn ich könnte mir vorstellen – und ich möchte wissen, ob Sie das auch so sehen –, dass dies in Absprache mit dem Herrn Wirtschaftsminister eine Art Wirtschaftsförderung für Herrn Teßmers Lieblingsprojekt sein könnte.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Birzele: Das waren jetzt eigentlich drei Fragen, aber auch hier rechnen wir nur zwei Fragen an.

Staatssekretär Rech: Ich beantworte alle drei Fragen mit einem eindeutigen Ja, weil in diesem Land nichts undenkbar ist, was diesem Land nützt.

Herzlichen Dank.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Staatssekretär, Sie wollen zu schnell weggehen. Es gibt immer noch Zusatzfragen.

Zusatzfrage, Herr Abg. Zeller.

Abg. Zeller SPD: Herr Staatssekretär, stimmen Sie mir zu, dass zu Polizeifahrzeugen auch Polizeiboote gehören?

(Lachen bei Abgeordneten der CDU und den Grünen)

Ihr Lachen zeigt, dass Sie die Situation nicht erfasst haben. – Herr Staatssekretär, wie gestaltet sich der Einsatz von Biodiesel bei Polizeibooten?

Staatssekretär Rech: Die Einsatzkapazitäten der Polizei erstrecken sich zweifellos auch auf Boote, Herr Kollege Zeller. Inwieweit die dort verwendeten Motoren dieser hochleistungsfähigen Wasserverkehrsfahrzeuge auf Biodiesel umrüstbar sind, kann ich Ihnen nicht sagen. Die Ant-

(Staatssekretär Rech)

wort liefere ich Ihnen nach. So ein Experte bin ich nun nicht, dass ich mir jeden – –

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

– Nein, ich kenne jeden Polizeihund und jedes Polizeipferd, aber noch nicht jedes Polizeiboot. Aber die Antwort wird nachgereicht.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Schmid.

Abg. Schmid SPD: Herr Staatssekretär, können Sie sich angesichts der abzusehenden enormen Einsparungen vorstellen, dass bei zukünftigen Anschaffungen oder bei Leasingverträgen der Landesregierung für Dienstfahrzeuge auch in anderen Bereichen, zum Beispiel für Regierungsmitglieder, Biodieselfahrzeuge zum Einsatz kommen?

(Abg. Teßmer SPD: Nicht nur beim Landwirtschaftsminister!)

Staatssekretär Rech: Herr Kollege Schmid, selbstverständlich. Ich sage es noch einmal und in aller Kürze: Ich kann mir alles vorstellen, was der Polizei nützt und zu Einsparungen führt. Aber bitte, überhören Sie nicht, dass ich jetzt zum dritten Mal gesagt habe, dass der Einsatz von RME, also von Biodiesel, nach wie vor mit einem Mehrverbrauch von bis zu 10 % behaftet ist.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Boris Palmer.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Staatssekretär, verstehe ich Ihre umfangreichen Ausführungen dahin gehend richtig, dass Sie zu dem Zeitpunkt, zu dem die technischen Voraussetzungen für die Einführung von Biodiesel in der Flotte der Polizeifahrzeuge gegeben sind, diese Einführung sofort vornehmen werden?

(Abg. Teßmer SPD: Ohne Verzug!)

Staatssekretär Rech: Was wir machen werden oder nicht machen werden, liegt nicht zuletzt auch in der Entscheidungsbefugnis dieses hohen Hauses. Aber selbstverständlich werden wir uns technischen Neuerungen, die uns voranbringen, nicht nur nicht verschließen, sondern wir werden sie sehr schnell prüfen und auch zeitnah umsetzen, wenn uns dies aus wirtschaftlichen Gründen und aus einsatztechnischen Gründen geboten erscheint. Wir werden uns doch dem technischen Fortschritt hier in Baden-Württemberg nicht verschließen. Aber wir müssen, wie gesagt, gerade bei der Polizei schon sehr genau hinsehen.

(Abg. Bebber SPD: Sie haben selbst gesagt, dass Sie davon nicht so viel verstehen!)

Wir können uns nicht blindlings einer Technik anvertrauen, die uns dann im Stich lässt, wenn es gilt, und die noch dazu mehr kostet.

Deswegen: Wir werden, wenn die Technik so weit ist, dass sie einsatzfähig ist, dies auch in einem so hoch sensiblen Bereich wie dem der Polizeifahrzeuge sehr schnell prüfen. Darauf können Sie sich verlassen.

(Abg. Fleischer CDU: Sehr gut, Herr Staatssekretär!)

Stellv. Präsident Birzele: Es liegen keine weiteren Zusatzfragen vor. Herr Staatssekretär, Sie können wieder an Ihren Platz gehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Punkt 4 der Tagesordnung ist abgeschlossen.

Meine Damen und Herren, bevor ich den Tagesordnungspunkt 3 aufrufe, will ich darauf aufmerksam machen, dass unter unseren Gästen auf der Zuhörertribüne der Oberbürgermeister der Hauptstadt der Republik Madagaskar, Herr Guy Rakotomaharo Rajemison, und seine Begleitung Platz genommen haben.

Herr Oberbürgermeister, ich darf Sie und Ihre Begleitung hier im Landtag von Baden-Württemberg sehr herzlich begrüßen und wünsche Ihnen einen angenehmen und informativen Aufenthalt.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich rufe nunmehr **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes (LPartAusfG) – Drucksache 13/809

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 13/1066

Berichterstatter: Abg. Kretschmann

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pauli.

Abg. Pauli CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU-Landtagsfraktion trägt den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes mit.

In der eingetragenen Lebensgemeinschaft von Homosexuellen sehen wir zunächst einmal eine neue, eigenständige Institution. Wir achten sie vorbehaltlich der verfassungsmäßigen Bedenken als personale Solidargemeinschaft. Die unteren Verwaltungsbehörden, die in unserem Land flächendeckend vielfältige Aufgaben wahrnehmen, sind daher auch geeignet als zuständige Behörde für die Entgegennahme der zur Begründung einer eingetragenen Lebensgemeinschaft erforderlichen Erklärung.

Wir wehren uns mit demokratischen Mitteln dagegen, wenn Rot-Grün versucht, die gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaft der ehelichen und familiären Lebenspartnerschaft von Mann und Frau in allen Dingen gleichzustellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Die eingetragene Lebensgemeinschaft ist ein eigenes Rechtsinstitut, das weder eine Ehe noch mit ihr vergleichbar ist. Dies soll auch im Verwaltungsvollzug zum Ausdruck kommen. Daher wird zu Recht davon abgesehen, alle Gemeinden als für diese neuen Aufgaben zuständig zu be-

(Pauli)

stimmen. Wir Volksvertreter tun gut daran, tief sitzende Gefühle der überwiegenden Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes ernst zu nehmen

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

und einschneidende Neuerungen bei gefühlsbesetzten Themen behutsam anzugehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Der Ruf nach einer so genannten Homosexuellenehe und der Ruf nach Öffnung der Heiratsinstitutionen und Hochzeitsrituale für gleichgeschlechtliche Paare wirkt auf die meisten Menschen in unserem Land wie eine plumpe, anmaßende und kontraproduktive Gleichmacherei.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Damit werden nur alte Vorurteile provoziert. Es ist doch kein Fortschritt, wenn man alle kulturellen Differenzen ein ebnet. Tabus aufzubrechen, wo es nur geht, ist keine Garantie für Fortschritt, Toleranz und Humanität. Der Schutz von Ehe und Familie gehört zu den Grundrechten. Es ist unstrittig, dass der Verfassungsgeber damit nur die Heterosexuellenehe gemeint hat.

Dieses Ausführungsgesetz wird daher gegenstandslos, wenn das Bundesverfassungsgericht die Unvereinbarkeit mit dem Grundgesetz feststellt. Meiner Meinung nach sollten wir uns darauf verständigen, dass sich vorerst bis zur endgültigen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts die gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaft als eigenständige Institution formiert, ohne sich formaljuristisch an die Heterosexuellenehe zu kleben. Dann kann man sich leichter über die rechtliche Ausgestaltung dieser Lebensgemeinschaften verständigen.

Äußerlich sollten Gleichgeschlechtliche schon aus Gründen der Selbstachtung mit Hochzeitsmaskeraden sparsam umgehen. Jedenfalls soll der Staat nicht mit standesamtlichen Ritualen hierzu beitragen. Das öffentliche Bewusstsein wird durch staatliche Maßnahmen geprägt. Jeder soll bei uns glücklich leben können. Aber weder die Diskriminierung noch die rot-rot-rosa-grüne Glorifizierung führen zu einer familien- und kinderfreundlichen Gesellschaft

(Zurufe von der SPD)

und somit zu einer Gesellschaft mit Zukunft.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Beber.

Abg. Beber SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, es tut unserer Gesellschaft nicht gut, wenn wir das Problem in der Form abhandeln, wie das Herr Pauli gerade getan hat.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Pauli CDU: Was für ein Problem?)

Es befriedigt mich in gewissem Maß, dass die FDP in diesem Punkt einen etwas differenzierteren Standpunkt vertritt.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Seltenes Lob! – Gegenruf des Abg. Stickelberger SPD: Kommt auch selten vor!)

– Das soll kein Lob sein, sondern das soll die Feststellung sein, dass Demokraten auch, was Rechte von Minderheiten und die Frage der Toleranz betrifft, zusammenstehen können. Das ist der Grund, weshalb mich das befriedigt.

Hingegen befriedigt mich nicht, wenn eine Partei von der Größenordnung der CDU aus offensichtlich vordergründigen Erwägungen heraus Stimmung macht gegen eine Regelung, die von allen anderen als im Sinne der Verfassung und als durch die Verfassung geboten angestrebt wird. Ich werde noch auf das zurückkommen, was der Innenminister bei der letzten Debatte gesagt hat. Das war sehr bemerkenswert. Ich erinnere daran, dass – –

(Minister Dr. Schäuble: Humorist!)

– Ich weiß nicht, ob Sie als Innenminister bei diesem Thema Humorist sein wollen.

Der seinerzeitige FDP-Bundesvorsitzende Gerhardt betonte, es gehe um Toleranz, nicht um Gleichstellung. Das können wir nur dreimal unterstreichen. Keiner will eine Gleichstellung mit der Ehe. Er sagte: „Es hat lange gedauert, bis unsere Gesellschaft die Kraft hatte, Menschen mit anderen Veranlagungen nicht mehr zu diskriminieren.“ Auch das können wir dreimal unterstreichen.

Es schwingt ja immer mit – auch bei Ihnen, Herr Pauli, ist es mitgeschwungen; Sie haben das sehr emotional gemacht –, dass durch diese Regelung das Institut der Ehe angegriffen und in seiner Wertigkeit beschädigt würde.

(Abg. Hillebrand CDU: So ist es!)

Im Anordnungsverfahren hat das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich festgestellt – ich lese das wörtlich vor –:

Das rechtliche Fundament der Ehe erfährt keine Veränderung. Sämtliche Regelungen, die der Ehe einen rechtlichen Rahmen geben und das Institut mit Rechtsfolgen ausstatten, bleiben unabhängig davon, ob das Gesetz in Kraft tritt oder nicht,

– gleichgeschlechtliche Partnerschaft –
unberührt.

Das stellt das Bundesverfassungsgericht fest. Es hilft nicht, wenn Sie ständig wiederholen, dass durch diese gesetzliche Regelung das Institut der Ehe in irgendeiner Weise beeinträchtigt oder in seiner Bedeutung

(Zuruf des Abg. Hillebrand CDU)

relativiert würde. – Ja, ich weiß. Das haben Sie das letzte Mal auch dazwischengerufen.

Es wird nichts relativiert, sondern Menschen, die eine gleichgeschlechtliche Partnerschaft eingehen wollen, wird

(Bebber)

ein gesetzlicher Rahmen vorgegeben, unter dem das geschehen kann.

Ich gebe Ihnen zu: Man kann durchaus unterschiedlicher Auffassung darüber sein, ob das vor dem Standesamt, vor dem Notar oder sonst wo geschieht. Wir haben Gründe für unsere Auffassung. Wir halten den Notar in diesem Fall für nicht sinnvoll, zumal das zusätzlich Geld kostet. Es ist jedoch aus ganz praktischen Erwägungen heraus sinnvoll, das vor dem Standesamt zu machen, weil die dort beschäftigten Beamten nämlich wissen, wie man solche Partnerschaften beurkundet, festhält.

(Abg. Hillebrand CDU: Solche nicht! Das wissen sie nicht!)

– Das ist als Partnerschaft etwas, was nicht von dem abweicht, was sonst als Partnerschaft beurkundet wird.

(Abg. Hillebrand CDU: Also doch!)

– Sie sind Rabulist. – Vom verwaltungstechnischen Vorgang her weicht das nicht wesentlich ab. Standesbeamte können das leichter machen – ein Notar könnte das natürlich auch machen –, als das Verwaltungsbeamte beim Landkreis machen können.

(Abg. Kübler CDU: Das kann jeder machen, freilich!)

– Dann bräuchten ja die Beamten bei den Landkreisen jetzt keinen Nachhilfeunterricht zu nehmen, um darüber informiert zu werden, wie das Ganze abzulaufen hat, wenn sie das von vornherein könnten.

Der Landkreistag hat – übrigens haben bei der Ersten Beratung verschiedene von Ihnen, Lasotta, Hillebrand und andere, dazwischengerufen, das, was ich gesagt habe, sei falsch – es nicht für sinnvoll gehalten, die Zuständigkeit den Landkreisen zuzuordnen.

(Abg. Hillebrand CDU: Er hat sich aber auch nicht gewehrt!)

– Herr Kollege, Sie können sich ja an den Fingern einer Hand ausrechnen, wie sich CDU-Landräte gegen ein Gesetz oder eine Regelung wehren, die die CDU-geführte Landesregierung für richtig und für gut hält. Darüber können wir diskutieren.

Er hat ausdrücklich erklärt, dass es nicht sinnvoll sei, diese Partnerschaften beim Landkreis zu schließen.

(Zuruf des Abg. Kübler CDU)

– Herr Oberbürgermeister, Sie strotzen ja vor Selbstbewusstsein.

(Abg. Gall SPD zur CDU: Warum sprechen denn bei euch nicht die Fachleute?)

Jetzt kommt das Argument, man wolle das nicht zum Standesbeamten bringen. Herr Pauli, das haben Sie gesagt. Sie regeln das aber so, dass die Stadtkreise und die Landkreise zuständig sind. Das heißt, eine große Stadt wie Heilbronn ist zuständig, und dann kann das genau zum Standesbeamten kommen.

(Zuruf des Abg. Hillebrand CDU)

Das muss nicht so sein, das kann behördenintern anders geregelt werden. Aber Sie verhindern doch nicht, wie Sie behaupten, dass es zum Standesamt kommt.

(Abg. Hillebrand CDU: Nur in Freiburg!)

Glauben Sie, die Bedeutung eines solchen Partnerschaftsschlusses sei deshalb geringer, weil das nicht mehr der Standesbeamte, sondern der Landrat macht?

(Abg. Hillebrand CDU: Der Landrat selber macht es sicherlich nicht!)

– Sie können das gar nicht verhindern, das haben Sie ja gar nicht im Griff. Der Landkreis kann das so regeln, wie er es für richtig hält.

(Zuruf des Abg. Hillebrand CDU)

Auch die Stadt kann es regeln, wie sie will, und es wird bei einigen Städten beim Standesamt landen. Dann haben Sie zweierlei Recht, und dann haben Sie eine Bürokratie. Herr Dr. Glück, das ist das, was wir auch in Bezug auf die Notariatsregelung für nicht sinnvoll halten: Sie bauen über das notarielle Beurkundungssystem zusätzliche Aufwendungen auf. Denn auch der Notar müsste nach der gesetzlichen Regelung die beurkundete Verbindung weitermelden, zurückmelden an den Standesbeamten, so wie übrigens auch der Beamte beim Landkreis das an das zuständige Standesamt weitermelden muss. Sie bauen Bürokratie und Verwaltungsaufwand zusätzlich auf, die keinen Sinn machen, keinen Vorteil bringen.

Ich wollte Ihnen das nur vorhalten, weil Sie das so dargestellt haben, als wäre das richtig und gut und Sie würden all das, was Sie verhindern wollen – nämlich eine Gleichsetzung mit der Ehe –, damit erreichen, indem Sie das verwaltungstechnisch auflösen. Das erreichen Sie damit gar nicht, und es stört auch überhaupt niemanden, wie das technisch abgewickelt wird.

(Abg. Pauli CDU: Na also!)

– In Bezug auf eine Gefährdung der Bedeutung der Ehe stört das überhaupt niemanden, Herr Pauli.

Ich möchte aufgreifen, was der Herr Innenminister in der letzten Debatte erklärt hat. Er hat das ja zum gesellschaftspolitischen Problem hochstilisiert: „Die Rot-Grünen wollen eine andere Republik.“ – Mit dieser Regelung der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft? Da muss man aber wirklich alle möglichen Gehirnwindungen, die sonst überhaupt nicht beschäftigt werden, in Bewegung setzen, um auf die Idee kommen zu können, dass hier eine gesellschaftspolitische Weichenstellung erfolgt.

(Abg. Hillebrand CDU: Frau Lösch!)

– Sie können doch vernünftig denken, ohne dass Sie dazu Frau Lösch bemühen müssen.

(Abg. Hillebrand CDU: Sie hat es aber letztes Mal so gesagt! – Abg. Gall SPD: Nein, das können die nicht! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

– Das ist doch Unsinn, das hat der Innenminister gesagt. Sie müssen einmal Ihr Erinnerungsvermögen ein bisschen

(Bebber)

anstrengen und nicht immer dazwischenquaken und etwas sagen, das hinten und vorne nicht stimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Seimetz
CDU: Mein Gott, ist der Bebber gescheit!)

Ich zitiere doch nur den Innenminister. Er wird es nachher wieder sagen – oder rücken Sie von der Behauptung ab, dass das eine gesellschaftspolitische Weichenstellung sei? Genau das entlarvt eigentlich die Kritik an dieser Regelung, wenn so argumentiert wird. Das ist doch nichts anderes als der Versuch einer Ablenkung davon, dass man in der Familienpolitik, in der Hochhaltung der Ehe ansonsten politisch nicht so erfolgreich aktiv gewesen ist. Was haben Sie denn für die Familie und für die Ehe getan, dass Sie sich hier als Held hinstellen könnten, der Ehe und Familie so hochhält?

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Gar nichts!)

Sie haben sich doch vom Bundesverfassungsgericht bescheinigen lassen müssen, dass der Familienlastenausgleich, den Sie gestaltet haben, verfassungswidrig ist.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Zweimal!)

Herr Pauli, kennen Sie das Urteil nicht?

(Abg. Hauk CDU: Können Sie mal erklären, was das mit dem Lebenspartnerschaftsgesetz zu tun hat?)

– Jetzt haben Sie wieder voll auf den Ohren gesessen. Es war die gesellschaftspolitische Weichenstellung, die die Ehe und das Institut der Familie gefährdet. Ich sage Ihnen: Sie haben nicht das Recht, sich wegen eines Partnerschaftsgesetzes auf diese Höhe zu schwingen, wenn Sie selbst die Familie damit gefährdet haben, dass Sie einen verfassungswidrigen Familienlastenausgleich gestaltet haben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des
Abg. Hillebrand CDU)

Im Übrigen ist es des Schweißes der Edlen weiß Gott überhaupt nicht wert, sich hier darum zu streiten, welche Verwaltungseinrichtung einen Verwaltungsakt vornehmen soll. Es ist wirklich peinlich, wenn Sie diese Sache in der Form hochziehen und dabei gewissermaßen verstecken, was Sie damit wirklich bezwecken, nämlich die Familie, die Leute, die eine Ehe schließen – –

Wie viele sitzen denn hier, die ganz persönlich das Institut der Ehe so hochhalten? Wie viele sagen denn ganz locker bei jeder Gelegenheit: „Wenn sich das so ergibt, bin ich auch bereit, mich nebenher auch einmal bei jemand anders zu vergnügen“?

(Unruhe – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sie sind da aber auch jemand! – Weitere Zurufe)

– Ich bin da jemand? – Also, ich erzähle jetzt nicht, was so manche von Ihnen bei bestimmten Festlichkeiten veranstalten.

(Unruhe – Abg. Pauli CDU: Erzählen Sie mal!)

Es ist schade, der Betroffene ist nicht da, sonst würde ich jetzt sagen, was er so veranstaltet.

(Zuruf von der CDU: Nur einer?)

Wissen Sie, wenn Sie das Institut der Ehe und der Familie hier so hochhalten und dann bei Ihren Gesprächen und Witzen am Stammtisch die entsprechenden Bemerkungen machen,

(Zuruf von der CDU: Herr Präsident, das geht entschieden zu weit!)

dann müssen gerade Sie kommen und uns erzählen, welchen Wert Ehe und Familie haben sollen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Carmina Brenner
CDU: An dem Stammtisch, an dem ich bin, sind Sie noch nie dabei gewesen! – Zuruf von der
CDU: Das war unter der Gürtellinie!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Glück.

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Bebber, auf Ihren letzten Gedankengang will ich aus guten Gründen nicht näher eingehen.

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU und des Abg.
Theurer FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD: Aha!)

Ich meine damit nicht aus Gründen persönlicher Betroffenheit – dass das ja nicht in den falschen Hals kommt.

Meine Damen und Herren, wir haben dieses Gesetz in der Ersten Beratung ausführlich diskutiert. Neue Argumente sind seither nicht hinzugekommen. Aus diesem Grund will ich nicht eine Wiederholung der Ausführungen in der Ersten Beratung abspulen, sondern ich will nur noch einmal das Wesentliche ganz kurz zusammenfassen.

Nach dem Bundesgesetz über eingetragene Lebenspartnerschaften ist jetzt das Land an der Reihe, dieses Gesetz in Landesrecht umzusetzen, nachdem wir das Ganze in der Übergangszeit auf der Basis von Durchführungsverordnungen vollzogen haben.

Wir begrüßen dieses Gesetz als einen Schritt zur Normalität, und wir begrüßen ausdrücklich, wenn Menschen für andere Menschen Verantwortung übernehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dieses Gesetz nimmt der Ehe nichts weg.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Richtig!)

Es stellt auch die Partnerschaft der Ehe nicht gleich.

Gestatten Sie mir aber doch eine Bemerkung. Künftig gilt gesellschaftspolitisch vermutlich weniger die Unterscheidung zwischen homo- und heterosexuellen Paaren, sondern eher die Unterscheidung zwischen Paaren mit Kindern und Paaren ohne Kinder. Das wird ganz entscheidend sein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der
SPD – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sehr gut!)

(Dr. Glück)

Wir haben anfangs sehr emotionsgeladene Diskussionen darüber geführt, wo nun diese Partnerschaft besiegelt werden soll. Wir haben auch in unserer Fraktion, in unserer Partei sehr intensiv diskutiert. Sie kennen – Herr Bebber, Sie haben das erwähnt – auch unser Notariatsmodell. Wir sind nach eingehenden Diskussionen zu dem Ergebnis gekommen, dass bei der jetzt vorgesehenen Lösung die Partnerschaftsbesiegelung bei den Landratsämtern in den Landkreisen am richtigen Ort stattfindet.

Meine Damen und Herren, wir sehen mit Gelassenheit dem Vorbehalt einer Nachprüfung durch das Bundesverfassungsgericht entgegen. Die Länder Bayern, Thüringen und Sachsen haben ja geklagt.

Wir stimmen dem Gesetz zu.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD sowie des Abg. Pauli CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erteile ich Frau Abg. Lösch.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor acht Wochen haben wir bei der Gesetzeseinbringung in der Tat sehr ausführlich über den Gesetzentwurf zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes diskutiert. Das war auch gut so, weil ja nach wie vor große Teile der Landesregierung und der CDU-Fraktion große Bedenken gegen dieses Gesetz hatten und auch heute noch haben. Ich habe gedacht, dass Sie in der letzten Diskussion das eine oder andere gelernt haben. Aber ich muss sagen, Sie sind da resistent. Ich glaube auch nicht, dass es heute viel Sinn haben wird, Ihnen noch einmal aufzuzzeigen –

(Abg. Hillebrand CDU: Das ist wahr!)

das haben die Kollegen vor mir bereits getan –, weshalb die eingetragene Lebenspartnerschaft der Familie nichts wegnimmt und dass die Partnerschaft keine Gleichstellung bedeutet. Ich muss Ihnen auch noch einmal sagen, dass große Teile der Bevölkerung dieses Lebenspartnerschaftsgesetz unterstützen und für richtig halten. Wenn das bei Ihnen in Reutlingen oder im Zollernalbkreis nicht so ist, dann muss ich sagen, dass bei Ihnen noch Hinterwäldlerpolitik betrieben wird. Da würde ich Sie mal auffordern, dort Aufklärungsarbeit zu leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Blenke CDU: Wir sind ein ländlich geprägtes Land, Frau Kollegin!)

Wir begrüßen das Lebenspartnerschaftsgesetz, weil es Diskriminierung abbaut und das Verantwortungsbewusstsein stärkt. Nach wie vor sind wir jedoch der Meinung, dass der richtige Ort, wo diese eingetragene Lebenspartnerschaft besiegelt werden soll, das Standesamt ist. Wir lehnen die Ungleichbehandlung ab, wie sie das Ausführungsgesetz jetzt vorschreibt, nämlich dass in den Landkreisen die Landratsämter und in den Stadtkreisen die Gemeinden zuständig sind. Wir halten die Standesämter für die kompetenten Behörden, die auch nach dem Subsidiaritätsprinzip diejenigen sind, wo die Standesbeamten in Personenstandsfragen die richtigen Ansprechpartner sind.

Herr Kollege Pauli, ich weiß ja nicht, wie viele Trauungen Sie schon gesehen haben. Aber ich denke, es waren wahrscheinlich schon viele.

(Abg. Pauli CDU: Standesbeamter!)

Wenn Sie von „Hochzeitsmaskerade“ reden, dann kann ich das nicht verstehen. Denn ich finde, auch gleichgeschlechtliche Partner sollten die gleiche Möglichkeit haben, ihre Lebenspartnerschaft in der gleichen Würde einzugehen wie andere Paare auch. Da von „Hochzeitsmaskerade“ zu reden, finde ich einfach verfehlt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir haben im Ständigen Ausschuss einen Änderungsantrag eingebracht, der eine Aufgabenübertragung auf die Standesämter vorgesehen hat. Dieser ist abgelehnt worden. Die Aufgabenübertragung auf die Standesämter haben übrigens der Landkreistag und der Schwulen- und Lesbenverband ebenfalls gefordert.

Gegen die Regelung, dass die Kompetenzen an die kompetenten Ämter, also die Standesämter gegeben werden, können meiner Meinung nach keine sachlichen Gründe sprechen, sondern nur rein ideologische Einwände vorgebracht werden. Man hat heute auch wieder gemerkt, dass alles reine Ideologie ist und die Sachargumente auf der ganzen Strecke fehlen.

Nachdem die Regelung, die wir im Ständigen Ausschuss eingebracht haben, in diesem Gesetzentwurf nicht enthalten ist, können wir dem Gesetz so auch nicht zustimmen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf von der CDU: So!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Innenminister Dr. Schäuble.

(Zuruf von der CDU: Jetzt kommt die Stunde der Wahrheit!)

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Bebber, Sie haben in der Ihnen eigenen moralisierenden Art dem Kollegen Pauli vorgehalten,

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Der hat polemisiert! Das ist doch viel schlimmer!)

sein Redebeitrag sei gesellschaftspolitisch nicht in Ordnung gewesen. Ich will Ihnen aus meiner Sicht klar entgegenhalten: Gesellschaftspolitisch ist nicht in Ordnung, dass Rot-Grün durch die Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften mit der Ehe das Koordinatensystem in unserer Gesellschaft verändern will. So sieht es aus.

(Beifall bei der CDU – Abg. Oelmayer GRÜNE: Demokratisch legitimiert! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Welche Gleichstellung?)

Ich habe aufgrund der Debatte, die wir in der ersten Lesung sehr ausführlich geführt haben, auch noch einmal

(Minister Dr. Schäuble)

nachgedacht. Frau Kollegin Lösch, ich komme für mich zu dem Ergebnis: Das eigentliche Problem ist nicht die Tatsache, dass man Lebenspartnerschaften eingehen kann. Bei uns – das will ich klipp und klar sagen – kann jeder nach seiner Fassung selig werden, und das ist auch gut so. Dafür hat man viele, viele Jahrzehnte und Jahrhunderte kämpfen müssen.

Das Problem ist – das haben weder Sie noch Kollege Beber angesprochen; das wollen Sie im Grunde genommen etwas verschleiern –, was Sie in Wirklichkeit vorhaben. Was Sie in Wirklichkeit vorhaben, haben Sie in entlarvender Weise beim zweiten Gesetz, beim Lebenspartnerschafts-Ergänzungsgesetz, dargelegt und gezeigt, das derzeit im Vermittlungsausschuss ruht. Darin sind die eigentlichen Problempunkte enthalten, insbesondere die Tatsache, dass Sie ganz offensichtlich anstreben, den gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften die gleichen steuerlichen Vergünstigungen wie Eheleuten zu geben. Da hört der Spaß auf, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Es ist auch ganz klar, dass Sie derzeit vor der Bundestagswahl dieses zweite Lebenspartnerschafts-Ergänzungsgesetz im Vermittlungsausschuss ruhen lassen, weil Sie natürlich wissen, dass die Bevölkerung darauf empört reagieren würde. Unseren Bürgerinnen und Bürgern muss aber auch klar sein: Wenn Rot-Grün im Bundestag und im Bundesrat entsprechende Mehrheiten hätte, was Gott verhüten möge, dann würden sie das so tun.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Verhüten Sie das einmal selber! – Abg. Dr. Caroli SPD: Eine Unverschämtheit, so was! – Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Unruhe)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen sage ich: Sie müssen unserer Bevölkerung schon sagen – der Gesetzentwurf liegt ja auf dem Tisch –, dass Sie ganz offensichtlich die steuerliche Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften mit Eheleuten anstreben.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Was?)

Wie gesagt: Das ist völlig unerträglich. Deshalb ist es aber auch wichtig, dass wir alles in unserem geringen Spielraum, den wir als Landesgesetzgeber ja nur haben, Mögliche tun, um zwischen gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften und Eheleuten zu unterscheiden. Aus diesem Grund haben wir uns ganz bewusst für das Landratsamt entschieden, um von Anfang an ein Zeichen zu setzen und auch den Anfängen zu wehren. Deshalb fordere ich Sie auf: Wenn Sie sich immer wieder in moralisierender Weise an unsere Adresse wenden, sollten Sie das Thema Lebenspartnerschaften nicht so hochspielen – das ist nicht das Problem. Es geht darum, dass man den Anfängen wehrt. Sie sollten den Mitbürgerinnen und Mitbürgern vielmehr ganz offen sagen, was Sie in Wirklichkeit vorhaben.

(Zuruf der Abg. Ruth Weckenmann SPD)

Deshalb ist auch unser Landesgesetz, das die Zuständigkeit der Landratsämter und nicht die der Standesämter vorsieht,

in diesem engen Bereich, in dem wir überhaupt noch handlungsfähig sind, das einzig Richtige. Daher bitte ich um Zustimmung.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur *E i n z e l a b s t i m m u n g*. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 13/1066. Da keine Änderungsanträge vorliegen, schlage ich Ihnen vor, dass in der Abstimmung alle Paragraphen zusammengefasst werden. – Sie sind damit einverstanden.

Wer den §§ 1 bis 6 des Gesetzes zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Diesen Paragraphen wurde mehrheitlich zugestimmt.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Nach der Rede des Innenministers konnte ich mich nicht mehr enthalten! – Gegenruf des Abg. Pauli CDU)

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 20. Juni 2002 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes (LPartAusfG)“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke. Wer stimmt gegen das Gesetz? – Danke. Wer enthält sich? – Dem Gesetz wurde mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland – Drucksache 13/951

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 13/1067

Berichterstatterin: Abg. Birgit Kipfer

Meine Damen und Herren, das Präsidium ist übereingekommen, vorzusehen, dass in der Zweiten Beratung keine Aussprache geführt wird. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur *E i n z e l a b s t i m m u n g*. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 13/1067, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen vor, dass wir über die Artikel 1 bis 4 des Gesetzes zusammen abstimmen. – Sie stimmen diesem Verfahren zu.

(Stellv. Präsident Birzele)

Wer diesen Artikeln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz wurde einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 20. Juni 2002 das folgende Gesetz beschlossen.“

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zum Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke. Wer stimmt gegen das Gesetz? Ich darf diejenigen, die nicht gegen das Gesetz stimmen möchten, bitten, sich zu setzen. – Danke.

(Heiterkeit)

Wer enthält sich der Stimme? – Dem Gesetz wurde einstimmig zugestimmt.

Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

a) Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Arbeitsmarktpolitik in Baden-Württemberg – Drucksache 13/248

b) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Sozialministeriums – Reform der Arbeitsmarktpolitik zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft – Drucksache 13/327

c) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Sozialministeriums – Falsche Vermittlungsstatistik in der Arbeitsverwaltung – Drucksache 13/728

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Hausmann, Sie haben das Wort.

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Debatte von heute früh bezüglich älteren Arbeitnehmern hat mich eines gelehrt: dass die eine oder andere Fraktion bereits die Benennung von Fakten und Tatsachen als Polemik und als Wahlkampfgetöse auslegt.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Der Ton macht die Musik! – Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

– „Der Ton macht die Musik“, sagt Herr Noll.

Ich will jetzt einmal versuchen, ein paar Fakten zu benennen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ganz moderat!)

In weiser Voraussicht befürchte ich bereits wieder die ersten Zwischenrufe, Herr Noll. Aber vielleicht haben Sie es sich auch inzwischen anders überlegt.

Ich will geschwind einmal einen Rückblick auf die Arbeitsmarktpolitik machen. 1998 hatten wir ein Wahljahr wie dieses Jahr wieder. Damals waren die CDU und die FDP an der Bundesregierung. Da ist uns etwas Wundersames passiert.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ein Wunder!)

Für das Jahr 1998 hatten wir eine Vermehrung der ABM-Ausgaben und einen Anstieg der ABM-Stellen über dem Durchschnitt der letzten Jahre um sage und schreibe über 150 000.

(Abg. Scheuermann CDU: Das wird dieses Jahr wieder so sein!)

Die waren alle befristet bis Oktober 1998. Ein Schelm, wer Böses dabei gedacht hat und gemeint hat, es sei nur dem Wahlkampf geschuldet, die Arbeitslosenstatistiken zu bereinigen, um die dramatisch schlechten Zahlen um 150 000 zu verbessern.

(Abg. Fleischer CDU: Das müssen gerade Sie sagen!)

Das Defizit der Bundesanstalt für Arbeit hatten wir dann zu bereinigen. Das waren knapp 3 Milliarden DM, um die Sie das damals überzogen hatten, obwohl es nicht in der Haushaltsplanung enthalten war.

(Lachen der Abg. Fleischer und Wieser CDU – Abg. Fleischer CDU: Beschissen habt ihr!)

Ihr Gelächter darüber ändert überhaupt nichts an den Tatsachen. Es war Tatsache: Sie haben das Thema Arbeitsmarkt damals auf Bundesebene missbraucht,

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

um politisch für sich angeblich bessere Stimmung zu machen. Das hat Ihnen Gott sei Dank nichts genützt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Fleischer CDU – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Was lernen wir daraus?)

– Jetzt lernen wir Folgendes daraus, Herr Noll, wenn Sie schon fragen – ich sage es Ihnen –:

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Keine Tricks!)

Wenn wir uns die Antwort auf die Große Anfrage, die wir gestellt haben, angucken, dann stellen wir fest: Im Jahr 2002 reduziert sich der Anteil der Arbeitsmarktpolitik der Landesregierung um sage und schreibe über 33 %. Das hat er auch schon in den letzten Jahren gemacht, und im nächsten Jahr wird noch eines draufgesetzt. Wieder: Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Die Zahlen sind ja fast zu schön: zweistellige Reduzierung der Zahl älterer Arbeitsloser in Baden-Württemberg, zweistellige Reduzierung der Zahl der Langzeitarbeitslosen in

(Rudolf Hausmann)

Baden-Württemberg, zweistellige Reduzierung der Arbeitslosigkeit bei Schwerbehinderten und bei Jugendlichen. All die Programme, die Baden-Württemberg-spezifisch geholfen haben, diese Zahlen herunterzudrücken, kommen jetzt in den Reißwolf und werden fast auf null gefahren. Herr Wieser, Sie sind der Vorsitzende des Sozialausschusses. In Ihrem Ressort ist das ganze Ding ja, wenn man das Regierungspendant nimmt, angesiedelt. Meine Damen und Herren, ein Schelm ist, wer Böses dabei denkt und noch der Meinung wäre, es könnte eventuell dem Wahlkampf geschuldet sein, dass man noch versucht, die eine oder andere Arbeitslosenzahl herunterzudrehen.

Zum zweiten Punkt: ESF-Förderung. Jetzt haben wir schon herzlich wenig Ausgaben, und man darf motiviert die Frage stellen, ob das dem Wahlkampf geschuldet ist. Dann haben wir ESF-Mittel, also Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds. Gucken wir uns einmal an, was in Baden-Württemberg mit diesen Mitteln passiert: Es findet kein zielgerechter Einsatz statt. Es findet kein Zielprogramm, keine Zielvorgabe statt, wie heute früh rhetorisch diskutiert wurde: „Wir wollen etwas für die älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tun.“ Vielmehr findet eine wilde Verteilung der Gelder statt: einmal in den Kreisen, einmal in den Regionen. Das Sozialministerium vergibt Mittel ohne Koordinationsvorgabe in die Kreise. Das Wirtschaftsministerium vergibt sie ohne irgendeine Koordinationsvorgabe in die Regionen. Es gibt nichts Koordiniertes, wo das Geld, das vorhanden ist, mit einer Kofinanzierung des Landes und einer starken Kofinanzierung der Kommunen sinnvoll und zielgerichtet ankommt. Selbst in diesem Teil leistet die Arbeitsmarktpolitik, die die Landesregierung betreibt, effektiv überhaupt nichts.

Meine Damen und Herren, wenn man dann fragt: „Wie sieht es denn mit den ESF-Mitteln aus?“, stellt man fest, dass es in den nächsten Jahren und bereits in diesem Jahr eine Vervielfachung geben wird. Was macht denn das Land, wissend, dass diese Mittel nur dann abgerufen werden können, wenn es eine entsprechende Komplementärfinanzierung durch andere Stellen gibt?

Wieder muss ich Ihnen sagen: Das Land bietet tatsächlich eine Komplementärfinanzierung von sage und schreibe 9 % an. Die Hauptlast in Baden-Württemberg tragen derzeit die Kommunen und andere Träger, natürlich die Bundesanstalt für Arbeit. Ich sage Ihnen: Das ist ein Armutzeugnis, ein Trauerzeugnis für ein Land wie Baden-Württemberg, welches trotz niedriger Arbeitslosigkeit erhebliche Probleme hat, die es lösen müsste, zum Beispiel das Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit, also Langzeitarbeitslose und ältere Beschäftigte, für die etwas getan werden muss, und vor allem das Problem des Fachkräftemangels, den es ja bereits bei uns gibt und der entsprechend bearbeitet werden muss. Von nichts davon kann die Rede sein.

Meine Damen und Herren, es wird völlig die Chance ausgelassen, das zu tun, was eine Arbeitsmarktpolitik und eine Beschäftigungspolitik eigentlich könnten, nämlich den Sachverstand vor Ort in der Region zu bündeln, nach den Bedürfnissen der Unternehmer, der Betriebe zu fragen, nach den Bedürfnissen der Menschen zu fragen, was sie denn brauchen, und dies mit dem Sachverstand der Men-

schen vor Ort zusammenzubringen, um effektive Maßnahmen der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik hinzubekommen. Auch diese Chance wird nicht genutzt.

Ich kann Ihnen abschließend nur sagen: Wenn wir nicht auf Bundesebene einen Paradigmenwechsel gehabt hätten, was die aktive Arbeitsmarktpolitik anbelangt,

(Lachen des Abg. Fleischer CDU)

was uns auch in Baden-Württemberg überall sinkende Arbeitslosenzahlen gebracht hat –

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

im Gegensatz zur gleichen Zeit unter der Kohl-Regierung, in der es in Baden-Württemberg steigende Zahlen gab –, meine Damen und Herren, wenn es diese aktive Arbeitsmarktpolitik auf Bundesebene nicht gäbe, dann sähe es in Baden-Württemberg ganz traurig aus.

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

– Trotz aller Zurufe kriegen Sie die Fakten nicht weg und gilt nicht das Motto, dass nicht sein kann, was nicht sein darf.

(Abg. Seimetz CDU: Was hat Herr Schröder gesagt?)

Denn es ist so, dass wir Gott sei Dank

(Abg. Seimetz CDU: Schröder beim Wort nehmen!)

halbwegs ordentliche Zahlen haben.

(Zuruf von der CDU: Herr Schröder hat gesagt: Wer die Zahlen nicht erreicht, hat es nicht verdient, weiter zu regieren!)

– Sie haben diese Zahlen eigentlich nicht verdient, das gebe ich Ihnen zu, aber die Menschen im Land schon. Dass wir halbwegs ordentliche Zahlen haben, das ist der Regierungspolitik auf Bundesebene und leider nicht Ihrer Politik geschuldet.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wieser.

Abg. Wieser CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich beginne mit dem letzten Satz des Kollegen Hausmann, der gesagt hat, wir hätten das Glück des Paradigmenwechsels der Bundesregierung. Ich frage Sie: Regiert auch in Nordrhein-Westfalen, in Niedersachsen, in Bremen, in Sachsen-Anhalt und in den anderen Bundesländern

(Zuruf von der SPD: Saarland!)

dieselbe Bundesregierung? Trotzdem weist der Prüfstein Nummer 1, die Arbeitsmarktsituation, eine miserable Bilanz für die Bundesregierung aus.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Theurer FDP/DVP)

(Wieser)

Wenn das in Baden-Württemberg und in Bayern anders ist, dann ist es deshalb anders, weil bei uns eine andere Politik gemacht wird. Das ist die Wahrheit!

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Wir haben drei Anträge zu diesem Tagesordnungspunkt. Der eine Antrag beschäftigt sich mit der Statistik. Da Sie, Herr Kollege, gleich mit der Statistik begonnen haben: Wir haben vor vier Jahren auch einen Streit über die Statistik gehabt – das ist richtig –, und der Bundesrechnungshof hat die Statistik in Baden-Württemberg gar nicht so genau überprüft. Deswegen sind die hier festgestellten Vorkommnisse nicht sehr bedeutend – Lörrach kann 16 % der Vermittlungen nicht nachweisen –, aber eines ist doch richtig: Der Bundeskanzler musste das zur Chefsache machen und hat den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit entlassen müssen.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Er hat dafür drei Geschäftsführer eingesetzt und dadurch die Lohnsumme an der Spitze um 500 % vergrößert. Das war die Reform, die erfolgte, als der Bundeskanzler erkannt hat, dass, wer mit Zahlen manipuliert, ein unglaubliches Glaubwürdigkeitsproblem hat.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Welche Parteimitgliedschaft hatte der Vorsitzende?)

Denn man weiß aus der Industrie: Wenn Zahlen manipuliert werden, ist meistens das Insolvenzverfahren nicht weit.

(Beifall bei der CDU – Abg. Rudolf Hausmann SPD: Von welcher Partei war der Mann? – Abg. Rudolf Hausmann SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Abg. Wieser – –

Abg. Wieser CDU: Nein, ich möchte im Zusammenhang reden.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Können Sie das? – Weitere Zurufe)

Meine Damen und Herren, Sie haben ja noch Redezeit, und daher können Sie nachher alles richtig stellen, wenn Sie zu diesen miserablen Zahlen sprechen.

(Abg. Bebbler SPD: Selbst der Ministerpräsident hat Zwischenfragen gestellt!)

Der Kanzler kann das. Wir haben einen „virtuellen“ Kanzler, einen „Fernseh-Kanzler“. Es wäre besser, er wäre öfter im Kanzleramt und würde regieren.

(Zurufe von der SPD – Beifall bei der CDU)

– Ja, das ist so, natürlich. Sie haben Gelegenheit, alle Zahlen mit Worten geradezubiegen.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Ich komme jetzt zur Großen Anfrage der Fraktion der SPD zur Arbeitsmarktpolitik. Darin haben Sie vier Themen an-

gesprochen. Diese vier Themen, zu denen Sie Ihre Große Anfrage mit 43 Fragen, Spiegelstrichen und Unterfragen formulierten, machen etwa 2,1 % des Arbeitsmarkts von Baden-Württemberg aus. Für die anderen 98 % des Arbeitsmarkts haben Sie sich gar nicht interessiert.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Unglaublich!)

Der Antrag der CDU deckt diese 98 % des Arbeitsmarkts mit zehn Fragen ab. Das ist das Problem der Sozialdemokraten. Ich bestreite nicht, dass Sie sich um wichtige Themen kümmern, und es sind auch wichtige Themen, die Sie abfragen. Sie haben mit Recht auch einiges kritisiert. Aber Sie machen es gern in Klein-Klein. Sie holen die Gerechtigkeit hinter dem Komma hervor. Wir müssen erst einmal sehen, dass die Rahmenbedingungen so vorgegeben sind, dass die Menschen in Baden-Württemberg Arbeit bekommen, und dass wir nicht in dieser rabulistischen Weise miteinander streiten.

Und nun zu den Zahlen. Wenn die Langzeitarbeitslosigkeit in Baden-Württemberg in diesem Berichtszeitraum um 35,6 % zurückgegangen ist, wenn wir unsere Landesprogramme in etwa halten konnten, wenn die EU zeitgleich jedes Jahr fast 33 Millionen € zusätzlich bereitstellt, dann kann man sagen, dass bis zum heutigen Tag mehr für diese Problemgruppen ausgegeben wird als vor fünf Jahren und viel mehr als in der Zeit der großen Koalition. Deshalb haben wir die größten Erfolge bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und der Langzeitarbeitslosigkeit.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Walter Riester hat das JUMP-Programm aufgelegt!)

– Auf den Riester gehe ich noch ein. Das Programm für Langzeitarbeitslose hat es in diesem Land bereits gegeben, als der Riester hier noch Gewerkschaftssekretär war.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Seimetz CDU: So ist es!)

Nun komme ich zu den Zielen der CDU. Unsere Langzeitarbeitslosenprogramme haben drei Gesichtspunkte. Wir wollen Arbeitslose fit machen für den ersten Arbeitsmarkt. Das ist unser großes Ziel. Wir wollen die Menschen aus der Sozialhilfe herausholen und in den Arbeitsmarkt führen.

(Abg. Wintruff SPD: Das ist doch nichts Neues!)

Dafür haben wir eine große Partnerschaft mit den Kreisen, Herr Kollege Wintruff. Auch in dem Kreis, in dem Sie leben, gibt es Projekte.

(Abg. Wintruff SPD: Funktionieren sie auch?)

Schauen Sie sich einmal um, dann finden Sie sie vielleicht. Wenn nicht, helfe ich Ihnen, dass Sie damit weiterkommen.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen nicht den dauerhaft subventionierten zweiten Arbeitsmarkt, sondern wir wollen die Menschen zu rentierlichen, wettbewerbsfähigen und in einer positiven Lohn-

(Wieser)

entwicklung befindlichen Arbeitsplätzen hinführen. Das ist unser Ziel, und an dem halten wir fest.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Nun komme ich

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Zum Schluss!)

zu den Rahmenbedingungen. Es muss doch Ursachen geben, warum es in Baden-Württemberg anders ist als in anderen Ländern.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Ach, da gelten die Bundesgesetze nicht! – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU: Mit welchem Erfolg?)

Die Bundesgesetze gelten überall; sie gelten in Niedersachsen, sie gelten dort, wo eine doppelt so große Arbeitslosigkeit herrscht, genauso wie bei uns. Deswegen muss der Unterschied doch in der Landespolitik liegen und nicht in der Bundespolitik.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte nicht wiederholen, was an diesem Rednerpult schon oft gesagt worden ist: Innovationspolitik, Zukunftsoffensive, Mittelstandspolitik, Mut zur Selbstständigkeit, Förderung von Export, Existenzgründungen, Forschungsmittel und andere Dinge. Das sind die Ursachen für den Erfolg in Baden-Württemberg.

Ich wende mich jetzt den Hemmnissen zu, die mit der „Chefsache Nummer 1“ des Bundeskanzlers zusammenhängen. Er hat die Senkung der Arbeitslosenzahl auf 3,5 Millionen zur Chefsache Nummer 1 gemacht. Denn er hat gesagt:

Die Senkung der Arbeitslosenzahl auf 3,5 Millionen ist Chefsache Nummer 1. Sie dürfen mich an diesem Versprechen messen. Wenn ich es nicht erreiche, dann will ich nicht mehr gewählt werden.

Dem Wunsch kann abgeholfen werden.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Das ist original Gerhard Schröder.

(Unruhe – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD – Weitere Zu- und Gegenrufe von der SPD und der CDU)

– Nein, die Leistungen, lieber Mario, sind die Rahmenbedingungen von uns.

(Unruhe bei der SPD)

Sonst wäre es in Süditalien, wo du herkommst, genauso gut wie bei uns.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es sind noch mehr die Leistungen unserer Bürgerinnen und Bürger, der Facharbeiter, der Angestellten, der Tüftler und Denker, die wir unterstützen, weil wir ihnen Mut zur Selbstständigkeit machen.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Gibt es auch ein paar Frauen?)

Wir machen ihnen Mut, weil wir seit Jahrzehnten Leistung und Schulabschluss miteinander verbinden, weil wir nie Gewinn als Profit bezeichnet haben, sondern im Gewinn die Chance gesehen haben, morgen Arbeitsplätze zu schaffen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das sind die psychologischen Faktoren. Wir haben in diesem Land keine Erhaltungssubventionen in Milliardenhöhe bezahlt, sondern den Entwicklungs- und Strukturumbau in der Textilindustrie, im Maschinenbau und bei der Elektrotechnik. Wir haben während der großen Koalition die größte Arbeitslosigkeit gehabt, aber nicht, weil Dieter Spöri der falsche Wirtschaftsminister gewesen wäre, sondern weil wir einen Einbruch im Maschinenbau und bei der Elektrotechnik gehabt haben. Aber heute ist das überwunden – das ist die Wahrheit –, weil wir Maßnahmen eingeleitet haben.

(Beifall bei der CDU)

Das Wichtigste ist: Wer Arbeit will, muss Ja sagen zum Wirtschaftswachstum und zum Unternehmertum. Er muss Optimismus verbreiten, er muss dafür sorgen, dass die Unternehmer auch investieren können.

Jetzt komme ich zur Steuerreform.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Der Arbeitsmarkt ist doch dran!)

– Die Steuerreform ist ein großer Schlüssel für den Arbeitsmarkt.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Sie werden das gleich am Beispiel sehen, und Sie können das gern hinterher widerlegen.

Sie haben die Großen entlastet. Was machen die, wenn sie freies Geld haben? Geld sucht weltweit die beste Anlage, und das Geld, das von den Großunternehmern in Deutschland verdient worden ist, war die größte Abstimmung gegen Rot-Grün, die es gegeben hat; denn massenweise ist deutsches Geld ins Ausland geflossen, aber nur sehr geringe Zahlungen sind vom Ausland hierher gekommen.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Verzehnfachung! – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Unruhe)

– Sie werden das alles noch sagen.

Jetzt komme ich zum Problem: Diese Steuerreform wurde zum großen Teil durch Verschlechterungen bei den Abschreibungen finanziert. Und wie ist das bei den Abschreibungen? Wenn die Abschreibungen geringer werden oder die Anschaffungskosten auf mehrere Jahre verteilt werden, dann wird nicht in Deutschland reinvestiert, und dann werden Maschinen später angeschafft. Aber jede Maschine, die später angeschafft wird, vernichtet Arbeitschancen für Mitarbeiter, die hier leben – ob sie Ausländer oder Deutsche sind, spielt keine Rolle. Diese Steuerreform hat dafür gesorgt, dass im Binnenmarkt Arbeitsplätze verloren gingen,

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Quatsch!)

(Wieser)

aber für die, die geldexportorientiert sind, gab es Erleichterungen.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Das ist doch Binnennachfrage! Haben Sie das noch nicht gelernt? Wo waren Sie denn?)

– Ich spreche jetzt von Investitionen. Ich weiß nicht, was in Ihrem Einkaufskorb ist, wenn Sie einkaufen. Ich weiß nicht, ob Sie wegen des Binnenmarkts wirklich nur deutsche Äpfel kaufen oder auch Bananen und Ananas. Darüber müssen Sie sich einmal orientieren.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD – Heiterkeit – Beifall bei der CDU)

Liebe Frau Kollegin Weckenmann, wenn Sie bei Keynes aufgehört haben, Volkswirtschaft zu lernen, haben Sie Recht; wenn Sie weiterstudiert haben, werden Sie merken, dass Sie nicht Recht haben.

(Zuruf des Abg. Rudolf Hausmann SPD – Abg. Ruth Weckenmann SPD: Wie weit haben Sie denn studiert?)

Jetzt komme ich zur Statistik.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Damit hängt auch das 630-DM-Gesetz zusammen. Mit diesem Gesetz haben Sie über eine Million zusätzliche versicherungspflichtige Arbeitnehmer in Ihrer Statistik. Das ist der einzige Zuwachs, den Sie haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist die eine Quelle. Wir haben hier die Debatte geführt, als es noch bürokratischere Regelungen gab, als unsere Vereine und das Ehrenamt noch „erdrosselt“ worden sind. Da haben Sie Gott sei Dank eine Kehrtwende gemacht. Das ist doch gut.

(Abg. Bebber SPD: Wieser, Wieser!)

Das 630-DM-Gesetz hat die Arbeitslosenstatistik für Sie verbessert. Es hat den Schwarzmarkt zum größten Wachstumsmarkt gemacht und den Überstunden zur größten Konjunktur verholfen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Döpfer CDU: Ein bürokratisches Monster! – Gegenrufe von der SPD)

Nun komme ich zum Kündigungsschutz. Jeder von Ihnen kann die Diskussionen in Kleinbetrieben führen. Ich kenne genügend Unternehmer, die sagen: Mir kommen nicht mehr als fünf Mitarbeiter rein, weil ich bei einer größeren Zahl von Mitarbeitern mit solchen Gesetzen belastet werde, die meine Flexibilität gewaltig einschränken.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Ach, hör auf! Den Unternehmer will ich sehen!)

– Ja, das sind Barrieren.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es! Das ist die Realität!)

Sie werden die Arbeitsplätze doch nicht bei Infineon oder bei Siemens und schon gar nicht bei Holzmann schaffen, sondern bei den kleinen, mittelständischen Betrieben. Wenn Sie denen Mut machen, dann entsteht Arbeit.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Rudolf Hausmann SPD: Sie haben ein schlechtes Verhältnis zu den Unternehmern hier!)

– Ich habe kein schlechtes Verhältnis zu ihnen. Ich lese jeden Tag die Zeitung und erschrecke, wenn ich lese, was in den Unternehmen passiert.

Nun komme ich zur Zuwanderung. Wer bei 4 Millionen Arbeitslosen mehr Zuwanderung schafft, der kann doch keine Verantwortung für diejenigen übernehmen, die Arbeit suchen.

(Abg. Wichmann SPD: Baden-Württemberg ist seit 20 Jahren Zuwanderungsland!)

– Ich habe ja nichts gegen Zuwanderung.

(Abg. Bebber SPD: Na ja! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Wir wollen eine Zuwanderung haben, die im deutschen Interesse und nicht im Interesse anderer liegt. Das ist doch ganz einfach.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ich will nicht, dass im Bau- und im Ausbaugewerbe bei Kündigungsterminen jedes Mal Tausende von Arbeitnehmern Bauchweh haben, dass sie durch jemanden ersetzt werden, der zu einem Dumpinglohn bezahlt wird.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das hat mit Zuwanderung nichts zu tun! – Gegenrufe von der CDU)

– Natürlich hat das etwas mit Zuwanderung zu tun.

Ich komme zum Thema Energie, ein Thema, das Sie interessiert. Wir brauchen bezahlbare, konkurrenzfähige Energie. Glauben Sie wirklich, dass Sie mit der Ökosteuer im Energiebereich zusätzliche Arbeitsplätze schaffen? Glauben Sie, dass dadurch Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen werden, wenn hier die sichersten Kernkraftwerke abgeschaltet werden?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Nun zum Schluss zur Riester-Rente; das habe ich Ihnen versprochen.

(Abg. Wintruff SPD: Das mit den sicheren Atomkraftwerken ist doch längst passé!)

– Lieber Herr Kollege Wintruff, Sie lesen ja auch Zeitung. Sie wissen, dass sich die EU zurzeit bemüht, die Milliardenrücklagen der deutschen Kernkraftindustrie zu mobilisieren, um dadurch die unsicheren Kernkraftwerke in Russland fit zu machen, damit sie in den Strommarkt eintreten können, den wir frei machen, weil wir unsere sicheren Kernkraftwerke schließen.

(Wieser)

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD – Abg. Dr. Witzel GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Ja, Sie müssen diskutieren. – Bitte schön, Herr Witzel, zum Schluss.

(Glocke der Präsidentin)

Ich habe jetzt nur noch ein Kapitel.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Es passt so gut! – Zurufe von der SPD, u. a.: Stammtisch!)

– Stammtisch ist – –

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Wieser, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Wieser CDU: Ja, gut.

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Dr. Witzel, bitte.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Herr Wieser, da wir eine Debatte über die Arbeitsmarktpolitik führen und Sie jetzt zur Atomenergie sprechen, möchte ich Sie fragen: Gestehen Sie mir zu, dass in der deutschen Windkraftindustrie und der Wasserkraftindustrie zusammen mehr Arbeitsplätze vorhanden sind als in der Atomindustrie?

(Abg. Zimmermann CDU: Das erzählt er schon zum fünften Mal! – Gegenrufe von der SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um mehr Ruhe.

Abg. Wieser CDU: Ich habe nicht zur Energiepolitik im engeren Sinn gesprochen.

(Anhaltende Zu- und Gegenrufe von der SPD und der CDU – Glocke der Präsidentin)

Vielmehr habe ich die Frage gestellt, ob steigende Energiepreise bei uns eher gute Bedingungen für den Arbeitsmarkt schaffen oder eher Arbeitsplätze vernichten.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Ich gebe Ihnen Recht, dass im Bereich der regenerativen Energien Arbeitsplätze entstanden sind.

(Abg. Pfisterer CDU: Aber kein Strom!)

Aber wir haben bisher keine Statistik darüber, wie viel durch die verloren gegangene Konkurrenzfähigkeit abgeht. Nun, die Kernkraftwerke sind ja noch nicht abgeschaltet.

Zum Schluss zur Riester-Rente. Ich spreche überhaupt nicht davon, dass Personalleiter und andere sagen, die Riester-Rente sei bürokratisch. Ich will aber einen Aspekt, den ich in der bisherigen politischen Diskussion überhaupt noch nicht gehört habe, ansprechen.

In wenigen Jahren werden wir dreistellige Milliarden-DM-Beträge haben, die mündelsicher angelegt werden. Glauben Sie wirklich, dass mündelsicheres Geld die Grundlage für Wagniskapital, für Risikokapital, für die Gründung neuer

Unternehmen ist? Aber dieses Geld liegt als „Heiapoepia“, als ruhiges Erhaltungsgeld da, und es wird eine der größten Wirtschaftsbremsen werden, die wir haben.

(Zuruf des Abg. Pfisterer CDU)

Nun komme ich zum Schluss. Gerhard Schröder hat die Arbeitslosenzahl zur Chefsache Nummer 1 gemacht. Chefsache Nummer 2:

(Zuruf von der CDU: Noch eine?)

Aufbau Ost. Chefsache Nummer 3: Bundesanstalt für Arbeit. Und jetzt zittert Deutschland, dass er auch noch die Fußballweltmeisterschaft zur Chefsache macht.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU – Heiterkeit – Lebhaftes Zurufe – Abg. Seimetz CDU: Sehr gut! – Abg. Fleischer CDU: Sehr schön! – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Weitere lebhaftes Zurufe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

(Lebhaftes Zurufe von der SPD, u. a. des Abg. Capezzuto – Glocke der Präsidentin)

– Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Ruhe zu bewahren.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Capezzuto, Herr Bebbler,

(Abg. Bebbler SPD: Frau Präsidentin, sorgen Sie einmal für Ruhe!)

es war schon heute Morgen zu befürchten, dass diese Debatte zu einer Stellvertreterdebatte ausarten würde.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Aber an dieses Niveau, das wir gerade gehört haben, haben wir nicht gedacht! So etwas Bescheidenes, Mensch! Fürchterlich!)

Ich bin von Beruf nicht Lehrer und deswegen nicht befugt, Noten zu verteilen. Ich will deshalb versuchen, an der Sache entlang ein paar Gedanken einzuwerfen.

(Lebhaftes Unruhe)

Ein erster Gedanke war: Es drängt sich doch das Gefühl auf, dass Sie, Frau Weckenmann, Kolleginnen und Kollegen von der SPD, eine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik danach beurteilen, wie viel Geld und wie viele Programme wir im zweiten Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Wie die Ergebnisse sind! – Zuruf der Abg. Ruth Weckenmann SPD)

Genau das Gegenteil ist natürlich richtig: Eigentlich hätten wir eine super Arbeitsmarktpolitik, wenn wir gar keinen zweiten Arbeitsmarkt bräuchten.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Natürlich!)

(Dr. Noll)

Herr Hausmann hat gesagt, Baden-Württemberg betreibe praktisch keine Arbeitsmarktpolitik. Von daher ist das wirklich völlig verquer. Darauf möchte ich schon hinweisen.

Ich habe mir ja die Mühe machen müssen, alle drei Anträge von A bis Z durchzulesen. Ich muss ganz ehrlich sagen, dass es manchmal ein Graus ist mit den vielen Zahlen, mit denen man dabei totgeschlagen wird. Es gibt ja den schönen alten Spruch: Trau keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast.

(Abg. Wieser CDU: Pfui Teufel!)

Immer mit Zahlen um sich zu werfen ist in der politischen Debatte manchmal ein bisschen schwierig.

(Lebhafte Unruhe)

Ich hätte mir aber gewünscht, Frau Weckenmann, Sie würden sich mit der gleichen Verve, mit der Sie sich dem zweiten Arbeitsmarkt zuwenden, dem Thema zuwenden: Wie können wir den ersten Arbeitsmarkt stärken, wie können wir die Leistungsbereitschaft, die Kreativität in Deutschland ein Stück weit entfesseln,

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Warten Sie ab, was noch kommt!)

damit am ersten Arbeitsmarkt wieder Arbeitsplätze geschaffen werden?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir wollen nicht zurück, wir wollen in die Zukunft schauen.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Sie haben doch 16 Jahre lang nichts hingekriegt! Jetzt stellen Sie sich als der große Kritiker hin! So etwas!)

Mein Kollege Hofer wird – heute früh haben wir es andersherum gemacht – zu diesem für uns zentralen Punkt, wo die Bedingungen für den ersten Arbeitsmarkt zu verbessern sind, nachher einige Ausführungen machen.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Oh Gott!)

Im Übrigen wäre es mir in der Tat lieber – und das betrifft ja auch einen Teil Ihrer Fragen –, wenn die Arbeitsmarktpolitik komplett im Wirtschaftsministerium ressortieren würde. Das wäre nämlich ein gutes Zeichen.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Jetzt fragt einmal den Repnik!)

Wenn ich es richtig weiß, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wird der hier nicht ganz unbekannte Lothar Späth

(Abg. Zeller SPD: Wer ist das?)

im Kompetenzteam nicht nur für Wirtschafts-, sondern auch für Arbeitsmarktpolitik zuständig sein – eigentlich eine vernünftige Entscheidung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! Den Möllemann könnte man nicht für alles nehmen!)

– Ich habe nur gesagt, dass man ihn für beide Bereiche gleichzeitig benennt. Auch bezüglich seiner Qualität will ich nicht den Lehrer spielen.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Nächster Punkt: Wenn Sie sich über Programme und Gelder, die hineinfließen, beklagen, muss man auch eines klar sehen: Da gibt es natürlich gewaltige regionale Unterschiede. Es spricht gerade für Baden-Württemberg, dass es im Gegensatz zu den Ländern im Osten am ersten Arbeitsmarkt sehr viel erfolgreicher ist – ich wage zu sagen: unter anderem deshalb, weil wir hier im Land Baden-Württemberg einen guten Wirtschaftsminister haben.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Das Thema „regionale Differenzierung“ möchte ich Ihnen schon ans Herz legen. Manchmal habe ich das Gefühl – es klang auch vorhin bei Herrn Hausmann an –, Sie glauben, weil es Programme gibt, müssten wir da auf jeden Fall mitmachen, nach dem Motto: Da gibt es etwas, also sind wir dabei. Ob wir das wirklich brauchen oder nicht, ist dann eine Frage, die Sie gar nicht mehr so sehr interessiert.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Brauchen wir sie nicht?)

Ich will damit nicht abstreiten, dass wir diese Arbeitsmarktprogramme auch in Baden-Württemberg an der einen oder anderen Stelle brauchen.

(Abg. Wieser CDU: Wir haben doch einen Haufen Projekte!)

Jetzt will ich zu zwei Problembereichen kommen. Zum einen sind das die jugendlichen Arbeitslosen. Wir wissen, dass es da Defizite gibt, die übrigens auch die Wirtschaft beklagt. Manche Arbeitsplätze passen einfach nicht zu den jungen Menschen, wie sie aus der Schule kommen. Nun aber zu behaupten, Baden-Württemberg hätte in diesem Bereich nichts getan, ist schon ziemlich böswillig.

(Abg. Seimetz CDU: Die geringste Jugendarbeitslosigkeit!)

Pikanterweise haben wir heute Morgen über die Landesstiftung diskutiert. Aus welchen Mitteln haben wir denn die Zukunftsoffensive „Jugend – Arbeit – Zukunft“ finanziert? Das war genau aus Mitteln der Landesstiftung.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es! – Abg. Ruth Weckenmann SPD: Das ist doch im Haushalt!)

Wir haben Mittel aus der Landesstiftung in diesen Bereich gesteckt.

Dazu möchte ich sagen: Wenn ich für Jugendliche solche Programme stricken muss, dann zeigt das natürlich auch – das muss ich noch einmal sagen –, dass wir offensichtlich erst dann eingreifen, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist.

(Abg. Wieser CDU: So ist es!)

Das ist die Konsequenz aus PISA. Wir wissen genau, wo das Problem liegt: Wenn die jungen Menschen aus der

(Dr. Noll)

Schule kommen, sollten sie eigentlich in der Lage sein, die angebotenen Ausbildungsplätze auszufüllen. Dies ist also natürlich auch ein bildungspolitisches Thema. Da sind alle gefordert. Übrigens finde ich es ganz gut, dass sich die Wirtschaft in diese Debatte inzwischen ein Stück weit mehr einklinkt und wir das nicht nur den klassischen Bildungspolitikern überlassen.

Das Thema „ältere Arbeitslose“ haben wir bereits heute Mittag diskutiert. In der Tat muss da ein Umdenken einsetzen, insbesondere auch bei den Betrieben. Heute Mittag ist ganz klar geworden: Wir brauchen lebenslanges Lernen, Qualifizierung und Arbeitsplatzgestaltung entsprechend den Bedürfnissen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das ist keine Frage.

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Es gibt auch welche, die sagen: Weg mit dem zweiten Arbeitsmarkt! Ich stehe dazu: Der zweite Arbeitsmarkt soll nicht mit dem ersten in Konkurrenz treten. Das ist aber seltener der Fall, als man gemeinhin glaubt. Das hören wir immer wieder. Die betreffenden Akteure müssen sich nämlich vorher mit der IHK ins Benehmen setzen, ob ihr Vorhaben nicht vom ersten Arbeitsmarkt abzudecken ist. Das Problem ist also gar nicht so groß.

Wir brauchen aber für eine bestimmte Klientel mit Sicherheit dauerhaft Unterstützung am Arbeitsplatz. Das sind Menschen, die bestimmte Defizite haben. Im Heilbronner Raum ist zum Beispiel aus einer Obdachloseninitiative eine Beschäftigungsgesellschaft entstanden. Frau Kollegin Berroth aus Renningen hat eine ähnliche Initiative mit aus der Taufe gehoben. Es sollte jedem klar sein: Wir werden sicherlich immer, egal wie gut der Arbeitsmarkt funktioniert, diese Programme im zweiten Arbeitsmarkt brauchen.

Trotzdem glaube ich, manchmal wäre es besser, nicht ständig neue Programme für diese Träger stricken zu müssen. Wir sollten klar sagen, dass dieser Bereich wirklich mit dem Sozialministerium zu tun hat, aber im Grunde genommen nichts mehr mit der klassischen Arbeitsverwaltung und deren Geldern. Deshalb empfiehlt sich auch eine klare Zuordnung.

Wenn ich gerade bei der Arbeitsverwaltung bin: Es ist schon ein Skandal, was in der Arbeitsverwaltung passiert ist. Aber meistens braucht es in der deutschen Politik Skandale, bevor man überhaupt aktiv wird. Wenn man sich einmal klar macht, dass in deren eigentlichen Kernkompetenz, nämlich der Vermittlung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den ersten Arbeitsmarkt, gerade einmal 10 % des Personals tätig sind und die restlichen 90 % allerlei Verwaltungsarbeiten und Bürokratie zu bewältigen haben,

(Abg. Capezzuto SPD: Schon vor 1989! – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

dann kommt man zum Ergebnis, dass es höchste Zeit war, aufgrund der gefälschten Vermittlungsdaten endlich zu handeln.

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Wir dürfen gespannt sein, was Herr Gerster in dieser Hinsicht zustande bringt.

(Abg. Dr. Birk CDU: Er hat das aber zur Chefsache gemacht; das macht mich stutzig!)

Zum Thema private Arbeitsvermittler: Manchmal erfüllt es einen Liberalen schon ein bisschen mit Genugtuung, wenn mit deutlicher Verzögerung und nach langem Nachdenken plötzlich Dinge, die von Ihnen zunächst mit sehr spitzen Fingern angefasst worden sind, selbstverständlich werden. Selbstverständlich muss neben dem staatlichen überbürokratischen Apparat private Konkurrenz zugelassen werden. Darüber freue ich mich sehr. Nur bitte ich jetzt, da auch ein bisschen Geduld zu haben. Die bisherige Entwicklung ist offensichtlich nicht so berauschend. Aber Sie sollten auch bedenken: Wir diskutieren noch nicht sehr lange über dieses Thema. Also lasst die Dinge da durchaus in Konkurrenz wachsen.

Letzte Bemerkung: Es muss natürlich auch möglich sein – der Kollege Wieser hat es gesagt –, Programme daraufhin zu evaluieren, ob sie dem Ziel, das wir uns vorgenommen haben – er hat es ja benannt –, dienen, und dann zu entscheiden, ob wir sie weiter durch Landesmittel kofinanzieren wollen. Wenn übrigens – was ja auch passieren soll – Mittel manchmal schlicht und einfach nicht mehr abgerufen werden, dann ist es überhaupt nichts Illegitimes, einmal zu fragen: Muss das unbedingt mit aller Gewalt am Leben erhalten werden, oder können wir da ein Stück weit zurückfahren? Verfallen Sie da nicht immer gleich in Panikgeschrei, sondern arbeiten Sie mit uns daran, dass die Träger da, wo sie sinnvolle Arbeit leisten – ich denke insbesondere an die von mir genannte Klientel, die häufig dauerhaft Unterstützung braucht –, Finanzierungssicherheit haben. Ich verlasse mich eigentlich schon auf die Aussage unseres Sozialministers und der Frau Staatssekretärin Lichy, dass in diesen Fällen die Kofinanzierung durch das Land auch künftig gesichert werden wird.

Damit wollte ich eigentlich schließen, um nachher für den Kollegen Hofer noch etwas übrig zu lassen. Jetzt muss ich aber doch dem lieben Kollegen Wieser noch einen Satz sagen: Ich halte es nicht für gut, in dieser Arbeitsmarktdebatte das Thema Arbeitslosigkeit und das Thema Zuwanderung gegeneinander auszuspielen.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP und Boris Palmer GRÜNE – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sehr gut! – Abg. Wieser CDU: Das hat doch niemand gemacht! – Abg. Fleischer CDU: Nicht auszuspielen, aber zu behandeln! – Abg. Hauk CDU: Das hängt doch damit zusammen!)

Selbstverständlich muss unser Bemühen sein, unseren deutschen Mitbürgerinnen und Mitbürgern die Chance der verbesserten Ausbildung und der Qualifizierung zu bieten. Aber wenn Sie heute Morgen über den Fachkräftemangel in verschiedenen Berufen mitdiskutiert haben, dann wissen Sie auch, dass wir zumindest mittel- und langfristig – nicht ausschließlich, aber auch – zur Finanzierung der umlagefinanzierten Sozialsysteme eine gesteuerte Zuwanderung brauchen. Ich glaube, da sind wir auch gar nicht so sehr weit auseinander.

Ich bitte nur noch einmal herzlich, die Argumentation in dieser Debatte nicht zuzuspitzen nach dem Motto: Wir wollen die Arbeitslosen fördern, und die anderen wollen

(Dr. Noll)

die Fremden hereinlassen. So ist es, glaube ich, nicht, und das sollten wir dann auch dem Publikum nicht so vermitteln, sondern wir sollten verantwortlich mit diesem Thema umgehen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Abg. Fleischer CDU: Da haben Sie nicht richtig zugehört!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Frau Abg. Lösch.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte mich in meinem Redebeitrag auf die aktive Rolle des Landes Baden-Württemberg in der Arbeitsmarktpolitik – Fragezeichen – beschränken.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Aber dann sind Sie ja mit Ihrer Rede schon am Ende!)

– Ich sagte ja: Fragezeichen. – Im Hinblick auf die Verantwortlichkeiten im Bereich der Arbeitsmarktpolitik konzentriert sich die Landespolitik auf wenige Felder, aber sie konzentriert sich auf Projekte, die landesspezifische Probleme aufgreifen, auf die Kofinanzierung und auf die Verzahnung von Beschäftigungsförderungen mit der Wirtschaftspolitik.

Im Kanon der Länder gehört Baden-Württemberg eher zu den wenig innovativen Regionen. Sichtbarer als die Impulse sind die Bremsspuren, wenn es um neue, innovative Ansätze geht, die es zu erproben gilt. Baden-Württemberg beschränkt sich darauf, bestehende Programme fortzuführen oder, wie wir jetzt gesehen haben, zu reduzieren.

Meine Damen und Herren, wenn man sich anschaut, was mit dem Programm „Jugend – Arbeit – Zukunft“ und mit dem Programm „Arbeit und Zukunft für Langzeitarbeitslose“ geschehen ist, dann muss man einfach feststellen, dass im Doppelhaushalt 2002/2003 diese Programme um 70 % gekürzt worden sind.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Das ist tatsächlich ein Ausstieg aus der Verantwortung für benachteiligte Jugendliche und Langzeitarbeitslose, und das ist ein Skandal.

(Beifall des Abg. Rudolf Hausmann SPD – Abg. Rudolf Hausmann SPD: Jawohl, das ist ein Skandal! Genau so ist es!)

Ich erinnere an die großen Worte und Ankündigungen vor einem Jahr im Hinblick auf die Reduzierung der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit, ich verweise auf die Koalitionsvereinbarung – ich zitiere jetzt einmal daraus –:

Die Landesregierung trägt mit einer guten Bildung und Ausbildung dazu bei, dass junge Menschen gute Chancen am Arbeitsmarkt haben. Sie wird darüber hinaus die flankierenden Maßnahmen zur Integration jugendlicher Arbeitsloser mit Ausbildungsdefiziten oder sozialen Problemen sowie Langzeitarbeitsloser und Schwerbehinderter in den ersten Arbeitsmarkt fortsetzen.

Nun muss man feststellen, dass das, was Sie jetzt gemacht haben, diesen Ankündigungen überhaupt nicht entspricht: Versprochen und schon nach einem Jahr gebrochen. Sie haben den Leuten nur Versprechungen gemacht. Wir haben auch erlebt, dass dafür ziemlich fadenscheinige Argumente angeführt werden. Vorhin haben wir das auch wieder festgestellt. Zum einen ist es ein fadenscheiniges Argument, dass die ESF-Mittel den Ausfall ersetzen könnten. Das stimmt überhaupt nicht, da die ESF-Mittel nur als Kofinanzierungsmittel benutzt werden können; wenn das Land seine Mittel reduziert, werden auch die ESF-Mittel reduziert. Zum anderen geht es um das Thema Evaluieren, das Herr Kollege Noll gerade angesprochen hat. Mich erstaunt schon, dass man ein Programm jetzt evaluieren will, nachdem man es gekürzt hat. Das ist die völlig falsche Reihenfolge.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Normalerweise nimmt man zuerst eine Evaluation vor, und nach dem Vorliegen der Ergebnisse kann man dann sagen: So und so stimmt es nicht, und dann kann man kürzen. So herum wird ein Schuh daraus.

Das Neueste, was man jetzt immer hört, ist, dass die Bundespolitik und das Programm JUMP unsere Programme überflüssig gemacht hätten. Auch dieses Argument trifft nicht zu. JUMP hat eine völlig andere Zielgruppe. JUMP setzt auf Qualifizierung, JUMP setzt tatsächlich auf jene Jugendliche, die man sehr schnell für den ersten Arbeitsmarkt qualifizieren kann. Man kann zwar sagen, dass man einen zweiten Arbeitsmarkt ablehne oder ihn nicht gut finde, aber man muss zur Kenntnis nehmen, dass es diesen zweiten Arbeitsmarkt gibt.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das bestreitet ja niemand!)

Die Zielgruppe der beiden Landesprogramme „Arbeit und Zukunft für Langzeitarbeitslose“ und „Jugend – Arbeit – Zukunft“ sind Personen mit besonderen Problemen auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere Jugendliche mit Bildungsdefiziten, gering qualifizierte Frauen und ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Diese Zielgruppe wird mit JUMP zum größten Teil nicht erreicht. Deshalb brauchen wir nach wie vor Programme, die unterhalb des JUMP-Programms angesiedelt sind. Viele dieser Projekte finanzieren sich mit Geldern aus den Landesprogrammen. Das sind keine Gelder, die aus der Landesstiftung kommen, sondern Gelder, die ganz normal im Doppelhaushaltsplan enthalten waren. Deshalb ist das Argument, dass dies Landesstiftungsgelder seien, falsch.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: „Jugend – Arbeit – Zukunft“ habe ich gemeint!)

Für viele Projekte, die sich mit Geldern aus den Landesprogrammen finanziert haben, ist die Landesförderung als Kofinanzierungsteil überlebenswichtig.

Der Anteil der Langzeitarbeitslosen ist auch in Baden-Württemberg nach wie vor hoch. Wie haben eine strukturell verfestigte Arbeitslosigkeit. Sozialminister Dr. Repnik fordert nun die Arbeitgeber dazu auf, wie der Presse zu

(Brigitte Lösch)

entnehmen war, weniger gut qualifizierten Schulabgängern doch eine Chance zu geben. Dies ist ein ziemlich scheinheiliges Argument und zeugt nicht gerade von großer Einsatzfreude und Innovation. Statt Berechenbarkeit und verlässlicher Übernahme

(Abg. Fleischer CDU: Aber das ist doch auch wichtig!)

von Verantwortung wird die Last der Finanzierung dieser Projekte nun wieder auf die Kommunen abgewälzt.

(Abg. Fleischer CDU: Aufmuntern!)

So sollte verlässliche Landespolitik nicht mit den Partnern umgehen.

(Abg. Fleischer CDU: Alle zusammen! Ja, ja, oje!)

Ich möchte zum Schluss noch ein Thema ansprechen, das heute noch nicht angesprochen worden ist: Das ist die Umsetzung des Gender Mainstreaming. Wenn es um den Zugang zum Arbeitsmarkt, um berufliche Aufstiegschancen oder um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie geht, sind die Chancen zwischen Frauen und Männern nach wie vor nicht gerecht verteilt. Deshalb wird in den Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedsstaaten der EU seit 1999 eine Verstärkung der Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern gefordert. Leider ist dieser Gender-Mainstreaming-Ansatz im ESF-Verfahren bei der Landesregierung zwar rhetorisch angekommen, aber noch nicht in der Praxis. Auch in den regionalen ESF-Arbeitskreisen besteht nach wie vor keine oder nur eine ganz geringe Sensibilisierung für die Gender-Mainstreaming-Strategie.

Was heißt das? Die Anwendung des Prinzips des Gender Mainstreaming bedeutet, dass alle Projektanträge einen erkennbaren Beitrag zur Gleichstellung von Frauen und Männern leisten müssen. Auf diese Weise sollen bestehende strukturelle Ungleichheiten beim Zugang zum Arbeitsmarkt abgebaut bzw. ausgeglichen werden. Die bisherige Praxis – dazu kann vielleicht Frau Staatssekretärin Lichy nachher etwas sagen – bei der Umsetzung und Bewilligung lässt jedoch in Baden-Württemberg noch sehr zu wünschen übrig. Bis heute ist unklar, nach welchen Kriterien das Sozial- bzw. das Wirtschaftsministerium bzw. die L-Bank die eingehenden Anträge beurteilt und entscheidet. Unklar ist auch, wie auf der Steuerungsebene dafür gesorgt wird, dass dieser Gender-Mainstreaming-Ansatz tatsächlich praktiziert wird.

Schließlich ist die verpflichtende Einbeziehung von Frauenbeauftragten oder -vertreterinnen, die nicht in allen Arbeitskreisen gewährleistet ist, ein Problem. Dazu möchte ich Ihnen einen konkreten Fall aus Konstanz schildern. Die Konstanzer Frauenbeauftragte, die ausdrücklich zu den Mitgliedern des regionalen Arbeitskreises gehört und auch von verschiedenen Organisationen zur Übernahme dieser Funktion aufgefordert worden ist, ist bis heute noch nicht ein einziges Mal zu einer Arbeitskreissitzung eingeladen worden, weil der verantwortliche Regierungspräsident seit Jahren die Notwendigkeit einer Frauenbeauftragten infrage stellt. Ähnliche Fälle gibt es mehr.

(Unruhe bei der CDU – Abg. Boris Palmer GRÜNE zur CDU: Ihr solltet ihr zuhören! Das ist euer Problem!)

Das heißt, da besteht nach wie vor ein großer Handlungsbedarf. Gender-Trainings sind vom Sozialministerium für nächstes Jahr angekündigt. Warum macht man diese nicht schon in diesem Jahr? Und: Müssen nicht die Regierungspräsidenten und Regierungspräsidenten ganz dringend so ein Gender-Training bekommen?

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Ruth Weckemann SPD: Du hast welche vergessen! Die Kollegen bräuchten es auch! – Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Frau Staatssekretärin Lichy.

Staatssekretärin Johanna Lichy: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es war ja schon heute früh – das ist auch hier noch einmal angeklungen – zu befürchten, dass wir eine Stellvertreterdiskussion führen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Da meinen Sie jetzt den Wieser, gell?)

– Nein. Aber die Opposition lenkt ab

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Auf der Bundesebene, jawohl! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ja, ja!)

von ihrer eigentlichen Verantwortung für den Arbeitsmarkt und will hier beim Land Versäumnisse anprangern, für die wir absolut nicht zuständig sind.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Die Tricksereien vom Wieser meinen Sie, sonst nichts!)

Jetzt komme ich der Reihe nach zu den Anfragen und Anträgen, wie Sie sie gestellt haben und wie sie unser Haus auch beantwortet hat.

Zunächst einmal zu der Großen Anfrage der Fraktion der SPD. Ich möchte vorneweg feststellen: Für den Arbeitsmarkt ist primär der Bund zuständig.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Das hat auch niemand bestritten!)

Alles, was das Land mit seinen Programmen gemacht hat, waren und sind freiwillige Leistungen: In den Zeiten der schwierigen Arbeitsmarktsituation haben wir dort, wo der Bund verantwortlich ist, im Land strukturierende Maßnahmen ergriffen, um mit den Problemen fertig zu werden. Wir haben mit den Landesprogrammen auch maßgeblich bei den Kommunen, die in diesem Themenbereich sowie mit der beruflichen Eingliederung von Sozialhilfeempfängern sehr schwer belastet sind, und auch bei den arbeitslosen Jugendlichen in besonderen Problemlagen angesetzt.

Wir haben uns trotz unumgänglicher Kürzungen – wir alle haben die Zielvorgabe der Nullverschuldung im Landeshaushalt beschlossen – keineswegs aus den Programmen zurückgezogen. Das sind Programme, die sich auf den

(Staatssekretärin Johanna Lichy)

zweiten Arbeitsmarkt beziehen. Wir mussten kürzen, haben aber Maßnahmen, die auch für die strukturelle und die zukünftige Entwicklung wichtig sind, beibehalten. Ich möchte nur ein paar Stichpunkte nennen: das berufspraktische Jahr, die Aktionen „Jugend und Computer“ des Landesprogramms „Jugend – Arbeit – Zukunft“, das nach wie vor besteht,

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Ja, ja! Babyformat!)

und auch das Landesprogramm „Arbeit und Zukunft für Langzeitarbeitslose“. Wir haben ja heute früh schon ausführlich über diesen Themenbereich gesprochen.

Darüber hinaus haben wir – auch da wird einiges miteinander vermischt – die Kofinanzierungsmittel des Landes zu den Mitteln des Europäischen Sozialfonds ausgeweitet. Denn auch in der Zielbeschreibung der ESF-Mittel wird ganz primär die Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt, aber auch die Qualifizierung und die Prävention festgelegt.

Hier haben wir landespolitisch angesetzt. Wir haben zum Beispiel im präventiven Bereich – und da ist es notwendig; wir haben doch alle die Defizite erkannt, die bei Jugendlichen, die die schulischen Abschlüsse nicht haben, bestehen – Maßnahmen ergriffen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Genau!)

Ich möchte an die Programme „Jugendsozialarbeit an den Schulen“ erinnern, die früher ansetzen. Wir haben bei den Kinderbetreuungen angesetzt, damit die Vereinbarkeitsfrage besser geregelt wird. Das sind präventive Maßnahmen, die sich auch arbeitsmarktpolitisch auswirken.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Hier leistet das Land wirklich wertvolle Hilfen, um eben dieses Ziel zu erreichen.

Dann muss ich noch einmal ganz deutlich sagen – heute früh gab es ja schon diese Diskussion –: Die eigentliche Verantwortung trägt der Bund. Wir haben – Herr Abg. Wieser hat es gesagt –

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Ja wo ist er denn?)

beispielsweise im Arbeitsmarktbereich des produzierenden Gewerbes im Land, wo wir sehr stark waren, wegen der strukturellen Umbrüche neue Arbeitsplätze in den innovativen Bereichen, in den zukunftsträchtigen Bereichen, in den Dienstleistungsbereichen geschaffen. Wir haben als Land nicht nur einen großen Zuzug gemeistert, die Leute in den Arbeitsmarkt integriert, sondern Baden-Württemberg ist heute – ob Ihnen die Zahlen gefallen oder nicht; ich habe es heute früh schon einmal gesagt – neben Bayern mit 5,2 % das Land mit den Bestmarken in der Arbeitslosigkeit.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Rudolf Hausmann SPD: Seit Schröder! Vorher war es negativ!)

Bayern hat in diesem Fall sogar 5,6 %, und das bei den Umstrukturierungsmaßnahmen, die das Land bewältigt hat.

Es ist doch ganz klar: Auf einem hohen Niveau muss ich eigentlich nicht so viele Leute in den ersten Arbeitsmarkt integrieren, wie das in anderen Ländern der Fall ist, die eine höhere Arbeitslosigkeit haben, die überhaupt keine Arbeitsperspektive haben.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Genau!)

Da werden zweierlei Dinge miteinander verglichen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Äpfel mit Birnen vergleichen!)

Deshalb: Dieser Versuch der Opposition – auch die Zwischenrufe heute den ganzen Tag über und diese Reaktionen beweisen es –, von der eigenen Problematik abzulenken, ist pure Nervosität. Denn die Opposition hier, die SPD, Rot-Grün, die beim Bund verantwortlich sind, trifft man natürlich mit dem Thema Arbeitsmarktpolitik im Mark ihrer Existenz.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das ist der Horizont: der 22. September. Da ist natürlich eine Nervosität zu spüren,

(Zuruf der Abg. Marianne Wonnay SPD)

die man hier auf die Situation im Land ablenken will.

Vorhin hat Ihnen das Wort „Pharisäertum“ nicht gepasst. Da kann man auch ein anderes Bild nehmen und sagen: der Balken im eigenen Auge. Da haben Sie einiges zu tun. Das wollen Sie ganz aus dem Blickfeld nehmen.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Was macht denn der Bund? Jetzt will ich davon sprechen, was der Bund macht – darüber haben Sie kein Wort geredet –: Auch der Bund muss seinen Haushalt konsolidieren.

(Abg. Fleischer CDU: Ja!)

Wissen Sie, wie er das macht? Obwohl er verantwortlich ist für die Arbeitsmarktpolitik, hat er das auf Kosten der Arbeitsmarktpolitik gemacht; denn der Bund hat sich aus der finanziellen Verantwortung herausgestohlen und hat sie den Beitragszahlern aufs Auge gedrückt.

Ich nenne Ihnen einige Beispiele, wo die Beitragszahler weiter zur Kasse gebeten werden. Beispielsweise standen vor drei Jahren, im Jahr 1999, im Haushalt des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales noch 2,2 Milliarden € für arbeitsmarktpolitische Fördermaßnahmen zur Verfügung. In diesem Jahr sind es gerade noch 315 Millionen €. Das ist ein Siebtel. Der Bundeszuschuss für die Bundesanstalt für Arbeit ging von 5,6 Milliarden € auf jetzt 2 Milliarden € zurück. Das hat sich beim Land natürlich auch auf den Eingliederungstitel – wir haben als öffentliche Bank mit einer Stimme gar nicht das Mitspracherecht, das Sie vorhin angemahnt haben – dermaßen ausgewirkt, dass wir jetzt noch 90 Millionen € zur Verfügung haben.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Wegen gesunkener Arbeitslosigkeit, Frau Lichy!)

(Staatssekretärin Johanna Lichy)

– Ja, also bitte, jetzt geben Sie zu, dass unsere Arbeitsmarktsituation viel besser ist. – Aber es gibt auch einen Faktor der Eingliederungshilfen für diejenigen, die strukturelle Probleme haben.

(Zuruf des Abg. Rudolf Hausmann SPD)

– Na ja, wir können diese Diskussion ein anderes Mal weiterführen. – Ich höre kein Wort von Ihnen zu diesen Dingen.

(Abg. Bebber SPD: Das kommt noch!)

– Ja, das kommt noch, weil Sie natürlich sehr genau wissen, dass Sie an diesen Zahlen gemessen werden.

Ich möchte das Zitat, das Herr Abg. Wieser gebracht hat, wiederholen: Der damalige Kanzlerkandidat Schröder hat bei einem Arbeitslosenstand von 4 Millionen gesagt, wenn er es nicht schaffe, diese Marke um 500 000 zu unterschreiten, wolle er nicht mehr Kanzler sein. Na ja, das ist natürlich die jetzige Situation: 3,96 Millionen Arbeitslose.

Jetzt sage ich noch etwas zu den ESF-Mitteln, weil dazu auch detaillierte Fragen gestellt wurden: Seit 2001 läuft das ESF-Programm in vollem Umfang, und wir haben hier mehr Mittel als in der letzten Förderperiode zur Verfügung. Beispielsweise haben im Jahr 2000 insgesamt 15 000 Menschen am ESF-Förderprogramm teilgenommen, 2001 waren es bereits 42 000 Personen in unserem Land, und primäres Ziel sind Prävention, Qualifikation und Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt.

Wenn wir hier also von Veränderungen und von Kürzungen bei diesen Landesprogrammen für den zweiten Arbeitsmarkt reden, ist völlig aus dem Blickwinkel getreten, wie viel wir für die ESF-Förderung an Kofinanzierungsmitteln zur Verfügung stellen.

Weil Sie dabei auch die frauenspezifische Förderung angesprochen haben: Es gibt zusätzlich zu der üblichen Kofinanzierung eine Förderung in Höhe von 2,5 Millionen € insbesondere für innovative Maßnahmen und auch speziell für frauenspezifische Maßnahmen, damit entsprechende Projekte vor Ort gefördert werden können.

Auch dazu, Frau Abg. Lösch: Mir ist sehr wohl klar, dass die Umsetzung des Gender Mainstreaming nicht am guten Willen, sondern teilweise an mangelnden Kenntnissen scheitert. Wir haben die Richtlinien für die Projekte so definiert, dass dieses Kriterium berücksichtigt werden muss. Wir sehen aber auch, dass vor Ort teilweise das Know-how noch fehlt. Baden-Württemberg ist das erste Bundesland, das deshalb damit angefangen hat – und dies auch fortführt –, Fortbildungsmaßnahmen zu diesem Thema anzubieten.

In den Richtlinien ist auch enthalten, dass vor Ort entweder die Frauenbeauftragte oder die Personalverantwortlichen der zuständigen Kreise jemanden entsenden, um dieses Kriterium zu berücksichtigen. Wenn diese frauenspezifischen Förderkriterien nicht berücksichtigt sind, werden Projekte auch nicht bewilligt.

Den einzelnen Fall, den Frau Abg. Lösch genannt hat, kenne ich auch. Das Regierungspräsidium hat gar nichts damit zu tun, sondern der Landkreis hat seine Beauftragte und

nicht die Frauenbeauftragte von Konstanz hingeschickt. Das ist das ganze Thema. Man kann also hier nicht das Regierungspräsidium und alles andere in einen Topf werfen. So ist die Situation: entweder Personalverantwortliche der zuständigen Gebietskörperschaft oder, soweit delegiert wird, die Frauenbeauftragte. Das dazu.

Es gibt jetzt natürlich – ich weiß, dass Sie das nicht hören wollen; und wir haben auch schon genug darüber gesprochen – noch etwas zum zweiten Antrag zu sagen, zu der Situation in Baden-Württemberg und im Bund. Aber wenn wir schon zur Arbeitsmarktsituation insgesamt reden: Wir haben beispielsweise bei dem Themenbereich Langzeitarbeitslose trotz Umstrukturierung – ich habe es heute früh schon gesagt – einen Rückgang um 25 % zu verzeichnen. Der Bund hat gerade mal 50 000 Personen insgesamt geschafft.

Und zum Reformbedarf: Die vielen Reformen, die man seitens der rot-grünen Regierung vollmundig angekündigt hat, sind doch alle nicht das geworden, was sie sein sollten, nämlich fortschrittlich, sondern sie waren rückschrittlich. Ich will nicht mehr alles aufzählen, aber die meisten Reformen sind an Bürokratie, an Kontrolle, an Einengungen und an Flickschusterei gescheitert.

Wo sind wir denn heute in Deutschland bei Wachstum und Beschäftigung?

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Dort, wo wir vor acht Jahren auch waren!)

Wir sind doch Hinterbänkler in Europa geworden.

(Zurufe von den Grünen)

Wenn ich dazu – –

(Lebhafte Zurufe von der SPD)

– Was hat man nicht alles angestellt, damit man den blauen Brief nicht bekommt!

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Das ist echt unglaublich!)

Jetzt möchte ich Ihnen etwas sagen: Natürlich ist der Arbeitsmarkt ein Prozess, der eng mit Wirtschaft und Wachstum zusammenhängt. Da können Sie nicht auf das hinweisen, was vor zehn Jahren passiert ist, sondern es geht um die jetzige Legislaturperiode, für die diese Regierung verantwortlich ist. Wenn der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, wenn die Benchmarking-Berichte, die von der Bundesregierung veranlasst waren, wenn die Analysen und Forderungen der internationalen Organisationen, wenn die Expertisen von Fachleuten, wenn das alles in den Wind geschlagen wurde und man alles besser gewusst hat, so ist das Besserwisserei, ja eine Ignoranz der Besserwisserei.

Was ist nun das Thema? Keine dieser Reformen war ein Erfolg, sondern die Reformen haben mehr Probleme bei den Beiträgen und bei den Lohnnebenkosten bewirkt. Ich denke nur an das 630-DM-Gesetz. Durch dieses ist eine große Anzahl von geringfügigen Beschäftigungen weggebrochen; sie gingen um die Hälfte zurück. Der Arbeitsmarkt ist auf andere Arbeitskräfte ausgewichen. Der größte

(Staatssekretärin Johanna Lichy)

Markt in diesem Bereich ist der Schwarzmarkt, die Schattenwirtschaft. Das Gleiche geschah mit der Scheinselbstständigkeit, die man in einem Schnellschuss reformiert hat. Man musste diese Reformen zurücknehmen und hat nachgebessert. Das hat junge Existenzgründer in den Ruin gebracht; viele von ihnen haben aufgehört. Alle anderen Maßnahmen, die auch als so genannte arbeitssichernde Maßnahmen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber in neue Gesetzgebungen eingeflossen sind – heute früh wurde es auch von dem Abgeordneten Schuhmacher gesagt, der selbst erfolgreicher Mittelständler ist –, waren im Grunde genommen kontraproduktiv.

Heute steht in der Tageszeitung meiner Heimatstadt die große Überschrift „Der Mittelstand stirbt still und leise“. Das wird sich in der Nachfolge der Konjunktorentwicklung jetzt erst voll einstellen. Der Mittelstand versucht seit langem, das alles auszugleichen, aber gegenwärtig kommt die größte Insolvenzwelle der Nachkriegsgeschichte auf uns zu. So sieht es tatsächlich aus.

Wenn man nun, wie heute früh, großspurig darauf hinweist, das Bündnis für Arbeit habe den Erfolg gebracht, so muss man dem entgegenhalten, es war doch – Schwäbisch gesagt – Matthäi am Letzten, als dieses Bündnis kam. Da war die „zupackende Hand“ fast eingeschlafen. Meine linke Hand funktioniert zwar auch nicht, aber rechts kann ich immer noch sehr gut reagieren.

Es ist wirklich wahr: Das Job-AQTIV-Gesetz wurde erst gemacht, als die Arbeitslosenzahlen völlig aus dem Ruder gelaufen waren. Es kam viel zu spät. Schließlich hat man dann eine Ausweitung des Mainzer Modells nachgeschoben.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist besser!)

– Das ist besser, und das läuft in den Kreisen auch sehr gut.
– Wir hatten lange vorher mit unserem Einstiegsmodell Initiativen ergriffen. Wir sind bei unseren Bundesratsinitiativen „heruntergebügelt“ worden. Wir werden aber das Gesetz noch einmal im Bundesrat einbringen. Aufgrund der neuen Mehrheitsverhältnisse haben wir die Hoffnung und auch die Aussicht, dass es den Bundesrat passieren wird. Was allerdings die Bundesregierung daraus macht, vermag ich jetzt, drei Monate vor der Wahl, nicht mehr zu prognostizieren. So ist man also mit unseren Gesetzesinitiativen umgegangen, und jetzt steht die Bundesregierung in der Pflicht.

Nun möchte ich, weil Sie die Statistik ansprachen, noch ein paar Sätze zu dem Punkt c, nämlich zum Antrag der CDU-Fraktion, sagen. Im Februar 2002 kam die Reform der Bundesanstalt für Arbeit ins Rollen; aber nicht deshalb, weil die Bundesregierung aktiv etwas verbessern wollte. Man hat plötzlich Fehler gefunden, ich weiß nicht von wem, und es war eine hektische Reaktion, als die Arbeitsmarktzahlen derart in den Keller gefallen sind. Die fehlerhafte Vermittlungsstatistik war die Ablenkung, die rettende Situation. Man hat plötzlich festgestellt, dass die Vermittlungszahlen zu 70 % falsch waren.

Wie sieht die Reform der Bundesanstalt für Arbeit aus? Jetzt tut sich nichts mehr. Es gab, wie Herr Abg. Wieser gesagt hat, nur Änderungen in den Führungsstrukturen der

Bundesanstalt. Aber wo bleiben die Konzepte? Dann hat man Herrn Jagoda in die Wüste geschickt, denn man braucht ja immer einen Sündenbock. Die Bundesregierung hätte doch längst – sie ist seit einer ganzen Legislaturperiode in der Verantwortung – die Vermittlungsstatistik anprangern können. Jagoda war nicht derjenige, der das zu verantworten hat.

(Abg. Schmiedel SPD: Natürlich war er es, wer sonst?)

Die Bundesregierung hat diese gefälschten Vermittlungsstatistiken vorher nicht in die Öffentlichkeit gebracht.

(Lachen bei der SPD und bei den Grünen)

Und was macht Gerster jetzt? Ich will niemanden falsch verteidigen, aber ich will sagen, dass auf diese große Aktion bisher nichts folgte. Das Einzige: Gerster hat zuerst gesagt, die Subventionierung der ABM-Maßnahmen müssten wir streichen, und vor wenigen Tagen hat er dann gesagt, die müssten wir erhöhen. Das ist doch Flickschusterei. So geht die Diskussion hin und her, und sonst geschieht nichts. Die Opposition hat uns heute ein Paradebeispiel dafür geliefert, wie man das Handeln der Bundesregierung auf ein Land projizieren will. Das hat man heute lernen können. Ähnliches hat gestern schon jemand gesagt in der Hoffnung, dass etwas hängen bleibt und man von den eigentlichen Jobproblemen ablenkt. Ich bin überzeugt, diese Strategie geht nicht mehr auf.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Dann gewinnen wir die Wahl!)

– Jawohl, wir gewinnen die Wahl. Die Bürgerinnen und Bürger haben diese Strategie durchschaut. Diese Quittung wird kommen, und ich denke, das ist gut so.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Frau Abg. Weckenmann.

Abg. Ruth Weckenmann SPD: Herr Wieser, ich freue mich sehr, dass Sie wieder da sind.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

– Ja, ich freue mich, dass ich auch einmal jemand Älteres aufklären darf.

(Unruhe und Zurufe – Beifall bei der SPD)

Wenn Sie Angst haben, dass bei uns Leute für Niedrigstlöhne arbeiten, dann helfen Sie uns doch. Wir machen das Tariftreuegesetz, und dann bekommen wir das geregelt. Über das Zuwanderungsgesetz bekommen wir das nicht geregelt, Herr Wieser.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Gedächtnis der Regierungsfractionen hier im Land ist schlecht. Aber ich habe auch gelernt, dass sich das Gedächtnis trainieren lässt, und jetzt können wir doch gemeinsam mit der ersten Übung anfangen.

(Ruth Weckenmann)

Also: Wenn Sie heute Abend noch wissen, dass 1998 4,3 Millionen Menschen arbeitslos waren, dann war es ein Erfolg.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

– Das wissen Sie noch, prima. – Und wenn Sie auch noch wissen, dass wir einen enormen Anteil schwerbehinderter und älterer Arbeitnehmer im Bestand hatten, ist das auch ein Riesenerfolg. Wenn Sie jetzt auch noch zur Kenntnis nehmen, dass wir in der Zwischenzeit 3,9 Millionen Arbeitslose haben, fast 400 000 weniger, dann –

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Aber 3,5 Millionen hat er versprochen!)

– 3,5 Millionen ist eine stolze Zahl. Diese Zahl werden wir 2003 erreichen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

3,9 Millionen Arbeitslose haben wir jetzt erreicht, und 1,5 Millionen neue Beschäftigungsverhältnisse haben wir geschaffen. Da konnten Sie nicht mithalten.

In Baden-Württemberg hat die Arbeitslosigkeit seit 1998 um 20 % abgenommen. Jetzt sagen Sie, das hätten Sie erreicht. Ja, bitte, warum haben Sie denn bis 1998 geschlafen? Warum haben Sie eine rot-grüne Bundesregierung gebraucht,

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

um endlich einmal aktiv zu werden?

(Abg. Fleischer CDU: Ihr Koalitionspartner in Berlin hat uns das hinterlassen!)

Die Prioritäten für den Rückgang der Zahl der Arbeitslosen in Baden-Württemberg – Ältere, Schwerbehinderte und Langzeitarbeitslose – wurden in Berlin und bei der Bundesanstalt für Arbeit gelegt. Das hat sich als sehr gut erwiesen.

(Zurufe, u. a. der Abg. Dr. Noll FDP/DVP und Scheuermann CDU – Abg. Seimetz CDU: Niedersachsen, Niedersachsen! – Anhaltende Unruhe)

– Jetzt schreien Sie nicht, sondern hören Sie zu.

(Glocke der Präsidentin)

Auch Landesarbeitspräsident Schade hat das erklärt. Auch er hat Ihnen ja eine Unterrichtung gegeben.

(Abg. Fischer SPD: Aber die hat nichts genützt!)

Es war das Bündnis für Arbeit.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ein guter Mann, der Herr Schade!)

– Ja, das würde ich unterstreichen; das hat manchmal nichts mit der Partei zu tun.

Schauen wir uns das JUMP-Programm an. Dadurch sind 400 000 Jugendliche in Arbeit oder in Qualifikationsmaßnahmen gekommen. Das waren doch junge Menschen, von

denen wir alle wussten, dass es für uns gesellschaftlich nicht tragbar ist, für sie nichts zu machen. Seien wir doch stolz und freuen wir uns doch darüber, dass es gelungen ist, diese jungen Leute zu erreichen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Schauen wir uns noch einige Zahlen an: Bei der Jugendarbeitslosigkeit sind wir europaweit auf dem dritten oder vierten Platz. Das ist eine hervorragende Zahl.

(Abg. Seimetz CDU: Baden-Württemberg hat europaweit die wenigsten, und das schon seit Jahren! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Wenn Baden-Württemberg europaweit die geringste Jugendarbeitslosigkeit aufweist – darüber können wir hier alle glücklich sein und unseren Betriebsräten und Unternehmern danken, dass sie Ausbildungsplätze schaffen –,

(Zurufe von der CDU)

dann frage ich Sie, warum Sie für diejenigen Jugendlichen, bei denen Probleme bestehen, nichts tun.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das stimmt doch gar nicht!)

Da könnten Sie mit wenig Mitteln viel erreichen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Wieser CDU: Wir haben doch ein Minus von 35,7 %! – Abg. Seimetz CDU: Ihnen fehlt der Blick für die Wirklichkeit!)

Fahren wir mit den Zahlen fort: Wirtschaftswachstum 1999 bis 2003 1,9 %, davor 1,3 %. Exportquote 1998 – in dem Jahr, in dem wir die Regierung übernommen haben – 29 %, 2002 35 %.

(Zurufe von der CDU)

Direktinvestitionen in Deutschland 1998 31 Milliarden DM, jetzt 321 Milliarden DM – also eine Verzehnfachung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Noch einmal, weil Frau Lichy das nicht richtig verstanden hat:

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Sie wissen alles, oder?)

Frau Lichy, die Zahl der älteren Arbeitslosen ist bundesweit nicht nur um 50 000 zurückgegangen. Wir haben einen Rückgang um 345 000 im Bund. Die kommen nicht alle aus Baden-Württemberg; so viele hatten wir Gott sei Dank nie.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Wieser CDU: Frau Weckenmann, sind Sie zufrieden mit dem, was der Bund abliefern?)

– Ich bin in meinem Leben noch nie zufrieden gewesen.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Seimetz: Das merkt man!)

(Ruth Weckenmann)

Ich bin Arbeitsmarktpolitikerin. Man muss immer weitermachen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, ich bitte um mehr Ruhe.

(Abg. Fleischer CDU: Aber da muss die Qualität besser werden, wenn man so dumme Sachen sagt!
– Weitere Zurufe von der CDU)

Abg. Ruth Weckenmann SPD: Meine Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wir sind von den Bürgerinnen und Bürgern im Land doch nicht gewählt worden, weil wir zufrieden sind, sondern weil wir Dinge verbessern sollen. Ich hoffe doch, das wollen Sie auch.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Wieser CDU –
Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Kommen wir noch einmal zum Bereich Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel. Darum ging es ja in dem Antrag der CDU. Ich sehe eher: Es gibt einen Bedarf an Fachkräften. Ich sehe aber nichts von der Landesregierung. Also, es gibt eine bundesweite Verbesserung des Meister-BAföG durch die Bundesregierung. Wirtschaftsminister Döring hat das abgelehnt,

(Abg. Wieser CDU: Das ist ja unerhört!)

obwohl die Handwerkskammern wollten, dass wir eine Kampagne dazu machen, damit es bekannt wird. Immerhin hat die Landesregierung in ihren Antworten aber auch gesagt, dass sie sieht, dass der Fachkräftemangel ein Problem ist. Da frage ich die Landesregierung dann schon, warum sie die Gruppe, die wir brauchen, die am besten ausgebildete Frauengeneration, die wir je hatten, im Regen stehen lässt und nicht dafür sorgt, dass sie in die Betriebe kommt.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch
GRÜNE)

Jetzt kommt wieder die Ideologie. Aber da habe ich ja Kronzeugen, die unverdächtig sind. Jetzt zitiere ich nur Herrn Dr. Bernd Eggen vom Statistischen Landesamt:

Was ist die beste Ausbildung wert, wenn vor allem junge Frauen sie nicht adäquat einsetzen können, weil das traditionale Leitbild von Familie verhindert, dass ganztägige Kinderbetreuung endlich bedarfsgerecht ausgebaut wird?

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Da sind wir doch gerade dran! –
Zuruf des Abg. Döpfer CDU)

Sie können das Statistische Landesamt natürlich ignorieren. Aber eines können auch Sie nicht ignorieren – ich hoffe, Sie denken da auch noch dran –: Je höher der – –

(Abg. Wieser CDU: Sprechen wir jetzt über den Arbeitsmarkt oder über das Kindergartengesetz?)

– Die Frauen können nur auf den Arbeitsmarkt – Herr Wieser, das sollten Sie einmal begreifen –, wenn die Kinder betreut sind. Oder sollen wir sie alle zu Ihnen bringen?

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch
GRÜNE – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das begreift der nie! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Das wird der Wieser nie begreifen! Das ist einfach zu schwierig für Herrn Wieser! – Zurufe von der
CDU)

Sie sollten eine Zahl für das zukünftige Arbeitskräftepotenzial in Baden-Württemberg wirklich berücksichtigen. Sie wissen ja: Die heute geborenen Kinder sind die Generation, die morgen in Arbeit ist.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: So weit können wir auch noch rechnen!)

35 % der 35- bis 45-jährigen jungen Frauen mit Hochschulabschluss haben keine Kinder. Sie haben keine Kinder, weil sie ihren Beruf und die Kinderbetreuung nicht in Einklang bringen können. Was hat Sozialminister Repnik, der für diesen Bereich verantwortlich ist, in der letzten Legislaturperiode zu Birgitt Bender von den Grünen gesagt: „Frau Bender, wir haben genau die Kinderbetreuungsplätze, die unserem Frauenbild entsprechen.“

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

Das ist zwar bis heute traurige Realität im Land. Aber die Landesregierung schadet dem Arbeitsmarkt und der Nachfrage nach Arbeitskräften.

Industrie- und Handelskammern, Landesvereinigung der Arbeitgeber, alle fordern sie den Ausbau der Ganztagsbetreuung, und von den PISA-Erkenntnissen möchte ich jetzt gar nicht reden.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Wieser
CDU)

– Sie haben immer noch nicht begriffen, dass man die Frauen braucht.

(Abg. Wieser CDU: Doch, das habe ich schon begriffen! Aber nicht jede Frau braucht man!)

Bei Herrn Repnik ist es verlorene Liebesmüh. – Nicht jede Frau, auch nicht jeden Mann.

(Abg. Fleischer CDU: Vor allem nicht solche, die nie zufrieden sind!)

Aber, Herr Noll, wir haben ja einen Wirtschaftsminister, der neulich die Gesamtzuständigkeit für den Arbeitsmarkt gefordert hat. Er hat das vielleicht nicht abgesprochen, aber er hat es immerhin gefordert.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das habe ich vorhin auch gefordert!)

– Ja, man muss das Herrn Döring noch einmal sagen. Es war ja wirklich sehr nett, dass er gemeinsam mit Herrn Schade vier junge Frauen aus Hamburg eingeladen hat, um ihnen Ausbildungsplätze zu vermitteln.

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Schade ist auch ein guter Mann! – Abg. Wichmann SPD: Und das mit der Sonnenbank auch!)

(Ruth Weckenmann)

Ich glaube, die wären vielleicht sogar in Baden-Württemberg zur Ausbildung oder Arbeit geblieben, wenn er hätte sagen können: „Wir haben auch gute Kinderbetreuungsplätze.“ Aber so sind sie halt wieder nach Hamburg gefahren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Wieser CDU: Warum ist dort die Arbeitslosigkeit größer? Warum ist sie größer, wenn dort alles so gut ist? Da stimmt doch etwas nicht bei Ihnen!)

– Aber die Kinderbetreuung ist dort besser.

(Lebhafte Unruhe)

Jetzt stellen Sie 15 Millionen € für die Kinderbetreuung zur Verfügung. Der Städtetag hat Ihnen aber klipp und klar erklärt, dass er mit diesem Minisümmchen keinen einzigen zusätzlichen Platz schafft.

Wenn wir schon beim Fachkräftemangel sind: Herr Wieser, das verstehen Sie auch wieder. Nehmen Sie einmal die 8 % Jugendlichen, die wir in Baden-Württemberg haben – bundesweit 9,8 %, Nordrhein-Westfalen 6 % –, 8 % junge Menschen, die wir ohne Schulabschluss entlassen. Nehmen wir dann noch die jungen Leute hinzu, die nach der PISA-Studie nur rudimentäre Kenntnisse haben, dann haben wir 15 bis 20 % der Jugendlichen eines Altersjahrgangs, die wir in Baden-Württemberg nicht in Arbeit und Ausbildung vermitteln können. Dazu kann ich nur sagen: Wie Sie angesichts einer solchen Zahl von 15 bis 20 % eines Altersjahrgangs noch die ohnehin geringen Mittel für das Programm „Jugend – Arbeit – Zukunft“ streichen können, kann man sich nicht erklären.

(Abg. Wieser CDU: Ich lade Sie mal ein zu mir, damit Sie sehen, was wir machen!)

2 Milliarden DM für das JUMP-Programm gibt der Bund, und Sie streichen noch die letzten 10 Millionen € für das Jugendprogramm. Also, mit Verlaub: Nehmen Sie sich ein Beispiel an der Bundesregierung.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Pfisterer CDU)

Übrigens: Weil Sie dieses Programm gestrichen haben, stehen jetzt in Stuttgart immer noch 23 junge Leute auf der Straße, denen Sie noch nicht einmal die Fortsetzung dieses einen Jahres ermöglicht haben.

(Lebhafte Unruhe)

Dann kommt jetzt wieder die alte Leier – Frau Staatssekretärin hat es gesagt –: die Neuregelung der 325-€-Verhältnisse. Vielleicht könnten Sie sich jetzt einmal entscheiden, was Sie wollen. Minister Döring habe ich 1997 gesagt, er brauche keine Angst zu haben, er müsse auch in Zukunft seinen Schreibtisch nicht selbst putzen. Er hatte damals nämlich Angst, weil er dachte, das falle alles weg. Der Schreibtisch wird also weiterhin geputzt, und wir haben in Baden-Württemberg seither zusätzlich 40 000 solcher Arbeitsverhältnisse.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Und mehr Schwarzarbeit!)

Ihre Forderung, hiervon keine Rentenversicherungs- und Krankenversicherungsbeiträge mehr abzuführen, zeigt eigentlich, was Stoiber die ganze Zeit gesagt hat. Entweder können Sie nicht rechnen und haben nicht überlegt, dass das einen Beitragsausfall von 2,5 Milliarden € bedeutet. Oder Sie sagen den Menschen nicht die Wahrheit. Sie müssen sagen: Wenn wir dafür keine Beiträge mehr abführen, müssen wir eure Beiträge erhöhen. Jetzt müssen Sie sich schon entscheiden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Fischer SPD: So ist es!)

Sie planen, diese Arbeitsverhältnisse auf 400 € zu erhöhen. Sagen Sie mir bitte einmal: Haben Sie eine Ahnung, wie viele versicherungspflichtige Teilzeitarbeitsplätze dann umgewandelt werden? Und haben Sie eine dumpfe Ahnung, wie viele Frauen Sie damit in die Altersarmut schicken?

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ist denen doch egal! – Abg. Wieser CDU: Mit diesen 8 Mark Rente sage ich: Guten Morgen, Frau Weckenmann! – Lebhaftige Unruhe)

– Sie hat zumindest eine, mit Ihnen hat sie keine.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

– Nein, sie hat auch Kindererziehung, sie hat alles.

(Abg. Wieser CDU: Guten Morgen, Frau Weckenmann, kann ich da nur sagen! – Lebhaftige Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Abg. Wieser, Sie dürfen nachher noch einmal ans Rednerpult. Ich hätte gerne eine geordnete Diskussion.

Frau Abg. Weckenmann, Sie haben das Wort.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen und des Abg. Wieser CDU – Anhaltende lebhaftige Unruhe)

Abg. Ruth Weckenmann SPD: Danke, Frau Präsidentin.

Schauen Sie sich einfach noch einmal an, was Sie gemacht haben. Sie haben unter der Regierung Kohl den Kündigungsschutz verschlechtert. Aber den Erfolg am Arbeitsmarkt, den Sie wollten, hatten Sie nicht, sondern steigende Arbeitslosenzahlen. Wir haben den Kündigungsschutz wieder verbessert, und die Lage am Arbeitsmarkt ist besser geworden.

Das Gleiche gilt für das Betriebsverfassungsgesetz. Beim Betriebsverfassungsgesetz ist mir immer noch nicht klar, was Sie eigentlich wollen.

(Abg. Fleischer CDU: Dass Sie jetzt aufhören!)

Sie sind doch diejenigen, die für eine Deregulierung der Tarifverträge eintreten, oder?

(Zuruf von der SPD: Richtig! – Abg. Wieser CDU: Da stellen Sie Fragen, und ich soll nicht schwätzen!)

(Ruth Weckenmann)

Das habe ich doch richtig verstanden. Und Sie fordern eine Verlagerung auf die betriebliche Ebene. Wenn Sie aber dafür eintreten: Wer, wenn nicht die Betriebsräte, soll denn vor Ort die Interessen der Belegschaft vertreten? Was haben Sie eigentlich gegen Betriebsräte? Die Wirtschaftskraft des Landes fußt doch auf der Arbeit von Betriebsräten. Sie haben das Betriebsverfassungsgesetz kritisiert; Sie stellen Betriebsräte als Ballast und Hemmnis dar.

(Abg. Wieser CDU: Ich habe kein einziges Wort dazu gesagt! – Gegenruf des Abg. Fleischer CDU: Bist du still! – Abg. Wieser CDU: Ich darf ja nichts mehr sagen! Ich bin ein Eunuch geworden!)

Ich kann Ihnen nur sagen: Entscheiden Sie sich! Wollen Sie Betriebsräte, die Mitverantwortung tragen, oder vertreten Sie ein altes Bild, das in dieser Welt keinen Bestand mehr hat?

Weil Sie immer sagen, dass hier alles so gut laufen würde, frage ich Sie noch etwas, was mir noch nicht klar geworden ist, Herr Wieser: Wann wollen Sie sich um die vorhandenen Probleme kümmern, wenn nicht jetzt, in dieser Situation? Erst dann, wenn noch mehr Ungelernte auf der Straße stehen? Wenn es noch mehr arbeitslose Jugendliche gibt? Oder sollen sich alle jungen Frauen zwischen Beruf und Familie entscheiden?

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

(Abg. Behringer CDU: Herr Hofer, jetzt wird es schwer!)

Abg. Hofer FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich freue mich sehr, dass ich kurz vor Ende dieses Diskussionsmatches beim Stand von 2 : 0 für uns noch einmal von Herrn Noll eingewechselt worden bin.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der SPD: Jetzt will er noch ein Eigentor schießen! – Abg. Wichmann SPD: Er steht im Abseits! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

– Auch meine Vorrednerin hat kein Tor geschossen, sondern hat glücklicherweise immer nur quer gepasst und ab und zu zurückgespielt. Wir aber wollen nach vorne gehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Ich möchte natürlich auch kein Eigentor schießen; da passe ich schon auf. Als wirtschaftspolitischer Sprecher möchte ich aber – wenn auch nicht allzu lange – doch noch einige Worte zu einem Aspekt sagen, der mir bei der ganzen Diskussion zu kurz kommt, weil das immer vermengt wird.

Ich möchte vom ersten Arbeitsmarkt sprechen, der es überhaupt erst ermöglicht, dass ein zweiter und ein dritter Arbeitsmarkt finanziert werden können.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Ich möchte von der Leistung unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und unserer Unternehmer sprechen, die das alles ermöglichen.

(Abg. Wieser CDU: Prima!)

Auch wenn ich darüber nicht sprechen möchte, muss man doch sehen, was da mitschwingt. Der Arbeitsmarkt unterliegt vielen Einflüssen, und es gibt natürlich auch Faktoren, auf die wir relativ wenig Einfluss haben. Das ist zum Beispiel die Konjunkturentwicklung in den USA.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Sehr wichtiger Faktor!)

Wir haben uns – auch das muss man sehen – daran gewöhnt, meine Damen und Herren, zu schauen, wie es dort ist, und dann leiten wir daraus beinahe 1 : 1 unsere eigene Konjunkturentwicklung ab. Wenn es dann 2,5 % werden, meinen wir, es könnte auch für den Arbeitsmarkt bei uns etwas bringen.

Ich darf daran erinnern: Früher gab es schon einmal eine andere Zeit. Da hat Jimmy Carter zur Bundesregierung gesagt: Könntet ihr nicht etwas für unseren Arbeitsmarkt in den USA tun?

(Abg. Wieser CDU: Die Lokomotive machen!)

Die Zeiten sind längst vorbei.

(Abg. Wieser CDU: Wir sitzen im Bremserhäuschen! – Abg. Moser SPD: Das lag damals am Erdnusspreis!)

Man kann auch nicht so verfahren wie die Bundesregierung und sagen, wir beschließen einfach ein Wachstum von 2,5 % – wie geschehen.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Diese Beschlüsse fallen natürlich einstimmig; aber trotz des einstimmigen Beschlusses, dass die Konjunkturentwicklung um 2,5 % ansteigen soll, wächst sie eben nicht. Da bringt es sehr viel mehr, wenn Herr Greenspan einen zehnmütigen Spaziergang mit einem Journalisten macht. Das ändert viel mehr als der einstimmige Beschluss der Bundesregierung, das Wachstum um 2,5 % zu erhöhen.

Der zweite Punkt, den ich hier anschneiden möchte: Natürlich gibt es auch Dinge, die wir selbst in der Hand haben. Das sind die Rahmenbedingungen der Steuerpolitik, der Investitionspolitik, der Tarifpolitik – das haben die Tarifpartner in der Hand – und der Bildungspolitik. Zu alledem werde ich nichts sagen, weil wir irgendwann auch wieder nach Hause gehen wollen.

(Zurufe: Sehr gut! – Abg. Wieser CDU: Das ist Ökonomie!)

Ich spreche hier nur einen einzigen Punkt an und freue mich, dass ich das noch vor großer Kulisse tun darf. Bei jedem Besuch – als wirtschaftspolitischer Sprecher habe ich die Aufgabe, Woche für Woche Firmen zu besuchen – von mittelständischen Unternehmen wird mir darüber Klage geführt, dass einer der Hauptgründe, der sie belastet und warum Einstellungen so schwierig sind und warum auch der

(Hofer)

Arbeitsmarkt so schwierig ist, das Thema Überregulierung ist. Diese Überregulierung und diese Bürokratie, die eingeführt worden ist, werden mir als Hauptgrund genannt.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Das gebe ich an dieser Stelle einfach einmal weiter, damit die Unternehmer auch den Eindruck haben, dass das auch hier an dieser Stelle noch einmal deutlich gesagt wird.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Was haben die dann 1998 erzählt, Herr Kollege? Habt ihr nicht reguliert?)

Wir sind Weltmeister in der Kompliziertheit des Steuersystems. Wir sind aber auch trauriger Spitzenreiter bei der Bürokratisierung und bei der Unflexibilität des Arbeitsmarkts.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Wieser CDU: Genau! – Abg. Oelmayer GRÜNE: Wir haben doch die Regulierung von euch übernommen!)

Das hat nun Rot-Grün zu verantworten, vielleicht nicht ganz allein, aber in den letzten Jahren ist doch unendlich viel dazugekommen. Beispiele gibt es hier zuhauf. Das Problem ist nicht das einzelne Beispiel.

(Abg. Wieser CDU: Sondern die Stimmung!)

Da könnte man sagen: Eines kann man hinnehmen. Das Problem ist, dass sich Beispiel an Beispiel wie auf einer Perlenschnur aneinander reiht. Da ist man 1996 ins Regieren gekommen.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Wer ist 1996 ins Regieren gekommen? 1996 haben Sie gesagt?)

– 1998. Da hat man als Erstes damit begonnen, die befristeten Beschäftigungsverhältnisse anzuknabbern. Dann hat man den Kündigungsschutz in Kleinbetrieben rückgängig gemacht, und das alles mit Stolz geschwellter Brust. Dann hat man – ich reihe das nur einmal auf – die Groteske mit der Scheinselbstständigkeit gemacht. Da hat man erst verschärft. Dann hat man plötzlich gemerkt, dass es den Existenzgründern und den Familienbetrieben an den Kragen geht. Dann hat man das Richtige gemacht. Man hat gesagt: Das geht nicht; wir müssen da wieder zurück. Aber anstatt den alten Zustand wieder herzustellen, hat man ihn erst neu geregelt und ihn dann höchst kompliziert wieder zurückgeregelt. Der Zustand ist in etwa wieder der gleiche, nur verbunden mit einer unendlichen Latte von Regelungen. Das ist Schilda, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Dann der Freibereich der 630-DM-Verträge. Ich kann hier nur sagen: Seit dem Inkrafttreten – das wissen wir alle – hat es zuerst einmal eine breite Kündigungswelle gegeben. Bei mir – ich war damals noch Oberbürgermeister in Weinstadt – hat ein Drittel aller Nachbarschaftshelferinnen, für die das im Grunde genommen ein Anerkennungsbetrag war, gesagt: „So lassen wir mit uns nicht umspringen.“ Die haben aufgehört. Ich erwähne das nur, um deutlich zu machen, dass das nicht überall nur in den Gaststätten so ist. In

den Gaststätten schauen sie, ob ein Journalist um sie herumsteht, und dann läuft das. Aber es läuft dort leider in dem Bereich, wo noch grenzenlose Freiheit ist, und das ist der Bereich der Illegalität, der Schwarzarbeit und der Schattenwirtschaft.

(Abg. Wieser CDU und Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es! – Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Dann ging das munter weiter. Dann kam der Anspruch auf Teilzeitbeschäftigung.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Herr Hofer, Sie wollten doch nach vorn schauen!)

– Das kommt ja.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Wie lange wollen Sie denn reden?)

Teilzeitbeschäftigungen hatten sehr stark zugenommen. Überall waren Teilzeitbeschäftigungen im Anstieg begriffen. Dann hat man gesagt: Jetzt muss man einen Rechtsanspruch schaffen. Was das für einen Mittelständler bedeutet, für den das so gut wie nicht handelbar ist, weiß man.

(Abg. Birzele SPD: Ach was! Das ist doch völliger Unsinn! Wie viel Prozent sind denn in Teilzeit?)

Dann kam die Neuregelung zum Betriebsverfassungsgesetz. Natürlich ist ein Betriebsrat wichtig. Ob aber fünf Betriebsräte zu besseren Ergebnissen kommen als vier Betriebsräte, möchte ich bezweifeln.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das ist wie bei den Vizepräsidenten! – Heiterkeit bei den Grünen)

Hinzu kommt, dass das die deutsche Wirtschaft immerhin 2,5 Milliarden DM gekostet hat. Das muss man einmal zur Kenntnis nehmen.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Das war also ein riesiger bürokratischer Aufwand.

Dann ging das weiter. Dann hat man die komplizierte Regelung hinsichtlich der befristeten Arbeitsverträge noch weiter kompliziert. Ich sage Ihnen einfach: Freiheit!

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Wieser CDU – Abg. Wieser CDU: Freiheit!)

Was die Unternehmer wollen, ist, ein klein bisschen mehr mit ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu unternehmen. Das wollen sie.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Wieser CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Jetzt kommt eines hinzu, was die Sache verschärft: Dieser Unfreiheit im Arbeitsmarkt steht eine schier unbegrenzte Freiheit im Kapitalbereich gegenüber. Dort ist alles unbegrenzt. Und dann wundert man sich, warum es nicht in die Arbeit geht, sondern ins Kapital. Das setzt sich auch fort. Die Kapitalgesellschaften haben viel mehr Freiheiten als die standortgebundenen Mittelständler.

(Hofer)

Jetzt will ich Ihnen noch sagen, was das in Baden-Württemberg bedeutet, wo wir ständig mit gutem Recht das Hohelied des Mittelstands singen und ihn ständig benachteiligen. Das halte ich für einen der wichtigsten Punkte, den man anprangern muss.

Ein Weiteres: In unserer Demokratie und in unserer Administration – in anderen Bereichen machen Sie munter mit; das ist auch richtig so – sagen wir immer, das muss sich von unten nach oben entwickeln; da sprechen wir von Subsidiarität, da sprechen wir von Verantwortungsverlagerung nach unten. Im Wirtschaftsleben scheint man aber, nur weil es dort oben nicht gefällt, Angst davor zu haben, dass ein Unternehmer je nach seiner Situation mit seinem Betriebsrat etwas ausmachen kann, weil er am besten Bescheid weiß. Bei aller Rücksicht auf die Gewerkschaften: Da ist mir die untere Freiheit lieber. Der Bundeskanzler fordert jetzt von den Gewerkschaften etwas ein. Er sagt: Ich habe euch viel Gutes getan; jetzt bitte tut ihr mir auch Gutes. Mir wäre es lieber gewesen, man hätte für die kleinen Unternehmen und für deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Gutes getan.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Deshalb gilt auch für den Arbeitsmarkt: Weniger Regelungen sind mehr. Der Gesetzgeber braucht im Übrigen auch keine Angst davor zu haben, nicht mehr gebraucht zu werden. Es bleibt das weite Feld der Bildung, der Forschung, der Entwicklung. Neben der Flexibilität wird dies in der Zukunft für unseren Arbeitsmarkt das Wichtigste sein. Wenn wir realistisch sind, müssen wir wissen, dass wir auch in Zukunft – wir können machen, was wir wollen – von unserem Lohnniveau und von unseren Lohnzusatzkosten nicht herunterkommen werden. Wir sind schon froh, wenn sie nicht ansteigen. Das Einzige, was wir beeinflussen können, ist Bildung, Ausbildung und Innovation, damit wir unsere teureren Produkte als qualitativ bessere Produkte verkaufen können.

Ich glaube nicht, dass all die vielen Appelle an die Bundesregierung, doch endlich mit der Überregulierung und der Bürokratie aufzuhören, etwas nutzen werden. Ich glaube nicht, dass man dies aus Bössigkeit nicht macht – die Bundesregierung und Rot-Grün haben dafür einfach keine Antenne. Hier helfen nur Wahlen, und diese finden erfreulicherweise bald statt.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Carla Bregenzer SPD: Jetzt haben Sie immer noch nichts Konkretes gesagt!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Frau Lichy beklagte, dass hier eine Stellvertreterdebatte geführt würde.

(Zuruf von der CDU: Jetzt gehen alle heim!)

In der Tat haben Herr Wieser und Herr Hofer jetzt noch einmal kräftig nachgelegt. Da Sie meinen, dass wir uns in

einem Wettbewerb befinden, muss ich jetzt auch ein Gegentor schießen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Dann steht es immer noch 2 : 1! – Gegenruf des Abg. Birzele SPD)

Ich will jetzt aber nicht ausufern, sondern mich auf einige Punkte konzentrieren.

Erster Punkt: Arbeitsplätze. Es ist gesagt worden, dass unter der rot-grünen Bundesregierung bundesweit 1,2 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen worden sind, davon zum Beispiel über 100 000 im Sektor der erneuerbaren Energien. Herr Wieser, es ist schlicht und einfach absurd, wenn Sie behaupten, dass dies alles nur geringfügige Beschäftigungen wären.

(Abg. Wieser CDU: Das habe ich nie gesagt!)

Das ist ein richtiger neuer Industriezweig; da sind neue vollwertige Arbeitsplätze entstanden.

(Abg. Wieser CDU: Lesen Sie meine Rede nach!)

Das hat diese Bundesregierung auf den Weg gebracht.

Zweiter Punkt: Mir fällt schon auf, Herr Wieser und liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wie Sie in den vergangenen Debatten – wir führen eine solche Stellvertreterdebatte ja nicht zum ersten Mal – mit großen Forderungen ausgezogen sind. Aber jetzt, wo der Wahltermin näher rückt, wo Sie hoffen, dass sich Licht am Ende des Tunnels auftut, werden Ihre Forderungen immer etwas bescheidener, ein bisschen in Watte gepackt, wird alles in Nebensätze verpackt, und Sie beißen gar nicht mehr zu – Herr Wieser, das kenne ich ja gar nicht von Ihnen. Ich möchte Ihnen nur ein Beispiel nennen. Vor Monaten hieß es immer, das Betriebsverfassungsgesetz sei kontraproduktiv; Sie waren dagegen. Was haben wir für starke Worte gehört. Lese ich das Programm, das Sie beschlossen haben, finde ich da zum Beispiel einen Satz zum Betriebsverfassungsgesetz:

Dabei werden wir auch die Größe der Betriebsräte und die herabgesetzten Schwellenwerte für freigestellte Betriebsräte für künftige Wahlperioden überprüfen.

(Abg. Wieser CDU: Wir sind eine maßvolle Partei der Mitte!)

Ich stelle fest: Die CDU ist bereit, sich jetzt mit der Realität auseinander zu setzen, Gesetze auch tatsächlich zu überprüfen. Ende der Fundamentalopposition – willkommen in der Realität, Herr Wieser.

(Beifall bei den Grünen)

Jetzt kommen wir zum nächsten Punkt. In diesen Debatten fehlen ja nie Bemerkungen zum Streitpunkt 630-DM-Jobs/325-€-Jobs. Eines dürfen wir in der Debatte nicht vergessen: Bevor es die rot-grüne Bundesregierung gab, gab es eine verhängnisvolle Tendenz. Da gab es sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen. Viele davon wurden aufgeteilt in drei oder vier 630-DM-Jobs. Damit fielen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze weg. Es wurden keine Beiträge mehr für das soziale Netz geleistet, und die Beschäftigten standen dann ohne Schutz da.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Die meisten waren anderweitig geschützt!)

(Dr. Witzel)

Die Anrechnungszeiten für die Rente fielen weg. Die Rentenbiographie wurde unterbrochen. Das war eine verhängnisvolle Sache, die dazu geführt hätte, dass das soziale Netz, auf das wir alle in der Bundesrepublik stolz sein konnten, zerstört worden wäre.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das war eine Abzocke, sonst war es nichts!)

Das, was jetzt Herr Stoiber und die CDU/CSU wollen, ist: Sie wollen wieder zurück zu dieser alten Regelung.

(Abg. Wieser und Abg. Hauk CDU: Steuer- und Abgabefreiheit!)

Sie wollen, dass die Möglichkeit für die einzelnen Beschäftigten, auf diese Weise ihre Rentenbiographie zu flicken und zusammenhängend zu machen, praktisch wieder abgeschafft wird. Das ist ein Einschnitt in das soziale Netz. Da meine ich: Diese Regelung ist aus guten Gründen eingeführt worden.

Herr Wieser, ich gebe Ihnen andererseits natürlich Recht: Die neue Regelung ist noch zu bürokratisch.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Man muss daran arbeiten, das an Details zu vereinfachen und die Bürokratie zu vermindern. Das hat die Regierung ja auch erkannt. Sie hat erste Schritte gemacht: Meldeverfahren wurden vereinfacht, Meldefristen wurden verlängert. Auf diesem Weg sollten wir weitergehen, aber keine Schnitte ins soziale Netz produzieren.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

Lassen Sie mich jetzt einen letzten Punkt ansprechen, der immer von Herrn Hofer kommt, auf den man sich verlassen kann wie auf das Amen in der Kirche: Flexibilisierung, Flexibilisierung.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP – Abg. Hauk CDU: Freiheit! – Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

– Er nennt es auch Freiheit. – In diesem Fall muss ich der CDU danken, dass sie einen Antrag dazu geschrieben hat. Die Landesregierung hat in bemerkenswerter Klarheit darauf geantwortet. Jetzt lese ich einmal nicht aus einem grünen Parteiprogramm vor, sondern aus der Antwort der Landesregierung auf die Frage: Wie sieht es denn mit der Flexibilisierung hier in diesem unseren Lande aus? Da darf ich aus der Drucksache 13/327, Seite 13 unten, zitieren. Da steht – ich zitiere –:

Das geltende Tarifrecht lässt weitgehende Flexibilisierungen und Differenzierungen zu, um den Betrieben die notwendigen Spielräume zu geben.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Für Firmen, die in Not geraten sind!)

Auf der nächsten Seite geht es weiter:

In den letzten Jahren ist in vielen Branchen eine stärkere Tariföffnung erfolgt.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Die sind ausgetreten!)

Einen Absatz weiter werden Beispiele genannt: Einstiegs- tarife für Neueinstellungen und Langzeitarbeitslose, Öffnungsklauseln, Härteklauseln, Kleinbetriebsklauseln.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Herr Hofer, was sagen Sie denn? Ist diese Sache Flexibilisierung, oder ist sie das nicht?

(Abg. Hofer FDP/DVP: Nein! Das ist zu wenig! Viel zu wenig!)

Es gibt keinen starren Tarifvertrag, sondern das Tarifrecht ist schon sehr flexibel und sehr anpassungsbereit an das, was die Unternehmen wollen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Herr Hofer, wenn Sie jetzt meinen, die Landesregierung habe auch keine Ahnung von der Realität, obwohl Sie jetzt den Wirtschaftsminister stellen, dann darf ich einmal ein Zitat eines erfolgreichen Unternehmers aus Baden-Württemberg bringen. Ich spreche von Porsche-Chef Wiedeking.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Typischer Mittelständler!)

Dieser Porsche-Chef sagte in einem Interview im „Spiegel“ – ich zitiere aus dem „Spiegel“ 21/2002 –:

Der Reformstau ist ja nicht in den vergangenen 3 Jahren entstanden, sondern in den 16 Jahren zuvor.

(Abg. Walter GRÜNE: Aha!)

Die jetzige Regierung hat einiges getan, um ihn aufzulösen. Die Steuerreform war ein guter Anfang. Der Standort Deutschland ist international wieder wettbewerbsfähiger geworden.

Ich darf den letzten Satz wiederholen:

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ist das ein Mittelständler? – Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Der Standort Deutschland ist international wieder wettbewerbsfähiger geworden.

– Zitat Porsche-Chef Wiedeking.

(Beifall des Abg. Oelmayer GRÜNE – Unruhe – Abg. Fleischer CDU: Deswegen sind wir in Europa am Ende! – Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, damit der Standort weiterhin wettbewerbsfähig bleibt, brauchen wir im September weiterhin eine rot-grüne Bundesregierung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Lebhaftes Zurufe von der CDU, u. a.: Tata, tata, tata! – Das ist aber der Standort mit der roten Laterne! – Das müssen Sie sagen! – Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen damit zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Großen Anfrage Drucksache 13/248.

(Stellv. Präsidentin Beate Fauser)

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Mit der Behandlung erledigt, oder wie?)

Die Große Anfrage ist durch die Aussprache erledigt. – Ich sehe keinen Widerspruch.

Der Antrag Drucksache 13/327 ist ein Berichtsantrag und ist durch die Aussprache ebenfalls erledigt. – Ich sehe keinen Widerspruch. Es ist so beschlossen.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE zur CDU: Das Gegenteil wird doch anerkannt, oder nicht? – Gegenruf des Abg. Hofer FDP/DVP: Dann steht es noch immer 2 : 1!)

Wir kommen zum Antrag Drucksache 13/728. Er ist nach der Aussprache erledigt. – Ich sehe keinen Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung abgeschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu **Punkt 7** der Tagesordnung:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit – Drucksache 13/339

Wem darf ich das Wort erteilen? – Frau Abg. Grünstein, ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Rosa Grünstein SPD: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Hofer, ich habe Ihren Ruf „Ich will nach Hause!“ deutlich vernommen.

(Heiterkeit des Abg. Rech CDU)

Da ich sicher bin, dass wir zu den folgenden Punkten noch oft diskutieren werden, werde ich versuchen, mich kurz zu fassen, damit Sie in Ihr langes Wochenende starten können.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Glück FDP/DVP – Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Hofer FDP/DVP)

Die Erkenntnisse, zum Beispiel im Bereich des ABC-Schutzprogramms bei den Feuerwehren, die nach den schrecklichen Geschehnissen vom 11. September gewonnen wurden, zeigen gerade im Bereich der inneren Sicherheit erheblichen Nachholbedarf. Leider bedurfte es anscheinend dieses tragischen Tages, um deutlich zu machen, was in unserem Land an notwendigen Maßnahmen vonseiten der Landesregierung versäumt worden ist.

Auch Ihr viel gepriesenes Antiterrorsofortprogramm, Herr Innenminister, hat nach Informationen aus der täglichen Praxis der Polizei überhaupt nichts an der miserablen Situation,

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Miserable Situation?)

die ganz besonders im Personalbereich besteht, geändert.

(Abg. Zimmermann CDU: Woher haben Sie Ihre Informationen?)

– Ich gehe dahin, wo die Probleme sind, nämlich zur Polizei. Ich weiß ja nicht, wohin Sie immer gehen.

(Beifall der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Die mit dem Antiterrorsofortprogramm geschaffenen zusätzlichen 200 Ausbildungsstellen lösen das Problem nicht, zumal sie auch noch durch k.w.-Vermerke unattraktiv im Vergleich zu denen in anderen Bundesländern werden.

Es vergeht kein Tag, an dem uns nicht Meldungen über den desolaten Zustand in der Personalbesetzung unserer Polizei ins Haus flattern. Sie haben zwar in Ihrer Stellungnahme, Herr Innenminister, darauf hingewiesen, dass – ich zitiere – die Landesregierung in Abhängigkeit „von der künftigen Entwicklung der Sicherheitslage . . . die Notwendigkeit weiterer personalpolitischer Entscheidungen prüfen“ werde, aber jetzt frage ich mich doch, wie Sie, Herr Innenminister Schäuble, mit Meldungen umgehen, nach denen die Gefährdung durch Terroristen längst nicht gebannt ist, und damit umgehen, dass viele Hinweise, wie Sie uns selbst immer sehr glaubhaft darstellen, auch auf unser Land deuten und die Polizei mit einer sehr, sehr dünnen Personaldecke ihren Aufgaben nur unter allergrößter Anstrengung nachkommen kann. Herr Minister, Sie kommen Ihrer Verantwortung nicht umfassend nach.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Landesregierung hält die Zahl zur Polizeidichte für nicht aussagekräftig. Aus ihrer Sicht gesehen macht es sogar Sinn; denn sonst müssten Sie ja zugeben, dass Baden-Württemberg gerade in diesem Punkt ein absolut katastrophales Bild abgibt.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Aber gucken Sie mal die Kriminalstatistik an!)

Wir sind an zwölfter Stelle der 16 Bundesländer. Das ist wahrlich kein Ruhmesblatt. Das können Sie auch nicht schönreden.

(Abg. Zimmermann CDU: Aber die beste Statistik! Die beste Aufklärungsquote! Nicht Quantität, sondern Qualität zählt! – Abg. Birzele SPD: Herr Zimmermann, Sie dürfen in kein Polizeirevier mehr!)

– Auf die Statistik komme ich noch.

(Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

– Gemach, gemacht.

Die Polizeidichte zur Nachtzeit sieht doch tatsächlich so aus, dass eine Streifenwagenbesetzung für 22 000 Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg im Dienst ist. Im Ortenaukreis werden sogar 28 000 Einwohner von einer Streifenwagenbesetzung betreut. Da hilft es auch nichts, wenn der Innenminister immer wieder auf die Kriminalstatistik hinweist. Denn er ignoriert dabei völlig, dass die Belastungen in den einzelnen Dienststellen immer mehr zunehmen. Mit anderen Worten: Ihre so genannte Kriminalstatistik dient eigentlich mehr der Verschleierung und Verwischung der wirklichen Mängel als der Gewinnung von Erkenntnissen über die Tatsachen vor Ort.

(Minister Dr. Schäuble: Das ist üblich bei Statistiken!)

(Rosa Grünstein)

Wir wissen, dass nach wie vor ein akuter Personalmangel bei der Polizei im Land herrscht. Als Beispiel sei hier nur die derzeitige Situation im Ortenaukreis angeführt. Sie ist so schlimm gewesen, dass man dort sehr laut geschrien hat und Sie jetzt scheinbar dabei sind, da etwas Abhilfe zu schaffen. Und sogar Ihr Staatssekretär, Herr Kollege Rech, hat öffentlich bestätigt,

(Zuruf von der SPD: Ist er da? – Gegenruf des Staatssekretärs Rech – Abg. Zimmermann CDU: Er ist immer da! – Gegenruf des Abg. Oelmayer GRÜNE: Vielleicht kommt noch etwas zum Biodiesel! – Vereinzelt Heiterkeit – Unruhe)

dass die Personaldecke auf dünnem Saum genäht sei. Mit dem Titel „Lahr schreit auf“ wird Ihre Sicherheitspolitik durch die „Mittelbadische Presse“ als „unterlassene Hilfeleistung im politischen Sinn“ kommentiert. Aus meiner Sicht besteht also kein Grund, besonders stolz zu sein.

Sie verweisen immer wieder auf die Zeit nach 1992, in der 1 200 neue Stellen geschaffen worden sind.

(Abg. Birzele SPD: 1 600!)

Da haben Sie ja so Recht. Sie verschweigen aber, dass dies im Jahr 1996 abrupt aufhörte, nämlich zu dem Zeitpunkt, zu dem der SPD-Innenminister Frieder Birzele nicht mehr im Amt war und die CDU dieses Ministeramt besetzte. Danach war nämlich Ebbe im Stellenpool für die Polizei.

(Beifall bei der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: Tote Hose!)

Ihre Bemühungen, für alle Erziehungsbeurlaubungen im Polizeibereich für Ersatz zu sorgen, sind nach wie vor nicht ausreichend. Ich kann Sie nur noch einmal auffordern, Herr Minister, endlich konkrete Maßnahmen zu ergreifen, die das Problem auch wirklich an der Wurzel packen, und langfristige und effektive Lösungen anzubieten.

Tatsache ist, dass das Land Baden-Württemberg in der Besoldungsstruktur im Vergleich der alten Bundesländer untereinander nach wie vor auf dem letzten Tabellenplatz liegt. Von Ihrer eigenen Zielsetzung, nämlich 50 % aller Stellen im gehobenen Dienst auszuweisen, sind Sie auch noch relativ weit entfernt.

Anscheinend gibt es auch Bestrebungen, die am Ende des Jahres auslaufenden Regelungen in der Polizeiaufstiegsverordnung zum Aufstieg in den höheren Polizeivollzugsdienst nicht zu verlängern.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Was ist jetzt mit „kurz“? – Gegenruf des Abg. Göschel SPD: Der Kurz ist weg!)

Wir haben zu diesen Punkten bereits einen Antrag eingebracht.

Wenn man all dies vor Augen hat, stellt sich doch nun wirklich die Frage, liebe Kolleginnen und Kollegen: Durch welche Maßnahmen glauben Sie, Herr Minister, eigentlich, Ihr selbst gesetztes Ziel überhaupt noch zu erreichen?

Auch das von Ihnen so gerühmte Leasingkonzept ist wohl nicht ganz so effektiv, wie Sie es immer gern darstellen.

Vieles deutet darauf hin, dass entgegen der bisherigen Annahme erhebliche Mehrbelastungen auf die Dienststellen zukommen werden. Wenn die ersten Leasingverträge abgelaufen sind, werde ich Sie noch einmal auffordern, darüber Bericht zu erstatten.

Nach Ihrer Ansicht, Herr Innenminister, ist die Schaffung eines Ausbildungsberufs des oder der Polizeifachangestellten zur Verbesserung der Situation der Tarifbeschäftigten wenig geeignet. Das sehe ich nicht so. Ich sehe vielmehr, dass es Ihnen an echtem Willen fehlt, die Eingruppierungssituation der Angestellten tatsächlich zu verbessern. Wir halten es weiterhin für sinnvoll – und sehr viele Gespräche vor Ort bestätigen uns in dieser Meinung –, den Ausbildungsberuf der Polizeifachangestellten einzuführen. Die Einstellung von zusätzlichen Polizeiangehörigen, die unsere Vollzugsbeamtinnen und -beamten von reinen Verwaltungsdienstleistungen entlasten, ist unseres Erachtens zwingend notwendig.

(Beifall bei der SPD)

Denn wir wissen, dass wir nur so die Kapazitäten für die Präsenz auf der Straße und die eigentlichen Sicherheitsaufgaben der Polizei freisetzen können und damit die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger spürbar erhöhen können.

Sie haben sich ja, wie uns die Presse mitgeteilt hat, bei einem Besuch in Bayern über die dortige Situation im Hinblick auf die Bemühungen der Deutschen Polizeigewerkschaft informiert, dort den dienstlichen Anforderungen angepasste Tätigkeitsmerkmale bzw. Bewertungen durchzusetzen. Das wäre doch zum Beispiel einmal ein guter Schritt in Richtung Ausbildung für Polizeifachangestellte.

Nach Ihrer Stellungnahme, Herr Minister Schäuble, haben Sie die Erwartung, dass mit der Gewährung von Mehrarbeitsvergütungen die aufgelaufenen Mehrarbeitsstunden in diesem Jahr weitgehend und nachhaltig abgebaut werden können. Nun ist ja die erste Hälfte dieses Jahres schon fast vorbei, und ich würde sehr gerne von Ihnen wissen, ob Ihre Erwartungen auch eingetroffen sind.

Wenn, wie Sie selber sagen, die Polizeiposten unter Ihrem besonderen Schutz stehen, frage ich mich, wie diese Aussage mit dem steigenden Berg der Mehrarbeitsstunden zu vereinbaren ist.

Dass Ihr Technikzukunftsprogramm auch erhebliche Haken und Ösen aufweist, wissen Sie spätestens, seit klar ist, dass es sich teilweise nicht flächendeckend umsetzen lässt, wie das Beispiel des Pilotprojekts in Waiblingen zeigt. Und: Wie wollen Sie eigentlich mit der Technik von morgen und dem Personalbestand von gestern den Sicherheitsbedürfnissen von heute gerecht werden?

(Beifall bei der SPD)

Unsere Sicherheit darf sich doch nicht nur in Ihren Statistiken widerspiegeln. Herr Innenminister, Sie können mir sicherlich auch sagen, ob die früheren Positionen der über 100 Kriminalbeamten, die Sie im Bereich der Polizei seit 1997 zu „Vermögensabschöpfern“ fortgebildet und mehrheitlich von anderen Dienstgeschäften freigestellt haben,

(Rosa Grünstein)

wieder besetzt wurden. Wenn dies nicht der Fall ist, dann haben Sie auch da erneut nur Lücken geschaffen.

(Abg. Blenke CDU: Die Verfahren wurden dadurch wesentlich verkürzt!)

Herr Innenminister Schäuble, wenn ich mir Ihre Antworten und Ihre Taten anschau und sie gegenüberstelle, komme ich zu dem Schluss, dass Sie ein Meister im Verschieben sind. Sie stopfen hier ein Loch, indem Sie an anderer Stelle ein neues aufreißen oder ein anderes größer werden lassen. Das kann nicht im Sinne der Bürgerinnen und Bürger sein und schon gar nicht im Sinne unserer total überlasteten Polizei.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Ich erteile Herrn Abg. Blenke das Wort.

Abg. Blenke CDU: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin Grünstein, bis vor einer Minute habe ich noch gedacht, in Ihnen eine sehr vernünftige und sachbezogene Kollegin zu haben, so, wie wir bislang miteinander gearbeitet haben. Das, was ich von Ihnen eben gehört habe, war – Entschuldigung! – unter aller Kanone.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wenn man die Wahrheit sagt, ist das doch nicht „unter aller Kanone“! – Zuruf der Abg. Rosa Grünstein SPD)

Ich habe den Eindruck, dass Sie krampfhaft versuchen, jetzt, wo Ihnen die Sachargumente ausgehen, den Innenminister in Person Schritt für Schritt in Punkten zu attackieren, wo es überhaupt nichts zu attackieren gibt. Ich finde, das war eine ganz billige Methode von Ihnen, und wir werden das noch einmal in einigen Punkten zerpfücken, wenn auch nicht im Einzelnen, weil wir keine Lust haben, so lange hier zu bleiben.

Ich wollte mich eigentlich bedanken und Ihnen Lob zollen für die Gelegenheit, dass wir durch diesen Antrag, den Sie infolge der Terroranschläge vom 11. September letzten Jahres gestellt haben, jetzt Bilanz ziehen zu können. Aber das, was Sie eben geliefert haben, war keinerlei Bilanz. Ich habe den Eindruck, Sie haben nicht gelesen, was in der Stellungnahme des Innenministers alles drinsteht.

(Vereinzelte Beifall bei der CDU – Abg. Stickelberger SPD: Wir sind doch nicht bilanzpflichtig! – Abg. Birzele SPD: Argumentieren, nicht nieder machen!)

– Sagen Sie das Ihrer Sitznachbarin, Herr Birzele.

Allgemein, meine Damen und Herren: Um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs ist es gut bestellt, und zwar so gut wie in keinem anderen Land der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CDU)

Praktisch alle Forderungen, die sinnvoll sind und die Sie auch in Ihrem Antrag gestellt haben, sind erfüllt; aber nicht

deswegen, weil Sie diesen Antrag gestellt haben, sondern weil wir dies in unseren Programmen, vor allem im Antiterrorsofortprogramm, ohnehin vorhatten.

Sie fordern Ersatz für Bedienstete im Erziehungsurlaub. Das haben wir gemacht. Sie fordern Mittel für die Abgeltung von Überstunden. Das haben wir gemacht. Sie fordern die Stärkung der Justiz. Im Antiterrorsofortprogramm sind zusätzliche Stellen für die Justiz vorgesehen. Sie fordern Experten für Polizei und Verfassungsschutz. Das haben wir gemacht: beim LKA, bei den Landespolizeidirektionen, beim Landesamt für Verfassungsschutz. Und wir haben gestern gehört, dass die Stellen auch besetzt sind.

Jetzt kommt der Vorschlag, das Technikzukunftsprogramm zu beschleunigen. Es läuft bis 2005. Sie hätten es gerne schon bis 2003 fertig. Das ist ein bisschen arg schwach.

Wir sind gerade dabei, meine Damen und Herren, die modernste Polizei in Deutschland zu schaffen. Das geht nicht von heute auf morgen. Die meisten der Projekte haben wir bereits auf den Weg gebracht, und zwar im Umfang von rund 350 Millionen €. Die meisten Projekte haben wir erledigt. Sie wissen ganz genau, dass große Projekte dabei sind, die schlicht und einfach nicht von heute auf morgen zu erledigen sind, auch weil umfangreiche Vorarbeiten wie Ausschreibungen und dergleichen notwendig sind. Das mutet so an, als würden Sie jetzt auch noch bei einem sehr positiven Projekt krampfhaft versuchen, noch etwas zu kritteln zu finden. Das ist nicht gerade eine konstruktive Oppositionspolitik. Aber es mag Ihre Entscheidung sein, wie Sie das machen.

(Zuruf des Abg. Schmid SPD)

Ich möchte noch ein Wort zur Besoldungsstruktur bei der Polizei sagen. Ende der Achtzigerjahre waren 18 % der Bediensteten bei der Polizei im gehobenen Dienst. Das hat jetzt nichts mit „18 %“ zu tun. Das sind utopische Zielmarken.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Aber die sind auch gut!)

Bei uns waren 18 % der Ausgangspunkt

(Beifall des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

und nicht eine utopische Zielmarke.

(Zuruf der Abg. Rosa Grünstein SPD)

– Ich bin gerade dabei, Frau Kollegin. – Wir waren bei 18 % im gehobenen Dienst. Derzeit sind wir aktuell bereits bei weit über 40 % im gehobenen Dienst, und wir werden bis 2005 bei dem angepeilten Anteil von 50 % der Bediensteten im gehobenen Dienst sein.

Wenn Sie die Forderung nach zusätzlichen Stellen bei der Polizei erheben, bitte ich einfach, zur Kenntnis zu nehmen, dass in den vergangenen Jahren, durchaus auch unter Beteiligung von Ihnen während der großen Koalition, bis heute Neustellen bei der Polizei geschaffen wurden, in einer Zeit, in der zehn andere Bundesländer Stellen bei der Polizei abgebaut haben. Das müssen Sie einfach einmal zur Kenntnis nehmen.

(Blenke)

Jetzt kommt die Finanzierung des Ganzen, die Finanzierung des Wunschkatalogs, den Sie aufstellen. Sie sagen zur Finanzierung zweierlei:

Erstens wollen Sie die Mittel aus der Vermögensabschöpfung zu 100 % für Zwecke der Polizei haben, und zweitens wollen Sie, dass die Bundesratsinitiative von 1995 erneut aufgegriffen wird.

Abgesehen davon, dass die abgeschöpften Mittel teilweise zweckgebunden sind,

(Abg. Gustav-Adolf Haas und Abg. Moser SPD:
Wie hoch sind die denn?)

warne ich davor, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine komplette Zweckbindung zu machen. Das wäre zum einen haushaltsrechtlich völlig systemwidrig, und zum anderen nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass durch die Zweckbindung einer Einnahme in der Summe noch kein einziger Euro mehr in der Kasse sein wird, sondern dass das einfach nur eine Festlegung ist, wie die Summe zu verwenden ist.

(Abg. Moser SPD: Wie viel sind das?)

Sie müssen dann auch die Frage beantworten, woher die restlichen Mittel kommen sollen. Das ist eine reine Verschiebeaktion. Diese Zweckbindung bringt keinen einzigen Euro zusätzlich in die Kasse.

(Zuruf des Abg. Moser SPD)

Ich warne auch im Interesse der Polizei davor, eine solche Zweckbindung zu machen. Das wäre eine gefährliche Geschichte. Dadurch käme die Polizei – und das hätte sie nicht verdient – in den Ruf, quasi Kopfgeldjägermethoden anzuwenden: Je mehr Vermögen ich abschöpfe, desto mehr Geld habe ich; je mehr Verkehrssünder ich blitze, desto mehr Geld habe ich. Das ist eine gefährliche Argumentation. In eine solche Argumentation sollte man sich nicht begeben.

Meine Damen und Herren, Tatsache ist, dass Baden-Württemberg bei der Abschöpfung von verbrecherisch erlangtem Vermögen

(Abg. Moser SPD: Wie viel ist es denn?)

weltweit führend ist.

(Abg. Moser SPD: Wie viel im Jahr?)

– Wie viel im Jahr? Soll ich es Ihnen vorlesen?

(Abg. Moser SPD: Ja, bitte!)

– Im Jahr 2001 wurden 88 Millionen € abgeschöpft. Das ist die aktuellste Zahl, die vorliegt.

(Abg. Moser SPD: Das ist besser als 50 Millionen!)

– Sehen Sie. – Ich will Ihnen damit nur sagen: Tatsache ist, dass derzeit die Rechtsgrundlagen ausreichen. Seit 1995 werden die vorhandenen Rechtsgrundlagen konsequent ausgenutzt. Seitdem wird diese Vermögensabschöpfung konsequent gemacht. Dafür gilt der Dank insbesondere dem Innenministerium und dem Landeskriminalamt, die federführend bundesweit und sogar weltweit eine Konzepti-

on entwickelt haben und heute gefragte Trainer und Ausbilder im Bereich Vermögensabschöpfung auch in anderen Ländern stellen. Wir nutzen dieses Instrumentarium aus. Deswegen sind wir der Ansicht, dass es derzeit dieser erneuten Bundesratsinitiative nicht bedarf.

Meine Damen und Herren, ich will die Debatte nicht weiter verlängern. Sie können versichert sein, dass in Baden-Württemberg weiterhin ein polizeifreundliches Klima herrschen wird und dass wir weiterhin alles Erforderliche für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger tun werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Den Antrag werden wir leider ablehnen müssen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Rosa Grünstein SPD:
Freundlich sein ist nicht genug!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Glück.

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Jetzt haben wir es nicht nur schriftlich, sondern nach den Aussagen von Frau Grünstein auch mündlich: die SPD als Retter der Polizei und als Garant für innere Sicherheit.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD)

Zumindest ist dieser Wunsch durchgeschlagen.

Bei genauer Betrachtung, meine Damen und Herren von der SPD, möchte ich Ihre Fragen, Ihre kritischen Bemerkungen dreiteilen.

(Abg. Göschel SPD: Wir lassen uns nicht dreiteilen! Wir lassen uns auch von einem Chirurgen nicht dreiteilen! – Abg. Zimmermann CDU: Vierteilen müssen wir die!)

– Ich würde mich auf das Dreiteilen beschränken.

(Abg. Rech CDU: Teeren, federn und vierteilen!)

Erstens sind es nicht bezahlbare, aber durchaus wohlklingende Forderungen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig!)

Zweitens: Manches hinkt der Realität deutlich hinterher.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Auch richtig!)

Unter anderem haben Sie für die heutige Diskussion einen Antrag abgesetzt, der in der Plenardebatte ursprünglich noch behandelt werden sollte.

Drittens: Manches ist technisch einfach nicht umsetzbar.

Beginnen wir einmal mit dem Dauerbrenner der 1 600 Stellen, die Sie fordern. In Diskussionen mit Herrn Fischer haben wir schon oft darüber gesprochen. Gleichzeitig fordern Sie bei jeder Schuldiskussion mehr Lehrer. Sie wollen mehr Kinderkrippen für die Kinderbetreuung. Bei jedem einzelnen Haushaltsansatz fordern Sie mehr Geld, und unter dem Strich prügeln Sie uns und behaupten, wir würden zu viel Geld ausgeben. So kann das natürlich nicht gehen.

(Dr. Glück)

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, 200 neue Stellen, die bei der Polizei ad hoc geschaffen wurden, waren eine Kraftanstrengung. Dazu kam Tarifpersonal, dazu kamen weitere Stellen, beispielsweise für das Kompetenzzentrum beim Sozialministerium. Summa summarum sind etwa 250 neue Stellen geschaffen worden. Darüber hinaus wollen Sie weitere 1 400 Stellen. Das ist einfach illusorisch.

Frau Grünstein, ich möchte Ihre Aussage, die Personalsituation bei unserer Polizei sei miserabel, entschieden zurückweisen. So stimmt das garantiert nicht. Das darf man so auch nicht sagen.

(Abg. Zimmermann CDU: So ist es! – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Jetzt fordern Sie – das finde ich hochinteressant – die Ausbildung von 400 zusätzlichen Beamten pro Jahr. Wie wollen Sie das denn handeln? Da müssen Sie einen Riesenpopanz mit Einrichtungen, mit Schulen aufbauen, Sie müssen Lehrer einstellen. Zwei Jahre später ist das weg. Was machen Sie dann? Dann bricht das doch zusammen. Es ist doch eine völlig illusorische Vorstellung, dass so etwas machbar wäre.

Ich bleibe dabei: Das Erste ist nicht bezahlbar, das Zweite ist nicht durchführbar.

Vorhin wurde schon erwähnt, dass seit 1992 1 200 neue Stellen für Polizeibeamte eingeführt wurden. Sie haben Recht: Ehre, wem Ehre gebührt; ich weiß, wer damals Innenminister war. Diese 1 200 Stellen waren geschaffen. Aber beispielsweise haben Sie in der gleichen Zeit keinen einzigen Lehrer eingestellt.

(Abg. Göschel SPD: Was? Stimmt doch überhaupt nicht! 2 500 zusätzliche Lehrerstellen!)

Diese Koalition hat dann eben einen weiteren Schwerpunkt in diesem Bereich gebildet.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Vieles ist wünschenswert, aber ich denke, dass hier doch sehr viel gemacht wurde.

Jetzt beklagen Sie, Frau Grünstein, die schlechte Polizeidichte. Das ist doch nicht das Maß der Dinge. Schauen Sie sich doch die Kriminalstatistik an. Das ist das einzig Objektivierbare. In sieben aufeinander folgenden Jahren ist Baden-Württemberg das sicherste Bundesland. Die Polizei hat hervorragende Arbeit geleistet, das ist gar keine Frage.

(Beifall des Abg. Blenke CDU)

Das ist aber auch eine Frage einer guten Ausstattung der Polizei,

(Abg. Zimmermann CDU: Und einer guten Bevölkerung!)

und, wenn Sie mir die Bemerkung gestatten, das ist auch eine Frage einer guten Wirtschaftspolitik mit wenig Arbeitslosen, vor allem wenig arbeitslosen Jugendlichen.

Kommen wir zur zweigeteilten Laufbahn. Fakt ist: Bis zum Jahr 2005 wollen wir 50 % der Beamten – jetzt sind es etwa 40 % – im höheren Dienst haben.

(Abg. Blenke CDU: Im gehobenen! Nicht übertreiben!)

– Ja, danke: im gehobenen. – Sie kennen die Beschlusslage bei uns. Wir wollen die zweigeteilte Laufbahn und führen das mit unserem Koalitionspartner möglichst zügig weiter. Aber 50 % bis 2005 sind beschlossen.

(Abg. Göschel SPD: Durchzügig!)

Sie wissen, dass andere Länder, die jetzt einen Polizeibetrieb haben, der frei vom mittleren Dienst ist, Mogelpackungen gemacht haben

(Beifall der Abg. Blenke CDU und Pfister FDP/DVP – Abg. Blenke CDU: So ist es!)

nach dem Motto: „Man nehme drei grüne Sterne und ersetze sie durch einen silbernen Stern, und schon habe ich keinen mittleren Dienst mehr.“

(Abg. Blenke CDU: Vier grüne, Herr Kollege!)

– Oder vier. Das ist egal. – Das kostet doch nicht das Geld. Entscheidend ist doch: Wie werden diese Polizeibeamten dann tatsächlich eingestuft und besoldet? Die zweite Frage ist – das kostet das große Geld –, ob die Durchschlüsselung vorgenommen wird. Das ist doch das Entscheidende. Aber nur die Farbe des Sterns zu wechseln und dann zu sagen: „Jetzt sind wir ohne mittleren Dienst“, das ist doch eine Mogelpackung.

In Baden-Württemberg gibt es hier noch einiges zu tun, keine Frage. Aber das, was wir bisher getan haben, war solide und keine Mogelpackung.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Sie fordern eine ausreichende Zahl von Experten. Da ist doch sehr viel geschehen: Informatiker, Chemiker – speziell mit dem Hintergrund Sprengstoffexperten –, Biologen zur DNS-Analyse wurden eingestellt. Natürlich kann man sich über die Zahl der Stellen streiten; das ist keine Frage. Aber es wurde doch sehr viel gemacht.

Oder nehmen wir die Islamwissenschaftler, die vor dem Anschlag ein Schattendasein geführt haben. Beim Verfassungsschutz wurden einige eingestellt. Aber der Markt gibt nicht beliebig viele auf einmal her. Ich denke aber, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Jetzt wundert mich noch etwas. Sie bemängeln – Herr Blenke hat vorhin schon darauf hingewiesen – das Technikzukunftsprogramm. Haben Sie denn nicht von anderen Bundesländern gehört, dass dies ein einmalig gutes Programm ist und dass wir von den anderen Bundesländern darum beneidet werden?

(Abg. Rosa Grünstein SPD: Darum geht es doch gar nicht!)

Das ist doch Spitze. Sie wollen jetzt die Mittel, die bis 2005 vorgesehen sind, auf 2003 vorgezogen haben.

(Dr. Glück)

Dazu muss ich Ihnen sagen: Dabei muss Ihnen etwas ganz Wichtiges entgangen sein. Sie wissen doch, dass im Augenblick manche Materialanschaffungen überhaupt nicht möglich sind. Sie wissen, dass die Abstimmung im gesamten Bereich des Digitalfunks noch Zeit braucht. Wir können die Geräte doch noch gar nicht kaufen. Sie wissen, dass aus gutem Grund eine Neuausschreibung der Waffenbeschaffung, der Pistolenbeschaffung stattgefunden hat und dass wir diese im Augenblick auch noch nicht einkaufen können. Das heißt, dieses Geld brauchen wir gar nicht vorher. Der Zeitrahmen bis zum Jahr 2005 ist absolut richtig und sollte nicht angetastet werden.

Vom Haushalt wollen wir einmal überhaupt nicht reden. Der interessiert die Opposition ja sowieso kaum.

(Abg. Moser SPD: Unverschämtheit!)

Ich halte es für richtig, dass gerade im Bereich des Funks und der Waffen ordentlich abgewogen wird und dass man sich die Zeit nimmt, die man braucht. Das ist immerhin noch besser als ein Schnellschuss, der mit falschen Entscheidungen gemacht wird.

In diesem Papier gibt es ja auch noch ein Bonbon für die Feuerwehr. Man will der Feuerwehr diese 100 Millionen – D-Mark sind es noch – jedes Jahr garantieren. Meine Damen und Herren, natürlich ist das wünschenswert, aber die Feuerwehren sind bei uns nicht schlecht bedient. Die Feuerschutzsteuer beträgt 80 Millionen DM, und wir haben aus Haushaltsmitteln noch 10 Millionen DM draufgelegt. Das ergibt insgesamt 90 Millionen DM. Ich denke, das ist nicht so schlecht.

(Zuruf des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD)

Dass die Feuerwehren natürlich gern mehr hätten, ist klar. Aber im Großen und Ganzen sind sie damit doch auch zufrieden.

Das Thema Vermögenseinziehung will ich ganz kurz ansprechen. Herr Blenke, das haben Sie schon gebracht.

(Zuruf des Abg. Göschel SPD)

Ich darf noch darauf hinweisen, dass die Justizministerkonferenz im Jahr 2001 den einstimmigen Beschluss gefasst hat, der Bund möge doch diesbezüglich ein ordentliches Gesetz vorlegen. Der Bund ist jetzt am Zug, und dort ist bisher nichts passiert. Sonst wären wir hier bereits einen Schritt weiter.

(Abg. Fischer SPD: Das stimmt auch nicht! – Abg. Zimmermann CDU: Die schauen doch alles bei uns ab!)

Ich bleibe dabei, meine Damen und Herren: Teils sind diese Forderungen unrealistisch, weil nicht bezahlbar, oder sie hinken hinter der Realität her, oder sie sind technisch einfach nicht umsetzbar.

Wir wissen – und das werden wir auch künftig so halten –: Die Polizei von Baden-Württemberg ist bei dieser Koalition in besten Händen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Schützende Hände!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oelmayer.

Abg. Oelmayer GRÜNE: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich von der Tagesordnung ausgehe – und das tue ich als erfahrener Abgeordneter –, dann stelle ich fest – –

(Zurufe von der CDU – Abg. Blenke CDU: Elder Statesman!)

– Hören Sie doch erst meiner Rede zu. Dann werden Sie merken, dass Erfahrung dahinter steckt.

(Abg. Dr. Birk CDU: Bis jetzt war es gut!)

Auf der Tagesordnung steht ein Antrag der Fraktion der SPD: „Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit“.

Man muss natürlich auch wissen, vor welchem Hintergrund dieser Antrag entstanden ist. Wenn man diesen Antrag durchliest, merkt man sofort: Der Hintergrund war der 11. September des vergangenen Jahres.

(Abg. Walter GRÜNE: Da zeigt sich schon die Erfahrung!)

Meine Damen und Herren, wir haben in diesem Haus zu dieser Frage eine Regierungserklärung des Ministerpräsidenten gehört. Wir haben verschiedene Konzepte aus den Fraktionen vorgelegt bekommen, wie die innere Sicherheit aufgrund der schrecklichen Ereignisse des vergangenen Jahres in den USA auch in Baden-Württemberg zusätzlich zu verstärken wäre. All dies zusammengenommen hat zum Schluss zu dem Maßnahmenkonzept der Landesregierung geführt, das unsere Fraktion in der Gänze, in allen Teilen mitgetragen hat.

(Beifall des Abg. Blenke CDU – Abg. Rech CDU: Jetzt wird es gut!)

Wir haben das Konzept deswegen mitgetragen, weil wir auch in Teilbereichen in unserem Land die Notwendigkeit der Verstärkung der inneren Sicherheit eingesehen haben.

Meines Erachtens und nach Auffassung unserer Fraktion kann es aber nicht sein, dass man sozusagen als Annex oder im Fahrwasser dieser Debatte versucht, in Baden-Württemberg mit Maßnahmen – zum Beispiel den 1 600 Polizeianwärterstellen –, die meines Erachtens tatsächlich überzogen sind, quasi eine Wagenburg, eine Festung der inneren Sicherheit zu schaffen. Das kann erstens einfach deswegen nicht sein, weil man das technisch nicht umsetzen kann, zumindest nicht in der Zeitphase, in der Sie das wollen. Zweitens kann man dies nicht finanzieren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Blenke CDU: Das sind sehr differenzierte Ausführungen, Herr Kollege Oelmayer!)

(Oelmayer)

Das ist die nächste Argumentation, die bei dieser Debatte meines Erachtens eine Rolle spielen muss.

Das Nächste, was hinzukommt – Frau Kollegin Grünstein, ich gehe dann noch auf ein paar einzelne Punkte ein –: Bei allen Maßnahmen und Forderungen, die in Ihrem Katalog enthalten sind und die Ihre Fraktion von der Landesregierung fordert, darf man natürlich nicht außer Acht lassen, dass man nach gut einem halben Jahr auch einmal Effizienzfragen stellen dürfen muss, etwa die Frage, ob die Maßnahmen, die wir beschlossen haben, die Sie gefordert haben und die auch alle mittragen – wenn ich den Bereich der Polizei einmal herausgreife –, zu mehr innerer Sicherheit geführt haben.

Ich will gar nicht in Abrede stellen, dass es bei der Polizei Defizite gibt, was die Besoldungsstrukturen, die Laufbahnen und möglicherweise auch die Zahl der Stellen anbelangt. Aber wir haben in diesem Landtag nicht nur die Verantwortung für die Polizei und für die innere Sicherheit, sondern auch – einige der wenigen Bereiche, die uns noch geblieben sind – für die Bildung, für Schulen und Hochschulen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Er wird immer besser! – Zuruf von der CDU: Er wird erfahrener!)

All dies zusammengenommen bringt natürlich große materielle Belastungen für das Land mit sich. In der Abwägung, die wir als Abgeordnete in diesem Haus treffen müssen, bin ich nach wie vor der Auffassung, dass das Maßnahmenkonzept, das der Landtag verabschiedet hat und dem wir zugestimmt haben, angemessen war.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Glück FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Er ist ja richtig gut heute!)

– Wenn ich zu Effizienzfragen komme, wird der Beifall von der rechten Seite wahrscheinlich nicht mehr so sehr aufschallen.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Probieren Sie es mal!
– Abg. Blenke CDU: Bis jetzt war es gut! Weiter so!
– Abg. Dr. Birk CDU: Strengen Sie sich mal an!)

– Vielleicht auch in der Mitte nicht mehr so sehr. – Wir haben uns natürlich auch mit den Einzelmaßnahmen, die beschlossen und getroffen worden sind, befasst. Frau Kollegin Grünstein, Sie sagen, die Polizei sei in einem desolaten Zustand; so ähnlich haben Sie das formuliert.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Miserablen!)

Wenn ich mir das LKA anschau und bedenke, mit welchem Aufwand es die Rasterfahndung in Baden-Württemberg betrieben hat – die Effizienzfrage kann man einmal außen vor lassen –: Was folgt daraus denn nun wirklich für die Terrorismusbekämpfung – nach den massiven Eingriffen in Datenschutzrechte, zu denen Sie natürlich nichts gesagt haben, weil Sie zu diesem Thema gar nicht gesprochen haben –? Ich bin schon der Meinung, dass man nicht von einem desolaten Zustand der Polizei in Baden-Württemberg sprechen kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

In Anbetracht dessen, was die Landesregierung und der Landtag beschlossen haben – ich will an dieser Stelle nicht immer nur die Landesregierung loben, weil auch wir, die grüne Fraktion,

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Zugestimmt haben!)

das mitgetragen haben –, nämlich die Ausgabenpositionen für den Bereich der inneren Sicherheit, speziell auch für die Polizei, meine ich, dass dies schon noch richtig gewichtet ist.

(Abg. Bebbler SPD: Wo hat denn der Minister den neuen Freund her?)

Jetzt wäre eine weitere Effizienzfrage nach anderen Bereichen der inneren Sicherheit, die hier zugeordnet sind und die man zuordnen muss, nach weiteren Säulen der inneren Sicherheit, zum Beispiel dem Verfassungsschutz, zu stellen. Wir führen eine lange Diskussion über die 15 zusätzlichen Stellen beim Verfassungsschutz, denen wir als grüne Fraktion – ich erinnere Sie daran – zugestimmt haben. Als Oppositionsfraktion müssen wir aber auch das Recht haben, jetzt nachzufragen, wie die Stellen besetzt sind, mit welcher Effizienz dort gearbeitet wird und in welchen Bereichen diese zusätzlichen Stellen zu mehr innerer Sicherheit führen.

Ich sehe es als Aufgabe einer Oppositionsfraktion in diesem Haus an, auch nachzufragen, ob der Verfassungsschutz mit dem jetzigen Stand der Dinge tatsächlich mehr innere Sicherheit im Bereich der Terrorismusbekämpfung herstellen kann. Denn nur dadurch sind die zusätzlichen Stellen gerechtfertigt. Das haben Sie, Frau Kollegin Grünstein, nicht nachgefragt – übrigens auch nicht der Kollege Blenke; aber das habe ich von ihm auch nicht erwartet, muss ich ganz offen sagen.

(Abg. Blenke CDU: Es war so nett bis jetzt! – Zuruf von der CDU: Die Frage wäre auch zu früh gestellt!)

Eine weitere Säule der inneren Sicherheit in Baden-Württemberg, die ja auch im Rahmen dieses Sicherheitskonzepts und im Übrigen auch von der SPD-Fraktion in diesem Haus wie auch von anderen Fraktionen gefordert wird, ist der Justizbereich. Wir haben die Staatsanwaltschaften ausgebaut, wir haben dort die Zahl der Stellen erhöht. Auch hier sei einmal die Frage gestattet, zu welcher Effizienzsteigerung bei der Terrorismusbekämpfung zusätzliche staatsanwaltschaftliche Stellen geführt haben. Vielleicht kann uns darüber nachher der Innenminister etwas berichten. Denn bei allem, was wir hier beschließen und wofür wir Geld ausgeben, müssen wir nachher auch dafür Sorge tragen und kontrollieren und überlegen: Wurde das Geld denn an der richtigen Stelle ausgegeben?

(Abg. Hauk CDU: Sehr gut!)

Es waren immerhin, wenn ich die Zahl richtig im Kopf habe, zusätzlich 57 Millionen DM. Ich glaube, bei den letzten Haushaltsplanberatungen konnte kein Etatbereich solche Zuwächse verzeichnen: 57 Millionen DM im Doppelhaushalt für den Bereich der inneren Sicherheit. Wir als bündnisgrüne Fraktion in diesem Haus sind zur Auffassung gekommen: Das reicht aus, um die innere Sicherheit nicht nur

(Oelmayer)

zu erhalten, sondern auch die Terrorismusbekämpfung zu verstärken.

(Abg. Bebbler SPD: Das wäre jetzt der Moment gewesen, wo Sie Herrn Goll hätten loben können!)

Ich will mir jetzt ersparen, auf weitere Details einzugehen. Ich bin aber sehr wohl der Meinung, dass wir uns beim Bereich der inneren Sicherheit – ob ich da nun ein Lob ausspreche oder nicht, für wen auch immer – in Baden-Württemberg gewiss nicht verstecken müssen.

Ich hätte mir, Frau Kollegin Grünstein, gewünscht, dass wir auch in den Bereichen, die für die Kontrolle der Eingriffsmaßnahmen, die die innere Sicherheit herstellen sollen – zum Beispiel Rasterfahndung oder mehr EDV-Eingriffe in die Rechte der Bürgerinnen und Bürger –, eine Verstärkung des Datenschutzes im Land vornehmen. Dazu haben wir bei den Staatshaushaltsplanberatungen entsprechende Anträge gestellt. Damit sind wir dann irgendwann leider allein gestanden. Herr Innenminister, Sie erinnern sich daran. Hier sind wir als bündnisgrüne Fraktion der Auffassung: Es wird auf die Kontrolle dieser beschlossenen Maßnahmen ankommen und nicht so sehr auf einen Ausbau, den wir als Fraktion in diesem Haus zur Gewährleistung der inneren Sicherheit nicht für nötig halten und nicht fordern. In einzelnen Bereichen mag das notwendig sein. Wenn wir eine Polizeidebatte führen, dann können wir sehr wohl letztendlich auch über den 220 CDI streiten, weil mir Polizeibeamte berichtet haben – Daimler-Chrysler hin oder her –, dass dieses Fahrzeug für Menschen, die größer als 1,80 Meter sind, gar nicht benutzbar ist, weil diese kaum mit dem Fahrzeug fahren können. Das sind alles Detailfragen, die wir gerne diskutieren können.

(Zuruf des Abg. Blenke CDU)

Wenn es aber darum geht, die innere Sicherheit im Land auf den Prüfstand zu stellen, dann, glaube ich, können wir als grüne Fraktion sagen: Um die innere Sicherheit, Herr Innenminister und liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es im Land sicher nicht schlecht bestellt. Deshalb sind wir auch der Auffassung, dass die getroffenen Maßnahmen bei weitem ausreichen. Diese müssen wir in der Zukunft kontrollieren.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit zu später Stunde und hoffe auf diese oder jene Antwort des Innenministers auf die Kontrollfragen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich dem Innenminister, Herrn Dr. Schäuble.

(Abg. Blenke CDU: Jetzt wirds für die peinlich! – Abg. Dr. Birk CDU: Ihr dürft euch jetzt revanchieren! Kollege Palmer, Sie können jetzt klatschen!)

Innenminister Dr. Schäuble: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will den ersten Gedanken in der Rede von Frau Kollegin Grünstein aufnehmen, denn sie hat ja gesagt, dass sie zu dieser vorgerückten Stunde das Thema nicht mehr umfassend behandeln will. Ich will diesen Gedanken aufnehmen und den Vorschlag machen, dass Sie

mich jetzt nicht dazu zwingen, in aller erschöpfenden – im doppelten Sinne des Wortes – Breite die Dinge darzulegen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das tun wir nicht!)

Deshalb darf ich einfach sagen: Zu dem, was Sie gesagt haben, Frau Kollegin Grünstein, liegt ja zum einen unsere schriftliche Antwort vor, und zum andern ist in den Beiträgen des Kollegen Blenke und des Kollegen Glück und, wie ich ausdrücklich anfügen will, auch des Kollegen Oelmayer doch sehr viel Richtiges gesagt worden.

Ich will einen Punkt in allem Ernst beleuchten. Das Beispiel, das Sie gebracht haben – 1 600 Stellen in der Zeit der großen Koalition, als Kollege Birzele Innenminister war –, ist ein sehr gutes Beispiel, weil es das Problem verdeutlicht. Abgesehen davon, dass ich den Kollegen Birzele schätze, insbesondere seitdem er nicht mehr Innenminister ist,

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP)

möchte ich sagen, die Verantwortung für eine solche Stellenvermehrung muss ja immer die Regierung tragen. Wir waren dabei der größere Partner. Sie können davon ausgehen – ich glaube, das ist eine Selbstverständlichkeit –: Jeder Innenminister auf der Welt wird im Zweifel lieber noch mehr Polizeibeamte und eine noch neuere Ausrüstung haben wollen. Deshalb ist es immer entscheidend, dass Sie dafür Unterstützung im Landtag, in den Fraktionen – insbesondere jenen, die die Regierung tragen – und im Kabinett finden. Diese Unterstützung haben wir damals auch gegeben. Übrigens sind es seitdem nicht weniger Polizeibeamte geworden, sondern noch mehr, auch aufgrund der im Antiterrorprogramm beschlossenen 200 zusätzlichen Stellen für Polizeibeamte.

Genauso habe ich in der letzten Legislaturperiode die Unterstützung des Landtags, der Fraktionen, die die Regierung tragen und – Kollege Rückert ist dankenswerterweise noch da – meiner lieben Freunde vom Finanzministerium, die ich ins Herz geschlossen habe, gebraucht, sonst wäre das Technikzukunftsprogramm nicht möglich gewesen.

Die Finanzierung ist von einem allein gar nicht zu schaffen; dazu braucht er immer eine breite Unterstützung. Beide Partner in der großen Koalition haben bei der inneren Sicherheit diese Unterstützung gegeben, und ich bin auch dankbar, dass uns beide Partner diese Unterstützung jetzt erneut geben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Daran anknüpfend: Wir alle dürfen unsere Bürgerinnen und Bürger nicht für dumm verkaufen. Wir müssen unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern doch sagen, dass wir vor ganz gravierenden finanziellen Herausforderungen stehen. Egal, wer nach der Bundestagswahl die Bundesregierung und dann auch den Bundesfinanzminister stellt: Auf uns kommt da etwas zu. Ich nenne die Steuerschätzung. Die Stabilitätskriterien für den Euro werden meines Erachtens das Gravierendste werden.

Das wird zu einem Stabilitätspakt von Bund, Ländern und Kommunen führen. Eichel hat ja Recht, wenn er sagt: „Nicht nur ich bin schuld, sondern alle.“ Das wird Spar-

(Minister Dr. Schäuble)

zwänge hervorrufen. Das wird die Landesfinanzminister – Kollege Rückert nickt schon genussvoll – unglaublich stark machen – davor habe ich Angst –, denn kein Landesfinanzminister wird es aushalten können, wenn ihm der Bundesfinanzminister, insbesondere wenn er einer anderen Partei angehört, sagt: „Du erfüllst bei der Verschuldung oder bei der Zurückführung der Verschuldung nicht die Vorgaben; du hast die Hausaufgaben nicht gemacht.“ Das macht sie natürlich stark, weil sie dann sagen können: „Wir können gar nicht mehr anders.“

Denken Sie auch daran, dass die EU-Osterweiterung, die wir alle wollen, die aber sehr schnell kommt, mit Sicherheit auch erheblich Geld erfordern wird, und zwar auch von uns. Nehmen Sie dann auch zur Kenntnis, dass wir in Baden-Württemberg, auch gemäß Ihrer Forderung und der Forderung aller, in einem absehbaren Zeitraum die Nullverschuldung anstreben müssen und anstreben. Wenn man dies alles zusammennimmt, kann man sich vorstellen – dies treibt alle Innenminister und alle Fachminister in der Republik um –, was da auf uns zukommt.

Vor diesem Hintergrund sage ich: Frau Kollegin Grünstein, Ihre Vorstellungen sind, wie gesagt worden ist, nicht nur nicht bezahlbar. Sie erklären unsere Bevölkerung eigentlich für dumm. Das hat unsere Bevölkerung nicht verdient.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Rosa Grünstein SPD)

Darüber werden wir noch viele Diskussionen führen können. Das Einzige, was mich tröstet, ist, dass Sie mich in einer außerordentlich charmanten Art hetzen. Sie werden noch viel Gelegenheit dazu haben. Ich werde so ehrlich und auch selbst davon überzeugt argumentieren und immer wieder sagen: Wir dürfen die Bevölkerung nicht für dumm verkaufen. Die Sparzwänge auf der einen Seite und ein utopisches Gemälde auf der anderen Seite, das völlig an der Realität und an den kommenden und schon heute vorhandenen Sachzwängen vorbeigeht, passen nicht zusammen.

Ich sage hier – ich habe mir das gut überlegt –: Ich wäre froh, wenn die finanzielle Ausstattung der Polizei – wie gesagt, das normale Spielchen ist immer, dass kein Innenminister den Hals voll genug bekommen kann – künftig auf dem heutigen Niveau gehalten werden kann. Ich muss dies leider vor diesem Hintergrund sagen; denn zwei mal zwei ist vier. Es ist, wie beim Schachspielen, immer gut, sich frühzeitig darauf einzustellen, was auf einen zukommt.

Ich glaube nicht, Frau Kollegin Grünstein, dass Sie mit einer solchen, offensichtlich falschen Argumentation bei der Bevölkerung gut wegkommen. Ich glaube vor allem, dass Sie da vielleicht wiederum der Demokratie nicht nützen. Denn wir müssen auch da aufpassen, dass wir uns nicht ein weiteres Glaubwürdigkeitsproblem schaffen.

Deshalb bitte ich um Ihr Einverständnis, dass ich es angesichts der vorgerückten Stunde und dieser herrlichen Temperaturen – trotz der schönen Klimatisierung hier – heute

dabei bewenden lassen will. Sie haben völlig Recht: Wir haben noch oft Gelegenheit, dies zu diskutieren.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: So ist es!)

Ich sage – das ist auch meine Pflicht als Innenminister –: Ich werde mit Ihnen gemeinsam alles daransetzen, dass wir das hohe Niveau bei der inneren Sicherheit in Baden-Württemberg auch vor dem Hintergrund dieser schwierigen Herausforderung künftig gemeinsam halten und da und dort auch noch ausbauen können. Aber utopische Versprechungen dürfen wir nicht machen.

Danke.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur geschäftsordnungsmäßigen Erledigung des Antrags Drucksache 13/339.

(Abg. Fischer SPD: Abstimmung!)

Es wird Abstimmung gewünscht. Wer stimmt dem Antrag Drucksache 13/339 zu? –

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Die SPD!)

Gegenstimmen? –

(Abg. Birzele SPD: CDU, FDP/DVP und Grüne Hand in Hand!)

Wer enthält sich? – Der Antrag ist abgelehnt, und damit ist Punkt 7 der Tagesordnung abgeschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 13/998, 13/999, 13/1000

Meine Damen und Herren, gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung zu den Beschlussempfehlungen entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 9**:

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 13/997

Zu Tagesordnungspunkt 9 stelle ich gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung die Zustimmung zu den Beschlussempfehlungen entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, dem 17. Juli 2002, 10:30 Uhr, in Bebenhausen statt. Die Tagesordnung wird vom Präsidium aufgestellt und wird Ihnen rechtzeitig zugehen.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 17:38 Uhr